Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Januar 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt euch!

Als wir, Hamburger Marxisten-Leninisten, den ROTEN MORGEN schufen, gingen wir aus von dem leninschen Prinzip: Eine Zeitung hat kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator zu sein. Wobei naturgemäß, angesichts der Verhältnisse in Westdeutschland, der Schwerpunkt der Arbeit vorerst auf dem 'hat kollektiver Organi- - tor zu sein' lag und liegt.

Nach dem Versagen der KPD, der Unfähigkeit sogenannter Linkssozialisten, unserem Volk einen gangbaren Ausweg, eine Alternative zur monopolkapitalistischen Diktatur mit all ihren Folgen zu zeigen, ergibt sich zwingend die Notwendigkeit, die bereit und willens sind, die Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland ein für allemal restlos zu vernichten und ihr die Herrschaft des Volkes, die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen, zu sammeln.

Welches Bild bietet sich uns zur Zeit in Westdeutschland im Hinblick auf die sogenannte linke außerparlamentarische Opposition? Im großen und ganzen kann man zwischen vier Richtungen oder Gruppierungen unterscheiden.

1. Die sich "unabhängig" nennenden Sozialisten oder die heimatlose Linke, wie sie sich öfter bezeichnen. Zersplittert in kleine und kleinste Grüppchen. Ohne einheitliches Programm oder gemeinsame Zielsetzung. Individualistisch, verworren. Zu dieser Richtung könnte man zählen: den Sozialistischen Bund (SB), die Vereinigung Unabhängiger Sozialisten (VUS), die Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Opposition (ASO), die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Sozialisten (ADS). Einzelpersönlichkeiten wie die Professoren Abendroth, Heydorn usw., bedingt die Deutsche Friedens-Union (DFU) und neuerdings die Demokratische Linke (DL).

2. Im engen Zusammenhang mit diesen Gruppen, durch Querverbindungen in sie hineinwirkend, die KPD. Trotz Verbot völlig auf dem Kurs der modernen Revisionisten. Bemüht durch Aufgabe marxistisch-leninistischer Prinzipien, die Gunst der Bourgeoisie auf Wiederzulassung zu erbetteln. Es muß offen gesagt werden: Die Politik beider Gruppen läuft darauf hinaus, Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein, durch Reformen die Herrschaft des Monopolkapitalismus zu verlängern, und dort, wo sie vorgeben den Sozialismus zu erstreben, dies ausschließlich auf friedlich-parlamentarischem Wege tun zu wollen, durch Umwandlung (nicht Zerstörung) des bürgerlichen in einen sozialistischen Staat.

3. Die vor allem im letzten Jahr an unseren Hochschulen und Schulen entstandene und noch im Entstehen begriffene Opposition der Studenten und Schüler. Kristallisationspunkt dieser Bewegung ist der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Sie unterscheidet sich von den ersten beiden Gruppierungen dadurch, daß sie die bestehende Gesellschaftsordnung in Frage stellt und ihren Sturz auf revolutionärem Wege erstrebt. Kennzeichen dieser Bewegung sind außerparlamentarische, die Menschenfeindlichkeit der bestehenden Gesellschaft entlarvende Aktionen. Andererseits aber auch anarchistische Züge, Ziellosigkeit in der Frage 'was kommt danach' und ihr bisheriges Unvermögen, sich mit der Arbeiterschaft zu verbünden, ohne die eine revolutionäre Veränderung der bestehenden Verhältnisse nicht möglich ist.

4. Wir, die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands. Auch hier Aufspaltung in kleine Gruppen, Zirkel, Vereinigungen. Tragendes Element, die Arbeiter, aber auch - wie in Hamburg - im Bündnis mit marxistisch-leninistische Studenten. Die Tätigkeit dieser Gruppen beschränkte sich bisher auf die Verbreitung marxistisch-leninistischen Gedankengutes, vorwiegend die Lehren und Erkenntnisse des Vorsitzenden Mao Tse-tungs und Teilnahme an Aktionen der außerparlamentarischen Opposition. Zu einer Vereini-

gung kam es bisher nicht, obwohl entsprechende Bestrebungen vorhanden sind.

Soweit zur Situation. Die Frage ist nun: Was tun? In letzter Zeit ist es in halblinken Kreisen Mode geworden, von der Notwendigkeit der Sammlung, eines Bündnisses aller außenparlamentarischen links von der SPD stehenden Kräfte zu sprechen. Der Begriff Partei wird mit Rücksicht auf die um ihre Wiederzulassung kämpfelnde KPD peinlichst vermieden. Eine Konferenz der "sozialistischen Opposition", auf der ein Aktionsprogramm beschlossen werden soll, findet am 3. Februar in Offenbach statt. Schaut man sich diese "Sozialistischen Alternativen" näher an, wird der reformistische Charakter dieser Bewegung sofort offenbar. Es ist der Weg der Evolution und nicht der Revolution, den man zu gehen gedenkt - wie Professor Heydorn es formulierte.

Ist eine solche Sammlung für uns Marxisten-Leninisten Westdeutschlands ein derzeit gangbarer Weg? Nein! Was wir zur Zeit brauchen, ist nicht die Sammlung aller irgendwie links von der SPD stehenden opportunistischen Kräfte, sondern die Sammlung aller Kommunisten, fortschrittlichen Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei. Nur eine geschlossene, kampfstarke Partei, die im revolutionärem Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, wird die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen können.

Die Bildung solcher Parteien, die sich prinzipiell von den 'kommunistischen' Parteien unterscheiden, die sklavisch dem Kurs der revisionistischen Führung der Sowjetunion folgen, geht zur Zeit überall in Westeuropa legal und in Osteuropa illegal vor sich. Erst vor kurzem hat sich die marxistisch-leninistische KP Frankreichs konstituiert, die hervorragende Genossen in ihren Reihen vereint. Westdeutschland kann und wird keine Ausnahme bleiben. Es wäre gelacht, gelänge es uns nicht, in einem Land mit der ruhmreichen Tradition eines Marx, Engels, Bebel, Liebknecht und Thälmanns, eine marxistisch-leninistische Partei auf die Beine zu stellen!

Doch werden wir konkret: Welche Schwierigkeiten gibt es noch zu überwinden? Vor allem das Gruppendenken und das Bestreben einzelner 'Führer', aus egoistischen Motiven sich nicht der gemeinsamen Sache und notwendigen Disziplin unterzuordnen. Sicher gibt es Gründe dafür. Einzelne Gruppen haben schon jahrelang gearbeitet, Opfer gebracht. Doch das taten andere auch. Eine Gruppe gründete in revolutionärer Ungeduld, ohne die notwendige gründliche Vorbereitung, eine Partei und fiel auf den Bauch. Eine andere gibt seit Jahren ein Organ heraus, in dem zur notwendigen Einigkeit aufgerufen wurde, brachte es jedoch fertig, alle Genossen, die nicht ganz ihrer Meinung waren, vor den Kopf zu stoßen, anstatt den guten Willen zu respektieren und helfende Kritik zu üben. Andere wieder beschränkten sich nur auf Aktionen, ohne auch nur den Versuch einer Sammlung und Zusammenarbeit zu unternehmen. Auch dafür gibt es objektive Gründe. Der Hauptgrund, der uns bisher hinderte, war der, daß sich die Marxisten-Leninisten Westdeutschlands nicht kannten, und daß es noch zu wenige waren.

Hier hat die Große Proletarische Kulturrevolution in der Volksrepublik China - wie überall in der Welt - eine Veränderung der Lage bewirkt. Sie hat zahlreiche Kommunisten, die angesichts des revisionistischen Kurses ihrer Parteien zu verzweifeln begannen, neuen Auftrieb und eine klare Perspektive gegeben. Sie hat sie veranlaßt, das rote Banner der Revolution in die eigenen Hände zu nehmen. Sie hat vielen jungen Menschen, Arbeitern und Studenten die Richtung gewiesen. Sie ist als Ereignis gleichzusetzen mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Sie hat bewirkt, daß auch in Westdeutschland kampferfahrene, marxistisch-leninistisch geschulte Genossen in zunehmenden Maße sich unserer Bewegung anschließen. Die Lage ist ausgezeichnet und wird von Tag zu Tag besser.

Die Herausgabe des ROTEN MORGEN wurde ein voller Erfolg. Es ist uns in den letzten Monaten gelungen, zahlreiche Verbindungen zu anderen marxistisch-leninistischen Gruppen herzustellen. Und wir sind sicher, daß zur Zeit noch be-

ROTER MORGEN

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67

Verlag Ernst Aust
Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

stehende unbedeutende Schwierigkeiten überwunden werden. Wir, die Gruppe ROTER MORGEN, die Vereinigung Hamburger Marxisten-Leninisten, sind bereit, mit jeder in Westdeutschland bestehenden Gruppierung auf marxistisch-leninistischer Grundlage ohne Vorbedingungen und Vorbehalte zusammenzuarbeiten, um das Ziel der dringend gebotenen Einheit zu erreichen.

Wir wissen, daß dies keine leichte Aufgabe ist. Andere westeuropäische marxistisch-leninistische Parteien haben unter günstigeren Bedingungen bis zu ihrer Gründung Jahre gebraucht. Lernen wir aus ihren und unseren Fehlern, schreiten wir zur Tat! 1968 wird für uns das Jahr der Sammlung und des Zusammenschlusses aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sein. An seinem Ende wird die auf breitester Basis vollzogene Einheit stehen!

W.I. Lenin verurteilte die Revisionisten der II. Internationale, die gegen die gewaltsame Revolution waren und für den parlamentarischen Weg eintraten. Er erklärte:

"Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und können erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder der Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, ersetzen."

("Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten" Oktober 1919).

HO TSCHI MINH WIES LENIN-ORDEN ZURÜCK

Immer verzweifelter und grausamer wird der Krieg, den die USA-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk führen. Außer Atombomben gibt es keine Waffen mehr, die sie bisher nicht angewandt hätten, um den Freiheitskampf der Vietnamesen im Blut zu ersticken. Zur Zeit werden neben Napalm, Giftgas, Kugelbomben und sonstigen Mordwaffen allein 30-40 als "Top Secret" klassifizierte Projekte, für deren Entwicklung mehrere hundert Millionen Dollar aufgewendet wurden, in Vietnam ausprobiert. Doch die modernsten Waffen und alle Pläne, eine Sperrlinie südlich der entmilitarisierten Zone zu bauen, die "Strategie der Tintenklekse", der "Hubschrauber-Krieg", die Bombardierung Nordvietnams usw. vermögen die USA-Imperialisten nicht vor ihrer unausbleiblichen Niederlage zu bewahren. Auch nicht die grausamsten Foltern, Elektroschocks, Herausreißen der Fingernägel, Totprügeln usw., die die Untaten der Faschisten in der Behandlung von Kriegsgefangenen während des II. Weltkrieges weit übertreffen, können nur den Hass des vietnamesischen Volkes und der Millionen Volksmassen in aller Welt gegen die US-Kriegsverbrecher nur stärken.

Hunderttausende demonstrierten in den USA. Belagerten das Pentagon. Verbrannten Einberufungsbefehle, stürmten die Rekrutierungsbüros. Massen von Polizei wurden dagegen aufgeboten. Der vom USA-Imperialismus in Vietnam geführte Krieg ist ungerecht. Die aggressive Natur dieses Krieges ist entscheidend dafür, daß sich die Johnson-Regierung das vietnamesiche Volk und die Volksmassen aller Länder zum Feinde macht und der antagonistische Widerspruch zwischen sich selbst und dem amerikanischen Volk verschärft. Johnson schmähte die Demonstrationen gegen seine Politik lautstark als "verantwortungslose Gewalttätigkeiten und zügellose Aktionen." Trotzdem wird vom amerikanischen Volk der konterrevolutionären Gewalt der amerikanischen Reaktion die revolutionäre Gewalt entgegengesetzt.

Traurig ist nur, daß die US-Imperialisten - während die Volksbewegung gegen den Aggressionskrieg immer mehr Schwung gewinnt - die Unterstützung der modernen Revisionisten finden. Sie lassen nichts unversucht, diese Bewegung in ein pazifistisches "Friedensgebettel" überzuleiten. Ihrer Meinung nach darf man zwar demonstrieren und ab und zu auch einmal "Frieden für Vietnam" rufen, doch wenn - wie kürzlich in Hamburg - anläßlich einer Vietnam-Demonstration ein Papiertiger mitgeführt und gar vor dem Amerika-Haus verbrannt wird, wenn Farbbeutel fliegen, geraten sie aus dem Häuschen. Dann pöbelt ein sich "Arbeiterzeitung" nennendes Hamburger Revisionistenblättchen im Springer-Stil gegen den SDS "Superlinke Gruppe" und "scheinrevolutionäre Phrasen" und stellt als Forderung in einem Kommentar zu Vietnam: "Jetzt gilt es in gemeinsamer Aktion den schmutzigen Krieg in Vietnam zu beenden und den mörderischen US-Bombenkrieg auf die DRV zu stoppen."

Durch die Einstellung der Bombenangriffe auf die DRV wird also der Krieg beendet. Hier haben wir ihn, den ganzen Schwindel mit den Friedensgesprächen durch die Einstellung der Bombardierung Nordvietnams. Beendigung der Aggression, Abzug der US-Truppen aus Südvietnam, Anerkennung der südvietnamesischen nationalen Befreiungsfront als alleinigen wirklichen Vertreter des südvietnamesischen Volkes, volles Recht, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, all diese Forderungen des südvietnamesischen Volkes gelten für die Revisionisten nicht.

Natürlich, für die sowjetischen Revisionisten gibt es nichts Peinlicheres als diesen Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes. Allzugern möchten sie ihn in Übereinstimmung mit den US-Imperialisten beendet sehen. Da hatten sie nun den Geist von Camp David beschworen, den Völkern erzählt, die amerikanischen Imperialisten seien vernünftige, friedfertige Leute geworden, mit denen man sehr wohl zusammenarbeiten könne - und da vermasselt ihnen dieser Johnson mit der Aggression in Vietnam die Tour. Verständlich, daß sie sauer sind, was sie aber nicht daran hindert, mit diesem Obergangster Verhandlungen zu führen und einen Druck auf die Regierung der DRV auszuüben, um sie zum Nachgeben, zu sogenannten Friedensgesprächen zu zwingen.

Aber sie leisten dem vietnamesischen Volk doch militärische Hilfe? Gezwungenermassen und nur soviel wie notwendig ist, um gegenüber den Volksmassen nicht völlig das Gesicht zu verlieren. Den Hauptanteil einer Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Befreiungskampf leistet nach wie vor die Volksrepublik China. Gäbe es China nicht, hätten die sowjetischen Revisionisten Vietnam schon lange mit Haut und Haaren dem US-Imperialismus zu verkaufen versucht.

Wenn man ihnen vorhält: Warum unterstützt ihr das vietnamesische Volk nicht wirksamer mit modernsten Waffen, beispielsweise mit solchen, mit denen die Ägypter einen israelischen Zerstörer versenkten, wehren sie entsetzt ab: Das könnte doch zum Weltkrieg führen. Mit lahmen Protesten beantworten sie, die sich gern als die stärkste Militärmacht der Welt ausgeben, die Bombardierung ihrer Schiffe im Hafen von Haiphong. Ihr schmutzigstes Argument ist wohl das: Was können wir tun, wir möchten ja gern mehr und bessere Waffen liefern und Hilfe gewähren, aber die nordvietnamesischen Genossen lehnen das ab. Und wir haben uns nach den Beschlüssen der Bruderparteien zu richten.

Das heißt doch nichts anderes, als zu behaupten, die Regierung der demokratischen Republik Vietnam handele verantwortungslos gegenüber ihrem eigenen Volk indem sie es ablehnt, die modernsten und besten Waffen zum Schutz der Bevölkerung und zum Sieg über den US-Imperialismus zu übernehmen. Andererseits, wenn es so ist, daß die nordvietnamesische Regierung vorsichtig ist in der Annahme von Hilfe seitens der UdSSR, wo liegen die Gründe? Befürchtet man, wie Nordkorea, jahrelang für die "brüderliche" Hilfe zahlen müssen? Ist die Bedingung für diese angeblich selbstlose Hilfe die Forderung nach Einschwenken auf Kurs der Sowjetrevisionisten? Oder durchschaut man das Spiel der Clique im Kreml, die es zwar liebend gerne sähe, daß die US-Imperialisten die Volksrepublik China überfielen, aber sie sich als lachende dritte die Finger nicht schmutzig zu machen brauchten. Die Zeit wird uns die Antwort geben.

Eine unüberhörbare Antwort erhielten sie schon, die revisionistischen Führer in Moskau. Als sie anläßlich ihrer heuchlerischen Show zur Jubiläumsfeier der Oktoberrevolution dem Genossen Ho Tschi Minh, dem Staatspräsidenten der DRV, den Lenin-Orden verleihen wollten, wies dieser die "Ehrung" zurück! Wie das Zentralorgan der PdW Vietnams, "Nhan Dan", am 14.11.67 bekanntgab, hat der Genosse Ho Tschi Minh die Ablehnung mit dem Wunsch verbunden, die Zeit abzuwarten, "bis unser Volk die imperialistischen US-Aggressoren aus Vietnam vertrieben und das vietnamesische Vaterland vollständig befreit hat."!

"Waffen für den Vietkong"

Einer Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 23. November 67 zufolge, hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund im vergangenen Jahr bei Straßensammlungen 9 837,32 Mark zusammengebracht, die auf das Konto der FNL überwiesen wurden. Darüber hinaus hat der SDS Göttingen unter der Parole "Geld für den Vietkong" an zwei offenen Sonnabenden vor Weihnachten insgesamt 560 Mark gesammelt. Mehrere hundert Mark hat auch der Hamburger SDS in einer Sammlung am Sonnabend vor Weihnachten zusammengebracht.

- - - - - -

ALGIER. Beim Kampf mit der Befreiungsfront in Angola wurden vor kurzem bei einem Angriff 30 portugiesische Söldner getötet.

Wider den Mißbrauch des Wortes "Personenkult"

Die Arbeiterklasse braucht Autoritäten

Immer wieder hören wir Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, wenn wir mit KPD-Genossen diskutieren, das eine Argument. Es lautet in etwa so: Wir sehen ja ein, daß die Abhängigkeit unserer Partei von den Direktiven des ZK der KPdSU unserer Politik Schaden zufügt und zugefügt hat. Daß wir nicht vorwiegend die Interessen des deutschen Proletariats, der breiten Massen der Werktätigen vertreten, sondern daß die Politik der KPD den nationalen Interessen der Sowjetunion untergeordnet ist. Doch was ihr macht schmeckt uns auch nicht. Die Lobpreisung der KP Chinas und die Verherrlichung ihres Vorsitzenden o Tse-tungs gefällt uns ebensowenig. Wir möchten die Abhängigkeit von Moskau nicht mit einer Abhängigkeit von Peking vertauschen. Außerdem kommt ihr mit dieser Art Propaganda bei den Massen nicht an.

Fangen wir gleich bei dem ersten Einwand, der Lobpreisung und Verherrlichung, des "Personenkults" um den Vorsitzenden Mao Tse-tung, wie sie sagen, an. Schaut man im Register der gesammelten Werke Lenins 1-40 (Dietz Verlag Berlin) unter 'P' nach, so liest man zwar Persische Revolution, Persönliche Verantwortung, Persönlichkeit, ihre Rolle in der Geschichte, doch von "Personenkult" keine Spur. Dieses Wort, seine Verbreitung und Wiederbelebung sind das 'persönliche Verdienst' des Oberrevisionisten Chruschtschow. Um die Macht in der Sowjetunion zu usurpieren, um verdiente Bolschewiki wie Molotow und Malenkow u.a. zu verdrängen, brauchten sie einen Popanz, mußten sie - koste es was es wolle - den hervorragenden Marxisten-Leninisten J.W. Stalin madig machen. Und es kostete die Einheit des Weltproletariats, es kostete den Sowjetbürgern die bis dahin errungenen Fortschritte auf dem Weg zum Kommunismus.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang zweier kleiner Geschehnisse. Das erste im Jahre 1951 in der Redaktion der "Hamburger Volkszeitung". Wir diskutierten. Der Genosse W.W., frisch von der Parteischule gekommen, schnitt die Frage an: Warum verehren wir Stalin? Nun, meinte ich, weil der Genosse Stalin ein hervorragender Marxist-Leninist ist, der sich in praktischer und theoretischer Hinsicht große Verdienste um die Befreiung der Arbeiterklasse erworben hat. Falsch, belehrte mich der Genosse W., wir verehren Stalin, weil Stalin Stalin ist. Heute arbeitet W.W. als Redakteur bei einer bürgerlichen Hamburger Tageszeitung. Der andere Fall: Gruppenabend am Tag vor dem Parteiverbot. Der Genosse R.G. referiert über die Muuuter, die Partei. Hundertfünfzigprozentig. Dogmatiker. Kurze Zeit später gibt er ein Buch heraus, in dem neben einiger berechtigter Kritik treue, bewährte Genossen schamlos verleumdet werden. Heute ist er Redakteur einer bürgerlichen Zeitschrift und verbreitet sich ab und zu im Fernsehen.

Was ich damit sagen will? Das Herangehen dieser Genossen und ihre Einstellung zur Rolle der Persönlichkeit und Partei war typisch kleinbürgerlich, unmarxistisch. Es erinnerte peinlich an die Zeiten des Gröfaz, des größten Feldherrn aller Zeiten. Die klassenbewußte Arbeiterschaft beurteilt eine Persönlichkeit immer danach, welche Verdienste sie sich im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse, der werktätigen Massen des Volkes erworben hat. Marxisten-Leninisten waren immer der Meinung, daß proletarisch-revolutionäre Parteien von den erfahrendsten und hervorragendsten obersten Führern geführt werden müssen, welche höchstes Ansehen geniessen, damit die große Sache der kommunistischen Revolution Früchte tragen kann. Lenin gab uns folgende Weisung:

"Die Arbeiterklasse, die in der ganzen Welt einen schweren und hartnäckigen Kampf für die volle Befreiung führt, braucht Autoritäten ... Die Autorität des internationalen Kampfes des Proletariats brauchen die Proletarier eines jeden Landes." Ferner sagte er: "Die Herausbildung erfahrener und einflußreicher Parteiführer ist eine langwierige und schwierige Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die 'Einheit des Willens' des Proletariats eine Phrase bleiben."

Marxisten schätzen seit jeher die persönliche Genialität proletarischer Führer hoch ein und sind der Ansicht, daß sie ein wichtiger Punkt ist, der bei der Wahl von Führern unbedingt in Erwägung gezogen werden muß. Wenn man das nicht einsieht, ist es den Marxisten

unmöglich, sich das größte Genie und den besten Steuermann des Proletariats als Führer zu wählen. Friedrich Engels würdigte das große Genie Karl Marx hoch. Er sagte: "Was wir alle sind, wir sind es durch ihn; und was die heutige Bewegung ist, sie ist es durch seine theoretische und praktische Tätigkeit; ohne ihn sässen wir immer noch im Unrat der Konfusion."

Nun gut, höre ich sie sagen, aber ist das denn nötig: Die rote Sonne in unserem Herzen, der große Lehrer, große Führer, große Oberkommandierende und große Steuermann und in jeder Ausgabe der 'Peking-Rundschau' oder in 'China im Bild' ein oder mehrere Porträts des Vorsitzenden Mao Tse-tungs? Dazu ist folgendes zu sagen: Niemand zwingt uns, diese Formulierungen alle zu wiederholen. Die chinesische Sprache und Ausdrucksweise ist seit jeher nun eben mal blumenreicher und umschmückender als die unsrige. Hinzu kommt, daß alle 700 Millionen Chinesen mit überaus großer Liebe und Verehrung von dem Mann sprechen, unter dessen Führung China, ein Land in dem jährlich zigtausende verhungerten, eine stolze und freie Nation wurde, die heute keinen Hunger mehr kennt, sondern dabei ist, die Höhen der modernsten Technik zu stürmen. Der dem Land die glänzendste Perspektive gab, den unaufhaltsamen Marsch in den Kommunismus.

Doch nicht nur das. Wie für alle Marxisten-Leninisten der Welt ist der Genosse Mao Tse-tung auch für uns in Westdeuschland der große Führer des Weltproletariats, ist die KPChinas heute die Vorhut der internationalen kommunistischen Bewegung. In zahlreichen Schriften und Beiträgen hat er die Lehre des Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt und interpretiert. Durch die beispiellose große proletarische Kulturrevolution, die persönlich vom Vorsitzenden Mao entfacht wurde und geleitet wird, hat er die entscheidende Frage: wie die Diktatur des Proletariats gesichert und eine Restauration des Kapitalismus verhindert werden kann, gelöst. Mao Tse-tung erfüllt die Rolle eines großen marxistisch-leninistischen Führers vollkommen, indem er die Fähigkeit eines glänzenden Theoretikers mit der eines großen praktischen Führers verbindet. Hinzu kommt, daß seine Schriften und Beiträge in einer den Massen leicht faßbaren Art geschrieben sind. Dadurch wird die Vertrautheit der Volksmassen mit dem Marxismus-Leninismus gefördert und die Theorie in materielle Gewalt umgewandelt.

Die Skeptiker, die da sagen, mit der Verbreitung der Lehren Mao Tse-tungs kommt ihr bei den Massen nicht an, möchten wir fragen: wieso kommt es, daß bisher das "rote Buch" mit den Worten des Vorsitzenden allein in Westdeutschland in einer Auflage von über 100 000 verkauft wurde, und daß der Bedarf an weiteren Schriften aus der Volksrepublik China bei weitem nicht befriedigt werden kann? Sie werden sagen: die Neugierde, mancher kauft das rote Buch der Exclusivität wegen. Mag das bei manchem der Fall sein, das erklärt aber nicht, wieso man in zunehmenden Maße sieht, dass Schüler in der S-Bahn, Arbeiter auf dem Bau, auf der Werft usw. in ihren Pausen die Worte des Vorsitzenden Mao studieren.

Mögen es manche Genossen ehrlich meinen mit dieser Frage, mag es ihnen um die beste Lösung der vor uns stehenden Aufgaben gehen. Wir sind bereit, mit ihnen sachlich auf marxistisch-leninistischer Grundlage zu diskutieren. Den anderen aber sagen wir stop! In der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung haben sich die alten und neuen Revisionisten gewöhnlich des Tricks bedient, Losungen wie "gegen den Personenkult" dazu zu mißbrauchen, die Führer des Proletariats zu verunglimpfen und die proletarische Sache zu sabotieren. Bakunin, der Verschwörer in der Zeit der I. Internationale, verleumdete unter derartigen Losungen Marx. In der Zeit der II. Internationale verleumdete der Renegat Kautzky unter derartigen Losungen Lenin. Und in der Zeit der Komintern verleumdete der Renegat Trotzki unter solchen Losungen Stalin. Wenn sie heute mit der Losung "gegen den Personenkult" den größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, den Genossen Mao Tse-tung zu diffamieren versuchen, wird ihnen das kaum etwas nützen. Auch wenn wir es gegenwärtig schwieriger haben den modernen Revisionismus zu entlarven als seinerzeit Lenin im Kampf gegen die Revisionisten der II. Internationale, weil die KPdSU lange Zeit als Mittelpunkt der revolutionären Führung angesehen wurde, am Ende werden die Volksmassen entscheiden, wem sie vertrauen und welchen Weg sie gehen werden: Den Weg, der uns von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung gewiesen wurde.

Zu dem 'Argument' der angeblichen Abhängigkeit werden wir im nächsten ROTEN MORGEN Stellung nehmen.

Ernst Aust

Ausgezeichnete Lage in Indien

Erfreuliche Meldungen kommen jetzt fast täglich aus Indien. Anfang März vergangenen Jahres erhoben sich unter Führung revolutionärer Kommunisten die Bauern des Gebietes Darjeeling (Westbengalen) zum bewaffneten Aufstand. Im Bezirk Naxalbari /Siliguri wurden die Großgrundbesitzer vertrieben und ihr Land unter die Massen armer Bauern und besitzloser Tagelöhner verteilt. Ein Gebiet von 270 qkm mit 80 000 Menschen wurde befreit. Die Rebellen errichteten ein "Terrorregime" (SPIEGEL, Nr. 51, 1967), d.h. die unerbittliche Diktatur der breiten Massen gegen eine Handvoll Ausbeuter und Prasser. Revolutionäre Volksgerichte verurteilten die entmachteten "Herren". Dem Vorbild ihrer Klassenbrüder in Siliguri/Naxalbari folgten die Bauern und Tagelöhner in allen Teilen Westbengalens. Selbst im Bezirk Tiljala, nur 30 km östlich von Kalkutta, wurde einer AFP-Meldung zufolge die rote Bauernmacht errichtet. Auch in den Bundesstaaten Kerala, Assam und Andhra sowie in verschiedenen Gebieten Ostindiens erhoben sich die Massen zum bewaffneten Kampf.

In den Städten Westbengalens nahmen die Kämpfe der Werktätigen an Zahl, Schärfe und Breite zu. Den Angaben des SPIEGEL zufolge wurden allein seit März vergangenen Jahres mehr als 1000 Streiks durchgeführt. Besonderer Beliebtheit erfreut sich der "Umzingelungsstreik": die Arbeiter halten den Chef solange ohne Nahrung in einem Raum, bis eine Einigung zustande gekommen ist.

Nachdem die regierende Linkskoalition des Bundesstaates Westbengalen nicht instande war, "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen, setzte die faschistische Zentralregierung in Neudelhi sie am 21. November 1967 kurzerhand ab, ließ eine reaktionäre Minderheitsregierung bilden und verhängte über Westbengalen den Ausnahmezustand. Daraufhin brach in allen Städten Westbengalens, namentlich in der Metropole Kalkutta (5 Mio. Einwohner) der Aufstand aus. Zu Hunderttausenden strömten die Werktätigen fast täglich zusammen und lieferten der Polizei mit Steinen und Knüppeln blutige Straßenschlachten. Bereits bis Mitte Dezember waren über 7000 Menschen verhaftet worden (NEUES DEUTSCHLAND, 14.12.67). Wenige Tage später wurden bei weiteren Demonstrationen innerhalb von zwölf Stunden etwa 900 Menschen verhaftet, davon allein in Kalkutta 280. Unter den Festgenommenen befanden sich auch der abgesetzte Ministerpräsident von Westbengalen und drei seiner Minister. Generalstreiks legten den gesamten Staatsapparat lahm und demonstrierten höchst eindrucksvoll die alles besiegende Kampfkraft der werktätigen Massen. Selbst die 15000 Regierungsangestellten Kalkuttas folgten geschlossen dem Streikaufruf - nur sieben Beamte meldeten sich zum Dienst.

Auch in Südostindien kam es seit Mitte Dezember fast täglich zu Kämpfen demonstrierender Arbeiter und Studenten mit der Polizei, nachdem die Zentralregierung versucht hatte, die Übernahme des Englisch als Amtssprache zu erzwingen. An der vordersten Frontlinie standen die Studenten von Madras.

Seit mehreren Jahren befinden sich auch die nordindischen Bergstämme der Nagas und Mizos im Aufstand gegen die Zentralregierung. Auch das Volk von Kaschmir führt einen erbitterten Kampf.

Die Ereignisse der allerjüngsten Zeit haben die Träume vom "parlamentarischen Weg" wie einen Spuk verfliegen lassen. Nur die militante Aktion, die direkte Konfrontation der unterdrückten und ausgebeuteten Massen mit der faschistischen Staatsmaschine vermag die breiten Massen der Werktätigen wirklich zu mobilisieren und die Bedingungen für die allgemeine bewaffnete Erhebung zur Übernahme der Staatsmacht zu schaffen. Nicht durch "demokratische" Stimmzettelwerbung, sondern nur durch die Organisierung zum bewaffneten Aufstand können die Millionenmassen rückständiger Bauern und Tagelöhner aus ihrer Lethargie und ihrem religiösen Stumpfsinn gerissen werden.

Die revisionistische KP Indiens (55 000 Mitglieder) hat es jahrelang versäumt, unter Berücksichtigung der speziellen indischen Bedingungen eine korrekte Linie aufzustellen. Stattdessen wurden ausländische Schemata hemmungslos importiert. Die unsinnigsten Anordnungen aus Moskau wurden sklavisch ausgeführt. So wurde z.B. versucht, eine "Einheitsfront" mit der reaktionären Kongressregierung zusammenzustoppeln. Eine äusserst negative Rolle spielte die revisionistische Gruppe um Dange dann während der Spannungen an der indisch-chinesischen Grenze 1962/63. Damals wurde die Parole "Landesverteidigung, Klassenzusammenarbeit und nationale Einheit" ausgegeben. Hauptsorge der Revisionisten war schließlich nur noch die Abschwächung der Revolution. Der SPIEGEL be-

stätigt ihnen dankbar: "Hauptsächlich balgten sie sich mit den Maoisten herum".

Diese "Maoisten" indessen, die revolutionäre KP Indiens (75 000 Mitglieder), nehmen rasch an Stärke, Zahl und Einfluß zu. Viele ihrer Mitglieder sind zu hervorragenden Massenführern herangewachsen. Die Bedingungen für eine bewaffnete Erhebung der indischen Massen in Landesmaßstab wachsen stürmisch heran: "Hunderte Millionen von Bauern werden sich erheben wie ein mächtiger Sturm, wie ein Wirbelwind - eine Kraft, so heftig und gewaltig, daß keine Macht auf Erden sie aufhalten kann ..." (Mao Tse-tung).

WIEDER EIN JUSTIZSKANDAL

Die Achte Große Strafkammer des Westberliner Landgerichts hat den Studenten Fritz Teufel freigesprochen.

Fritz Teufel war angeklagt, am 2. Juni einen Stein geworfen, andere dazu angestiftet und mehrmals das Wort "Notstandsübung!" gerufen zu haben. Die Anklage stützte sich ausschließlich auf die Angaben von Polizeibeamten, besonders der Herren Hessler, Mertin und Ivicki. Vor Gericht allerdings machten gerade die drei "Kronzeugen" einen ausgesprochen jämmerlichen Eindruck. Hessler etwa brach völlig zusammen und beteuerte auf alle Fragen in der Manier "vergesslicher" KZ-Schergen: "Ich habe nichts gesehen!", "Ich befand mich in einem Ausnahmezustand!", "Daran kann ich mich nicht erinnern!", "Schließlich liegt das sechs Monate zurück!" Polizeioberrat Ivicki wiederum hatte zunächst behauptet, er sei dabeigewesen, als Fritz Teufel andere Demonstranten zum "Widerstand gegen die Staatsgewalt" aufforderte. Nach dem 2. Juni hatte sich Ivicki mit dieser Behauptung auch bei Rundfunkdiskussionen als "Augenzeuge" feiern lassen. Vor Gericht gestand er ein: "Selbst gesehen habe ich das nicht. Ich erfuhr es von meinen Beamten."

Derart läppische "Beweise" reichten also aus, Fritz Teufel 148 Tage in Haft zu halten. Und bei dieser Sachlage besaß Staatsanwalt Groß noch die Frechheit, eine Verurteilung zu fordern: fünf Monate Gefängnis ohne Bewährung! Keine Anrechnung der Untersuchungshaft! In der "Begründung" des Herrn Groß fiel auch der bemerkenswerte Satz: "Der Angeklagte befindet sich auf einen gefährlichen Weg. Er ist politisch stark engagiert und fanatisch ... Ich kann deshalb einer Strafaussetzung zur Bewährung nicht zustimmen." Noch unverhohlener kann sich politische Justiz schwerlich darstellen!

"Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von "Kolonial"sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug."

LENIN

Nicht zur Verhandlung stand natürlich, was vor Gericht vielfach bezeugt wurde, daß nämlich Fritz Teufel nicht nur in der "Grünen Minna" und auf der Wache, sondern bereits auf der Straße vor der Oper von Polizisten geschlagen und in den Leib getreten wurde. "Auf den Wehrlosen wurde eingeknüppelt. Er war von vier Polizisten umgeben. Einer trat ihm mit dem Fuß in den Leib." (Peter Fischer, Fahrer eines Rundfunkübertragungswagens) "Ich hatte den Eindruck, daß Fritz totgeprügelt wird." (Volker Gebbert, Student). Zwei der an dieser Knüppelei beteiligten Beamten betraten den Gerichtssaal - als Zeugen der Anklage!

Lassen wir uns also durch den "Freispruch" nicht täuschen! Mit 148 Tagen Haft hat Teufel seinen "Denkzettel" ohnehin weg. Nicht untersucht wird natürlich, wie man Teufel überhaupt solange festhalten konnte. Nicht ermittelt wird gegen Polizeioberrat Ivicki, der wissentlich falsche Angaben gemacht hat! Darum sagen wir: Wieder ein Justizskandal!

Ein bemerkenswerter Beitrag zum "Fall Teufel" kam übrigens aus Moskau. Ein Artikel der Moskauer "Literatur-Zeitung" sprach von "Lumpenpack unter Führung eines gewissen Fritz Teufel, der sich als Anhänger Mao Tse-tungs bezeichnet", und von der "Westberliner Polizei, die allerhand gewöhnt ist" und wieder einmal "einschreiten" mußte gegen die "von ekelerregenden Obszönitäten begleiteten Demonstrationen" der "Westberliner Rowdies".

Selbstverständlich nur eine "Panne"! Der Verfasser dieses Artikels wurde inzwischen auf Intervention führender Persönlichkeiten der KPD und SED von seinem Posten entfernt. Aber wie hätte dieser Artikel überhaupt in Druck gehen können ohne Billigung der Redaktion, ohne Komplizenschaft auch anderer Stellen?

Diese "Panne" beweist nur, daß diejenigen

recht haben, die der Ansicht sind, daß es in der Sowjetunion 50 Jahre nach der Oktoberrevolution durchaus einen scharfen Klassenkampf auf politischem und ideologischem Gebiet gibt.

Der Versuch, aus der "Literaturzeitung" eine Moskauer Ausgabe der BILD zu machen, ist vielleicht vorerst gescheitert. Jedoch: nicht so frei heraus wie die Redaktion der "Literatur-Zeitung", aber darum nicht weniger gefährlich arbeiten Dutzende von "Petöfi-Clubs" überall in der Sowjetunion an der Restaurierung des Kapitalismus durch Propagierung bürgerlicher Denkkategorien und "westlicher Lebensart." -

me

Liebesgrüße nach Moskau

renski grüßt Sowjetrevisionisten!

Die revisionistische Führungsclique der KPdSU erhielt aus Anlaß des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution u.a. auch ein Glückwunschschreiben, über das sie wohl sehr große Freude empfunden haben wird. Es war der Brief Kerenskis, des gleichen Herrn, der vom russischen Proletariat unter der Führung Lenins davongejagt wurde. Heute wird er von den Herren der Wallstreet mit Almosen bedacht, wie es sich ja wohl unter Komplizen gehört.

Dieser Herr, der, wie die chinesische Zeitung "Rinmin Ribao" schreibt, eine politische Mumie ist, grüßte die Herren in Moskau am Jahrestag seines eigenen Sturzes!

Welch ein bezeichnendes Licht wirft das doch auf die heutige revisionistische Führung der Sowjetunion. Er drückte in seinem Glückwunschschreiben seine Freude darüber aus, daß sich die Sowjetunion heute auf dem Weg der "Freiheit" befinde und nicht mehr die Weltrevolution wolle. Kann man es noch besser formulieren? Wohl kaum!

Die Empfänger dieses Briefes jedoch, die revisionistischen moskauer Herren, sind würdig dieser "Ehre". Denn sie sind die legitimen Fortsetzer der Politik des Kerenski. So wie er damals, stehen sie heute praktisch im Dienste des Imperialismus und vertreten dessen Interessen gegen die Völker.

Kerenski ist heute ein ausrangierter Kettenhund des Imperialismus. Man kann ihn nur noch gebrauchen, um ihn als bemitleidenswerte Kreatur der Öffentlichkeit vorzustellen, die als Opfer des "bösen"Bolschewismus aus Amt und Würden gejagt worden ist. Die Herren Kossygin und Breschnew dagegen haben heute noch eine große Bedeutung für die Imperialisten. Man braucht sie, um die Völker zu täuschen und irrezuführen. Die gleiche Aufgabe, die Kerenski vor der Oktoberrevolution hatte, haben sie heute. Der Besuch des Revisionisten Kossygin in Glassboro und seine Gespräche mit dem amerikanischen Obergangster Johnson, haben diese Tatsache wieder einmal bewiesen.

Die Herren der Wallstreet jedoch haben sich verrechnet. Es wird ihnen nicht gelingen für immer zu triumphieren. Unaufhaltsam geht ihre Ära dem Ende entgegen. So wie einst das russische Proletariat unter der Führung Lenins und Stalins den Sieg davontrug, werden heute die Völker der Welt, beflügelt von den Erkenntnissen des Genossen Mao Tse-tung, des Lenin unserer Epoche, den Sieg erringen und alle Imperialisten samt ihren modernen Kerenskis zum Teufel jagen.

Günter Ackermann

Liebesgrüße aus Washington

Der Genosse Günter Ackermann aus Köln erhielt vor kurzem folgenden, am 3. Januar in Washington abgestempelten Luftpostbrief:

"Lieber deutscher Hetzer:

Wir danken Dir, daß Du fuer den Inhalt US-NAZIS RAUS AUS VIETNAM verantwortlich zeichnest.

Damit haben wir Dich auf eine spezielle fuer deutsche Schweinehunde vorbereitete Liste setzen koennen.

Du wirst bald von uns direkt Kontakt bekommen. Wohl nicht wie Du es gerne haben wuerdest. Wir haben naemlich ganz gut von Euch deutschen Nazi-Schweinen gelernt wie man mit Menschen Deiner Art umzugehen hat.

Wir sehen uns bald!"

Natürlich anonym, wie es von solchen Kreaturen nicht anders zu erwarten ist. "Papiertiger"? Dieses Wort wäre noch zu schade. Nicht einmal das sind sie. Eher "Papierschakale".

- - - -

STREIK. Aus Protest gegen die von ihnen als zu weich empfundene Haltung der IG-Metall in der Tarifauseinandersetzung, traten am 19. Dezember 1967 etwa 6000 Arbeiter der Kieler Howaldtswerke in einen spontanen einstündigen Streik.

- - - -

Selbst in Moskau nicht mehr sicher!

Im Wagen des Leiters des Moskauer Büros der amerikanischen Nachrichtenagentur "Associated Press", Bradsher, ist vor kurzem eine wahrscheinlich selbstgebastelte Bombe explodiert. Der Wagen, der vor dem Gebäude abgestellt war, in dem sich das Büro der Agentur befindet, wurde schwer beschädigt. Amtliche sowjetische Stellen haben die Ermittlungen aufgenommen und hoffen, den oder die Übeltäter "gebührend" bestrafen zu können.

Hippies in Uniform

Etwa 75 Prozent der in Vietnam stationierten amerikanischen Soldaten rauchen Marihuana. Das behauptete John Steinbeck jr., Sohn des berüchtigten Kriegsberichterstatters, Nobelpreisträgers und US-Hofpoeten gleichen Namens, auf einer Pressekonferenz in Washington. Er hat ein Jahr in Vietnam gedient und sagte, der Genuß der Rausch-Droge schränke die Kampffähigkeit nicht ernsthaft ein, erleichtere es den Soldaten aber, die Schrecken des Krieges zu ertragen.

Revisionisten bleiben ungeschoren

Die uruguayische Regierung hat kürzlich die Sozialistische Partei und fünf andere prokubanische Gruppen verboten und einige der Parteiführer unter der Beschuldigung, sie hätten einen Aufstand mit Waffengewalt geplant, verhaften lassen. Zwei Zeitungen wurden verboten. Die Kommunistische Partei blieb von Strafmaßnahmen verschont ...

Widerstand mit Eiern

In Stockholm haben jugendliche Vietnam-Demonstranten am 4.1. eine amerikanische Delegation mit Schneebällen und Eiern empfangen. US-Botschafter Trezise und andere amerikanische Regierungsbeamte mußten von Bediensteten des schwedischen Finanzministerium ihre arg lädierte Kleidung säubern lassen.

Johnson wird eingeheizt

Zum aktiven Widerstand gegen die Vietnam-Politik Johnsons rief der führende Funktionär einer amerikanischen Studenorganisation, Julius Lester, auf: Johnson solle so "eingeheizt" werden, daß er "Angst hat, das Weiße Haus zu verlassen". Überall, wo der Präsident erscheine, um "seine Lügen zu erzählen", solle ihm ins Gesicht gespuckt werden. Vor Johnsons Auto sollten Nägel gestreut und die Scheiben seines Wagens mit Steinen eingeworfen werden.

Friedlicher Übergang?

Der kürzlich zum Sonderbotschafter für Lateinamerika ernannte Bruder des früheren US-Präsidenten Eisenhower, Milton Eisenhower, äußerte die Überzeugung, daß die Völker in einem lateinamerikanischen Land nach dem anderen an den Rand der Revolutionen kämen. Z.B. besäßen in einem Land, das er nicht nennen wolle, fünf Prozent der Bevölkerung 90 Prozent der Produktionsmittel. Die Frage sei daher nicht, ob es Revolutionen geben werde, sondern nur, ob diese blutig verlaufen würden oder in schnellen demokratischen und gesellschaftlichen Veränderungen bestünden.

VERSAMMLUNGEN

Mannheim

Die revolutionäre Linke Mannheims veranstaltet

am Montag, d. 29.1., 20 Uhr

im Saal der Gaststätte "Flora", Mannheim-Neckarstadt, Lortzingstraße 17, ihr erstes Leserforum mit der Zeitschrift ROTER MORGEN.

Es spricht Ernst Aust zum Thema:

WAS TUN ?

Zukunft und Perspektive der deutschen Arbeiterklasse. - Anschl. Diskussion.

Hamburg

Am Mittwoch, dem 7. Februar um 19.30 h findet in der Gaststätte "Wandsbeker Bürgerstuben", Hamburg 70, Marktstraße 167 die nächste Zusammenkunft der Gruppe ROTER MORGEN statt.

ACHTUNG BEILAGE !

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN hefteten wir ein Schreiben an, das uns der in Hamburg bekannte Kommunist und Arbeiterfunktionär, Hans Kolbe, zur Veröffentlichung übergab. Hans Kolbe, ehemaliger Funktionär der KPD, gründete nach dem Parteiverbot den ersten Zirkel zum Stulium und zur Publizierung des Marxismus in Hamburg. Wir begrüßen aufs wärmste seinen Schritt und sind gewiß, daß er nicht der letzte qualifizierte Arbeiter sein wird, der die Reihen der Marxisten-Leninisten Deutschlands verstärkt.

- - -

Hans Kolbe

2000 Hamburg 50
Holstenplatz 13
Ruf: 43 88 13

Januar 1968

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Freunde,

die immer weiter um sich greifende allseitige Unsicherheit in der Bevölkerung der Bundesrepublik, besonders der Arbeiterklasse und ihres progressivsten Teils, der Kommunisten, veranlaßt mich, mich mit diesem Brief insbesondere an alle Kommunisten in Hamburg zu wenden.

Noch eine Bemerkung vorweg: Dem Entschluß, diesen Brief zu schreiben, gehen langjährige Studien des Marxismus-Leninismus, grundsätzliche Überlegungen und ein langes Abwägen der politischen Zweckmässigkeit und Notwendigkeit voraus. Heute bin ich der Überzeugung, daß es dringender denn je geboten ist, zu all den Fragen im nationalen wie im internationalen Bereich, die die Entwicklung nach dem XX. Parteitag der KPdSU gebracht hat, als Marxist-Leninist Stellung zu nehmen. Und dies auch auf die Gefahr hin, von einigen unbelehrbaren Ja-Sagern als Wirrkopf oder Agent beschimpft zu werden. Leider kann aus verständlichen Gründen in diesem Brief von mir nur zu einigen wenigen Fragen Stellung genommen werden, von denen ich überzeugt bin, daß sie über den Kreis der Kommunisten hinaus viele Arbeiter, aber auch junge Menschen, Studenten und junge Gewerkschafter bewegen.

Da ist zunächst die Verurteilung des Genossen Stalin, der in einer langen Periode des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und in der internationalen und kommunistischen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt hat. Die Führer der KPdSU setzten sich schon hier im Interesse der Durchführung ihrer revisionistischen Politik über das Prinzip der Gleichberechtigung und des proletarischen Internationalismus hinweg und stellten alle Bruderparteien vor vollendete Tatsachen. Abgesehen von der Methode, die in jeder Hinsicht gegen die Akteure spricht, da der Genosse Stalin schon fast drei Jahre tot war, kann von niemanden übersehen werden, daß diese Leute in der von ihnen kritisierten Periode die verantwortlichsten Funktionen inne-hatten. Also sie selber verantwortlich - und wie der Genosse Willi Bredel auf der III. Parteikonferenz der SED von sich sagte - "schuldig zu sein, weil er gewußt und darüber geschwiegen habe." Auf dieser Konferenz war der Genosse Willi Bredel der einzige Redner - und das spricht für ihn - der so klar den Ja-Sagern, die in der Konsequenz nie bereit sind, die Verantwortung vor der Arbeiterklasse und dem Volk zu tragen, zu übernehmen, eine Abfuhr erteilt hat.

Der XX. Parteitag der KPdSU ist wirklich zu einem Wendepunkt in der Geschichte der internationalen kommunistischen und Arbeiterparteien geworden. Der Beginn der Periode des ideologischen Kampfes, der auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehenden Kräfte gegen die mit revolutionären Phrasen um sich werfenden Revisionisten. Viele höre ich jetzt sagen: Er wendet den Blick nach hinten statt nach vorn. Richtig, den Blick nach

b.w.

vorn wenden gelingt aber nur, wenn man die Vergangenheit und die Gegenwart richtig analysiert und verstanden hat. Die gefährliche Politik der Führer der SPD in der Bundesrepublik kann doch nur richtig verstanden werden, wenn man die historische Vergangenheit dieser einmal revolutionärsten Partei kennt. Nur dann wird man auch verstehen, daß der Verlauf dieser Politik nach dem Crimmitschauer Textilarbeiterstreik im Jahre 1905, der mit den Sieg der opportunistischen und revisionistischen Kräften in der deutschen Arbeiterbewegung zusammenfällt, bis zu der Politik heute durchaus geradlinig verläuft. Gerade in der deutschen Arbeiterbewegung gibt es eine Fülle von Beispielen dafür, wie sich die Revisionisten Schritt für Schritt dem Kapitalismus angepaßt haben. Und welcher Argumente sie sich dabei bedienen.

In den heutigen ideologischen Auseinandersetzungen beruft sich die Gruppe revisionistischer Führer der KPdSU auf die beiden Moskauer Erklärungen der 81 Kommunistischen und Arbeiterparteien. Sie werfen den chinesischen und albanischen Genossen und allen Marxisten-Leninisten Verstoß gegen diese Deklaration vor. Offensichtlich rechnen diese Leute mit der Vergesslichkeit oder aber der Unkenntnis des Inhalts dieser Beschlüsse. Hier heißt es u.a. sehr richtig, daß die Hauptgefahr, die der kommunistischen Weltbewegung auf ideologischem Gebiet droht, der moderne rechte Revisionismus, wie er durch die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawien verkörpert wird, droht. Schon die ideologische Windstille muß jeder ehrliche Marxist-Leninist verneinen. Aber die Führer der KPdSU gehen noch über die Praxis des guten Verhältnisses zu den jugoslawischen Revisionisten und der ideologischen Windstille hinaus. Sie propagieren das Prinzip der Koexistenz in einer Form, in der das strategische Ziel, der Kampf um die Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Volkes in den noch kapitalistischen Ländern immer mehr ausgeklammert wird. Sie betteln um ein gutes Verhältnis zu dem von ihnen selbst als den Hauptfeind der Völker charakterisierten USA-Kapitalismus, und sie achten darauf, daß auch andere Kommunistische Parteien den Imperialisten ständig ihre Toleranz auf Kosten der Arbeiterklasse und der breiten Volksschichten beweisen. Sie sind bereit, mit all jenen zu paktieren, die rechts stehen. Aber mit denjenigen, die sich konsequent an die Seite der Völker, der Arbeiterklasse stellen, zeigen sie genau wie die Führer der II. Internationale und die Sozialdemokratie keinerlei Verständigungsbereitschaft. Wie anders sind ihre wütenden Verleumdungen gegen die Volksrepublik China und Albanien, ihren Regierungen und den Genossen Mao Tse-tung zu verstehen. Und das, wo jedermann sieht, daß der verbrecherische Krieg der USA-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk in der Endphase die Liquidierung der Volksrepublik China zum Ziele hat. Sie behaupten, ihre Politik sei auf die Verhinderung eines dritten atomaren Weltkrieges ausgerichtet. Schön, aber kann ein solcher Krieg, bei dem die Sowjetunion ohne Zweifel die Hauptlast tragen müßte, verhindert werden, wenn man Schritt für Schritt vor den aggressiven Handlungen der Imperialisten zurückweicht? Niemand kann die Kompliziertheit der gegenwärtigen internationalen Situation leugnen, die die Gefahr eines atomaren Weltkrieges in sich birgt. Wie es aber wirklich mit ihren Argumenten aussieht, beweisen das Beispiel Vietnam und andere Ereignisse der letzten Jahre.

Zu Beginn der vor fast drei Jahren begonnenen Bombardierung der DRV argumentierten die Herren so: (Und die Ja-Sager in der Bundesrepublik waren ihre eifrigsten Interpreten) "Unsere Hilfe ist deshalb nicht schnell und wirksam genug, weil wir unsere Waffen nicht durch die Volksrepublik China transportieren können." (Obgleich es andere und kürzere Wege gegeben hätte). Dieses Argument - schon vor über zwei Jahren und mehrmals danach durch Nordvietnam dementiert - wird heute noch aufrechterhalten. Ein zweites Argument kommt hinzu: Die DRV erklärt selber, die gegenwärtige Hilfe durch die Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder für ausreichend. Schon sind die Revisionisten aus dem Schneider. Zu diesem Argument gibt es doch nur zwei Möglichkeiten, die Haltung der Regierung der Demokratischen Republik zu deuten: Entweder ist die Regierung in Nordvietnam verantwortungslos

gegenüber dem Volk, denn jeder weiß, daß die USA technisch in der Lage sind, das vietnamesische Volk zu vernichten - oder Nordvietnam kann für mehr Hilfe von seiten der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder die Mittel nicht aufbringen und hat das Beispiel Koreas vor Augen, das noch lange Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen, nämlich bis 1959, für diese Hilfe an die Sowjetunion bezahlen mußte, während China die Kosten seiner Hilfe nach Einstellung der Kampfhandlung sofort gestrichen hat. Kossigyn und Johnson schütteln sich in innigen Friedensbeteuerungen in den USA die Hände, als ob in Vietnam in seiner Grausamkeit nicht ein noch größeres Verbrechen an Menschen begangen wird, als durch Hitlerdeutschland vor und während des II. Weltkrieges.

Aber auch die Haltung der revisionistischen Führer der KPdSU zu der Aggression Israels ist eindeutig ein Beweis für ihre wahren Absichten: Gegenseitiges Vertrauen mit den Imperialisten um jeden Preis! Auch dann, wenn man das Prinzip des proletarischen Internationalismus mit Füssen tritt. Und so erkennen sie die Existenzberechtigung des Staates Israel an, obgleich die Welt weiß, daß dieser Staat unter Vergewaltigung des Willens der arabischen Völker geschaffen wurde. Kein vernünftiger Mensch wird den Juden, ganz gleich wo sie leben, ihre Lebensberechtigung verweigern. Und noch heute leben Tausende Juden in den nordafrikanischen Staaten und überall anderswo auf der Welt friedlich mit allen anderen Menschen zusammen. Aber dennoch verlangen die Sowjetrevisionisten von den arabischen Völkern Vertrauen zu ihrer Politik, an deren Endergebnis dann der große "Trost" steht, bei der UNO Forderungen stellen zu dürfen und auf Verhandlungen zu drängen, obgleich ihnen bewußt ist, daß nicht die Juden - aber der israelische Staat ein profaschistischer Staat ist, der im Nahen Osten eine ähnliche Rolle wie ehemals Hitlerdeutschland und heute die Bundesrepublik in Europa spielte und spielt.

Alles das zeigt, daß sie eifrig bemüht sind, das Vertrauen der Imperialisten zu erwerben. Ein Vertrauen übrigens, welches andererseits die KPdSU, die SED, die KPD und andere Kommunistische Parteien von den breiten Volksschichten verlangen oder erwarten, ohne der Kraft dieser breiten Volksschichten und der Arbeiterklasse ihrerseits ein wirkliches Vertrauen entgegenzubringen. Weiter möchte ich hier an die ungleichen Handelsbeziehungen zwischen DDR und UdSSR erinnern, nach denen es durchaus üblich ist, daß die DDR nach gültigen Weltmarktpreisen von der Sowjetunion Rohstoffe bezieht und die Fertigwaren weit unter dem Weltmarktpreis an die Sowjetunion liefert. - Oder die Tatsache, daß das soziale Gefälle zwischen Funktionären der Partei, der Gewerkschaften und der Betriebe und den qualifizierten Facharbeitern so groß ist, daß man offen aussprechen muß, daß solche Entwicklungstendenzen eine absolute Abweichung vom Marxismus-Leninismus sind. Aus solchen Erscheinungen wird deutlich, daß die Notwenigkeit der Parallelisierung bestimmter Schichten und Kräfte und die Bündnispolitik zu einer Phrase wird und man notwendigerweise dann auch neue philosophische Begründungen und Begriffe schaffen muß. So zum Beispiel Wissenschaft als Hauptkraft der Produktivkräfte, also eine Überbetonung des Geistes, eine glatte idealistische Verballhornung des Marxismus, die man als schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus deklariert, die aber lediglich dem Zweck dient, den ungerechtfertigten Unterschied zwischen Funktionäre und arbeitenden Menschen in der Bezahlung zu verschleiern. Eine Entwicklung oder Tendenz, die, wenn man sie weiterverfolgt, unbedingt zur Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse führen muß.

Alle diese Fakten zusammengenommen laufen auf eine Ermunterung der Imperialisten zur schrittweisen Durchsetzung ihrer aggressiven Politik hinaus. Es gibt noch viele Beispiele und Beweise mehr, wobei ich betonen möchte, daß es nicht darum geht, von der Sowjetunion heute zu fordern, sich militärisch

zu arrangieren, sondern daß es darum geht, auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus gradlinig die revolutionäre Bewegung in der ganzen Welt allseitig zu fördern und zu unterstützen, den ideologischen Kampf zu verstärken und sich bedingungslos in jeder Situation an die Seite der Arbeiterklasse und der Völker zu stellen. Ständig der Arbeiterklasse und den Völkern den Weg im Sinne des proletarischen Internationalismus zur Erreichung des Endziels, der Beseitigung der kapitalistischen Machtverhältnisse, zu weisen.

Nur so wird sich das notwendige Vertrauen der Arbeiterklasse und der Völker zur marxistisch-leninistischen Partei und umgekehrt entwickeln und festigen. Jedes Abweichen vom Marxismus-Leninismus muß und führt dazu, das Vertrauen zu der alles verändernden Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes mehr und mehr zu verlieren und sich im gleichen Maße schrittweise den Kapitalisten anzupassen. Das wird auch deutlich, wenn man die Bestrebungen untersucht, mit denen einige kommunistische 'Führer' in der Bundesrepublik versuchen, die Wiederzulassung der KPD zu erreichen. Statt der jahrelang versäumten prinzipiellen und kämpferischen ideologischen Auseinandersetzung mit der gefährlichen Politik der SPD-Führer zu beginnen und diese allseitig als die Handlanger des Imperialismus zu entlarven und sie von der Arbeiterklasse zu isolieren, versuchen sie, den Verderbern des deutschen Volkes klarzumachen, daß das Klima in der Bundesrepublik mit einer wiederzugelassenen, wenn auch zahmeren KPD, angenehmer, besser, vorteilhafter sein würde - ja, all das, aber für wen? Ich kann diesen Kommunisten nur ernsthaft empfehlen, anhand der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung ihr Wissen etwas aufzufrischen, und sich nicht dadurch noch mehr auf den Boden des Revisionismus zu stellen, indem sie wie die Revisionisten eh und je - genau wie die sozialdemokratischen Führer über die "linken Radikalen" geifern. Es ist höchste Zeit, daß sich alle Marxisten-Leninisten auf die hervorragende historisch bedeutsame Rolle der deutschen Linken besinnen. Aus diesen Gründen stelle ich mich voll hinter die Genossen der Zeitschrift ROTER MORGEN und hoffe, daß sie mir Gelegenheit geben werden, zu all den vielen noch offengebliebenen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich rufe alle Kommunisten auf, in offener Diskussion die Plattform des Marxismus-Leninismus für die Bundesrepublik zu erarbeiten und sich in Unterordnung unter die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes auf dieser Plattform zu vereinigen und zu sammeln, zu einer neuen wirklich marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse.

Hans Kolbe

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Februar 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Großoffensive in Südvietnam

Die Großoffensive der südvietnamesischen Befreiungsfront rollt. Täglich, stündlich treffen neue Erfolgsmeldungen ein. Kämpfe in Saigon, Hue, Da Nang und in weiteren 55 Städten des Landes. Die Lage der USA-Invasoren und ihrer südvietnamesischen Marionetten verschlechtert sich täglich. Schon drohen Kriegswahnsinnige im Pentagon mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen. In ihrer Bedrängnis greifen sie zu der von Hitler kreierten Taktik der verbrannten Erde und vernichten ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung mit Raketen, Napalm und Bomben ganze Städte, z.B. Ben Tre im Mekong Delta, das von den Befreiungskräften erobert wurde. Allein in dieser völlig dem Erdboden gleichgemachten, früher 35 000 Einwohner zählenden Stadt, rechnet man mit über 1000 gemordeten Frauen und Kindern.

Die US-Aggressoren haben in Vietnam wiederum eine Überraschung erlebt, mit der man im Pentagon ganz sicher nicht gerechnet hatte. Während die amerikanischen Militär-"Experten" einen Angriff auf den Stützpunkt Khe San, wenige Kilometer südlich der Demarkationslinie, erwarteten und westdeutsche Zeitungen schon besorgt fragten: "Ein zweites Dien Bien Phu?", brach in den Städten Südvietnams der Aufruhr los. In Hue, Saigon, Dalat entstanden Revolutionskomitees, und in der "Höhle des Papiertigers", der amerikanischen Botschaft, hatten sich Angehörige der Befreiungsfront verbarrikadiert. Über ganz Südvietnam wurden Nachrichtensperre und Kriegsrecht verhängt. Panzer und Kampfflugzeuge griffen die Wohnviertel Hues und Saigons an. Nach eigenem Eingeständnis haben die Reaktionäre innerhalb der ersten Woche des Aufstandes etwa 20 000 Menschen hingemordet. Andererseits zerstörte die Befreiungsarmee mit Hilfe der Bevölkerung Dutzende von Hubschraubern, Panzern und Kampfflugzeugen sowie eine große Anzahl von Verwaltungsgebäuden, Polizeistationen und militärischen Anlagen. Mehrere Tausend politische Gefangene konnten befreit werden, so allein in Hue mindestens 7000. Viele wichtige Schriftstücke, Urkunden und Akten fielen in die Hände der Aufständischen oder wurden von umzingelten Feindeinheiten vernichtet.

Die Presse der USA und ihrer Satelliten, insbesondere Westdeutschlands, war eifrig bemüht, das wahre Ausmaß der Rebellion zu verschleiern. Dagegen schrieb die konservative französische Tageszeitung "Paris Jour" ganz offen: "Die Wahrheit ist, daß diese Blitzaktion nur mit der aktiven oder passiven Mithilfe der Zivilbevölkerung vorbereitet werden konnte. Anläßlich der Bombardierung der Vororte von Saigon rutschte allerdings auch der BILD ein Stückchen Wahrheit heraus: "Hart und gnadenlos griff Südvietnams Regierung gestern zum erstenmal in größerem Stil gegen die Zivilbevölkerung durch, die mit den Partisanen gemeinsame Sache macht ..." (BILD, 1. Februar). Und einen Tag später meldete die "Frankfurter Rundschau", über vielen Häusern wehe die Fahne der Befreiungsfront, auch in den immer noch "ruhigen" Stadtteilen.

Die Großoffensive im Landesmaßstab hat eine neue Etappe des vietnamesischen Volksbefreiungskrieges eingeleitet. Die Moral der Aggressoren ist auf dem Nullpunkt angelangt. Die Marionettenarmee ist fast vollständig zusammengebrochen.

"Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien! Völker der ganzen Welt, seid mutig, habt Mut zu kämpfen, fürchtet keine Schwierigkeiten, stürmt Welle auf Welle vorwärts, und die ganze Welt wird den Völkern gehören. Alle finsteren Mächte werden restlos vernichtet werden."

Mao Tse-tung

Nach dieser Großoffensive wird es mit den Imperialisten und Reaktionären aller Länder noch schneller bergab gehen. Gleichzeitig haben die Kämpfe in den Städten Südvietnams die unsinnige Behauptung der Revisionisten widerlegt, Häuser- und Straßenkampf sei heute nicht mehr möglich. Die jüngsten Heldentaten des vietnamesischen Volkes begeistern die Revolutionäre aller Länder und treiben sie voran.

Nach dieser Niederlage werden die US-Imperialisten unweigerlich ihre Anstrengungen verstärken, durch "Verhandlungen" doch noch mit heiler Haut aus der Sackgasse zu kommen. Da die Aggressoren vom Volk Vietnams schwer bedrängt werden, sind sie vor allen darauf aus, eine kleine Atempause zu gewinnen. Daher streben die US-Imperialisten eine "Lösung im Sinne des Genfer Abkommens" an. D.h., das Volk von Vietnam legt die Waffen nieder - und dann wird man schon weiter sehen . Es ist sicher kein Zufall, daß die westdeutsche "Kampagne für Abrüstung" für den diesjährigen Ostermarsch die Parole "Einstellung der Bombenangriffe gegen die DRV" und "Lösung im Sinne des Genfer Abkommens" ausgegeben hat. Je miserabler die Situation der Aggressoren, desto unverschämter die Versuche der Reformisten und Pazifisten, ihnen aus der Patsche zu helfen! Diese Leute haben schon vor längerem die Frage der Bombenangriffe gegen die DRV willkürlich aus dem Komplex des Vietnamkrieges herausgelöst und zu einer besonderen gemacht, ungeachtet der Tatsache, daß Nord- und Südvietnam eine unverbrüchliche Einheit bilden. Dadurch soll die Bevölkerung Nordvietnams von den Landsleuten im Süden isoliert und zu separaten "Friedensgesprächen" gezwungen werden. Gleichzeitig haben diese Leute versucht, das Genfer Abkommen, das längst auf den Müllhaufen der Geschichte gelandet ist, als letzten Schrei aufzutischen. Darüber hinaus faseln sie von einer "Neutralisierung ganz Vietnams"...

Solidarität mit dem Volk Vietnams, d.h. Kampf gegen die Aggressoren, vor allem gegen ihre Stützpunkte und Filialen in Westdeutschland. Gleichzeitig müssen wir aber all die entlarven, die den Aggressoren goldene Brücken bauen möchten.

Dieser Frühling übertrifft alle anderen.
Im ganzen Lande steigt der Siege
glückverheißende Flut.
Auf zum Kampf
gegen die amerikanischen Angreifer.
Vorwärts, der totale Endsieg wird
unser sein.

Ho Chi Minh

Solidarität mit dem Volk Vietnams

Wie überall in der Welt, verstärken auch in Westdeutschland die fortschrittlichen revolutionären Kräfte ihre Aktionen gegen den amerikanischen Imperialismus.

Mannheim

Im Anschluß an eine Kundgebung zogen am 28.1.68 etwa 1000 Demonstranten in das US-Wohngebiet "Benjamin-Franklin-Village", das der Vier-Sterne-General Polk, Chef der US-Streitkräfte in Westdeutschland, zu exteritorialem Gebiet erklärt und somit der Souveränität westdeutscher Behörden entzogen hatte. Für alle US-Soldaten im Raum Mannheim war Ausgangssperre verhängt worden. Wasserwerfer, Hundertschaften der Polizei standen bereit. Trotzdem gelang es nicht, den Durchbruch der Demonstranten in die US-Wohnsiedlung zu verhindern. Mit Sprechchören und Losungen durchzogen sie das verbotene Areal. "Amis raus aus Vietnam" - "Der USA-Imperialismus ist der Weltfeind Nr. 1" - "Yankee-Nazis" und Hochrufe auf den Präsidenten Ho-Chi Minh ertönten. Mehrfach wurden die GI's in englisch aufgefordert zu desertieren und Dänemark oder Schweden einen Besuch abzustatten.

Frankfurt/M.

Nach Anhören eines "teach-in" über Vietnam in der Goethe-Universität am 5.2.68, wo u.a. die Genossen Dutschke und Krahl sprachen, zogen nahezu 3000 Studenten, junge Arbeiter und Schüler mehrere Stunden durch die Innenstadt Frankfurts. Straßenschlachten entwickelten sich vor dem US-Generalkonsulat, dem Amerikahaus und dem US-Handels-Centre am Opernplatz, als die hessische Bereitschaftspolizei aus Wiesbaden mit Wasserwerfern, Polizeireitern und Hundestaffeln anrückte. Der Verkehr in der Innenstadt kam zum Erliegen, als der von Fahnen der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL), roten Fahnen der Arbeiterklasse und der cubanischen Fahne angeführte.

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Verlag Ernst Aust

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

und mit zahlreichen Losungen und Transparenten gegen den USA-Imperialismus übersäte Demonstrationszug, der die volle Breite der Straßen einnahm, sich immer wieder den brutalen Angriffen der Polizei stellte. Ein Höhepunkt der Kampf-Demonstration war ohne Zweifel die zeitweilige Besetzung des US-Handels-Zentrum am Zürich-Hochhaus. Die Flaggen der FLN und Cubas wurden unter dem Beifall der Menge auf dem Dach der US-Institution aufgepflanzt. Unter den Zurufen "Es lebe Mao!" wurde von jungen Marxisten-Leninisten das "Rote Buch" des Vorsitzenden Mao-Tse-tungs geschwenkt. Bei den Auseinandersetzungen gab es einige Verletzte auf beiden Seiten. Ca. 10 Demonstranten wurden in Haft genommen.

Hamburg

Auch in Hamburg wehten rote Fahnen und FLN-Banner über den Köpfen der ca. 3000 an einer Protestveranstaltung gegen die US-Aggression in Vietnam auf der Moorweide teilnehmenden Studenten, Schülern und jungen Arbeitern. Anschließend wurde der Verkehr am Dammtorbahnhof blockiert, um mit Autofahrern und Passanten über den Vietnamkrieg zu diskutieren. Mit Transparenten und unter Ho-Chi-Minh-Rufen zog anschließend eine Gruppe von rund 500 Mann zum Springer-Hochhaus, um dort die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse zu verhindern. Sitzstreiks und brennendes Bohnerwachs verhinderten zeitweise das Ausfahren der Zeitungswagen. Erst nach Stunden, nachdem noch einzelne Gruppen vor dem US-Konsulat demonstriert hatten, trat Ruhe ein.

München

Am gleichen Tage, am 9.2.68, stürmte eine Gruppe Demonstranten die Bühne des Amerika-Hauses in München, als der Kulturattaché der US-Botschaft eine amerikanische Ausstellung eröffnete. Unter Fahnen der FLN erklangen Sprechchöre wie "Johnson - Mörder" und Hochrufe auf den Präsidenten Ho Chi Minh. Knallkörper, Stinkbomben und Farbbeutel legten die Versammlung lahm, die anrückende Polizei nahm 40 Demonstranten zeitweilig fest.

Westberlin

Zu einen Höhepunkt in der Protestbewegung gegen den Überfall der USA auf Vietnam dürfte sich der für den 17. und 18.2. in Westberlin vom SDS geplante Vietnam-Kongreß entwickeln. Tausende aus dem In- und Ausland haben schon heute ihre Teilnahme zugesagt.

In einem Artikel im "FU-Spiegel", dem offiziellen Organ der Studentenvertretung, heißt es zu dem Kongreß, die Kongreß-Teilnehmer sollten davon ausgehen, daß der Vietnamkrieg keine zufällige Einzelerscheinung ist, sondern ein "Modellfall" für ähnliche Konflikte in "anderen unterentwickelt gehaltenen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas." Es wird davon ausgegangen, daß die "amerikanische Aggression" direkt die europäische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sozialismus betreffe und jeder Revolutionär für den Sieg der vietnamesischen Revolution arbeiten müsse. Wörtlich: "Deshalb darf Europa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muss aktiv in den internationalen Kampf gegen diese Spätgeburt des Kapitalismus eintreten. Die aktuellen Ziele des Kampfes sind: der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO; die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß; die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung neutralisiert. Ähnlich wie OLAS-Konferenz eine revolutionäre Strategie für Lateinamerika entwickelt hat, soll diese Konferenz in Berlin neue Formen aktiver Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und Kampfmassnahmen gegen die imperialistischen Handlanger in Westeuropa entwickeln."

Methoden des Klassengegners

Zu einer altbekannten Taktik des Klassengegners gehört es, Zwietracht und Mißtrauen in die Reihen der fortschrittlichen, revolutionären Kräfte zu säen. Dabei spielen sich Revisionisten und Organe des Verfassungsschutzes ungeniert in die Hände.

Bekannt sind die in letzter Zeit mehrfach erfolgten Veröffentlichungen über versuchte Anwerbungen von Studenten für Zwecke des Verfassungsschutzes. Mag es sich in einzelnen Fällen tatsächlich um Pannen bei der Anwerbung handeln, die Vielzahl jedoch gibt zu denken. An und für sich sind die Organe des Verfassungsschutzes nicht so dumm, sich ihre 8-Groschen-Jungen nicht vorher genau anzusehen. Man könnte auch umgekehrt die Frage stellen, haben diese Meldungen nicht den Zweck, die Studenten unsicher zu machen?

Offensichtlich wird diese Methode dort, wo - wie in Hamburg - ein revolutionä-

rer Student im SDS als Zuträger zum Verfassungsschutz verleumdet wird. Ein Mädchen erzählt: Sie habe einen Verlobten, der Verlobte habe einen Bekannten, und dieser Bekannte habe gesehen, daß sich der Student X - dabei wird eine Beschreibung gegeben - mit einem Verfassungsschutzbeamten getroffen habe. Der Stich sitzt. Das Mißtrauen ist da. Mag der Student gute Aktionen vorschlagen, er wird als Provokateur, mag er zu revolutionärer Geduld mahnen, er wird als Bremser verdächtigt.

Ganz offensichtlich wurde diese widerwärtige Methode der Verleumdung in Mannheim, als auf der Versammlung des ROTEN MORGEN ein bekannter KPD-Funktionär es ablehnte mit dem Redakteur unserer Zeitschrift zu diskutieren, dagegen bereit war, mit dem Genossen Helmut G., den man einige Monate zuvor im "Freien Volk" als bekannten Agenten des Verfassungsschutzamtes verleumdet hatte, zu sprechen.

Alle Marxisten-Leninisten wie auch alle Genossen im SDS sollten auf solche Methoden nicht hereinfallen. Man sollte denjenigen, die unbewiesene Gerüchte verbreiten und Mißtrauen säen, wie jenen, die einwandfrei als 8-Groschen-Jungen entlarvt wurden, die Behandlung zuteil werden lassen, die in der Arbeiterklasse in solchen Fällen seit altersher üblich ist.

ABFUHR!

Unter den Porträts von Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao-Tse-tungs fand Ende vergangenen Monats in Mannheim die erste öffentliche Versammlung der "revolutionären Linken" in Verbindung mit unserer Zeitschrift ROTER MORGEN statt. Siegesgewiß hatten die Revisionisten ihre Gefolgsleute aus der Umgebung zusammengefahren, um die Versammlung zu sprengen. Sie hatten die Rechnung ohne den Wirt, die anwesenden Marxisten-Leninisten gemacht. Nicht nur, daß sie eine Abstimmungsniederlage erlitten, ihr unqualifiziertes Verhalten, das aus Pöbeln statt argumentieren bestand, verscherzten ihnen die letzten Sympathien bei den Anwesenden.

Wiederum zeigte sich das typische Verhalten dieser Renegaten: Während sie ohne Hemmungen bereit sind sich mit den Rechten zu verbünden und vor Freude rotieren, wenn sich ein sozialdemokratischer Funktionär herabläßt mit ihnen zu sprechen, richtet sich ihr wütender Haß gegen alle wahren Marxisten-Leninisten. Sie werden wie all ihre revisionistischen Vorgänger auf dem Misthaufen der Geschichte landen.

Das sozialistische Albanien hat die Leistung seiner Sender weiter ausgebaut, wodurch sich noch bessere Empfangsmöglichkeiten auch in Westdeutschland ergeben. Gleichzeitig ist das

<u>Deutschsprachige Programm</u>

<u>von RADIO TIRANA</u>

noch reichhaltiger geworden und kann jetzt täglich siebenmal empfangen werden. Für kleinere Radiogeräte und in ungünstigen Lagen empfiehlt sich der Empfang der Mittelwelle um 21.30 Uhr.

<u>Empfangszeiten und Wellenlängen:</u>

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle	
6.00- 6.30	215 m	41 m,	50 m
14.30-15.00	-	41 m,	50 m
16.00-16.30	-	41 m,	50 m
18.00-18.30	-	41 m,	50 m
19.00-19.30	-	41 m,	50 m
21.30-22.00	215 m	-	50 m
23.00-23.30	-	41 m,	49 m

<u>RADIO PEKING</u> in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

\+ + + +

Zum 70. Geburtstag BB's

Am 10. Februar wäre der größte deutsche Dramatiker dieses Jahrhunderts, der Kommunist Bertolt Brecht, 70 Jahre alt geworden. In Erinnerung an sein der Arbeiterklasse und Befreiung der Menschheit dienendes Schaffen nebenstehend eines seiner Gedichte:

DIE ANDERE SEITE

1934, im achten Jahr des Bürgerkriegs
Warfen Flugzeuge TschiangKai-scheks
Über dem Gebiet der Kommunisten Flugblätter ab
Die auf den Kopf Mao Tse-tungs einen Preis setzten.
Umsichtig
Ließ der gebrandmarkte Mao angesichts des Mangels
An Papier und der Fülle der Gedanken die einseitig
Bedruckten Blätter aufsammeln und brachte sie
Auf der sauberen Seite bedruckt mit Nützlichem
Unter der Bevölkerung in Umlauf.

Wir brauchen die internationale marxistisch-leninistische Einheit

Im letzten ROTEN MORGEN schrieben wir über den Mißbrauch des Wortes "Personenkult" durch die modernen Revisionisten. Heute wollen wir uns dem Argument einiger KPD-Genossen zuwenden, das in etwa lautet: "Wir möchten die Abhängigkeit von Moskau, nicht mit einer Abhängigkeit von Peking vertauschen", oder dem Vorwurf, den die Herren im Kreml gegen die KPChinas erheben: Sie griffe nach der Führung.

Was heißt hier Führung? Gibt es eine solche, alle Bruderparteien beherrschende Führung? Und in wessen Händen liegt sie derzeit?

Zweifellos scheint sich die revisionistische Führung der KPdSU als den natürlichen Führer aller kommunistischen Parteien zu betrachten, obwohl sie unentwegt "von der Unabhängigkeit der Kommunistischen und Arbeiterparteien gemäß den konkreten Bedingungen eines jeden Landes" schwätzt. Nach ihrer Logik sind ihr Programm, ihre Resolutionen und Erklärungen samt und sonders heiliges Gesetz. Und wehe dem, der wider den Stachel löckt und ihre unendliche Weisheit anzuzweifeln wagt. Er wird gescholten, verdammt, als Spalter, Dogmatiker, Chauvinist usw.

Die Führer der KPdSU mögen sich gesagt sein lassen, die kommunistische Weltbewegung ist kein feudaler Klan, in dem es Vorgesetzte und Untergebene, Herrscher und Beherrschte gibt. Alle Bruderparteien, ausnahmslos ob groß oder klein, ob alt oder neu, ob an der Regierung oder nicht, sind unabhängig, selbständig und gleichberechtigt. Das einmal vorweg. Eine andere Sache ist, daß es im internationalen Kampf des Proletariats um seine Befreiung Vorhuten, Avantgarden gibt. Nach der Niederlage der Pariser Kommune waren, wie Engels sagte, "die deutschen Arbeiter für den Augenblick in die Vorhut des proletarischen Kampfes gestellt worden." Und er fuhr fort: "Wie lange die Ereignisse ihnen diesen Ehrenposten lassen werden, läßt sich nicht vorhersagen ... vor allem aber gilt es, sich den echt internationalen Sinn zu wahren, der keinen politischen Chauvinismus aufkommen läßt und der jeden neuen Schritt in der proletarischen Bewegung mit Freuden begrüßt, einerlei von welcher Nation er ausgeht." Der nächste Schritt kam bald, und es war das russische Proletariat, das ihn siegreich in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vollzog. Lenin sagte 1919: "Zeitweilig - selbstverständlich nur für kurze Zeit - ist die Hegemonie in der revolutionären proletarischen Internationale an die Russen übergegangen, wie sie in verschiedenen Perioden des 19. Jahrhunderts die Engländer, dann die Franzosen und dann die Deutschen innegehabt haben."

"Vorhut" im Sinne von Engels und "Hegemonie", wie es Lenin meinte, bedeuteten keineswegs, daß eine Partei, die in die Vorhut der internationalen Arbeiterbewegung gestellt wurde, mit anderen Bruderparteien herumkommandieren könnte, oder daß andere Bruderparteien ihnen zu gehorchen hätten. Als die Kommunistische Partei Rußlands (B) zur Avantgarde der Bewegung wurde, sagt Lenin: "... in Voraussicht all der Entwicklungsstadien in den anderen Ländern soll man nichts aus Moskau dekretieren."

Gerade die KPChinas, der die sowjetischen Revisionisten den "Griff nach der Führung" vorwerfen, war es, die auf der Beratung der Bruderparteien von 1957 - als der Verrat der Führung der KPdSU noch nicht so offenkundig war und Hoffnung auf ein Insichgehen bestand - Nachdruck auf die Feststellung legte, daß die Sowjetunion an der Spitze im sozialistischen Lager stehe. Doch Chruschtschow selbst beschwerte sich später darüber. Er sagt: "Was kann uns dieses 'an der Spitze' materiell eintragen? Weder Milch noch Butter, weder Kartoffeln noch Gemüse oder Wohnungen. Was kann es uns moralisch geben? Nichts." Oder ein anderes Mal: "Was nützt uns dieses 'an der Spitze'? Zum Teufel damit!"

Also, wenn nichts dabei für herausspringt, wenn im Gegenteil das 'an der Spitze'-stehen erhöhte Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Weltproletariat bedeutet, so pfeifen sie darauf. Welch schäbige Krämerseelen. Allerdings, nur in Worten lehnen sie ab 'an der Spitze' aller Bruderparteien zu stehen, in der Tat aber verlangen sie das Privileg über ihnen zu stehen, verlangen sie unbedingten Gehorsam.

Spätestens jedoch, als sich die Führung der KPdSU auf den Weg des Revisionismus und Spaltertums begab, als sie die Beschlüsse der Bruderparteien von 1960 ignorierte, sich dem Hauptfeind der Völker, dem USA-Imperialismus anbiederte, den Renegaten Tito rehabilitierte und begann, durch das 'neue System' den Kapitalismus in ihrem Lande zu restaurieren, büßte sie ihre Position 'an der

Spitze der internationalen kommunistischen Bewegung automatisch ein. Und spätestens nach der Entwicklung einer korrekten marxistisch-leninistischen Generallinie, spätestens aber seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China, die einen unverrückbaren Meilenstein auf dem Weg zum Kommunismus setzte, übernahm die KPChinas unter ihrem großen Vorsitzenden, den Genossen Mao Tse-tung die Spitze der internationalen kommunistischen Weltbewegung.

Die Frage, vor der wir stehen, lautet doch nicht, wer wen führen soll, sondern ob man am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festhalten oder sich dem Revisionismus und Spaltertum der Führung der KPdSU unterwerfen soll. Am Marxismus-Leninismus festhalten aber heißt heute, sich eng mit der KPChinas und hier in Europa mit der KPAlbaniens und anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu verbünden.

Heißt das aber, die leninsche These von der Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien und ihrer Tätigkeit gemäss den konkreten Bedingungen eines jeden Landes mißachten? Keinesfalls! Niemand wird es uns abnehmen, den revolutionären Weg zur Errichtung des Sozialismus in ganz Deutschland entsprechend den konkreten Bedingungen unseres Landes zu erarbeiten und zu beschreiten. Es ist doch geradezu lächerlich, uns vorzuwerfen, den Weg, den die KPCh zur Eroberung der politischen Macht beschritt, sklavisch nachahmen zu wollen. Wohin sollte unser 'langer Marsch' denn führen? Oder sollten wir uns etwa ins Siebengebirge zurückziehen? Auf eines aber können sich die Herren Revisionisten verlassen: es wird ein revolutionärer Weg, der Weg der Oktoberrevolution sein, den wir beschreiten. Mit ihrer antimarxistischen These vom "friedlichen Übergang" können sie uns samt und sonders gestohlen bleiben.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Was sie mit ihren Scheinargumenten wollen, ist, verhindern, daß wir Marxisten-Leninisten auf internationaler Basis uns keine gemeinsame Linie in den Hauptfragen wie z.B. die Haltung gegenüber dem Imperialismus und dem Revisionismus, die Respektierung des allgemeinen Gesetzes der Revolution, des sozialistischen Aufbaus usw. erarbeiten. Doch das wird ihnen nicht gelingen. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit, die wütenden Angriffe der Imperialisten (Indonesien, Griechenland, Vietnam, Naher Osten) und ihrer Helfershelfer der modernen Revisionisten gegen die Völker, gegen den Marxismus-Leninismus und Sozialismus zeigen, daß wir die internationale Einheit der Marxisten-Leninisten festigen müssen.

Konsequente Materialisten sind unerschrockene Leute, und so hoffen wir, daß die gemeinsam mit uns kämpfenden Menschen mutig Verantwortlichkeiten auf sich nehmen, Schwierigkeiten überwinden, keine Angst vor einem Rückschlag haben, Klatsch und Spott nicht fürchten und ohne Scheu uns Kommunisten kritisieren beziehungsweise uns Vorschläge machen werden. "Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt es, den Kaiser vom Pferd zu zerren"; im Kampf für den Sozialismus und Kommunismus müssen wir eine solche Furchtlosigkeit haben.

Mao Tse-tung

Mögen sie noch so laut schreien, mögen sie uns als Satelliten Chinas bezeichnen, mögen sie uns beschuldigen, daß wir eine neue internationale Organisation schaffen wollen. Es wird uns eine Ehre sein. Jawohl, wir sind für die proletarische internationale Einheit aller Marxisten-Leninisten, die sie schamlos und gründlich verraten haben. Niemand wird uns hindern, uns eng mit China und Albanien, ihren kommunistischen Parteien, mit allen allen marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppen, zur Schaffung der internationalen Einheit aller Marxisten-Leninisten zu verbünden und den Hammer zu schmieden, der den Imperialismus und seine Lakaien restlos zerschlägt.

Ernst Aust

Noch weiter rechts

Jedermann weiß, daß wir Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, für eine Aufhebung des KPD-Verbots sind. Nicht, daß wir die Hoffnung hegten, die heute in ihrem Apparat revisionistische KPD würde sich wieder zu einer revolutionären, den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus folgenden Partei mausern, sondern weil eine legale KPD offen Farbe bekennen müßte. Doch das tut sie auch so.

Am Donnerstag dem 8. Februar legte die KPD auf einer Pressekonferenz in Frankfurt durch die eigens zu diesem Zweck in die Bundesrepublik eingereisten ZK-Mitglieder Schäfer und Mies den seit langem angekündigten neuen Programmentwurf der Öffentlichkeit vor. Natürlich ge-

schah dies nicht, ohne die Einreise der beiden gründlich vorzubereiten. Rechtsanwalt Ammann hatte vorsorglich bei allen in Frage kommenden Staatsanwaltschaften nachgeforscht, ob noch Haftbefehle vorliegen. Vorsorglich hatte man bereits vorher den Programmentwurf den dafür zuständigen Parteiinstanzen Westdeutschlands zur gefälligen Begutachtung vorgelegt. Dann gab man "grünes Licht".

Daß es dennoch zur Panne der vorübergehenden Festnahme von Mies und Schäfer kam, lag einzig und allein an der Sturheit der Bundesregierung und der Justizbehörden, die auf eine Neugründung statt Wiederzulassung der KPD beharren. Diese Sturheit ist wirklich beachtlich, denn was an Zugeständnissen will die Monopolbourgeoisie denn noch mehr verlangen, als in diesem, den Spuren Kautskys und Bernsteins folgendem Programmentwurf schon enthalten ist? Sie kann sich doch gar keinen besseren Verbündeten im Lager der Arbeiterklasse wünschen, als diese rechten Führer der KPD. Warum will sie durch ihr Beharren auf Neugründung ihnen die Wiedereinreise in die Bundesrepublik unmöglich machen? Denn das allein ist doch der Grund (die noch vorliegenden Haftbefehle) warum man seitens des ZK der KPD auf eine Wiederzulassung beharrt.

Am vorliegenden Programmentwurf, dessen ganzer Aufbau auf den "friedlichen Übergang zum Sozialismus" mit Hilfe des parlamentarischen Systems gerichtet ist, liegt es nicht. Auf dieses Programm - mit dem wir uns noch näher befassen werden - trifft haargenau zu, Was Professor Ridder in einem Gutachten zu einem Staatsgefährdungsprozeß gegen einen Kommunisten (am 13.12.67 in Stuttgart) sagte. Nämlich, daß die KPD bei Betrachtung ihrer Zielsetzung nicht verfassungsfeindlich sei, sondern, daß bei einem Vergleich der heutigen Ziele der KPD mit dem "Ahlener Programm" der CDU man zweifelsohne zu dem Ergebnis komme, daß die KPD "noch rechts davon steht".

Im Zeichen der Sammlung

Am 2. Februar trafen sich im Raum Mannheim die dem ROTEN MORGEN nahestehenden marxistisch-leninistischen Genossen zu ihrer konstituierenden Sitzung und wählten einstimmig eine kollektive Leitung.

Politisch wurde beschlossen: Den Imperialismus und an seiner Spitze den derzeit aggressivsten Vertreter, den der USA zu bekämpfen; den Revisionismus unaufhörlich anzugreifen; die nationale Bourgeoisie zu schwächen mit dem Ziel; die Diktatur des Proletariats zu errichten, die einzig und allein der Weg zur Errichtung des Sozialismus ist.

Marxistisch-Leninistische Partei Frankreichs gegründet!

Weder ein bewaffneter Überfall durch revisionistische Gangster noch Polizeiterror konnten die Konstituierung der Kommunistischen Marxistischen-Leninistischen Partei Frankreichs am Jahresende 1967 verhindern.

In einem Kommuniqué der Partei in der "l 'Humanité Nouvelle" heißt es, daß die französische Polizei während der Zeit, als die Delegierten zum Tagungsort fuhren, in allen den Kongreßort umgebenden Straßen und Gassen Sperren errichtet hatte, an denen alle Passanten perlustriert wurden, um so die Namen und Adressen der Delegierten festzustellen. Am zweiten Arbeitstag des Kongresses führte eine Gruppe haßerfüllter Werkzeuge der Revisionisten einen bewaffneten Überfall auf drei Delegierte durch, die sich vor dem Eingang des Kongreßsaales befanden. Die Banditen versuchten, diese drei Delegierten zu verschleppen, indem sie sie mit vorgehaltener Pistole bedrohten. Als den Bedrohten andere Kongreßteilnehmer zu Hilfe kamen, wandten sich die Banditen zur Flucht, wobei sie mehrere Schüsse auf die Delegierten abgaben. Dabei wurde ein Delegierter schwer verwundet und mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Trotz schneller Flucht konnten zwei der revisionistischen Gangster erkannt werden. Es handelte sich um ein bei der revisionistischen Zeitung "La Marseillaise" beschäftigtes Subjekt und einen zur Leibgarde von F. Billoux, Mitglied des Politbüros der revisionistischen KPF, gehörenden Gorilla.

Die erfolgreiche Gründung der marxistisch-leninistischen Partei Frankreichs ist ein großer Sieg von historischer Bedeutung für die französische Arbeiterklasse. Wir, die Marxisten-Leninisten Frankreichs, heißt es im Kommuniqué, rufen alle Werktätigen auf, die jetzt entstandene neue kommunistische Partei als jene proletarische Avantgarde anzuerkennen und zu unterstützen, welche die vollständige Emanzipation des arbeitenden Volkes Frankreichs erkämpfen wird. (Weitere Berichte folgen).

"Wann immer auch ein Bürgerkrieg von gesamtstaatlichem Charakter ausbricht, müssen wir darauf vorbereitet sein. Wenn er bald, selbst morgen früh schon ausbrechen sollte, sind wir auch darauf gefaßt."

Mao Tse-tung

+ + +

"L' Unità", die Tageszeitung der reformistischen KP Italiens, veröffentlichte vor einigen Wochen Einzelheiten der NATO-Staatsstreichpläne, nach denen vor einem Jahr auch der griechische Militärputsch abrollte. Auf diese Planung, das "Unternehmen Prometheus", hatte bereits im vergangenen Sommer der Stellvertretende Chefredakteur der "New York Times", Sulzberger, hingewiesen.

Der Meldung zufolge stand Italien im Sommer 1964 nach monatelanger Krise der reaktionären Regierung Moro unmittelbar vor einem Staatsstreich "von rechts". Verantwortlich an der Verschwörung beteiligt waren der italienische Geheimdienst SIFAR, bestimmte Kreise des italienischen Großkapitals, hohe Militärs (z.B. der General De Lorenzo und der damalige "Verteidigungsminister" Andreotti, der heute sinnigerweise als "Industrieminister" fungiert) sowie natürlich der unvermeidliche CIA. Der auf den 10. Juli angesetzte Putsch wurde aus bisher unbekanntem Grund in letzter Stunde abgeblasen. Zur "Untersuchung der Gerüchte über einen angeblich geplanten Militärputsch" hat einer AP-Meldung zufolge der gegenwärtige italienische "Verteidigungsminister", Tremelloni, Mitte vergangenen Monats einen dreiköpfigen "Untersuchungsausschuß" bilden lassen. Dem "Ausschuß" gehören an ein Armeegeneral, ein General der Luftwaffe und ein Admiral. Es wird also alles in der Familie bleiben!

Nach Plan hätten die drei Bürgerkriegsdivisionen des General De Lorenzo am Morgen des 10. Juli 1964 in den Städten Rom, Mailand und Neapel schlagartig alle strategischen Positionen besetzen sollen. Ebenso wie in Griechenland wären an Hand einer vorbereiteten Liste Massenverhaftungen bei Nacht und Nebel vorgenommen worden: Mitglieder fast aller Parteien sowie der Gewerkschaften. Auf der "Schwarzen Liste" standen auch die Namen des heutigen Regierungschefs Sarragat und Papst Paul VI., damals noch Kardinal Montini. Konzentrationslager auf der kleinen Mittelmeerinsel Asinara sowie bei der Ortschaft Castiadas auf Sardinien hätten die Gefangenen aufgenommen.

Sollten diese erschreckenden Enthüllungen nicht auch den Reformisten der KP Italiens und ihren Glaubensbrüdern in Westdeutschland zu denken geben? Da liegen also in allen NATO-Staaten derart famose Pläne auf Abruf bereit. Ein weiteres Griechenland ist jederzeit herstellbar. Dennoch behaupten die italienischen Genossen immer noch steif und fest, entscheidende "Strukturreformen" seien auch unter der bürgerlichen "Demokratie", auf "parlamentarischem Weg", vom heißgeliebten Ministersesselchen aus möglich. Diese Leute haben in der Tat nichts begriffen!

Unsere Epoche ist gekennzeichnet durch den Niedergang des kapitalistischen Systems, durch seinen verzweifelten Todeskampf, durch immer brutalere Versuche, das Rad der Geschichte doch noch einmal zurückzudrehen: Vietnam, Dominikanische Republik, Cuba, Nahost, Ghana, Indonesien, Griechenland usw. Der Stimmzettel verliert angesichts der bewaffneten Konterrevolution mehr und mehr an Bedeutung. So hat zum Beispiel die indische Zentralregierung unter offener Mißachtung des "Wählerwillens" wiederholt Provinzregierungen gestürzt (Westbengalen, Kerala) und durch willfährige Kreaturen ersetzt. So kam zum Beispiel die griechische Reaktion einer totsicheren Wahlpleite durch den Militärputsch zuvor. So zerrissen die USA und ihre südvietnamesischen Marionetten kurzerhand das "Genfer Abkommen", setzten die vereinbarten Wahlen ab und leiteten die blutige Verfolgung aller vietnamesischen Patrioten ein.

Das Gewicht verlagert sich immer mehr von den "friedlichen" Kampfformen auf die "nichtfriedlichen", gewaltsamen. Da die reformistischen "Kommunistischen" Parteien es stets versäumen, diesen Tatsachen Rechnung zu tragen, und stattdessen auf ihrem "friedlichen Übergang" herumreiten, haben die reaktionären Kräfte leichtes Spiel. Der US-Imperialismus selbst hat bereits in allen Teilen der Welt "die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt". Die westeuropäische Industriebourgeoisie ist offen entschlossen, jeden grundsätzlichen Reformversuch im Keim oder auch im Blut zu ersticken, ihre Klassenprivilegien mit Zähnen und Klauen zu verteidigen. Die Ereignisse in Griechenland und Indonesien beweisen, daß die herrschenden

Klassen, wo ihnen nicht gerade die bewaffnete Arbeiterklasse gegenübersteht, durchaus imstande sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt derartige konterrevolutionäre Staatsstreiche zu inszenieren und statt der komplizierten pseudodemokratischen Manipulationsmaschine die nackte faschistische Diktatur zu installieren. Dann findet unter Garantie gerade das Blutvergießen, das Gemetzel statt, das die Reformisten mit ihren friedlichen Kampfformen angeblich verhindern wollen. Hunderttausende indonesischer Genossen haben diese bittere Erfahrung mit dem Leben bezahlt.

Unter den Bedingungen der rapiden Refaschistisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft haben die westdeutschen Reformisten die Parole ausgegeben, Hauptaufgabe sei gegenwärtig die Verteidigung der bürgerlichen Verfassung und "Demokratie": "Verhinderung der Notstandsgesetze", "Einheitsfront aller demokratischen Kräfte!" usw. usf. Nun gut! - aber es dabei zu belassen heißt, das Volk für dumm verkaufen zu wollen. Ob nun gerade Notstandsgesetze zur Hand sind oder nicht - das spielt gar nicht einmal eine so große Rolle. Die Reaktion braucht keine Notstandsgesetze, um ihre Panzer in Marsch zu setzen. Und eine "Einheitsfront aller demokratischen Kräfte", sei sie auch noch so breit, kann den Faschismus nicht aufhalten, solange sie sich auf die "parlamentarischen", "friedlichen" Kampfformen beschränkt. Angesichts massiver Staatsstreichpläne reichen eben "demokratische Einheitsfront" und "parlamentarischer Kampf" allein nicht mehr aus! "Was nützt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdessen die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt? ..." (Karl Marx i. d. "Neuen Rheinischen Zeitung" vom 7. Juni 1848). Der zum Äußersten entschlossenen Bourgeoisie gegenüber ist eine neue Qualität, eine neue Organisation der Massen, sind völlig neue Kampfformen notwendig.

Fassen wir zusammen: An einem bestimmten Punkt wird zwangsläufig jede beliebige Bourgeoisie Westeuropas zum "Allheilmittel" des Faschismus greifen, um die Futterkrippe zu verteidigen und eine Änderung der bestehenden Zustände zu verhindern - sei es nun, daß sie mit Hilfe ihrer breit gefächerten Manipulationsinstrumente "legal" zur Macht gelangen (Hitler), sei es, daß sie Panzer auffahren lassen. In der Konsequenz ist dieser Unterschied nicht einmal wesentlich. Es gibt nur einen Weg, um unter diesen Umständen die bürgerliche "Demokratie" (an der die Reformisten ja so sehr hängen) zu erhalten und darüber hinaus in Richtung auf den Sozialismus voranzuschreiten: "Den Krieg mit Krieg bekämpfen!" - d.h. die Vorbereitung auf den konterrevolutionären Staatsstreich, die Vorbereitung des Generalstreiks und des bewaffneten Aufstandes. Irgendeinen rein "legalen", "parlamentarischen" Weg gibt es heute nicht mehr!

Machen wir uns das ganz klar: was sich in Griechenland und Indonesien ereignet hat, kann auch in Westdeutschland ohne weiteres passieren, wann immer es den Herrschenden geraten erscheint. Ohne bewaffnete Macht befindet sich die Arbeiterklasse zwangsläufig in einer außerordentlich passiven Lage - sie wird nur gerade das erhalten, was ihr die Herrschenden aus eigenen Stücken zuzugestehen bereit sind. Das ist absolut unerträglich! "Die Arbeiter erwarten keine Kompromisse und bitten nicht um Almosen; sie erstreben die rücksichtslose Zertrümmerung der reaktionären Kräfte, d.h. die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft." (Lenin, Zwei Taktiken, 1905) Soll das keine Phrase bleiben, so müssen die beherrschten Massen der Arbeiter, Kleinbürger und Bauern unbedingt auch auf die "nichtfriedliche" Entwicklung, auf den revolutionären Bürgerkrieg vorbereitet werden; die Vorbereitung der "sozialpsychologischen Bedingungen" des Aufstandes ist auf die Tagesordnung zu setzen, "nicht im Sinne einer direkten Aufforderung, ... sondern im Sinne einer notwendigen Schlußfolgerung. " (Lenin).

ALLE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!

Frankreich:

Militanter Massenkampf

Die chauvinistische Großmachtpolitik des Gaullismus hat wachsende Belastung des französischen Volkes zur Folge. Der Widerstand der Arbeiter, Klein- und Mittelbauern sowie der Angestellten und kleineren Selbständigen wird immer erbitterter. Besonders die französischen Arbeiter und Kleinbauern sind immer weniger bereit, sich auf die "friedlichen" Kampfformen zu beschränken. Die konservative französische Zeitung "Le Monde" kommentierte erschreckt: "Kein Tag vergeht, ohne daß nicht irgendwo in Frankreich ... sich Versammlungen und Protestzüge bilden, die die Unzufrieden-

heit der Arbeiter zum Ausdruck bringen über soziale Unsicherheit, drohende Arbeitslosigkeit und sinkenden Lebensstandard ..."

Zur Straßenschlacht entwickelte sich am 27. Januar der Streik von 4800 Arbeitern eines Renault-Zulieferbetriebes in Blainville-sur-Orne (nahe Caen). Um ihrer Forderung nach sechsprozentiger Lohnerhöhung mehr Nachdruck zu verleihen, marschierten die Arbeiter in das einige Kilometer entfernte Caen. Dort schlossen sich mehrere tausend Menschen, darunter viele Studenten, der Manifestation an. Die Menge belagerte das Gebäude der Präfektur von Caen. Als die Polizei die Demonstranten mit Schlagstöcken und Tränengas zurückzudrängen versuchte, setzte die Menge sich mit Steinen, Eisenstangen und verschiedenen Wurfgeschossen zur Wehr. Mehr als 100 Menschen wurden verletzt; 18 von ihnen, darunter 6 Polizisten, mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Etwa gleichzeitig belagerten 7000 Menschen die Unterpräfektur von Fougère (Bretagne). Mehrere Scheiben gingen zu Bruch, bevor es der Polizei gelang, die Menge durch massierten Einsatz von "Tränengas" auseinanderzutreiben. Zwei Arbeiter wurden mit schwerer Vergiftung ins Krankenhaus eingeliefert.

Am selben Tag besetzten in Merignac (nahe Bordeaux) streikende Arbeiter das Werksgelände.

Guatemala:

<u>Verdiente Strafe</u>

Aus einem Personenwagen heraus wurden in der Hauptstadt des mittelamerikanischen Staates Guatemala am 17. Januar zwei US-Militär-Diplomaten getötet, darunter der CIA-Beauftragte Oberst John Webbers. Zwei weitere Angehörige des Botschaftspersonals wurden verletzt. Die Exekution der US-Militärs ist eine Vergeltung für verschiedene Attentate faschistischer Terroristen, die von der US-Militärmission aus dirigiert und bezahlt werden.

Japan:

"Yankee go home!"

Insgesamt mehr als 200 000 Japaner nahmen Mitte Januar an Demonstrationen gegen den "Besuch" des US-Flugzeugträgers "Enterprise" teil. Allein an den mehrtägigen Demonstrationen in der Hafenstadt Sasebo und in Tokio nahmen jedes Mal zwischen 15 000 und 50 000 Menschen teil. Hunderte von Studenten, viele mit weißen Sturzhelmen und langen Knüppeln ausgerüstet, versuchten wiederholt, den bei Sasebo gelegenen US-Stützpunkt zu stürmen. Nach unvollständigen Angaben wurden dabei 450 Menschen verletzt, darunter zahlreiche Polizisten und Agenten in Zivil.

Afrika:

<u>Neue Siege</u>

Neue Siege der Völker von Mosambik, Simbabwe (Südrhodesien) und Portugiesisch-Guinea meldet "hsin hua".

In Mosambik wurden bereits in der ersten Woche des neuen Jahres 13 portugiesische Soldaten beim Kampf mit Guerillas getötet. Freiheitskämpfer in Simbabwe führten zwischen dem 2. und 7. Januar eine Reihe Gefechte durch. Sie töteten dabei 41 Soldaten und verwundeten weitere. In Portugiesisch-Guinea wurden in der Zeit vom 29. November bis 19. Dezember vergangenen Jahres insgesamt 136 portugiesische Soldaten getötet, darunter zwei Offiziere. Bisher sind knapp zwei Drittel des Landes befreit worden.

Indien:

<u>"Freiwillige" gegen das Volk</u>

Die chinesische Nachrichtenagentur "hsin hua" meldet aus Indien:

E.M.S. Namboodiripad und andere indische "Kommunisten", die glücklich einen Ministersessel in der Regierung des Bundesstaates Kerala ergattert haben, sind jetzt dabei, ein "Freiwilligenkorps zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" aufzubauen. "Die Freiwilligen könnten zur Ergänzung der Aufgaben der Polizei eingesetzt werden ...", begeisterten sich die Revisionisten.

Schon im letzten September hatten indische "Kommunisten" in den Bezirken Cannonore und Calicut Trainingscamps angelegt, in denen 130 Offiziere, meist ehemalige Armeeangehörige, für das geplante "Freiwilligenkorps" ausgebildet wurden. Das "Freiwilligenkorps" wurde zuerstenmal im vergangenen Oktober gegen demonstrierende Arbeiter und Tagelöhner des Bezirks Calicut eingesetzt.

<u>"Unberührbar"</u>

Ins Fettnäpfchen trat der sowjetische Ministerpräsident Kossygin während seines Besuchs in Indien Ende Januar. Als er versehentlich einem zur untersten Kaste der "Unberührbaren" gehörenden Tagelöhner die Hand geben wollte, mußten indische Protokollbeamte ihn belehren: "Eine hochgestellte Persönlichkeit darf eine so niedrige Kreatur nicht berühren!"

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

März 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

DER FASCHISTENKONGREß VOM 21. FEBRUAR UND DIE NOTWENDIGE KONSEQUENZ

"... erklärte v. Thadden, die ständig gefährdete Lage des geteilten Deutschland erfordere zwingend, daß sich Widerstand gegen den Versuch einer linksradikalen Minderheit bilde, die freiheitliche Ordnung von innen her auszuhöhlen und Westdeutschland für eine ... Übernahme der Staatsmacht durch die Kommunisten sturmreif zu machen. ... Es gelte daher, die Öffentlichkeit aufzumuntern, sich einem solchen Treiben beherzt entgegenzustellen und der planmässigen Zersetzung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu widerstehen... Möglicherweise, so meinte v. Thadden, ließen sich für diese Sache auch Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin ... gewinnen." (Zitiert aus dem Organ der NPD, "Deutsche Nachrichten", vom 1. Dezember 1967).

Die Hoffnung des Herrn Thadden auf "Männer wie der Regierende Bürgermeister von Berlin" zitierten wir bereits in der Dezembernummer des ROTEN MORGEN. Die Hoffnung des Herrn Thadden wurde erfüllt. Zwar durfte er bei der Schmierenkomödie vom 21. Februar noch nicht selbst aufs Treppchen steigen - das hätte sicher im Ausland einen sehr schlechten Eindruck gemacht! - aber die anderen besorgten auch so sein Geschäft. Da wurde tatsächlich nach Kräften "aufgemuntert" mit kernigen Sprüchen wie "Schluß jetzt mit dem Rüpelspiel", "wir haben es satt, daß Hauptverkehrsstrassen immer wieder blockiert werden" und "wer mit diesen Kräften gemeinsame Sache macht, ist mitschuldig. Der muß sich zur Rechenschaft ziehen lassen" (Amrehn). Besser hätte sicher auch Herr Thadden den Gröfaz nicht parodieren können!

Nachdem am Wochenende zuvor mehr als 15 000 Menschen gegen Kapitalismus und weltweite Ausbeutung demonstriert hatten, wollte die Westberliner Marionettenregierung den westdeutschen und US-Imperialisten mit einer gigantischen "Gedenkkundgebung" gefällig sein. Solche Kundgebungen werden in Westberlin gepflegt seit den Zeiten Otto Reuters als Mittel "Volksgemeinschaft" vorzutäuschen und den "Frontstadt"-Mythos zu kultivieren. Noch 1961 nach dem Ausbau der DDR-Staatsgrenze und 1963 beim Kennedy-Besuch leistete jeweils mehr als eine halbe Million Berliner den Reaktionären Gefolgschaft. Aber heute sind auch die Westberliner Reaktionäre nicht mehr imstande, nach Belieben Hunderttausende aufmarschieren zu lassen. Journalisten haben in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß der Kundgebungsplatz nur eben 10 000 qm groß ist, so daß auch dicht gedrängt vielleicht 40 000 Menschen Platz gehabt hätten, aber nicht - wie der Senat verkünden ließ - 150 000!

Die überwiegende Mehrheit der Westberliner Bürger - auch der proamerikanisch eingestellten - mißbilligt entschieden die Vorbereitung krimineller Handlungen gegen Andersdenkende, lehnt die Progromhetze der Springer-Presse ab, ist nicht bereit, sich vor den Karren neofaschistischer Gangster spannen zu lassen. Und von denen, die doch dem Ruf der Reaktionäre gefolgt waren, hielten viele kritische Transparente wie "Gegen jeden Krieg - Frieden in Vietnam" oder auch einfach "Berliner Zwischenmeisterbetriebe sehen ihre EXISTENZ bedroht".

Zieht man dazu noch den großen Anteil Neugieriger oder Abkommandierter ab (verschiedener Betriebe, vor allem jedoch die Behördenangestellten!), so bleibt allerdings ein trüber Bodensatz von organisierten Faschisten, Schlägertrupps, aufgeputschten Rentnern, wildgewordenen Kleinbürgern, hartgesottenen Reaktionären, kriminellen Elementen, irregeleiteten jungen Leuten und Angehörigen des Lumpenproletariats. An sie wandte sich SPD-Landesvorsitzender Mattick mit jenem "aufmunternden" Zuruf "Unruhestifter und Randalierer, die unsere Freiheit zerstören wollen, sollen dahin gehen, wo sie hergekommen sind!" Und die Faschisten

unten auf dem Platz kapierten.

An diesem einen Tag wurden nach den unvollständigen Angaben der Polizei 23 Menschen zusammengeschlagen; drei von diesen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Ungenannte weitere wurden beleidigt oder tätlich angegriffen. 33 von ihnen wurden von der Polizei in "Schutzhaft" genommen. Verprügelt wurden Menschen, die Bart oder Brille trugen, die einen fremden Dialekt oder gar ausländisch sprachen, die es versäumt hatten, in das Gejohle der aufgeputschten Menge einzustimmen. Ein junger Lehrer aus der Schweiz, der eine Lynch-Szene fotographieren wollte, wurde von einer entmenschten Horde mit dem Ruf "der ist aus dem Osten!" durch die Straßen gejagt; Polizisten beobachteten zustimmend nickend das Treiben der Schläger.

Auch in der Westberliner Polizei setzen sich mehr und mehr die Führungskräfte durch, die sich schon unter dem Hitler-Faschismus "Verdienste" erworben haben, z.B. der Kommandeur der sogenannten "Schutz-Polizei", Werner, der sich als 1. Stabsoffizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien-Mitte um die Unterdrückung der italienischen Zivilbevölkerung verdient machte und dafür das "Banden-Kampfabzeichen" erhielt. Und da hat die Westberliner Marionettenregierung "harte Männer" wie Senatsrat Prill, der für den Posten eines Polizei-Vizepräsidenten vorgesehen ist. Gegenüber Studentenvertretern erläuterte Prill naßforsch seine Konzeption: "Die Demonstranten sollen ruhig kommen, die kriegen eins mit dem Knüppel auf den Hut. Das ist gleich ein gutes Übungsfeld für unsere Polizei."

Und da sind die vielen unteren Dienstgrade, die es lieben, im Schutz der Staatsmacht den starken Mann spielen zu dürfen. Nach dem 2. Juni lagen Anzeigen gegen 92 Schläger in Uniform vor. 82 dieser Verfahren wurden bis Mitte Februar "ergebnislos" eingestellt. Durch die internationale Presse ging z.B. das Foto von drei "Ordnungshütern", die mit verbissenen Gesichtern wie besessen auf einen am Boden liegenden jungen Mann einknüppeln. Die Namen der Täter sind bekannt. Im Kurras-Prozeß durften die drei Schläger sogar als "Zeugen" der Verteidigung auftreten. Plötzlich jedoch hieß es, die drei Beamten seien nicht namhaft zu machen. Verfahren eingestellt. Und auch die weiteren Verfahren gegen Schläger in Uniform, gegen Prügel-Perser, gegen den Studenten-Killer Kurras, gegen Fritz Teufel und andere Demonstranten beweisen klipp und klar, daß es lächerlich und gefährlich ist, sich auf die "Unabhängigkeit" und "Gerechtigkeit" bürgerlicher Gerichte zu verlassen.

Der Republikanische Club Westberlin hat jetzt angesichts der sich zuspitzenden Situation die Einrichtung einer Miliz als "Instrument ... demokratischer Gegengewalt" vorgeschlagen, um dem Terror zu begegnen. Ein solcher Schritt wäre nur zu begrüssen.

Die Organisierung demokratischer Selbstverteidigungsverbände ist die logische Schlußfolgerung aus den Ereignissen vom 2. Juni bis 21. Februar.

"Wir müssen die Notwehr organisieren", heißt es in dem dem Republikanischen Club nahestehenden "Extradienst". Es werde nicht mehr dabei bleiben dürfen, daß Linke verprügelt würden. "Wir machen unseren Vätern den Vorwurf, daß sie im Januar 1933 nicht zu den Waffen gegriffen und den Nazi-Terror im Ansatz erstickt haben. Wir dürfen den verhängnisvollen Fehler der Linken von 1933 nicht wiederholen." Durch "konzentrierte Hetze" sei ein "gesetzloser, verfassungsfeindlicher Zustand" eingetreten.

Kurz gemeldet

Mit einer spontanen Arbeitsniederlegung protestierten am 21. Februar 1400 Arbeiter der Rheinstahl Union Brückenbau gegen die Entlassung von Kollegen.

+ + +

Im Jahr 1967 hatten Hessens Unternehmer 1,6 % weniger Lohnauszahlungen zu leisten als 1966. Demgegenüber sind nach Angaben des Hess. Statist. Landesamtes von 495 Leistungen und Gütern des täglichen Bedarfs fast die Hälfte im Preis gestiegen, davon viele mehr als 5 %.

+ + +

Durch rücksichtslose Entlassungen, Automatisierung usw. ist die Arbeitsproduktivität 1967 im Bundesdurchschnitt um 10 % gestiegen. Die Unternehmerverbände sehen daher für 1968 Lohnerhöhungen um 4-5 % vor; man kann aber damit rechnen, daß die Konzerne sich diese Lohnerhöhung erst in einem Schauturnen mit den bürgerlichen Gewerkschaftsvertretern "abringen" lassen werden.

+ + +

Im Januar 1968 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 672 000 (3,2 %) gegenüber 2,4 % im Vormonat.

+ + +

Ein noch schwereres Jahr für die US-Imperialisten angebrochen

Der endgültige Untergang der US-Imperialisten rückt immer näher

In der amerikanischen Kleinstadt Orangeburg (South Carolina) fanden Anfang Februar die ersten großen Demonstrationen von Afroamerikanern im neuen Jahr statt. Nachdem die einzige Kegelbahn der Stadt "für Nigger verboten" worden war, kam es eine Woche lang täglich zu Protestversammlungen junger Afroamerikaner. Am späten Abend des 8. Februar schließlich eröffneten Einheiten der "Nationalgarde" und der örtlichen Polizei das Feuer auf farbige Studenten, die sich auf dem Universitätsgelände versammelt hatten. 3 Studenten wurden getötet, mehr als 40 weitere zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Studenten leisteten erbitterte Gegenwehr, wobei es ihnen gelang, einen Polizeibeamten durch Kopfschuß außer Gefecht zu setzen.

Nach amerikanischen Statistiken kam es 1965 zu fünf "schweren Rassenkrawallen", 1966 zu 21 und 1967 sogar zu 75 "Krawallen". Erstmals wurden im vergangenen Jahr Panzer, Kampfhubschrauber, Fallschirmjäger und andere reguläre Truppen gegen die aufständischen Afroamerikaner eingesetzt. Andererseits traten in den Kämpfen des vergangenen Jahren erstmals organisierte Partisanen auf, die vielfach mit MG's ausgerüstet waren. Ferner hat die afroamerikanische Bevölkerung selbst eine Fülle neuer Waffen erfunden, die leicht herzustellen sind. Sicher wird es 1968 noch weit mehr bewaffnete Erhebungen und Aufstände der 22 Millionen Afroamerikaner geben als im Vorjahr.

Berichten des "Springer-Auslandsdienstes" vom 14. Februar zufolge treffen die Behörden überall in den USA umfangreiche konterrevolutionäre Vorbereitungen. "Der Kauf von Kriegsgeräten, z.B. Panzerwagen, ist eine normale Angelegenheit geworden, die nur durch die Höhe des jeweiligen Kommunalhaushaltes begrenzt wird." In Philadelphia läßt der örtliche Polizeichef 125 Scharfschützen ausbilden, insbesondere für den Einsatz von Hubschraubern. In Pittsburg wurde eine ständige "Anti-Aufruhr-Zentrale" eingerichtet. In den Wohnvierteln der Afroamerikaner "wimmelt es von Spionen ... und Agenten. Man könnte meinen, die Polizei bereite sich auf einen Krieg vor oder führe ihn bereits!", berichtete die amerikanische Zeitschrift "Esquire". Polizei, FBI und CIA haben zahlreiche Spitzel in die politischen Vereinigungen der Afroamerikaner eingeschleust. Diese Spitzel werden durch "verkappte Kanäle wie beispielsweise Fürsorgeämter" bezahlt. Vielfach wird auch der Versuch unternommen, arbeitslose oder völlig mittellose junge Afroamerikaner für "freiwillige Einsatztruppen" gegen ihre Klassenbrüder anzuheuern.

Auch korrumpierte Angehörige der afroamerikanischen "Mittelschicht" sind oft zu Handlangerdiensten bereit.

Außerdem werden faschistische Selbsthilfeorganisationen der weißen Bevölkerung gebildet aus Mitgliedern der Veteranenvereine, des Ku-Klux-Klan sowie der zahlreichen "Clubs" und Freizeitvereine. "Weiße" Arbeitslose werden, vor allem in den Südstaaten, systematisch rassistisch verhetzt und zum Kampf gegen ihre "schwarzen" Klassenbrüder geworben.

Gegenüber der Zeitschrift "Esquire" erklärte der Polizeichef von Philadelphia großmäulig: "Ich betrachte mich als Experten für Straßenkampf und Stadtkriegführung. Es mag sein, daß es hier zu einem Aufstand kommt, aber es wird der kürzeste Aufstand in der Geschichte sein.." In der Tat sollen derartig zynische Prahlereien nur verbergen, daß den "Verantwortlichen" und "Experten" das Herz ziemlich in die Hose gerutscht ist.

Selbstverständlich sind die US-Imperialisten in der Lage, eine große Anzahl Afroamerikaner zu ermorden. Zum Beispiel könnten ihre Wohnviertel mit Splitterbomben und Napalm belegt werden - das werden wir sicherlich noch erleben in den nächsten Jahren! Aber andererseits können die rebellierenden Afroamerikaner die Kommandozentralen des US-Imperialismus zertrümmern, die gesamte Energieversorgung der USA lahmlegen und ein gigantisches Chaos in allen Bereichen anrichten. Bereits bei den letzten "Unruhen" im vergangenen Jahr entstand insgesamt ein Schaden von vielen hundert Millionen Dollar. Der Bürgermeister von Detroit schätzte allein den in seiner Stadt entstandenen Sachschaden auf 500 Millionen Dollar (2 Milliarden Mark!), ungerechnet der gewaltigen Arbeitsausfälle z.B. der Automobilwerke.

Gleichzeitig mit den Afroamerikanern beginnen nunmehr auch große Teile der "weißen" Bevölkerung, sich aufzulehnen. Im letzten Jahr fanden zahlreiche Streiks

statt, die sich fast alle durch große Hartnäckigkeit und Konsequenz auszeichneten. In ihren Berichten darüber klagte die bürgerliche Presse der USA, 1967 sei "das schlimmste Jahr seit 1953" gewesen. Im neuen Jahr führte Mitte Februar der Streik der Angestellten der New Yorker Müllabfuhr zu einem absoluten Chaos in den Straßen der Millionenstadt. Besonders das Millionenheer der amerikanischen Arbeitslosen, aber auch Hilfsarbeiter, Hafenarbeiter und andere miserabel bezahlte Arbeiter sind immer weniger bereit, sich auf die "friedlichen" Kampfformen zu beschränken. So lieferten z.B. im Juli vergangenen Jahres 20 000 Arbeiter einer Werft in Newport der Polizei und Einheiten der "Nationalgarde" eine zweitägige blutige Straßenschlacht. In Detroit und zahlreichen anderen Städten kämpfte die besitzlose "weiße" Bevölkerung Seite an Seite mit den Afroamerikanern.

Die wachsende wirtschaftliche Misere liefert nunmehr große Teile des Kleinbürgertums der Deklassierung aus. Sie sind nicht mehr imstande, ihr "Sozialprestige" aufrechtzuerhalten; im extremsten Fall sinken sie sogar unter das Existenzminimum. Die Zahl der kleinen "Selbstständigen" nimmt rapide ab. Der "wildgewordene Kleinbürger" bestimmt daher mehr und mehr die innenpolitische Atmosphäre der USA. Ein Großteil dieser Menschen läuft faschistischen und rassistischen Rattenfängern nach. Für ihre Notlage finden sie eine metaphysische Erklärung in allerlei "Verschwörer"-Spinntisiererеien wie Antikommunismus, Antisemitismus, Haß auf die "Gelben" und "die Nigger, die uns die Arbeitsplätze wegnehmen" usw. Andererseits sind viele Menschen in den USA in der Lage, die Ursachen ihrer Deklassierung oder auch Verarmung zu erkennen. Sie beginnen, Widerstand gegen das kapitalistische System zu leisten - wobei sie zunächst natürlich alle Eigenheiten des kleinbürgerlichen Radikalismus an den Tag legen. In gewisser Weise läßt sich zum Beispiel auch der ganze "Hippy"-Rummel als eine solche kleinbürgerliche Widerstandsform definieren.

Darüber hinaus liegen sich auch die Angehörigen der herrschenden Klassen der USA laufend in den Haaren. Die einen möchten den Vietnamkrieg ausweiten, die anderen erst einmal eine Atempause einlegen. Unlängst erhob auch eine Gruppe der oppositionellen Republikanischen Partei schwere Vorwürfe gegen Johnson. Danach soll dieser Rüstungsaufträge vorwiegend in seinen Heimatstaat Texas verschoben und seinen Freunden lukrative Pöstchen verschafft haben. Den Angaben dieser Gruppe zufolge erhielt Texas zuzeiten Kennedys nur 3,1 % der Rüstungsaufträge, womit es unter den Bundesstaaten der USA an elfter Stelle lag. Heute jedoch steht Texas mit 10,7 % an zweiter Stelle! Derartige Dinge sind ein ständiger Zankapfel zwischen den verschiedenen US-Monopolen und ihren politischen Vertretern.

Die Widersprüche in den USA sind ohne Zweifel äußerst scharf und sie nehmen noch täglich an Schärfe zu. Viele westliche Kommentatoren halten bereits die Errichtung eines Militärregimes oder einer offenen faschistischen Diktatur in den USA nicht mehr für ausgeschlossen. In den herrschenden Kreisen der USA nimmt die Tendenz zu, durch Kriegsausweitungen und Wahnsinnshandlungen (Einsatz von Kernwaffen, Überfall auf China usw.) die Krise zu lösen. Das ist haargenau das Rezept des Hitler-Faschismus.

Der Hitlerfaschismus hat totalen Schiffsbruch erlitten - nachdem er mehr als 50 Millionen Menschen hingemordet hatte. Ohne Zweifel sind die US-Imperialisten heute fähig und bereit, gegebenenfalls noch weit mehr Menschen zu töten. Sie werden auch kaum von der Bühne der Geschichte abtreten, ohne das noch zu versuchen.

Letzten Endes werden die US-Imperialisten damit jedoch nur ihren eigenen Untergang beschleunigen. Bereits in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 wurde klargestellt: "Sollten die imperialistischen Tollhäusler allerdings einen Krieg entfesseln, so werden die Völker den Kapitalismus hinwegfegen und zu Grabe tragen." Auf lange Sicht kann der US-Imperialismus seinem verdienten Schicksal nicht entgehen!

"Wie bei allen anderen Reaktionären in der Geschichte, so wird sich herausstellen, daß auch die amerikanischen Reaktionäre keine Kraft besitzen. In den USA gibt es Menschen, die wirklich Kraft besitzen - das amerikanische Volk!"

Mao Tse-tung

R O T E R   M O R G E N
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto).
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67
Verlag Ernst Aust
Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

hilfe. Kann es etwas Widerlicheres als diese Clique im Kreml geben, die sich als Beschützer der sozialistischen Staaten aufspielt, jedoch bei dem ersten Auftauchen einer anderen Meinung zu Mitteln der politischen, ja sogar der wirtschaftlichen und militärischen Erpressung greift, um ihre chauvinistische Großmachtpolitik gegenüber Schwächeren durchzusetzen?

Albanien hat es wahrlich nicht leicht gehabt. Durch den Raubbau der Eroberer stark zurückgeblieben lebte das Land in bitterster Armut. Es gab dort noch vor 25 Jahren weder Industrie noch Eisenbahnen, es gab nicht einmal elektrisches Licht außer einem kleinen Dieselaggregat in Tirana, das etwas Strom erzeugte. Inzwischen haben sich die Dinge gründlich geändert. Eisenbahnstrecken durchziehen das Land. Das Straßennetz wurde ausgebaut. Der Kampf um die Elektrifizierung des Landes macht weitere Fortschritte. Die schon jetzt sich abzeichnende bedeutend vorfristige Fertigstellung des großen Wasserkraftwerks an der Drina im Jahre 1971 eröffnet nicht nur die Möglichkeit der vollständigen Elektrifizierung Nordalbaniens, sondern schafft die reale Perspektive, noch im Jahr 1971 das letzte albanische Dorf mit elektrischem Strom zu versorgen. Damit wird die Elektrifizierung aller albanischen Dörfer und Siedlungen, die ursprünglich für das Jahr 1985 geplant war, um 14 Jahre vor dieser Frist erreicht werden!

Es gäbe noch viel zu berichten, über die fortschreitende Industriealisierung des Landes, das erste Stahlwerk, das im vorletzten Jahr die Produktion aufnahm, die moderne Erdölraffinerie, Kunstdünger-, Textilkombinate, die geologische Erschließung des Landes, die Förderung von Erdöl, Eisen-, Nickel-, Kupfer- und Cromerzen, die im Lande verarbeitet werden und teilweise (Chrom) schon zu einem beträchtlichen Faktor des albanischen Exports geworden sind, die fortschreitende Kollektivierung der Landwirtschaft usw., doch leider reicht der Platz nicht aus. Beschränken wir uns auf das, was einem Besucher Albaniens, der offenen Auges das Land durchquert, besonders auffällt.

Der Genosse Günter Ackermann, der im November vergangenen Jahres in Albanien weilte, schreibt dazu: "Was mich besonders beeindruckte, ist die untrennbare Vereinigung von Volk und Partei. Man sagt dort nicht 'die Partei', sondern 'unsere Partei'. Das Volk, vor seiner Befreiung in Unwissenheit gehalten, ist

---

"Das heroische Volksalbanien ist ein großes sozialistisches, leuchtendes Wahrzeichen Europas geworden. Mit Euch verglichen sind die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion, die jugoslawische Tito-Clique, Renegaten- und Arbeiterverräterklüngel aller Schattierungen nichts anderes als ein Häufchen Löß. Ihr dagegen seid bis in den Himmel emporragende Berge."

Mao Tse-tung in seinem Glückwunschtelegramm an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

---

sehr lernbegierig. Die Kinder werden nach den modernsten Lehrmethoden unterrichtet. An der Universität in Tirana, deren Professoren alle Albaner sind, studieren heute schon Afrikaner. Besonderer Wert wird auf die ideologische Schulung der Massen gelegt, und diese sind auch bereit, sich schulen zu lassen. Während beispielsweise das politische Desinteresse der Massen in der DDR ständig wächst, man sich möglichst wenig um den Staat kümmert, dafür aber um so mehr ums viel Geld verdienen', den Trabant oder Wartburg, ist es in Albanien genau umgekehrt. Nicht, daß die Menschen dort nicht besser leben wollten - nur wollen sie es gemeinsam und nicht der eine auf Kosten des anderen. Wenn in der DDR politische Filme und Theaterstücke aufgeführt werden, so herrscht im Kino oder Theater oft gähnende Leere. In Albanien erlebte ich selbst, daß anläßlich der Aufführung eines politischen Stückes das Theater überfüllt war und Hunderte noch vor der Tür standen und keine Karten mehr bekamen.

Auch Albanien führt seine Kulturrevolution durch. Auf den Straßen, in den Fabriken und LPG's sind Tafeln angebracht, auf denen die Menschen Kritik üben. Man nennt sie dort 'Fleet Rruffe', zu deutsch: Blitzbriefe. Ich habe mir einige dieser Blitzbriefe übersetzen lassen, und es wurde darin oft sehr harte Kritik geübt. So wurde der Direktor einer Kohlengrube in der Nähe Tiranas durch die Kritik an seiner Haltung den Arbeitern gegenüber in Fragen des Unfallschutzes von den Arbeitern abgesetzt. Er arbeitet nun als Bergmann unter Tage."

Die sich in Albanien kräftig entfaltende Revolutionsbewegung ist eine große Massenbewegung. In dieser Bewegung setzt die Partei der Arbeit Albaniens, die marxistisch-leninistische Massenlinie durch, entschlossen den Massen vertrauend, sich auf die Massen verlassend, die

Massen kühn mobilisierend und die revolutionäre Schöpfungskraft der Massen tatkräftig entfaltend. Diese Revolution kämpft gegen den Bürokratismus und die Sonderrechte von Funktionären, die das Ergebnis der Isolierung von den Massen sind. Sie hat das Ziel, mit allen den Menschen vergiftenden rückständigen Gewohnheiten, Bräuchen und religiösem Aberglauben aufzuräumen. Mit Recht ist Albanien stolz darauf, der erste atheistische Staat der Welt zu sein!

Im Zuge der Revolutionierungsbewegung wurde von der PdAA mit Unterstützung der breiten Volksmassen eine Reihe bedeutungsvoller Reformen durchgeführt. Zum Beispiel: Teilnahme der Funktionäre an der körperlichen Arbeit; Auswechseln der Funktionäre im Turnus; Verringerung der Unterschiede zwischen den Lohnstufen; Herabsetzung der Anzahl privater Grundstücke und der privaten Viehbestände und anderes. Nun ist es beispielsweise bei der Teilnahme an körperlicher Arbeit durch die Funktionäre beileibe nicht so, daß es hier irgendwelche Ausnahmen gibt. Auch Enver Hoxha, 1. Sekretär des ZK der PdAA oder Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates müssen einen Monat im Jahr körperlich arbeiten. Und körperlich heißt nicht etwa in irgendeiner Fabrik Formulare ausfüllen, sondern an der Drehbank, mit Picke und Spaten etc.

Verständlich, daß solche Reformen das Vertrauen der Massen zu Partei und Regierung stärken, wie überhaupt Begeisterung und Liebe zur Partei und zur Heimat typisch für Albanien sind. Diesem ruhmreichen Volk, seiner marxistisch-leninistischen Partei mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze, gilt auch unsere, die brüderliche Verbundenheit aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands. Nichts wird diese Verbundenheit zu trennen, zu stören vermögen. Gemeinsam werden wir das rote, revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus auch in Europa zum Siege tragen!

JAPAN: Eine gewaltige Massenbewegung

Gegen die Einrichtung eines US-Militärhospitals für Vietnam-Verwundete protestierten am 22. Februar etwa 800 Studenten der japanischen Hauptstadt. Obwohl mehr als 1500 Polizisten und "Spezialagenten" im Einsatz waren, gelang es den Studenten, die Polizeikette zu durchbrechen und sich zum Sitzstreik vor dem Hospital-Gebäude niederzulassen. US-Militär-Hospitale gibt es bereits in Yokosuka und Yokohama; doch sind diese nach den heftigen Kämpfen der letzten Wochen hoffnungslos überbelegt.

Mehrere tausend Bauern und Studenten protestierten am 26. Februar gegen die Einrichtung eines "internationalen" Flughafens für Zwecke der US-Kriegsführung (Transport von Menschen und Material nach Vietnam) bei Naveda, nahe Tokio. Den Demonstranten gelang es, mindestens 60 Polizisten außer Gefecht zu setzen.

Wenige Tage zuvor hatten in allen größeren Städten Japans Massendemonstrationen gegen die volksfeindliche Wirtschaftspolitik der Regierung Sato stattgefunden. Allein in Tokio demonstrierten nach offiziellen Angaben mehr als 200 000 Menschen.

Demonstrationen für die Rückgabe Okinawas fanden am 6. und 9. Februar in Naha und Kadena (Gebiet Okinawa) statt.

ITALIEN: Universitäten

Protestkundgebungen, Besetzung von Fakultätsgebäuden durch Studenten, Vorlesungsstreiks, Vorlesungsdiskussione, Vollversammlungen, Fakultätsschließungen und Einsatz von Polizei haben den "normalen Vorlesungsbetrieb" an den meisten italienischen Universitäten weitgehend lahmgelegt, so in Pisa, Florenz, Mailand, Turin, Padua, Triest, Siena und Rom. In Florenz beschlossen die Studenten dreier Fakultäten, die seit dem Ende Januar andauernde Besetzung ihrer Fakultätsgebäude zunächst fortzusetzen. Mit ihren Kampfaktionen protestieren die Studenten gegen die reaktionäre Struktur ihrer Universitäten, die jetzt durch eine "Hochschulreform" zementiert werden soll. In Rom kam es zur bisher blutigsten Straßenschlacht zwischen Polizei und Studenten, als die Polizei die von den Studenten besetzt gehaltenen Teile der Hochschule zu stürmen versuchten. Mehrere Polizeiwagen wurden in Brand gesetzt, und die mit Schlagstöcken und Tränengas angreifenden "Ordnungshüter" mit einem Hagel von Eiern und Steinen zurückgeschlagen.

WESTDEUTSCHLAND: Lakaien

Auf Anordnung der persischen Botschaft zog das westdeutsche "Ministerium für Entwicklungshilfe" eine Werbeschallplatte des Komikers Jürgen von Manger, "Herr Tegtmeier als Entwicklungshelfer", aus dem Verkehr. Jürgen von Manger hatte auf der in einer Auflage von 30 000 Exemplaren gepreßten Platte die gläserne Badewanne der Familie Schah durch den Kakao gezogen.

Der persische Student Hassan Massali wurde in Frankfurt zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte entgegen einer gerichtlichen Auflage den Schah beim rechten Namen genannt: "Vielfacher Mörder!" - Dem Studenten droht darüber hinaus die Auslieferung, da seine "Aufenthaltsgenehmigung" abgelaufen ist.

In Hamburg erhielt ein Student eine mehrwöchige Gefängnisstrafe, weil er versucht haben soll, den Schah während dessen Fahrt zum Rathaus mit Papierschnipseln zu bewerfen.

FEUERGEFECHT IN GUATEMALA

In Guatemala gerieten am 25. Februar Freiheitskämpfer, die eine Buchhandlung im Zentrum der Hauptstadt sprengen wollten, in ein Feuergefecht mit der Polizei. Ein Polizist wurde getötet, sechs weitere verwundet.

Radio Havanna berichtete unlängst von einer verstärkten Guerilla-Tätigkeit in Venezuela und Kolumbien. Auch für Peru prophezeite der Sender den Ausbruch neuer Kämpfe. Demgegenüber bezeichnete der gegenwärtig in Moskau lebende Generalsekretär der KP Venezuelas, Jesus Faria, die Aktionen von Guerillas auf den lateinamerikanischen Kontinent als "lächerlich".

ZWEI, DREI, VIELE VIETNAM

Immer machtvoller entwickelt sich gegenwärtig der Volkskrieg in allen Teilen Thailands. Ausgehend vom Hochland des Nordostens ist der Funke der Rebellion rasch auf die Provinzen Süd- und Zentralthailands übergesprungen. Nunmehr sind in 25 der 71 Provinzen des Landes bewaffnete Volksstreitkräfte tätig. Sie greifen Polizeistationen und kleine Vorposten der reaktionären Streitkräfte an, sie vernichten Polizeipatrouillen und erbeuten deren Waffen, sie zerstören Bahnverbindungen und überfallen Munitionszüge, sie führen kleine Gefechte gegen isolierte Feindkräfte durch und plündern feindliche Versorgungsdepots. In einigen Provinzen des Nordostens wurden auch bewaffnete Propagandatrupps gebildet, die in die Dörfer gehen, revolutionäre Massenpropaganda machen und mit Hilfe der Bevölkerung Spitzel der Regierung, ausländische "Spezialisten" und "Missionare" sowie Regierungsbeamte liquidieren.

Heute sind schon weit über 30 000 US-Soldaten in Thailand stationiert, die unter dem Deckmantel von "Beratern" die konterrevolutionäre Kriegsführung organisieren. Für den Einsatz gegen die befreiten Gebiete haben die USA Bombenflugzeuge, Hubschrauber und Piloten zur Verfügung gestellt.

Die reaktionäre Regierung hat jetzt in 19 Provinzen des Landes das Kriegsrecht verhängt. Befreite Gebiete wurden rücksichtslos mit Bombenteppichen belegt. Ein großer Teil der aufständischen Miao-Minderheit wurde in Konzentrationslager verbracht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es war in der Sept./Okt.-Ausgabe des ROTEN MORGEN im vergangenen Jahr, da schrieben wir in einem Artikel über das Verhalten der KPD: "Es ließe sich noch manches zu diesem Thema sagen, doch warten wir ab, bis das neue, vom Genossen Max Reimann angekündigte Parteiprogramm vorliegt, und untersuchen wir dann, ob es sich um ein marxistisch-leninistisches Parteiprogramm handelt."

Der Zeitpunkt ist da. Der Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands liegt vor. Trotz Beschlagnahme durch die Staatsorgane wurde er in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Diese Beschlagnahme kommt den Revisionisten in der KPD nicht ungelegen. Verleiht er doch ihrem Entwurf den Nimbus des Revolutionären, des den Ausweg Aufzeigenden.

Unsere Aufgabe wird sein, vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus den Entwurf unter die Lupe zu nehmen, um zu verhindern, daß sich die Genossen der KPD, vor allem aber die Jugend, fehlorientieren. Deshalb haben wir beschlossen, den nächsten ROTEN MORGEN als Sonderausgabe in Form einer Erwiderung auf den Entwurf erscheinen zu lassen.

Doch nicht nur das. Kritisieren ist schön, wird mancher sagen, besser machen! Das heißt für uns, daß es nicht bei der Erwiderung bleiben darf, sondern daß wir, ausgehend von den Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, ausgehend von den Lehren Mao Tse-tungs, auf westdeutsche Verhältnisse schöpferisch angewandt, unsere eigenen Vorstellungen über die Perspektive, den Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland entwickeln müssen. Helft uns dabei, indem Ihr Eure eigenen Gedanken und Vorschläge entwickelt, damit wir sie in einer programmatischen Erklärung zusammenfassen können. Helft uns durch Spenden die Sonderausgabe in höherer Auflage zu verbreiten. Wendet Euch zwecks Mehrbestellungen an den Verlag.

Im Zeichen der Solidarität mit dem kämpfenden Volk Vietnam standen im Monat Februar zahlreiche Haupt- und Großstädte Europas.

In Westberlin fand am 17. und 18. Februar eine Internationale Vietnamkonferenz statt, an der mehr als 4500 Gäste aus Westdeutschland und dem Ausland teilnahmen. Die Konferenz schloss mit einer Demonstration von mehr als 15000 Menschen. Im Zuge wurden Hunderte Plakate mit den Bildern Lenins, Ho Chi Minhs, Che Guevaras, Rosa Luxemburg und Karl Liebknechts sowie die roten Fahnen der Arbeiterbewegung und das blau-rote Banner der FNL mitgeführt. Auf Transparenten und in Sprechchören wurde der Rücktritt der proamerikanischen Schütz-Neubauer-Clique gefordert.

In Heidelberg war es drei Tage zuvor zu einer heftigen Demonstration gegen den USA-Imperialismus gekommen. Vom Amerikahaus waren die Demonstranten zum amerikanischen Hauptquartier gezogen. Sprechchöre wie "Johnson-Mörder", "Amis raus aus Vietnam" und "Desert from the Army" erklangen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Demonstranten und amerikanischer Militärpolizei, die später von westdeutschen Polizeibeamten unterstützt wurde.

Fast 80 000 Menschen demonstrierten am Abend des 14. Februar in den Straßen von Paris. Im Zug, der sich von der Place de la Republique zur Bastille bewegte, wurden zahlreiche rote und FNL-Fahnen sowie Bilder Ho Chi Minhs und Che Guevaras mitgeführt. Am gleichen Tag fanden Demonstrationen statt in Lyon, Marseille, Nizza und Toulouse.

Im Anschluß an eine Solidaritätskundgebung zogen am Mittag des 18. Februar etwa 4000 Einwohner Roms von der Piazza Cavour zur Piazza Barberini. Mehrere hundert Menschen, darunter viele junge Leute mit roten Fahnen und Bildern Ho Chi Minhs und Mao Tse-tungs, versuchten im Anschluß an die "genehmigte" Demonstration zur amerikanischen Botschaft zu gelangen. In Sprechchören liessen sie Ho Chi Minh und Mao Tse-tung hochleben und forderten "due, tre, milti Vietnam!". An der Via Veneto kam es zu Zusammenstössen mit der Polizei. Den Demonstranten, die sich mit Schlagringen und Knüppeln zur Wehr setzten, gelang es, drei "Ordnungshüter" ausser Gefecht zu setzen, darunter einen hohen Polizeioffizier und einen Agenten in Zivil. Die Schaufenster der American Export Lines und der US-Luftfahrtgesellschaft TWA wurden zertrümmert.

Eine Woche zuvor hatten mehrere tausend Einwohner Mailands an einer Protestdemonstration teilgenommen. Einige hundert Demonstranten ließen sich dabei vorm amerikanischen Konsulat zum Sitzstreik nieder und legten den Verkehr lahm. Anrückende Polizei wurde mit einem Hagel von Steinen empfangen. 23 Polizisten und ein amerikanischer "Tourist" wurden verletzt, zehn von ihnen erheblich. Drei junge Arbeiter und ein Student, alle vier Mitglieder einer militanten marxistisch-leninistischen Jugendgruppe, wurden verhaftet.

Gleiwitz - Tonking - Pueblo

US-Imperialismus - Weltfeind Nr. 1

Der Fall Gleiwitz ist aktenkundig. Als Grund zur Auslösung des II. Weltkrieges benutzten die Hitler-Faschisten den von ihnen inszenierten Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz. Ebenfalls aktenkundig ist jetzt der Fall Tonking, den die US-Imperialisten benutzten, um Nordvietnam mit Bomben, Raketen und Napalm zu überfallen und in Südvietnam ihre Invasion in großem Ausmaß zu starten. Der angebliche Überfall nordvietnamesischer Torpedoboote auf den US-Zerstörer "Madox" am 2. und 4.8. 1964 erwies sich - wie der J.W. Fulbrigt-Ausschuß bewies - als Schimäre, als schamloser Betrug der Weltöffentlichkeit. Die Pläne für den Angriff auf Nordvietnam und die Resolution, die Johnson dem Kongreß nach dem angeblichen Tonking-Zwischenfall vorlegte, waren schon Monate zuvor ausgearbeitet und formuliert worden. Von gleicher Lügenhaftigkeit war vor kurzem der Fall des Spionageschiffes "Pueblo", von dem die US-Imperialisten frech behaupteten, es habe in internationalen Gewässern operiert, von dem aber feststeht, daß es im Hoheitsgebiet Nordkoreas aufgebracht wurde.

Sie, die US-Imperialisten, sind voll und ganz in die Fußtapfen der Hitler-Faschisten getreten. Ob es sich nun im Erfinden kriegsauslösender Lügenberichte handelt, ob es darum geht, friedliche Völker zu überfallen oder an Brutalität und Terror die Kriegsverbrechen der Nazis in den Schatten zu stellen.
Die faschistische Regierungsclique der USA hat sich zum Weltfeind Nr. 1 entwickelt, die mit Gewalt oder List, offen oder versteckt die Völker zu unterjochen trachtet. Schlagt diese Clique wo ihr sie trefft.

H. Günther

Knapp 3 Monate sind seit dem Erdbeben vergangen, das am 30. November 1967 schwere Schäden im Süden Jugoslawiens anrichtete. Die Zeitungen waren voll davon: Tote, Verletzte, Dörfer und Tausende Häuser zerstört. Eine Hilfsaktion rollte an. Spenden kamen aus den kapitalistischen und revisionistischen Staaten. Trotzdem wird es noch Monate dauern, bis die Erdbebenschäden in Jugoslawien einigermaßen behoben sind, bis die Familien, die heute noch in größter Not leben, wieder zufriedenstellend untergebracht sind.

Doch während unsere Presse in Mitleid mit Titos "Musterländle" triefte, wurde nur ganz am Rande erwähnt, daß es auch in Albanien zu Zerstörungen gekommen sein sollte. Die Nachricht stimmte. Auch Albanien, vorwiegend die Bezirke Dibra und Librazhd waren schwer vom Erdbeben heimgesucht worden. 12 Tote, 174 Verletzte, in 16 Orten und 117 Dörfern wurden mehr als 5000 Gebäude zum Teil schwer beschädigt.

Und was geschah? Wandte man sich hilfesuchend ans Ausland? Drehte man Däumchen und überließ es den Betroffenen, mit ihrem Schicksal irgendwie fertig zu werden? Nein, das sozialistische Albanien tat das, was in solch einem Falle ein sozialistischer Staat zu tun pflegt. Eine Welle der Volkssolidarität erfaßte das Land. Innerhalb weniger Tage sandte die albanische Regierung 15 000 Helfer, darunter tausende Spezialisten, modernste Baumaschinen, 500 Transportfahrzeuge, Lebensmittel und alle notwendigen Materialien in das Katastrophengebiet.

Und dann geschah das, was im Westen, in Tito-Jugoslawien und in den sich noch sozialistisch nennenden Ländern schier unmöglich ist. Innerhalb von vier Wochen, schon 24 Tage nach der Katastrophe, meldete der Bezirk Librazhd: 2177 Wohnobjekte, mehrere hundert beschädigte Wirtschaftsobjekte, Kulturgebäude, Schulen usw. restlos wiederhergestellt, zum Teil ausgebaut und verbessert, alle Schäden behoben. Fünf Tage danach, 29 Tage nach dem Erdbeben, meldete der Bezirk Dibra: 2755 beschädigte Gebäude repariert, 527 völlig zerstörte Objekte wiederaufgebaut, 436 Neubauten errichtet, 137 Objekte wie Brücken und dergleichen wiederinstandgesetzt und darüber hinaus viele kulturellen Zwecken dienende Gebäude, darunter 16 Schulen, neu errichtet!

Das ist Sozialismus, Sozialismus der Tat. Freiwillig, ohne Zwang, übten Albaner Solidarität mit ihren in Not geratenen Brüdern und Schwestern. Was ist denn Albanien und wer kennt es schon in Westdeutschland? Ein Land zwischen Jugoslawien und Griechenland mit rund 1,5 Millionen Einwohnern. Bürger, die bei uns das Wort Albanien hören, denken an Karl May und Moscheen, an Sümpfe, Malaria, analphabetische Bauern und wilde Skipetaren.

Wahr ist, daß die Albaner zu den ältesten Kulturvölkern Europas gehören. Sie stammen von den alten Illyrern und Thrakern ab, und schon der berühmte alexandrinische Gelehrte Ptolemäus hat sie vor 1800 Jahren als ein illyrisches Volk erwähnt. Wahr ist, daß die Albaner jahrhunderte lang sich gegen Unterdrückung durch fremde Eroberer wehren mußten und hervorragende Freiheitshelden, wie den Türkenbesieger von Kruja, den legendären Georg Kastrioti Skanderbeg hervorbrachten, dessen 500ster Todestag sich am 17. Januar dieses Jahres jährte. Wahr ist, daß Albanien sein Streben nach Unabhängigkeit und nationale Befreiung nie aufgab und einen heldenhaften Kampf gegen die faschistische Okkupation während des letzten Weltkrieges führte. Und wahr ist schließlich, daß das albanische Volk, eng verbunden mit der Partei der Arbeit, unter der Führung des Genossen Enver Hoxha, prinzipienfest und unerschütterlich erfolgreich den Sozialismus verwirklicht, daß Albanien neben der Volksrepublik China die Stossbrigade der Weltrevolution bildet.

Wie haben doch die sowjetischen Revisionisten geschäumt und gezetert, als das kleine Albanien es wagte, ihren Verrat an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus darzulegen. Offen riefen die Führer der KPdSU auf, die Führung der Partei des Staates in Albanien zu stürzen. Sie, die nichts dabei finden, das faschistische Regiem Indonesiens mit Waffen zu beliefern, die ihre diplomatischen Beziehungen zu Franco-Spanien enger zu knüpfen und die faschistische Regierung Griechenlands offen diplomatisch anzuerkennen, brachen rücksichtslos alle wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen (am 12.12.61) zu Albanien ab und beraubten das Land eigenmächtig seiner legetimen Rechte als Mitgliedstaat der Organisation des Warschauer Vertrages und des Rates für gegenseitige Wirtschafts-

Man brauchte nicht den letzten Tag des Konsultativtreffens der sich kommunistisch nennenden Parteien in Budapest abzuwarten, um zu einer vorläufigen Einschätzung zu kommen. Es ist schon so wie der Genosse Hodxa sagte. Es bot sich das Bild einer Reihe "Krebse, die sich zur Freude der Imperialisten gegenseitig anfallen." Es dreht einem Marxisten-Leninisten das Herz im Leibe herum, wenn man sieht, was die sowjetischen Revisionisten aus dem einstmals geschlossenen Block des sozialistischen Lagers und der proletariechen Weltbewegung gemacht haben. Einen Haufen sich widerstreitender zentrifugal wirkender Interessen, Meinungen und Gegensätze, die allem anderen, nur nicht der Haltung von Marxisten-Leninisten würdig sind.

Wie lange hatte man sich sei[illegible]s der SU-Revisionisten bemüht, wie hatte man getrommelt, die "Solidarität zur Unterstützung Vietnams" und daraus sich ergebend die notwendige "Aktionseinheit" und den "Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus" beschworen, den Parteien zugesichert, niemand, auch China und Albanien nicht, sollten "exkommuniziert", keine Partei angegriffen oder beleidigt werden, um überhaupt die Konferenz zustande zu bringen.

Und dann kam sie. Von den 81 Parteien, die die Moskauer Deklarationen von 1957 und 1960 unterzeichnet hatten, erschienen ganze 67. Von den 13 in ihren Ländern regierenden kommunistischen Parteien waren nur 8 anwesend, eine lief vorzeitig weg. Es fehlten Albanien, Cuba, Indonesien, Japan, Burma, Thailand, die Niederlande und Schweden. Natürlich aus den verschiedensten Gründen. Es fehlte fast ganz Asien (nur die Mongolei, Cylon und die revisionistische Partei Indiens waren anwesend). Das augenblickliche Zentrum der Weltrevolution China sowie Nordkorea und vor allem Nordvietnam, das man doch vorgab, unterstützen zu wollen, glänzten durch Abwesenheit. Die Hälfte aller 50 Millionen Kommunisten des Erdballs waren nicht vertreten. Und geht man gar von den existierenden, sich kommunistisch oder Arbeiterparteien nennenden Parteien aus - immerhin zählt die eingeladene revisionistische KP Indiens 55 000 Mitglieder, während die nichteingeladene revolutionäre KP Indiens 75 000 Mitglieder zählt - so waren von 166 Parteien 100 dem Treffen ferngeblieben.

Doch genug der Zahlen. Zahlen allein bedeuten noch nichts. Wichtiger ist die Basis, auf der dieses Treffen vor sich ging und das Ziel, das man sich stellte. Und hier gilt, was wir in der Dezember-Ausgabe des ROTEN MORGEN schon schrieben: "Das Ziel, das erreicht werden soll, ist immer noch dasselbe. Sie (die Sowjetrevisionisten) beabsichtigen, die "Verurteilung" Chinas und Albaniens zu verkünden, die internationale revisionistische Front im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die Revolution zu vereinigen, mit Unterstützung eines "internationalen kommunistischen Forums" ihre proimperialistischen, verräterischen Machenschaften in der Vergangenheit und ihre künftigen zu legalisieren, die Widersprüche zwischen den revisionistischen Fraktionen zum Verschwinden zu bringen und ihren schwankenden Thron im zerfallenen revisionistischen Lager wieder zu festigen." Dieses Ziel gilt auch für das einzige, auf das man sich einigen konnte, eine sogenannte Gipfelkonferenz "aller kommunistischen und Arbeiterparteien" für Ende des Jahres nach Moskau einzuberufen.

Trotz versuchter Geheimhaltung wurden die Widersprüche im revisionistischen Lager auf der Budapester Konferenz offenbar. Entgegen der vorher gegebenen Zusicherung griff der sowjetische Revisionist Ponamarjew wütend die Volksrepublik China an und verlangte die Weltkonferenz solle China "exkommunizieren", Satrap Honecker und der Vertreter der polnischen Partei folgten den Spuren ihres Meisters, wobei Honecker in Verkennung der Lage sich auf die Erklärungen von 1957 und 1960 berief. Was natürlich wieder die Vertreter der Parteien Italiens und der CSSR auf den Plan rief, die die Beschlüsse von 1957 und 1960 für überholt erklärten und kritisierten, daß damals Jugoslawien zu Unrecht angegriffen wurde. Wobei der italienische Vertreter für eine besondere Pointe sorgte, indem er verlangte, die Gipfelkonferenz durch die Hinzuziehung "sozialdemokratischer, progressistischer und katholischer Organisationen" zu erweitern, was ihm sicher als Belohnung den Platz im Vorbereitungsausschuß der Konferenz eintrug.

Eines wurde auf diesem Treffen deutlich: Weder gelang es den Revisionisten, ihre Rivalitäten beizulegen, die dazu führen, daß jede revisionistische Gruppe ihre Interessen auf Kosten der anderen wahrzunehmen versucht, noch konnten sie der ständig wachsenden Stärke und Geschlossenheit des marxistisch-leninistischen Lagers paroli bieten

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

April 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft

Brutaler Polizeiterror zum Schutze des Druck- und Mordhauses Springer

Alle jene, die bisher meinten, der Gefahr der Refaschisierung der Bundesrepublik mit papiernen Protesten, wehklagenden Artikeln und Appellen an die "demokratische" Gesinnung der Herrschenden begegnen zu können, sollte der feige Mordanschlag auf den Genossen Rudi Dutschke eines Besseren belehrt haben. Konterrevolutionärer Gewalt kann nur mit revolutionärer Gewalt begegnet werden.

Dieser Staat, in dem wir leben, legt nach und nach die Maske ab. Und was dahinter hervortritt, ist die brutale Fratze des Neofaschismus. Da wird nackter, blutiger Terror gegen Studenten, Jungarbeiter und Schüler praktiziert. Die Knüppelgarden der Reaktion proben den Notstand.

Man müsse für Ruhe und Ordnung sorgen? - Für Ruhe und Ordnung im Sinne der Klassenherrschaft des Monopolkapitals, für Ruhe und Ordnung im Geist der KZs.

Als die Schüsse auf Rudi Dutschke fielen und die Studenten auf die Straße gingen, um zu protestieren, als sie die Druck- und Verlagshäuser des Springer-Konzerns belagerten, um die Auslieferung der Pogrom-Presse zu verhindern, war das ihr legitimes Recht. Denn BILD schoss mit!

Lächerlich, den Mordanschlag als die Tat eines halbirren Einzelgängers hinzustellen. Wer hetzt denn seit Jahr und Tag zum Pogrom? Wer hat die Nachfolge des berüchtigten Hetzblattes des Judenhassers Julius Streicher "Der Stürmer" angetreten? BILD! Nur, daß sich die Methoden des psychologischen Kampfes verfeinert haben und daß man "die Juden" durch "Linke, Kommunisten, Radikale, Studenten, Maoisten usw." ersetzte.

Wer kommandierte Westberliner Bürger vors Schöneberger Rathaus, um die Stimmung gegen die fortschrittliche Minderheit der Stadt anzuheizen? Westberlins regierender "Knüppelmeister" Schütz. Wer plante schon vor Wochen anläßlich der Vietnam-Demonstration in Westberlin ein Blutbad und wurde nur durch die Vorsicht eines Gerichtes daran gehindert? Bürgermeister Neubauer.

"Jeder Kommunist muss diese Wahrheit begreifen: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'".

Mao Tse-tung

Und da spricht man, wenn Schüsse fallen, wenn das, was man säte, aufgeht, von der Tat eines Einzelgängers. War der Mordschütze Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg niederknallte, etwa auch ein Einzelgänger? Oder war es das, was uns da von ehemaligen SS-Führern und bewährten Nazis, im Geiste von Gestern erzogen, als Schutztruppe der Reaktion in großen Teilen der Polizei entgegentritt?

Die Studenten und fortschrittlichen Arbeiter hätten kein Recht, den Springer-Konzern zu belagern, die Auslieferung der Zeitungen zu behindern, Barrikaden zu errichten, die Redaktionen zu stürmen? O ja, sie haben das Recht! Wer schoss denn zuerst? Wer trat, als man sich friedlich zum 'sit in' vor den Ausfahrten der Druckereien niederließ, als Schutz-Staffel des Druck- und Mordhauses Springer auf? Die Polizei! Sie war es doch - bevor es zu Abwehrmaßnahmen durch die Demonstranten kam-, die Knüppel, Wasserwerfer und Tränengas einsetzte. Sie probte den Notstand und ging mit viehischer Brutalität gegen die Menge vor.

Sie schützte das Recht auf Pressefreiheit? Boykott von Presseerzeugnissen sei nicht erlaubt? Irrtum! Das Oberste Gericht der Bundesrepublik entschied in einem rechtskräftigen Urteil (Springer gegen Aust), es sei dem Großen aus poli-

tischen Gründen erlaubt, den Kleinen wirtschaftlich fertig zu machen. Er darf dabei sogar die Existenz der von ihm abhängigen Zeitungshändler bedrohen. Wenn das für die Großen gilt, gilt es auch umgekehrt für die Kleinen.

Wie weit die Springer-Crew zu gehen bereit ist, zeigt sich daran, daß Kraftfahrer dieses Konzerns keine Sekunde zögerten, mit ihren LKWs Menschen über den Haufen zu fahren und lebensgefährlich zu verletzen. So etwas nennt man im Sprachgebrauch: Mordanschlag.

Wenn jetzt die CDU (Bundestagsabgeordneter Haase) zynisch erklärt, der SDS sei selber schuld an der Untat gegen Dutschke, wenn die KG Kiesinger mit "Gegenreaktion aus der Bevölkerung" droht und ihre SPD-Handlanger Beifall klatschen, so wissen wir, mit wem wir es hier zu tun haben. Wenn sie meinen, uns unter veränderten Vorzeichen ein neues 1933 bereiten zu können, so sagen wir ihnen, auch wir haben gelernt! Es wird ihnen kein drittes Mal gelingen, unser Volk auf das Schlachtfeld zu treiben, die Tage ihrer Herrschaft sind gezählt.

Die Studenten und Jungarbeiter, die der Reaktion ein heißes Ostern bereiteten, haben tapfer gekämpft. Sie haben Hunderte Polizisten außer Gefecht gesetzt. Und Dank auch den Genossen, die als wahre Marxisten-Leninisten unter der roten Fahne der Arbeiterbewegung in vorderster Reihe des Kampfes standen. Sie werden verstehen, daß wir infolge unseres beschränkten Platzes nicht über all die erfolgreichen Aktionen in Westberlin, Frankfurt, München, Hamburg, Köln, Stuttgart, Hannover, Essen, Karlsruhe, Mühlhein/Ruhr, Bonn, Eßlingen, Düsseldorf usw. berichten können.

Die Welle des Protestes und Kampfes hat ihren Höhepunkt überschritten und klingt ab. Was war der Erfolg? Die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse wurde teilweise verhindert oder beträchtlich verzögert, das revolutionäre Bewußtsein der Jugend gestärkt. Der Umsatz im Verkauf der BILD während dieser Tage ging beträchtlich zurück. Die Menschen beginnen sich zu schämen, dies Dreckblatt (und es ist nicht nur die BILD) in die Hand zu nehmen. Hier müssen wir dran bleiben und den Boykott fortsetzen. Durch geduldige offensive Diskussion müssen wir erreichen, daß kein Mensch die BILD-Zeitung mehr kauft, um nicht als "BILD-Trottel" zu gelten. Kein Kiosk darf mehr Springer-Erzeugnisse bestellen, um nicht

"Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht."

Mao Tse-tung

selbst boykottiert zu werden.

Das allerwichtigste aber bleibt nach wie vor, durch verstärkte Agitation in den Betrieben die Massen im marxistisch-leninistischen Sinne zu schulen. Denn ohne das Bündnis der Arbeiter, Bauern mit der fortschrittlichen Intelligenz wird es nicht möglich sein, die reaktionäre Klassenherrschaft des Monopolkapitals zu stürzen und an seiner Stelle ein einiges, sozialistisches Deutschland, unter der Klassenherrschaft des Proletariats zu errichten.

Ernst Aust

+ + +

Liebe Leser,

in unserer März-Ausgabe schrieben wir, daß die jetzige Aprilnummer als Sonderausgabe erscheinen solle, in der wir uns grundsätzlich mit dem Programmentwurf der KPD auseinandersetzen. Inzwischen sind jedoch in der Redaktion so viele Vorschläge, Meinungen und Zuschriften zu diesem Programmentwurf eingegangen, daß wir uns gezwungen sehen, um der Sache Hand und Fuß zu geben, um die Erwiderung und vor allem unsere eigenen Vorstellungen zur Lage in Westdeutschland und den Weg, den die deutsche Arbeiterklasse gehen muß, noch gründlicher auszuarbeiten, die Sonderausgabe zu verschieben. Das heißt, daß diese Arbeit, die programmatische Erklärung der Marxisten-Leninisten erst im Juni bzw. Juli erscheinen wird.

Auf diesem Wege möchten wir auch allen Genossen danken, die uns bereits durch Geldspenden, durch Briefmarken, durch Papierzusendungen usw. unterstützt haben und unterstützen, um diese Sonderausgabe herausbringen zu können.

+ + +

Letzte Meldung: Ständig steigen die Verluste der US-Aggressoren und ihrer Verbündeten in Vietnam. Besonders machen ihnen modernste Waffen, wie ein 60-Millimeter-Rohrrücklauf-Granatwerfer und Raketen, von der Volksrepublik China geliefert, zu schaffen. Die Verluste der USA sind heute schon höher als im Korea-Krieg.

SOZIALE SYMMETRIE:

Ein einziger Beschiss

Wie berichtet, lag die durchschnittliche Arbeitsproduktivität im Dezember 1967 um zehn Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Anders ausgedrückt: im Dezember 1966 verzeichnete die westdeutsche Industrie einen Monatsumsatz von 32,8 Md. Mark. Ein Jahr später, im Dezember 1967, wurde jedoch ein Umsatz von rund 36 Md. Mark erzielt. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Beschäftigten von 8,2 auf 7,7 Mill. Arbeiter. Daher hatten die Unternehmer um 1,5-2 % weniger Lohnauszahlungen zu leisten. Ihnen entstanden zusätzliche Profite in Höhe von 15-30 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Löhne nur um durchschnittlich 2,6 %, wovon etwa 2 % durch Preiserhöhungen "aufgefangen" wurden.

Die Profite der Industrieherren werden mit Sicherheit noch weiter steigen. Die Industrieaufträge insgesamt lagen im Januar 1968 um 13,8 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Dabei erhöhte sich das Volumen der Auslandsaufträge um 15,4%, der Inlandsaufträge hingegen nur um 13,6%. Allgemein sind die Unternehmer der Ansicht, daß sich die Umsatzzunahme, verglichen mit der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Industrie, "noch in allzu engen Grenzen" bewegt. Als Haupthindernis wird die zögernde Nachfrage der inländischen Verbraucher angesehen, die wiederum auf die "nachhinkende" Lohnentwicklung zurückzuführen ist.

Laut dpa gab die Bundesregierung am 26. Januar folgende Prognose für das Jahr 1968: Steigerung des Bruttosozialproduktes um 6 %, der Preise um 2,5 %, der Löhne um 4-5 %. Bundeswirtschaftsminister Schiller bestätigte Anfang März diese Einschätzung. Man kann annehmen, daß die avisierten 4-5 % Lohnerhöhung zumindest von den einflußreichsten Vertretern des Großkapitals bereits gebilligt wurden. Objektiv liegt eine Lohnerhöhung dieses beschränkten Ausmasses absolut im Interesse der Industrieherren: "weil die Industrie selbst zum Wohle ihres Absatzes an einer Steigerung der Kaufkraft interessiert sein muß. Denn alle staatlich verordneten Investitionsspritzen werden wirkungslos verpuffen, wenn der Konsument als der Endnachfrager nicht in die Lage versetzt wird, mehr zu kaufen." (Frankfurter Rundschau, 1. März 1968).

Gleichzeitig muß damit gerechnet werden, daß die Lebenshaltungskosten bis Ende 1968 um insgesamt rund 3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein werden. Demnach betrüge die Anhebung der Effektivverdienste bei Anwendung der Schillerschen "Lohnleitlinien" ganze 1-2 %. Berechnet man nun die Steigerung des Bruttosozialproduktes im Jahre 1968 mit 4,5-6 %, so folgt, daß sich der Arbeitnehmeranteil am Volksvermögen ganz erheblich verringern wird.

Den Gewerkschaftsführern fällt die Aufgabe zu, jene im Interesse des Kapitals notwendige Lohnsteigerung um 4-5 % (und keinen Pfennig mehr, um Himmels willen!) mit viel Hallo zu "erkämpfen". Indem jetzt einzelne Unternehmer scheinbar Lohnerhöhungen ablehnen, die Gewerkschaften hingegen 6-8 % mehr Lohn fordern, wird zunächst ein Hauch von "Auseinandersetzung" verbreitet. "Beide Seiten" werden dann ihre "Zugeständnisse" machen, und schließlich wird man sich auf jene 4-5 % "einigen", die in den "Lohnleitlinien" der Bundesregierung festgelegt sind.

Beispiele gibt es schon einige: Tarifvertrag für die Chemische Industrie Nordrheins Anfang April, Tarifvereinbarung für das Bauhauptgewerbe vom 7. März, Rahmenvertrag der ÖTV für den Bereich der westdeutschen Seehäfen, Tarifvertrag für die Beschäftigten der Metallindustrie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz usw. Die als "radikal" verschrieene IG Metall hat am 8. April in der zentralen Tarifverhandlung ganze 7 % Lohnerhöhung gefordert - auch dieses Abkommen dürfte im Rahmen der "Lohnleitlinien" bleiben.

Und das wird so weitergehen! Eine solche Entwicklung läßt sich allerdings nicht damit kontern, daß man "Ermahnungen" an die Gewerkschaftsführer ergehen läßt, sie möchten doch bitte die Interessen der Arbeiter etwas stärker berücksichtigen. Haargenau das jedoch haben die Revisionisten getan, und fahren noch fort, es zu tun. Tatsächlich agitieren sie so taktvoll und zurückhaltend, als gelte es, einen sehr guten Freund möglichst behutsam auf seinen Mundgeruch aufmerksam zu machen. Daß nur ja der Arbeiter nicht erkennt, wie sehr ihn "seine"Gewerkschaft verschaukelt! Daß er nur ja nicht erkennt, daß die Kette "unvorteilhafter" Tarifabkommen Ausdruck einer ganz bestimmten Politik "seiner" Gewerkschaften ist!

Letzten Endes geht es sogar um die Frage, ob man darauf verzichten will, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie bei "konzertierter Aktion" und "sozialer Symmetrie" immer die Dummen sind ...

Renegaten aller Länder, vereinigt euch !!!

Ende März gaben sie es bekannt: SPD und KPI führen seit vier Monaten einen "Dialog". Wie SPD-Sprecher Sommer bekanntgab, waren sowohl die Bundesregierung (die in der BRD diesen "Dialog" nur vom Staatsanwalt führen läßt) wie auch die führende Gruppe der KPdSU ständig auf dem laufenden gehalten worden.

Über den Sinn des "Dialogs" lassen die offiziellen Darstellungen der Beteiligten kaum Zweifel. Der KPI, die liebend gern mit den "Links"katholiken koalieren möchte, war in erster Linie daran gelegen, sich von "seriösen" deutschen Arbeiterverrätern das eigene Renegatentum bestätigen zu lassen. Gleichzeitig sollte auf Wunsch des "fortschrittlichen" Flügels der KPI eine Distanzierung von der SED erfolgen. Die KPI, so wurde erklärt, sei "nicht mehr bereit, ihr Deutschlandbild einseitig vom Stalinisten Ulbricht bestimmen zu lassen". Umgekehrt möchte die SPD durch Gespräche mit "richtigen Kommunisten" beschwichtigend auf ihren linken Flügel wirken. In der Hauptsache jedoch sollte die KPI für die "neue Ostpolitik" der Bundesregierung begeistert werden.

Wie nicht anders zu erwarten, waren die Renegaten sehr nett zueinander und bescheinigten sich gegenseitig prompt das Gewünschte. Die Sprecher der SPD lobten die "maßvolle", "erfrischend undogmatische" Politik der KPI und erklärten, die KPI habe "erkannt, daß ihre bisherige Politik falsch war". Nach Auffassung der SPD (und wer wäre kompetenter!) sei die KPI "reif" für eine Koalition mit der democrazia cristiana. Die KPI revanchierte sich mit einen Artikel in ihrer Wochenzeitschrift "Rinascita". In diesem wurde der Nürnberger Parteitag der SPD als ein "Kongress des Übergangs" stürmisch gefeiert. Man habe "viele positive Punkte" entdeckt. Die Rede Willy Brandts vorm Parteitag könne "Grundlagen für ein Gespräch über die Aussichten der europäischen Politik bieten".

Eine Hand wäscht die andere. Der "Dialog" zwischen SPD und KPI soll fortgesetzt werden.

Ein Haufen "Fragen an den ROTEN MORGEN"

Mehr als dreiviertel der Märznummer seines "Informationsbriefes" widmet der Initiativausschuß zur Gründung einer Sozialistischen Partei (nicht identisch mit dem I.A. für die Wiederzulassung der KPD) unserem ROTEN MORGEN. Zwischen Verbalinjurien und unsachlichen Ausfällen hübsch verpackt, wird uns eine Reihe "konkreter Fragen" offeriert. Insgesamt 29-30, wenn wir richtig gezählt haben. Wir werden keine geschlossene Antwort abfassen. Zu einigen der "Fragen" haben wir uns schon geäußert, andere werden wir gelegentlich aufgreifen. Einige der "Fragen" sind leider so saublöd, daß sich jede Diskussion erübrigt.

Da jedoch die meisten Leser des ROTEN MORGEN nicht auch zugleich den "Informationsbrief" beziehen, möchten wir im Folgenden ganz kurz den Gedankengang des erwähnten Artikels skizzieren:

1. Auf Grund ihrer "ökonomischen und sozialen Rückständigkeit" neigen "die Chinesen" zu "nationaler Engstirnigkeit" und "Selbstsucht". Sie wollen alle ausländischen Genossen "ihrer eigenen Staatsraison und Machtpolitik unterordnen". Eigens zu diesem bösen Zweck wurde die "propagandistisch-gängige Formel" vom "Revisionismus" erfunden. Unter diesem Deckmantel führen "die Chinesen" eine rein machtpolitische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

2. Der Vorwurf des "Revisionismus" ist weitgehend unberechtigt. Der Kapitalismus wird in der Sowjetunion nicht restauriert. Die Nachfolger Stalins haben dessen Außenpolitik "konsequent fortgesetzt". Zwischen der sowjetischen und der chinesischen Außenpolitik besteht kein grundsätzlicher Unterschied.

3. Die Genossen des ROTEN MORGEN sind blöd genug, "den Chinesen" auf den Leim zu gehen. "Aust und seine Genossen zetern wie die Chinesen". Es wurde "eine Zerstörung ihrer politischen Vernunft bewirkt". Sie sind darauf versessen, "bedingungslos die Politik der Chinesen zu vertreten". Sie sind "politische Narren", die nicht begreifen wollen, daß "der Maoismus" "wenig oder gar keine Bedeutung für die Probleme höher entwickelter Gesellschaften" hat. Übrigens wollen sie auch "den Kult um Stalin wiederbeleben".

All das könnte man zur Not auch in der BILD-Zeitung nachlesen. Wer sich dennoch bemüssigt fühlt, den "Informationsbrief" für DM -,30 monatlich zu bestellen, kann schreiben an:

S. Markowski, 507 Bergisch Gladbach, Dornröschenpfad 3

THAILAND

Eine Bilanz der Ereignisse seit August 1965 zog Anfang März Radio "Volksstimme Thailands". Danach fanden seither mindestens 750 Gefechte statt, davon allein 400 im vergangenen Jahr. Insgesamt über 1650 Gegner wurden außer Gefecht gesetzt. Mit Hilfe der Bevölkerung konnten 300 Regierungsbeamte und feindliche Agenten liquidiert werden.

In 150 Ortschaften noch nicht befreiter Gebiete drangen Volksstreitkräfte ein und hielten meetings mit der Bevölkerung ab. Gegenwärtig operieren Guerilla-Einheiten in 29 der 71 Provinzen Thailands.

Der Ausweitung des Aufstandes entsprechend haben die USA ihre Unterstützung der Thanom-Marionettenregierung weiter gesteigert. 1968 werden sie 1 Md. Mark für strategische Fernstraßen, Militärhäfen und Flugplätze bereitstellen. Ein "Sonderposten" von weiteren 240 Mill. Mark dient ausschließlich zur Unterdrükkung der Rebellion in Nordostthailand. Die jährliche "Militärhilfe" wurde in diesem Jahr von 160 auf 300 Mill. Mark erhöht. Darüber hinaus sind - wie die "Frankfurter Rundschau" meldete - im vorigen Jahr von der angeblich "nichtmilitärischen" Hilfe in Höhe von 172 Mill. Mark etwa 80 % der konterrevolutionären Aktivität zugute gekommen: Bau von Konzentrationslagern und "Wehrdörfern", Propaganda, Aufstellung einer halbmilitärischen "Jugendbrigade", Entsendung von "Ärzten", "Helfern" und "Missionaren" in die Kampfgebiete usw.

Thailand wird von den US-Imperialisten zielstrebig zum "Flugzeugträger", zum vorgeschobenen Stützpunkt gegen Vietnam und China ausgebaut. Gegenwärtig befinden sich über 43 000 US-Soldaten in Thailand, von denen 33 000 der Luftwaffe angehören. Von den sechs US-Luftwaffenstützpunkten in Thailand aus, werden bis zu 80 % der Luftangriffe gegen Nordvietnam geflogen. Außerdem sind amerikanische (und deutsche?) Piloten seit 1967 im Einsatz gegen befreite Gebiete Thailands. US-Soldaten nehmen als "Ausbilder" an "Säuberungsaktionen" teil.

GEGEN KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG - GEGEN KOLONIALE UNTERDRÜCKUNG !!!

Am 24. März wurde in Nuoro die REVOLUTIONÄRE FRONT SARDINIENS (FRS) gegründet. Delegierte aus allen Teilen Sardiniens sowie mehrere hundert Arbeiter und Bauern aus Nuoro und Ungebung nahmen am Gründungskongress teil. Die FRS wies darauf hin, daß Sardinien, ebenso wie Sizilien und Süditalien, in einem Zustand pernamenter Unterentwicklung und kolonialer Abhängigkeit gehalten wird. Diese kaum industrialisierten Gebiete Italiens, aus denen alljährlich zehntausende abwandern müssen, bieten die "Menschenreserven", die es den italienischen Kapitalisten erlauben, die Löhne im industrialisierten Norden niedrig zu halten.

In der "Politischen Plattform" der FRS wurden folgende Grundsätze festgelegt:

1) sich auf die Arbeiter und alle anderen Unterdrückten Sardiniens, Bauern, Handwerker, Hirten, Arbeitslose, Unterbeschäftigte, Schüler und Studenten, zu stützen.

2) hinzuarbeiten auf das Bündnis mit den Arbeitern und Bauern ganz Italiens, die gegen den gemeinsamen Feind, den italienischen Kapitalismus, kämpfen.

3) nur von den Unterdrückten selbst die Lösung ihrer Probleme zu erwarten.

4) den kleinbürgerlichen Separatismus zu entlarven, der den Klassenkampf verdecken will.

5) alle reformistischen Illusionen restlos zu zerstören.

6) den Kampf aufzubauen nicht auf Wahlergebnissen, sondern auf den Schlägen, die die Unterdrückten selbst dem Kapitalismus und seinen Herrschaftsapparaten versetzen.

Die FRS wird vom Partito Comunista d'Italia unterstützt.

Kurze Meldungen:

Bei Betriebsratswahlen erhielten Mitglieder der Marxistisch-Leninistischen Partei Frankreichs zwei Sitze.

+ + +

Das "provisorische Komitee" einer Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Bewegung konstituierte sich in der Republik San Marino. Ziel: Gründung einer revolutionären Kommunistischen Partei in San Marino.

+ + +

In Crotone (Kalabrien) ist die örtliche Gruppe der KPI zum Partito Comunista d'Italia (m.l.) übergetreten. In der Provinz Apulien organisierten revolutionäre Kommunisten Streiks und Kundgebungen. Um dem Kampf der Arbeiter und Bauern Apuliens einen kleinbürgerlich-

reformistischen Anstrich zu geben und ihn abzuschwächen, ließ die KPI mehr als 700 Rentner und Invaliden aus allen Teilen Italiens nach Apulien schaffen. In Pisa (Toskana) erlebten die Reformisten eine Pleite, als sie versuchten, die Studentenbewegung zu manipulieren. Knapp 100 Menschen folgten dem Aufruf der KPI zu einer "Protestkundgebung" vorm Rathaus. Gleichzeitig zogen mehr als 2000 Studenten zum Stadtgefängnis und forderten die Freilassung zweier Kommilitonen.

ANSTELLE EINES NACHRUFS

Am späten Nachmittag des 4. April wurde Dr. Martin Luther King auf dem Balkon seines Hotels in Memphis (Tennessee) erschossen.

Wir denken nicht daran, den Toten hier als"Vertreter des anderen Amerika" (wie Revisionistenblättchen in Westdeutschland) zu beklagen. Wir glauben auch nicht, daß die Ermordung Kings einen "tragischen Verlust für die gesamte Menschheit" (Kommentar des Deutschlandsenders) bedeutet. Für die "weißen" Herren der USA ist der Tod dieses beliebten und geachteten Mannes viel schmerzlicher als für die amerikanischen Neger. Als Vertreter des idiotischen "non-violence"-Prinzips war King, solange er lebte, nützlicher als 6000 Fallschirmjäger mit Vietnamerfahrung. Aber wer soll, dem Himmel sei's geklagt, jetzt diese Rolle übernehmen?

Johnson hat fast unmittelbar nach dem Mord von Memphis ein halbes Dutzend Verräter und "Bürgerrechtsführer" zusammengetrommelt, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Coretta King, die Frau des Ermordeten, wurde rücksichtslos durch die Aufnahmestudios gezerrt, um über Rundfunk und Fernsehen rührseligen Blödsinn zu verbreiten. Populäre Stars wie Sammy Davis jr. und Harry Belafonte, riefen die Negerbevölkerung zur "Besonnenheit" auf.

Umsonst! Die Ermordung Kings wurde zum Fanal der Rebellion im ganzen Land. Von Boston bis San Francisco, von Chikago bis Miami erhoben sich die amerikanischen Neger. Der Aufruhr breitete sich aus wie ein Flächenbrand: "Ein einziger Funke kann die Steppe in Brand setzen". 20 größere Städte waren es in der ersten Nacht, 42 in der zweiten. Am vierten Tag mehr als 60 Städte. Allein in der ersten Woche kam es, offiziellen Angaben zufolge, in mindestens 140 Städten und Ortschaften zu "Krawallen".

Massiert wie noch nie zuvor, wurde die imperialistische Militärmaschine gegen die Bevölkerung der USA selbst eingesetzt. 12 500 Fallschirmjäger besetzten Washington. 9000 Soldaten wurden nach Baltimore und Chikago entsandt. Zehn Bundesstaaten setzten die "Nationalgarde" ein, insgesamt über 45 000 Mann. In einem runden Dutzend größerer Städte wurde allein im Verlauf der ersten Woche der Notstand verhängt. Innerhalb von nur fünf Tagen wurden mindestens 40 Menschen getötet, 2100 erheblich verletzt, 13 500 festgenommen. Unter ihnen auch viele "Weiße", die zusammen mit ihren schwarzen Klassenbrüdern "geplündert" hatten. Nichts kennzeichnet besser die verzweifelte Situation breiter Kreise der amerikanischen Bevölkerung.

Noch nie zuvor waren soviele Städte zu gleicher Zeit vom Aufruhr erfaßt. Und der "heiße Sommer" hat noch nicht einmal begonnen. Die Ereignisse nach dem Mord von Memphis haben sicherlich nur einen bescheidenen Vorgeschmack dessen geboten, was den Herren der USA in diesem Jahr bevorsteht. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet ein von Faschisten gemieteter 8-Groschen-Junge den Mann erschoß, der bisher immer noch "das Schlimmste" verhütet hat.

me.

GÄSTE BEI FAMILIE SCHAH

Möglicherweise noch in diesem Jahr will K.G. Kiesinger die persische Hauptstadt Teheran besuchen und dem "Wohltäter des Iran", Schah Reza Pahlevi, seine Aufwartung machen.

Ein anderer ist ihm jedoch zuvorgekommen. Nachdem der Iran seit 1964 bereits Waffen (!) für 440 Mill. Mark und 1,2 Md. Mark "Wirtschaftshilfe" aus Moskau erhielt, traf Ende März Ministerpräsident Kossygin selbst zu Füßen des Pfauenthrones ein.

Nach Ansicht des Weltverbandes Iranischer Studenten dient der Besuch Kossygins in Teheran dazu, "die Weltöffentlichkeit über die wirklichen Zustände im Iran zu täuschen". In einem Protestbrief an Kossygin erklären die Studenten:

"Sie werden in ein Land reisen, in dem Tausende von Patrioten, Demokraten und Sozialisten in Gefängnissen sitzen. Sie werden Hände schütteln, die das iranische Volk ausbeuten und gewaltsam unterdrükken.

Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.

Mao Tse-tung

Professor Mehnert, westdeutscher "Ostexperte", hat es freudig im Fernsehen verkündet, sie geht den Weg des Sozialdemokratismus. Lenin, so fügte er hinzu, würde er noch leben, wäre entsetzt über den Weg der tschechoslowakischen Genossen. - Man könnte auch sagen, sie geht den jugoslawischen Weg des Verrats am Sozialismus.

Dabei waren die Dinge vorauszusehen gewesen. Schon lange hatte sich in der CSSR die anfängliche Diktatur des Proletariats, unter der Führung des Genossen Clement Gottwald, in die Diktatur einer privilegierten Schicht von Bürokraten, Technokraten und Parteifunktionären gegen das Proletariat verwandelt. Sie führten ein Wohlleben auf Kosten des Volkes, fuhren westliche Luxus-Limosinen wie der in den Westen geflüchtete Generalmajor und Mercedes-Fahrer Sejna, gingen wie westdeutsche Kapitalisten in Böhmen, Mähren und in der Hohen Tatra auf Bären- und Mufflonjagd, kauften in Luxusläden, wurden - wenn sie krank waren - in Sonderkliniken behandelt, hielten sich Dienstmädchen, - kurz, taten all das, was die revisionistischen Cliquen in anderen Ländern auch zu tun pflegen.

In der Wirtschaft des Landes blühten Korruption und Verbrechen. Bei der Renovierung Prags verlangten die Betriebe "Armabeton", "Konstruktiva" und andere 117 063 Kronen mehr, als ihnen zustand. Der Betrieb "Technoplyn", Prag, verlangte von seinen Kunden für den Transport technischer Gase nicht nur Fracht- und Lagerzuschläge, sondern sicherheitshalber noch einmal Transportkosten. In einem anderen Fall verdiente ein Betrieb durch "falsche Fakturierung" an Mähdreschern 1,8 Mill. Kronen zusätzlich. Die Konfektionsbetriebe Prostejov und Trencin heimsten durch Preiserhöhung von Material und Zubehör sowie falsche Umrechnungsindexe gleich 39 Mill. ein. Den Vogel schoß aber die Prager Fleischindustrie ab. Dieses Großunternehmen bestahl die Werktätigen 1966 und 1967 durch Rohstoffaustausch, Versetzung der Fleischwaren mit Wasser, Mehl und dergleichen, um nicht weniger als 66,5 Mill. Kronen.

Verständlich, daß dieses "Vorbild" der Wirtschaftsfunktionäre nicht ohne Einfluß auf die Massen bleiben konnte. So stieg die Zahl der Verbrechen, die in den Jahren 1962-64 noch bei rund 61 000 jährlich gelegen hatte, bis 1966 auf 110 000 jährlich. Besonders wurde das Berufsverbrechertum zu einem Problem.

Parallel zu dieser Entwicklung schritt die Entideologiesierung voran. Aus einer Meinungsumfrage, bei der Anfang letzten Jahren 7 500 Personen befragt wurden, ging, wie die "Bratislaver Prawda" berichtete, hervor: Nur etwa die Hälfte der Befragten mißt "imperialistischen Kreisen" die Schuld für die internationalen Spannungen zu, mehr als 28 Prozent macht "beide Seiten" verantwortlich. Nur 41 Prozent geben den USA die Schuld am Vietnam-Krieg und nahezu die Hälfte antwortete auf die Frage was der wichtigste Beitrag der CSSR zur Erhaltung des Friedens sei: "Die Erhöhung des Lebensstandards in der CSSR"

Verständlich, daß man angesichts dieser Einstellung in vielen Studentenbuden statt Bildern marxistischer Klassiker das Porträt des US-Präsidenten Kennedy findet, daß für viele Jugendliche Westdeutschland und die USA das Vorbild sind, daß ihr einziges Ideal darin besteht, ein Auto zu haben. Verständlich, daß auf diesem ideologischen Mistbeet das gedeihen konnte, was jetzt in der CSSR hervorgeht.

Da nützte es dem inzwischen abgehalfterten Staatspräsidenten und Parteichef Novotny auch nichts mehr, daß er in seiner Neujahrsansprache einräumte, daß die Durchführung der sogenannten Wirtschaftsreform in der CSSR ohne Anwendung gewisser "aus kapitalistischen Ländern stammender" Methoden nicht möglich sei. Währenddessen weilten die, die ihn ablösen sollten, wie der Diplomvolkswirt Dr. Milan Horalek, schon lange in Westdeutschland, um an Ort und Stelle - zum Beispiel bei den Höschwerken in Dortmund - das "kapitalistische System" zu studieren. Sein Programm: Sozialistische Marktwirtschaft.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Den neuen Herren ging die restaurative Entwicklung zum Kapitalismus, wie sie in allen revisionistischen Staaten mehr oder minder schnell verwirklicht wird, nicht schnell genug. Horalek, der Mitarbeiter von Professor Dr. Otto Sick, Mitglied des ZK und Direktor des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften ist, in einem Interview mit Springers "Bild am Sonntag": "Der Kommunismus hat die Marktwirtschaft unterdrückt. Ich bin sicher, daß wir nicht das einzige Land im Ostblock bleiben werden, das sich nach der

neuen Marktordnung richtet. Ungarn folgt unserem Beispiel".

In Zukunft soll sich die Wirtschaft der CSSR nach Angebot und Nachfrage richten. (Marktorientierte Preise, materieller Anreiz). Es wird nach Profit gewirtschaftet werden. Gleichzeitig soll der private Sektor der Wirtschaft gefördert und ausgebaut werden. Das jugoslawische Beispiel gilt als Vorbild. Und schon heute können sich die tschechischen Arbeiter ausrechnen, wann sie im Zuge der Rationalisierung entlassen werden und wie ihre jugoslawischen Kollegen als Fremdarbeiter nach Westdeutschland gehen können, um hier ausgebeutet zu werden. Denn reisen dürfen sie. Forstminister Josef Smrkovsky hat es im Fernsehen gesagt: "Wir werden uns stark machen für das Recht, frei zu reisen. Damit meine ich auch Reisen in den Westen. Es fahren doch viele Leute aus dem Westen zu uns. Und es sollen noch mehr kommen. Auch von uns sollen soviele wie möglich in den Westen fahren. Wir sind doch Nachbarn."

Ja Nachbarn, Brüder, Gesinnungsgenossen, nicht nur in geogrphischer Hinsicht, sondern auch auf wirtschaftlichen und ideologischem Gebiet. Das ist das Ziel, dem man vorerst noch ein sozialistisches Mäntelchen umhängt. Darum braucht sich auch niemand zu wundern, wenn bürgerliche Politiker wie der vor 20 Jahren verstorbene Jan Masaryk offiziell geehrt und von Zeitschriften wie "Reporter" der tschechischen Jugend für die Gegenwart als Vorbild hingestellt werden. Wenn kurzfristig bereits vorbereitete Protestdemonstrationen gegen den Vietnam-Krieg abgesagt und dafür Ergebenheitsadressen an Parteichef Dubcek gesandt werden. Wenn die alten Parteien wie die "Sozialistische Partei" und die "Volkspartei" wieder Forderungen anmelden und für sich die Rolle des "schöpferischen Partners" verlangen. Wenn in Zeitungen öffentlich gefordert wird: "Freie (sprich bürgerliche) Wahlen, ein funktionierendes Parlament mit einer Opposition (sprich bürgerlicher Parlamentarismus), aktive Neutralität, Förderalisierung eines unabhängigen Staates, Sozialismus unseres Typs" usw. Oder wenn Professor Eduard Goldstükker, Prorektor der Karls-Universität, fordert, die Diktatur des Proletariats abzuschaffen und zu einem System der Freiheit zurückzukehren.

Freiheit für wen, muss man hier fragen. Freiheit für die tschechoslowakischen Arbeiter und Bauern, die an den jetzigen Veränderungen in der CSSR kaum einen Anteil haben und voller Sorge in die Zukunft schauen? Nein, für sie wird es unter den neuen Revisionisten keine Freiheit geben, so wenig, wie es sie unter der Novotny-Herrschaft gab. Wenn hier von Freiheit die Rede ist, beispielsweise der so viel zitierten Pressefreiheit, die wiederhergestellt sei, so ist damit nur gemeint, daß diejenigen, die die Rückkehr zum Kapitalismus predigen, volle Freiheit haben, ihre Ansicht zu äußern, während diese Freiheit für echte Marxisten-Leninisten nicht gilt.

"Man muß äußerst wachsam gegenüber Karrieristen und Verschwörern wie Chruschtschow sein und verhüten, daß Halunken dieser Art auf verschiedenen Ebenen die Führung in Partei und Staat an sich reissen."

Mao Tse-tung

Dieser konterrevolutionäre Putsch in der CSSR (selbst im Parteiorgan "Rudé Pravo" stand zu lesen, daß die marxistisch-leninistische Ideologie für das moderne Zeitalter nicht mehr zu gebrauchen sei) wurde natürlich im Westen freudig begrüßt. Doch auch die italienische KP sowie die Tito-Clique - der man zuvor auf dem Budapester Konsultativtreffen Schützenhilfe gleistet hatte - und die KP Ungarns, wünschten den neuen Machthabern in Prag Glück. Nicht begrüßt wurde die neue Entwicklung bei den revisionistischen Nachbarn der CSSR, vor allem den Machthabern in Ostberlin, die bei einer ähnlichen Entwicklung in der DDR um ihre Positionen fürchten. Die Gegenreaktion aus Prag: Man spricht im Fernsehen von "Ostdeutschland" und kündigt eine Intensivierung der Beziehungen zur "Bundesrepublik" an.

Man sieht, der Verrat am Marxismus-Leninismus, von den Chruschtschow-Revisionisten eingeleitet, schreitet rüstig voran. Doch gleichzeitig wächst auch der Widerstand der Marxisten-Leninisten gegen den Verrat am Erbe Marx, Engels, Lenins und Stalins. Sie haben noch einen schweren Kampf vor sich. Doch gestützt auf die Lehre Mao Tse-tungs, sich aufrichtend an den Beispielen Chinas und Albaniens, werden sie auch in ihren Ländern früher oder später die zweite proletarische Revolution durchführen und alle Renegaten und Revisionisten zum Teufel jagen.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto). Postscheckkonto: Hamburg Nr. 262767

Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront unerwünscht

In Köln wurde am 6. April eine "Mahnwache" des IdK gegen den Krieg in Vietnam durchgeführt. Wie man normalerweise glauben dürfte, wendet sich jeder Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam und nicht gegen den Widerstand der südvietnamesischen Bevölkerung gegen die US-Aggression. So sollte man jedenfalls glauben. Es gibt aber tatsächlich Leute, die meinen, daß "beide Seiten die Schuld haben". Zumindest war das die Meinung der Veranstalter dieses sog. "Protestes"

Einer unserer Genossen kam auf den Kölner Rudolfplatz, wo diese Sache durchgeführt wurde, mit der Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront. Er wollte die Fahne an einen Zaun befestigen. Er hatte aber noch nicht ganz begonnen, da kam ein Herr von K 14 und wollte dies verhindern. Er fragte nach der Erlaubnis, und als ihm gesagt wurde, daß ihm das nichts anginge, kamen die Veranstalter und wurden rabiat. Sie verlangten die sofortige Entfernung dieser Fahne, ansonsten wolle man die Polizei holen! Einer machte sich sogar auf den Weg, aber andere sahen ein, daß dies das Dümmste wäre, was sie tun könnten, denn man würde sich ja damit ins Unrecht setzen. Die Polizei wurde also nicht geholt. Dafür wurde unser Genosse in eine Diskussion verwickelt, in der man ihm klipp und klar erklärte, daß die IdK für die "Beendigung" des Krieges sei und nicht für den "Vietcong". Man vertrat die Meinung, daß der "Vietcong" schuld am Kriege sei, und daß beide Seiten aufhören sollten zu kämpfen. Als unser Genosse sich die Bemerkung erlaubte, daß ja die Vietnamesen in ihrer Heimat für ihre Freiheit kämpften, während die USA dort nichts verloren hätten und die Aggressoren seien, die Antwort darauf: Der ist doof, der soll in die "Ostzone" gehen .

Einer hielt sich sogar für einen "Kommunisten" und "Marxisten". Er betonte aber, daß er gegen den Kommunismus in der heutigen Form sei, nur Jugoslawien könne man als Beispiel anführen, wie man es machen solle. Er betete Trotzki an und hielt diesen für den wahren Revolutionär. Er brachte Beispiele des Mordes an angeblich 20 Millionen Ukrainer und ähnliches wirres Zeug. Unser Genosse entgegnete, daß diese Meldungen von Goebbels aufgebracht wurden, um die Verbrechen der deutschen Faschisten zu verschleiern. Wenn dies wirklich wahr wäre, dann gäbe es ja keine Ukrainer mehr. Nun, dieser Herr verwechselte die Opfer der Faschisten in Auschwitz und anderen KZ's mit angeblichen Opfern des "Stalinschen Terrors".

Alles in allem kann man aus dieser "Mahnwache" des IdK das Facit ziehen: Es handelt sich hier um Wirrköpfe, die voll sind mit antikommunistischer-bürgerlicher Ideologie. Es sind Kleinbürger, die keinen Klassenstandpunkt haben. Durch ihr Verhalten in bezug auf die Fahne der FNL, die diese Herren genau wie Johnson und seine Komplicen "Vietcong" nennen, beweisen sie, daß sie objektiv auf seiten der Amibanditen stehen und nicht auf seiten des Volkes. Diese Herren Pazifisten helfen durch ihr Verhalten den Aggressoren, auch wenn viele es ehrlich meinen. Doch dieser Standpunkt ist der Standpunkt von Leuten, die sich nicht engagieren und es mit niemand verderben wollen, auch mit den Volksfeinden nicht, denn diese könnten es dem IdK ja übelnehmen.

G.A.

Alle Jahre wieder:

Aber, aber - wollt ihr wohl nicht

Als vor kurzem, am 4. März dieses Jahres, die Ausschüsse des Bundestages und etliche Minister sich wieder einmal zum Westberliner Stelldichein zusammenfanden, gab es seitens der sowjetischen Revisionisten und ihrer Ostberliner Gefolgsleute die üblichen Proteste, das übliche "aber, aber - wollt ihr wohl nicht ..."

Die westdeutschen Imperialisten wußten, was sie von solch einem Gezeter zu halten haben und kümmerten sich einen Dreck darum. Spätestens seit dem Jahre 1961, als die Chruschtschow-Clique in einem sogenannten "Deutschland-Memorandum" am 11. Juni großsprecherisch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland - notfalls allein mit der DDR - bis Ende des Jahres angekündigt hatte: "Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen dürfte, ist bereits vorbei". Und das Jahr verging, das nächste kam - ohne daß etwas geschah, wußten die Bundesdeutschen Machthaber: Große Klappe, nichts dahinter.

Frech und zynisch führten sie in den folgenden Jahren unter Mißachtung der Souveränitätsrechte der DDR, entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, ihre Bundestagssitzungen und sonstigen Regierungshandlungen in Westberlin durch und nahmen grinsend in Kauf, wenn sowjetische Düsenjäger mal eine Schallmauerknallerei über der Kongreßhalle veranstalteten. Wußten sie doch, daß die Sowjetrevisionisten wenigstens

dem Schein nach der Bevölkerung der DDR suggerieren mußten, man täte etwas zur Wahrung ihrer Rechte.

Auf gleicher Ebene liegt auch, wenn kürzlich die Regierung der DDR eine Verordnung erließ, die NPD-Mitgliedern die Durchreise durch die DDR verbietet. Was soll der Quatsch? Ist es denn die NPD, von der die Gefahr für den Frieden ausgeht? Oder ist es der westdeutsche Imperialismus und sein vollziehendes Organ, die Bundesregierung. Will man uns den Belzebub an die Wand malen, damit wir darüber den Teufel vergessen?

Nein, diese ganzen Dinge dienen dazu, den hinter den Kulissen vor sich gehenden Flirt der Breschnew-Kossygin-Clique mit den Bonner Machthabern zu verdecken. Dieser Flirt, der eingebettet ist in die Verschwörung der sowjetischen Revisionisten mit dem USA-Imperialismus zwecks Aufteilung der Welt in Einflußsphären und Einkreisung der Volksrepublik China.

Deshalb die verstärkte Propagierung eines sogenannten "europäischen Sicherheitssystems", sogenannter "friedlicher Koexistenz" und "herzlicher Beziehungen" zu den westdeutschen Imperialisten. Man braucht "Ruhe" in Europa, damit die USA ihre Truppen nach Vietnam und die Sowjetrevisionisten ihre Einheiten an die chinesische Grenze verlegen können. Deshalb die Anweisung an die Kommunistischen Parteien Westeuropas: Nicht Revolution, sondern Evolution, "friedliches Hineinwachsen". Deshalb "Gewaltverzicht" oder Abschluß von sogenannten "Nichtangriffspakten".

Nichtangriffspakte mit dem deutschen Imperialismus? Was von solchen Pakten zu halten ist, hat die Sowjetunion 1941 am eigenen Leibe schmerzlich erfahren müssen. Sie sind keinen Pfifferling wert und werden den westdeutschen Imperialismus nicht davon abhalten, sein aggressives Ziel: Eroberung der DDR und Rückgewinnung der verlorengegangenen Ostgebiete aufzustecken. Daß er augenblicklich auf den weichen Kurs der "neuen Ostpolitik" geschaltet hat, hat zweierlei Gründe:

1) folgt er damit den Anweisungen der USA-Imperialisten, die zur Zeit wegen des Krieges in Vietnam keine Spannung in Europa gebrauchen können.

2) verspricht er sich davon die Isolierung der DDR von ihren Nachbarn - wie man sieht, nicht ohne Erfolg -, um sie eines Tages in einem Blitzkrieg à la Israel, in einer Polizeiaktion, deklariert als innerdeutsche Angelegenheit, einkassieren zu können.

Deshalb das Beharren auf dem Alleinvertretungsanspruch. Die von Chruschtschow begonnene Verzichtspolitik (auf Abschluß eines Friedensvertrages, auf den Status Westberlins als eines Teiles der DDR) setzen die Breschnews, Kossygins & Co. fröhlich fort. Diese Politik der Beschwichtigung des westdeutschen Imperialismus ist aber nur dazu angetan, seinen aggressiven Appetit zu vergrößern und führt dazu, ihm früher oder später die DDR in den Rachen zu werfen.

Den Frieden gewinnt man aber nicht, indem man den Imperialismus zu beschwichtigen sucht, sondern indem man ihn und seine revisionistischen Handlanger durch den revolutionären Kampf der Völker vernichtet.

Sie haben Angst, gewaltige Angst

Bürger der DDR dürfen die chinesische Botschaft in Ostberlin künftig nur noch mit besonderer Genehmigung des DDR-Aussenministeriums besuchen. Vor dem Eingang der Botschaft führt die Volkspolizei Ausweiskontrollen durch. Durch diese Massnahme soll verhindert werden, daß sich Bürger der DDR aus erster Hand über die Vorgänge in China informieren. Besucher aus Westdeutschland können - wie es heißt - die chinesische Botschaft auch in Zukunft ohne Weiteres besuchen.

Deutschsprachiges Programm

von RADIO TIRANA

Empfangszeiten und Wellenlängen:

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00- 6.30	215 m	41 m, 50 m
14.30-15.00	-	41 m, 50 m
16.00-16.30	-	41 m, 50 m
18.00-18.30	-	41 m, 50 m
19.00-19.30	-	41 m, 50 m
21.30-22.00	215 m	- 50 m
23.00-23.30	-	41 m, 49 m

RADIO PEKING in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

+ + +

Für kleinere Radiogeräte und in ungünstigen Lagen empfiehlt sich der Empfang der Mittelwelle um 21.30 Uhr.

+ + +

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Mai 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen sozialistischen Deutschland!

"Die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen ROTER MORGEN (Hamburg), Freie Sozialistische Partei M/L (Siegerland), ROTER MORGEN (Mannheim), ROTER MORGEN (Karlsruhe) und die Revolutionären Kommunisten Nordrhein/Westfalens haben auf ihrer Tagung am 27. April 1968 beschlossen, ihre Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren. - Ihr Organ ist der ROTE MORGEN".

Ein entscheidender Schritt ist getan. Die zur Zeit stärksten marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands haben beschlossen, ihre Kraft zu vereinen und zur Offensive überzugehen.

Angesichts unserer Verantwortung vor der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk;

angesichts des schändlichen Verrats der modernen Revisionisten;

angesichts der sich ständig verschärfenden Klassengegensätze und der zunehmenden Faschisierung der Bundesrepublik;

und angesichts der Erkenntnis, daß nur das sich organisierende revolutionäre Proletariat in der Lage ist, die bestehenden Klassenverhältnisse in seinem Sinne zu ändern,

haben wir beschlossen, unsere Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren.

Der Anfang ist getan. Das heißt jedoch nicht, daß andere marxistisch-leninistische Gruppen aus anderen Ländern und Städten, die zur Zeit noch im organisatorischen Aufbau begriffen sind, sich unseren Bestrebungen nicht anschließen können. Im Gegenteil, sie sind uns jederzeit als gleichberechtigte Gruppen willkommen. Das einzige Kriterium, das wir stellen, ist, daß sie revolutionäre Marxisten-Leninisten sind. Daß sie sich vorbehaltlos zu den Lehren Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao Tse-tungs bekennen.

Es wird nicht leicht sein, das zu verwirklichen, was wir uns vorgenommen haben: die Gründung einer wahren marxistisch-leninistischen Partei. Es ist ja nicht nur der Kampf gegen den offen auftretenden Klassengegner. Hier sind die Fronten klar gesteckt. Es ist auch der Kampf um die Reinerhaltung der eigenen Reihen. Und hier sollten wir aus den Erfahrungen unserer marxistisch-leninistischen Bruderparteien lernen.

> "Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen."
>
> Mao Tse-tung

Was kommt auf uns zu, mit welchen Gefahren innerhalb unserer Organisation haben wir zu rechnen? Natürlich wird der Klassengegner, werden die modernen Revisionisten versuchen, ihre Agenten in unsere Reihen einzuschleusen. Das heißt für uns ständig erhöhte revolutionäre Wachsamkeit. Man muß jemanden schon wirklich gut kennen, um ihm volles Vertrauen entgegenzubringen. Es wird auch in der Anfangsphase unseres Aufbaus kaum zu vermeiden sein, daß es diese oder jene Schwierigkeiten, diese oder jene Abweichungen von der Parteilinie gibt.

Die Hauptgefahr ist nach wie vor - und das trifft besonders auf Deutschland zu, der Reformismus, der Revisionismus aller Schattierungen, der die sich for-

..ierenden Reihen der Marxisten-Leninisten bedroht. Wir sehen es gerade in letzter Zeit recht anschaulich, wie offen, wie schamlos die Reformisten der SPD und die rechten Führer des DGB sich mit der Herrschaft des Monopolkapitals verbünden. Wir erleben aber auch, wie ihnen die Revisionisten der KPD dabei Handlangerdienste leisten, indem sie versuchen, sich an die Spitze der revolutionären Kräfte unseres Volkes zu stellen (Gründung der DL, der SDA u.a.), um den Kampf abzuwürgen bzw. ihn in die Bahnen des der herrschenden Klasse genehmen sogenannten "friedlichen Überganges" zu lenken. Verständlich, daß sie, wenn sie das Entstehen einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei schon nicht verhindern können, alles daransetzen werden, deren Reihen zu unterwandern.

Woran erkennt man sie, diese Herren Revisionisten? Sie spielen sich gern als jene auf, die, wie man so sagt, den Marxismus-Leninismus mit Löffeln gefressen haben. Dabei versuchen sie, wenn irgend möglich, die Lehren des Vorsitzenden Mao Tse-tung unter dem Vorwand, sie seien auf deutsche Verhältnisse nicht anwendbar, auszuklammern. Ihr einziges Streben ist es, die Führung an sich zu reißen, um die Bewegung auf die Ebene eines Diskussionszirkels zu bringen. Sie sind in Worten groß, lehnen aber jede direkte Aktion ab oder versuchen sie zu hintertreiben unter dem Vorwand, man müsse vorsichtig sein, sonst würden einen die Massen der Werktätigen nicht verstehen - wie überhaupt typisch für sie ist ihr mangelndes Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse. Selbst sind sie typische Kleinbürger - auch wenn sie nach außen den Arbeiter hervorkehren -, denen Familie, Fernsehen und Sonntagsausflug über alles geht.

Wir müssen vorsichtig sein. Gerade aus den Reihen der KPD schließen sich in zunehmenden Maße gute, ehrliche und kampferfahrene Genossen an. Das ist eine ausgezeichnete Sache in Hinblick auf die Stärkung unserer Kader. Aber es gibt unter diesen Genossen auch einige, die die KPD nicht verließen, weil sie mit dem revisionistischen Kurs ihrer Führung nicht einverstanden waren, sondern weil sie persönliche Differenzen hatten, weil sie der Meinung waren, daß ihre Leistungen und Verdienste nicht genügend herausgestellt wurden, und sie selbst nicht von den Pfründen der hauptamtlichen Tätigkeit profitieren konnten. Diesen Genossen geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Befriedigung ihrer persönlichen Eitelkeit, ihres Geltungsdranges. Sie werden sich bei uns nicht anders verhalten, als in der KPD. Allerdings, und auch das muß offen gesagt werden, gibt es diese Erscheinungen nicht nur bei den Genossen, die aus der KPD zu uns kommen. Auch andere stellten oder stellen ihr "ich" noch zu sehr in den Vordergrund und lassen sich von egoistischen Zielen leiten.

Die andere Gefahr, mit der wir es beim Aufbau unserer Organisation zu tun haben, ist die Erscheinung des linken Radikalismus. Durch revolutionäre Phrasen vermag man die Welt nicht zu verändern. Die Vorbereitung der Revolution fängt, wie Lenin sagte, beim Teewasser an. D.h. beim Anknüpfen an die einfachen Forderungen der Menschen. Man muß für ihre Belange eintreten, kämpfen, ihnen aber gleichzeitig sagen, daß nur durch den revolutionären Sturz der Herrschaft der Monopolbourgeoisie und den ständigen Kampf gegen den Revisionismus ihre Probleme endgültig gelöst werden können. Aktion um der Aktion willen führt zu nichts. Wer erfolgreich kämpfen will, muß ständig bemüht sein, sich die Lehre des Marxismus-Leninismus anzueignen, um sie im täglichen Kampf mit der Praxis zu verbinden.

Beiden Abweichungen, dem rechten wie linken Opportunismus ist eines gemeinsam: die direkte oder indirekte Ablehnung des Prinzip des demokratischen Zentralismus. Die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung zeigt, daß alle Opportunisten, um ihre opportunistische politische Linie durchzudrücken, unweigerlich organisatorisch eine Linie verfolgen, die ihrer opportunistischen politischen Linie entspricht, wodurch sie das Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei untergraben.

Vorsitzender Mao lehrt uns: "Innerhalb des Volkes kann man ohne Freiheit eben sowenig auskommen wie ohne Disziplin, ohne Demokratie ebensowenig wie ohne Zentralismus. Eine derartige Einheit von Demokratie und Zentralismus, von Freiheit und Disziplin ist unser demokratischer Zentralismus."

Das gilt auch für uns. Zentralismus ohne Demokratie bedeutet Willkür und Herrschaft eines Diktators. Doch um die Ideen und Aktionen der ganzen Mitgliedschaft zu vereinheitlichen und die Partei zu einer mächtigen integrierten

Kraft zum Kampf gegen den Feind zu machen, muß unsere Partei organisatorische Prinzipien und Disziplin besitzen - der Einzelne ordnet sich der Organisation unter, die Minderheit der Mehrheit, die untere Ebene der höheren, die ganze Mitgliedschaft dem Zentralkomitee. Andernfalls wäre die Partei ein wilder Haufen, unfähig den Kampf, die Revolution zum Siege zu führen.

Wie wichtig der schnelle Aufbau einer revolutionären marxistisch-leninistischen Kampfpartei ist, zeigen uns die derzeitigen Ereignisse in Frankreich, wo der Klassenkampf, der Kampf um die Macht in voller Stärke entbrannt ist. Ohne eine endgültige Einschätzung treffen zu wollen, zeigt sich folgendes: Die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Studenten, die Besetzung der Fabriken und Universitäten, der Generalstreik kamen ohne das Zutun der revisionistischen KPF und der CGT zustande. Erst als sie erkannten, daß sie die revolutionäre Entwicklung nicht verhindern konnten, griffen die Revisionisten ein. Aber nicht mit dem Aufruf zum revolutionären Sturz der Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie, sondern mit dem Aufruf an die französische Arbeiterschaft, sich nicht zu Gewalttätigkeiten provozieren zu lassen. Ihnen ging und geht es einzig und allein um Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems, um Ministersessel. Sie haben die französische Arbeiterklasse und die Studenten genauso schamlos verraten, wie 1918/19 in Deutschland die Verräter der II. Internationale, die Führer der SPD die Revolution verrieten. Und so wie damals in Deutschland der Spartakus, sind heute in Frankreich die Genossen der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei noch nicht stark genug, den Kampf siegreich zum Ende zu führen, obwohl sie heldenhaft an der Spitze der revolutionären Arbeiter und Studenten auf den Barrikaden kämpfen.

Ihr heldenhafter Kampf sei uns Verpflichtung. Verpflichtung in täglicher, unermüdlicher Kleinarbeit, das revolutionäre sozialistische Bewußtsein der Menschen zu heben. Verpflichtung, bereit zu sein, für die Kämpfe, die in den nächsten Jahren auch in Westdeutschland auf uns zukommen werden.

ex-t

"Eine Revolution ist kein Gastmahl, kein Aufsatzschreiben, kein Bildermalen oder Deckchensticken; sie kann nicht so fein, so gemächlich und zartfühlend, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großherzig durchgeführt werden. Die Revolution ist ein Aufstand, ein Gewaltakt, durch den eine Klasse eine andere Klasse stürzt."

Mao Tse-tung

Wie Revisionisten Demokratie praktizieren

Am 4./5. Mai war in Essen der Gründungstag der sich in revisionistischen Händen befindlichen "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" (SDAJ). Zunächst hatten die aus allen Teilen Westdeutschlands angereisten Delegierten keine Möglichkeit, das 8seitige "Aktionsprogramm" und die Satzung in Ruhe durchzuarbeiten. Dieses Material wurde ihnen erst bei der Ankunft ausgehändigt. Die Kandidaten für den "Bundesvorstand" wurden nach einer "Einheitsliste" gewählt. Man konnte nur mit "Ja" oder mit "Nein" stimmen, aber keinen Genossen vorschlagen, von dem man wußte, daß er qualifizierter ist als die 25 Listenrevisionisten. Dann besagte noch ein Artikel der Satzung, die nicht diskutiert und zur Abstimmung vorgelegt, sondern von der revisionistischen Führung fix und fertig serviert wurde, daß ein ordentlicher Bundeskongreß nur alle zwei Jahre durchgeführt wird.

Die "Kongreßleitung" hatte Kenntnis, daß sich in Westberlin ein "Initiativausschuß zur Gründung der SDAJ" gebildet hatte. Die Berliner Delegation, mit Jungtrotzkist Peter Brandt an der Spitze, wurde jedoch gleich im Vorraum abgewiesen. Diesen Vorfall wollte man verschweigen, er wurde jedoch von dem Gastdelegierten Günter Straß (Trotzkist) aus Augsburg aufgedeckt und in einer Anfrage an die "Kongreßleitung" öffentlich zur Sprache gebracht. Stellung zu dieser Frage bezog der Erzrevisionist Walter Möbius aus Dortmund (früher Hamburg). Er berief sich zunächst auf die "Dreistaatentheorie", was jedoch das Publikum weitgehend unbefriedigt ließ. Nach mehreren fragenden Zwischenrufen ließ er sich zu einer weiteren Erklärung herab, in der er ausführte, die "Berliner hätten verlangt, samt und sonders als ordentliche Delegierte anerkannt zu werden". Dem habe aber die Kongreßleitung nicht zustimmen können, man sei "aber bereit gewesen, zwei Berliner ordentlich zu delegieren". Auch diese "Erklärung" konnte die fragenden Jugendlichen nicht beruhigen. Daraufhin sprach Möbius von einer "Gegenerklärung", mit der die Berliner angeblich "gedroht hätten" "Der Gründungskongreß dürfe sich doch nicht erpressen lassen!" Auf die Frage, daß diese Sache von den Delegierten diskutiert und beschlossen werden müßte, ließ sich dieser Revisionist nicht ein.

Ein Kongreßteilnehmer

"Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" gegründet

Am 4./5. Mai fand in Essen-Borbeck der Gründungskongreß der "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" statt. Den Angaben des schon im voraus "gewählten" Vorsitzenden Rolf Priemer zufolge hat die SDA regionale und örtliche Gruppen in neun Bundesländern und 24 Städten.

Offensichtlich ist die SDA die von den Revisionisten schon seit Monaten vorbereitete "Revolutionäre Sozialistische Jugendorganisation". Die "Kommunisten" Herbert Mies und Manfred Kapluck hatten sich dementsprechend persönlich zum Gründungskongreß bemüht. In der Eröffnungsrede versicherte Mies gönnerhaft: "Wir Kommunisten sind bereit, auf die kritische Stimme der Jugend zu hören, wir Kommunisten sind bereit, der Jugend Vertrauen entgegenzubringen ..." -

Nun, der SDA jedenfalls können die Revisionisten uneingeschränkt vertrauen. Sie ist ja ihr ureigenstes Geschöpf. In einem "Aufruf an die Jugend der Bundesrepublik" erläutert die SDA, sie wolle "eine Organisation aufbauen, die planmässig Schritt für Schritt den Fortschritt dieser Gesellschaft vorantreibt". Wer, Sozialdemokrat, Liberaler, Christdemokrat, würde das nicht ebenfalls für sich beanspruchen? Nur ist eine solche Zielsetzung eben weder "sozialistisch" noch "revolutionär"; sie ist plattenster Reformismus und Evolutionismus!

Zwar heißt es im "Aufruf an die Jugend der Bundesrepublik": "Wer über ganze Gesellschaften soviel Verrat und Elend gebracht hat wie sie (d.h. die deutschen Imperialisten), der hat uns nichts mehr zu verbieten und auch nichts mehr zu erlauben". Aber dann fährt der Aufruf plötzlich fort: "Alle unsere Forderungen sind Wort für Wort verankert in den Texten unseres Grundgesetzes". Ja, aber wer hat sie denn dort "verankert", wenn nicht die gerade noch geschmähten Herren Westdeutschlands? Da kündigen die Funktionäre der SDA der Jugend an, sie seien bereit, sich über die "Gesetze" und "Verbote" der Herrschenden hinwegzusetzen. Aber im nächsten Satz erheben sie bereits das von genau diesen Herrschenden verfaßte Grundgesetz zum obersten Fetisch ihres Vereins, zur Richtschnur ihres Handelns.

Natürlich wissen die revisionistischen Hintermänner der SDA recht gut, daß das Grundgesetz weder heilig noch unwandelbar ist. Ein paar Tage weiter, und die Notstandsvollmachten werden ebenfalls "Wort für Wort verankert in den Texten unseres Grundgesetzes" sein. Um dieser Verlegenheit zu entrinnen, hat man einen "Geist des Grundgesetzes" konstruiert. Man kann dann etwa so argumentieren: die Herrschenden wollen Notstandsvollmachten, die dem "Geist des Grundgesetzes" nicht entsprechen; die SDA hingegen will einen gesellschaftlichen Fortschritt, der dem "Geist des Grundgesetzes" entspricht ... Aber was meint man denn mit "Geist des Grundgesetzes"? Offensichtlich doch wohl die Vorstellungen, die seinerzeit den "Vätern des Grundgesetzes" vorschwebten. Wer aber waren jene "Väter"? Je 27 Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD als Beauftragte der deutschen Konzerne und der westlichen Besatzungsmächte, insbesondere des US-Imperialismus! Erinnern wir uns doch: der eigentliche "Geist des Grundgesetzes" war es, das Potsdamer Abkommen zu brechen, Deutschland durch Konstituierung eines kapitalistischen Separatstaates auf westdeutschem Boden zu spalten und die Rückkehr der Monopolherren in die damalige Sowjetische Besatzungszone vorzubereiten. Und ausgerechnet in dieser Spalter-Verfassung wären, sozusagen von Geisterhand, die Forderungen der SDA "verankert" worden?

Revolutionär ist die SDA ganz gewiß nicht. Aber sie ist auch nicht einmal sozialistisch. Ihr ganzes Programm ist hundertprozentig sozialdemokratisch: "Kampf für das Recht der Jugend auf Mitbestimmung in Betrieb und Schule, in Staat und Gesellschaft", "Kampf gegen Neonazismus", "Kampf für den Frieden" usw. Die SDA hat überhaupt nur einen Zweck: von der in Westdeutschlands Jugend entstandenen revolutionären Bewegung soviel wie möglich auf die "Wiederzulassung"s- und "Anerkennung"smühle der KPD/SED zu leiten. Durch "antiautoritäre" Phraseologie die revolutionäre Jugend irrezuführen und vor den revisionistischen Karren zu spannen.

Es läßt sich jetzt schon prophezeien, daß die KPD eine Menge Geld und Arbeit in die SDA investieren wird, um eine Fehlorientierung und Spaltung der revolutionären Bewegung in unserem Land herbeizuführen. Umso dringender und notwendiger wird die Sammlung zu einer wirklich REVOLUTIONÄREN FRONT der lernenden- und Arbeiterjugend wie auch aller anderen revolutionären Kräfte unseres Volkes. Gleichzeitig empfehlen wir allen jungen Lesern und Genossen die revolutionäre Arbeit innerhalb der SDA.

Es gibt immer noch kleine, mittlere, hohe und höchste Funktionäre in unseren Gewerkschaften, die die Behauptung aufstellen, daß das Streikrecht Ausdruck von Demokratie sei. Gewiß, wir haben eine formale bürgerliche Demokratie, d.h. der Form nach Demokratie, ihrem Inhalt nach aber ist es eine Diktatur des Kapitals, und die Notstandsgesetze sind Ausdruck einer verschärften Diktatur des Kapitalismus. Man verspricht ja den Gewerkschaften das Streikrecht nicht antasten zu wollen, auch nicht bei Notstandsgesetzen. Aber nur allzu Gutgläubige bzw. Leichtgläubige oder von diesem System Korrumpierte bzw. mit dieser kapitalistischen Gesellschaft liierte Elemente sind bereit, daran zu glauben. Viele Gewerkschafter - und darunter nicht wenige führende Gewerkschaftsfunktionäre - behaupten, der Kapitalismus habe sich gewandelt. Gewiß haben sie dabei nicht ganz unrecht, denn der Wandel des Kapitalismus von seinem frühkapitalistischen Stadium zum alles beherrschenden Monopolkapitalismus, zum Imperialismus bzw. staatsmonopolitischen Kapitalismus ist unverkennbar. Daraus aber die Vorstellung abzuleiten, der Kapitalismus sei besser, humaner geworden, der der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Zyklus der Konjunktur, der Krise und des Krieges sei damit endgültig beseitigt, ist doch wohl sehr leichtfertiges Geschwätz.

Wer nun der Meinung ist, diesem raubgierigen, alles beherrschenden, seinen Interessen unterordnenden Monopolkapitalismus über die "Mitbestimmung" Einhalt gebieten zu können, der tut dies entweder nur deshalb, um die Arbeiter- und Angestelltenschaft von den notwendigen Klassenkampf gegen die herrschende Klasse und deren Helfershelfer im Staat und Regierung abzulenken, oder aber um der herrschenden Klasse damit zu dienen. Die reformistische Gewerkschaftsführung befürwortet - wie wir alle wissen - diese Gesellschaft. Hier muß man fragen, welche Gesellschaft. Realistisch gesehen die bürgerliche Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Unterdrückung, Mißbrauch und hemmungslosen Profit aufgebaut ist. Wir werden einige Beispiele anführen und damit unsere Behauptungen untermauern. Wer hi[illegible] gewerkschafts feindliche oder gewerksch[illegible]schädigende bzw. gewerkschaftsspalterische Haltung einnehmen oder Tätigkeit ausüben, dem möchten wir im voraus sagen, daß er versucht, unsere Argumente, die, wie wir bereits angedeutet, noch folgen werden, in demagogischer Manier abzutun, anstatt sie durch Gegenargumente zu widerlegen. Noch nie und noch zu keiner Zeit war eine ernsthafte und berechtigte Kritik schädigend. Allerdings für jene, die in dieser Kritik einen Teil ihrer bisherigen Tätigkeit als Spiegelbild erblicken, wird es sehr hart sein. Erinnern wir nur an die Aufhebung des Mietenschutzgesetzes bzw. der Mietenfreigabe. Monate vorher wurde von den führenden Männern, sowohl des DGB als auch der einzelnen Industriegewerkschaften, immer wieder betont, daß man mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dieses unsoziale Gesetz, das gerade die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohn- und Gehaltsstufen besonders hart treffen müsse, verhindern werde. Es wurde viel darüber geschrieben in Publikationsorganen der Gewerkschaften und noch mehr dazu und darüber gesagt. Das Wesentliche aber wurde nicht getan. Nämlich: Die Arbeiterklasse und mit ihr die Angestelltenschaft, die, wie wir wissen, Teil der Arbeiterklasse ist, im entscheidenden Moment durch Ausrufen von Protestmärschen, Protestkundgebungen, Warnstreiks, notfalls durch einen allgemeinen Streik aller sechzehn Industriegewerkschaften, zu mobilisieren, um diese Schandgesetze, die Ausdruck einer verschärften Ausbeutung auf allen Gebieten des täglichen Lebens, der Familienfeindlichkeit der Bonner Regierung sind, zu verhindern. Möge da niemand sagen: die Gewerkschaften machten ja diese Gesetze gar nicht. Das weiß mittlerweile wohl auch der Dümmste unter uns. Eines jedoch wissen wir aus Erfahrung: Daß solche und ähnliche arbeiter-, familien- und volksfeindlichen Gesetze nur durch konsequenten und kompromißlosen Kampf der gesamten Arbeiterklasse zu verhindern bzw. zu Fall zu bringen sind. Und wer dies nicht will, muß Notstandsgesetze, sprich Notstandsdiktatur - des Monopolkapitalismus akzeptieren. Eines von beiden ist nur möglich: Entweder Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse und deren Familien gegen die Interessen der Monopolbourgeoisie und deren reaktionären Helfershelfer in Staat und Regierung oder Integration der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse in das spätkapitalistische System zu Lasten der Arbeiterschaft

und ihrer Familien. Man kann, wie wir sehen, nicht zwei Herren zugleich dienen, ohne dem einen dabei zu schaden. Mit unserer innergewerkschaftlichen Demokratie scheint es ebenso schlecht bestellt zu sein, wie mit der Bonner Demokratie. Denn wenn Kritik innerhalb der Gewerkschaften nur noch in den Vorstellungen unserer reformistischen Gewerkschaftsführung erlaubt ist, zeigt dies einmal mehr, daß die Gewerkschaften fest in den Händen der Apparate sind, die ein primäres Interesse an ihrer eigenen Machterhaltung und damit verbunden an einer Integrierung der Arbeiterklasse in das spätkapitalistische System haben.

Allein schon der Versuch vieler Betriebsräte in Vertrauensmännersitzungen und anderen gewerkschaftlichen Veranstaltungen andere Meinungen als die der Gewerkschaftsführung und der ihr nahestehender Betriebsfunktionäre als Beweis, daß sich die Kollegen sehr weit von den Gewerkschaften entfernt hätten, darzustellen, zeigt eine sehr seltsame Logik, welche das charakteristische Merkmal der Demagogie zu ihren Inhalt hat. Nach ihren Ausführungen entfernt sich jeder der nicht die Meinung der führenden Funktionäre vertritt von den Gewerkschaften. Wir waren bisher immer der Meinung, die Gewerkschaften sind nach alter Erkenntnis wir, die organisierten Mitglieder und nicht die Meinung der Funktionäre. Wir entfernen uns unseren Darlegungen zufolge also nicht von den Gewerkschaften, sondern lediglich von den unserer Auffassung nach falschen politischen Vorstellungen unserer Führung, die als reformistisch zu bezeichnen ist. Wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, hat der Reformismus bis dato in der Hauptsache dem Kapitalismus gedient und nicht der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhang möchten wir an ein Interview unseres Kollegen Otto Brenner, genannt der "Eiserne Otto", im Zusammenhang mit den Notstandsgesetzen erinnern. Otto Brenner wurde vor etwa mehr als zwei Jahren von einem Journalisten gefragt: "Was, Herr Brenner, werden die Gewerkschaften tun, wenn selbst gegen den Willen der Mehrheit der Gewerkschaften, im Parlament Notstandsgesetze verabschiedet werden sollten". Der "Eiserne Otto" erwiderte darauf: "Sollten diese Gesetze in Parlament legal verabschiedet werden, so werden wir diese Entscheidung des Parlaments selbstverständlich respektieren". Für uns sind solche Leute Legalitätsanbeter. Also nicht Verhinderung der Notstandsgesetze durch Kampf, wie es die Beschlüsse des 6.,7. und 8. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall sowie des 6. und 7. ordentlichen DGB-Kongresses fordern, sondern Respektierung dieser für die Arbeiterklasse und das gesamte Volk schädlichen Gesetze nach Verabschiedung durch das Parlament. Und so kam was da kommen mußte, daß bei Verabschiedung der "einfachen" Notstandsgesetze von 161 Bundestagsabgeordneten, die Mitglieder des DGB sind, 157 diesen Schandgesetzen zugestimmt haben, obwohl die Beschlüsse sowohl der IG Metall als auch des DGB eindeutig jegliche Notstandsgesetze ablehnen. Schon vor längerer Zeit - noch vor Verabschiedung der "einfachen" Notstandsgesetze - hatten die Landesvorsitzenden der SPD mit einigen Spitzenfunktionären des DGB, darunter Brenner, Gefeller, Kluncker, Ahrend, Leber u.a. in Saarbrücken eine Besprechung, die in Richtung auf die Vorstellungen der SPD-Führung hinauslief, nämlich Zustimmung zu den "einfachen" Notstandsgesetzen. Fragen wir uns einmal warum wir als Gewerkschafter über dieses Gespräch nicht informiert wurden, obwohl es ein Informationsrecht in den Gewerkschaften gibt. Die Antwort darauf kann sich wohl jeder selbst geben. Wir erkennen hier sofort, daß diese Politik des reformistischen Flügels innerhalb der Gewerkschaften nicht nur Linie, sondern bereits System geworden ist. Es ist das System des Verrats an den Beschlüssen der Mitglieder der Gewerkschaften. Kein geringerer als August Bebel hat einmal gesagt: "Schaut Euren Führern nicht nur auf's Maul, sondern auch auf die Finger". Damit wollte er nicht mehr und nicht weniger sagen, als: hört nicht nur was sie sagen, sondern achtet auch darauf, daß sie das, was sie sagen, auch tun. Und eben das ist in den letzten fünfzehn Jahren nicht in dem Maße geschehen wie es zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse notwendig gewesen wäre. Das Fazit aus diesen Erkenntnissen lautet demnach:

Soll die Wahrung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse keine hohle Phrase bleiben, so muß die Vorbereitung auf die sozialpsychologischen Bedingungen des Aufstandes gegen die Gewerkschaftsbürokratie auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nicht im Sinne einer Aufforderung, sondern im Sinne einer notwendigen Schlußfolgerung für die gesamte Arbeiterklasse!

Emil Ludwig

(Entnommen aus ROTE GEWERKSCHAFTSPOST, Mannheim).

1. Mai - A R B E I T E R K A M P F T A G

Im Zeichen eines neuen Erwachens der deutschen Arbeiterklasse, der Auflehnung gegen die SPD/CDU-Einheitspartei und deren Lakaien in den Gewerkschaften, stand in diesem Jahr der 1. Mai. Fast überall wurden besonders verkommene Subjekte innerhalb der Arbeiterbewegung ausgepfiffen und von Sprechchören niedergeschrien. In Westberlin und Hamburg führte die "Außerparlamentarische Opposition" eigene Kundgebungen durch, die außerordentlich gut besucht waren. Trotz intensiver Hetze einzelner Gewerkschaftsbonzen vom Schlage Höhne/Sickert kam es nirgendwo zu den befürchteten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Studenten.

Westberlin: Während sich vor dem alten Reichstag Ausbeuter und Ausgebeutete zu einer regierungsoffiziellen "Mai-Feier" vereinten, demonstrierten mehr als 30 000 Menschen mit hunderten roter Fahnen sowie Bildern von Lenin und Mao Tse-tung durch die Straßen der Arbeiterviertel Neukölln und Kreuzberg. Immer wieder stimmten die zehntausende die Internationale an. Die chinesischen Tageszeitungen informierten ausführlich über diese Demonstration, während der Mai-Parade in Ostberlin nur wenige Sätze gewidmet waren.

Hamburg: Etwa 4000 Menschen nahmen an der Kundgebung des DGB teil. Der "Starredner" Bundesminister Wehner wurde von empörten Arbeitern niedergeschrien. Sprechchöre wie "Heuchler!", "Phrasendrescher!" und "Notstandswehner" übertönten das klägliche Gelaber des Arbeiterverräters. Nach Schluß der offiziellen Kundgebung zogen etwa 2500-3000 Menschen zur Moorweide, wo eine sozialistische Maikundgebung durchgeführt wurde. Ein anschließender Demonstrationszug von 300 Lehrlingen und jungen Arbeitern wurde wenig später von der Polizei zerschlagen.

München: Mehr als 30 000 Menschen nahmen an der Kundgebung des DGB teil. Es wurden Bilder von Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse-tung, Ho Tschi-minh und Rudi Dutschke mitgeführt. Revisionisten zeigten ein Plakat, auf dem sie ihre "Wiederzulassung" erbaten.

Augsburg: Auch das schlagartig einsetzende DGB-Blasorchester war nicht instande, hunderte Gewerkschaftler und Studenten zu übertönen, die zum Schluß der offiziellen Kundgebung die Internationale angestimmt hatten.

Mannheim: Mit eigenem Marschblock zogen Mannheims revolutionäre Arbeiter und Studenten zur Mai-Kundgebung des DGB. Dutzende roter Fahnen wurden im Zug mitgeführt. Auf Transparenten hieß es: "Gruß den revolutionären Völkern der Welt!", "Arbeitersolidarität mit der revolutionären Jugend!", "Laßt Euch nicht verraten - säubert den DGB von Bürokraten!" Als der Zug den Kundgebungsplatz erreichte, bildeten die dort bereits versammelten Arbeiter Spalier und stimmten in die Internationale ein.

Nürnberg: Bürgermeister Haas, der sich in letzter Zeit als rühriger Organisator von Polizeikrawallen verdient gemacht hatte, wurde auf der Mai-Kundgebung von den versammelten Gewerkschaftlern und Studenten ausgepfiffen und niedergeschrien. In Sprechchören wurde gefragt: "Heute ist der 1. Mai - Haas, wo bleibt die Polizei?"

Frankfurt: Mehr als 5000 Menschen waren zur Mai-Kundgebung des DGB gekommen. Viele mit roten Fahnen und Bildern bekannter Revolutionäre. IG Metall-Chef Otto Brenner, der um den heißen Notstandsbrei herumreden wollte, wurde immer wieder von Sprechchören unterbrochen: "Marsch auf Bonn!" und "Otto, geh' mit uns nach Bonn!"

- - -

Allen Genossen, die mitgeholfen haben, dem 1. Mai ein kämpferisches Gepräge zu geben, auf diesem Wege Dank und Gruß!!!

- - -

Obwohl die Polizei "vorsorglich" hunderte Menschen festgenommen hatte, wurden in vielen Städten Spaniens am 1. Mai Demonstrationen durchgeführt.

In Madrid gingen die Arbeiter und Studenten von vier zentralen Punkten aus mit großer Beweglichkeit vor, so daß die Polizei kaum zum Zug kam. Wiederholt ergriffen die Demonstranten die Initiative und stellten sich der Polizei, die mit einem Steinhagel empfangen wurde. Die häufigsten Parolen waren: "Franco nein!", "Diktatur nein!" "Freiheit!", "Freie Gewerkschaften!" und "Sozialistisches Spanien!" Zahlreiche weitere Demonstrationen fanden statt in Barcelona und umliegenden Industriestädten, in der nordspanischen Bergbauprovinz Asturien sowie in Sevilla.

INDIEN: Bauernrevolte

Nachdem sich im März 1967 die Bauern des Bezirks Naxalbari/Siliguri (Westbengalen) unter Führung revolutionärer indischer Kommunisten erhoben (s. ROTER MORGEN, Januar 1968), berichten Indiens Zeitungen über immer neue Bauernaufstände in anderen Teilen des Landes. Bewaffnete Zusammenstöße werden jetzt aus dem Bezirk Srikakulan des Bundesstaates Andhra (Westindien) gemeldet. Die Unruhen haben auch einige Bezirke der Nachbarstaaten Orissa (Nordwestindien) und Madhya Pradesh (Mittelindien) erfaßt. Nach offiziellen Schätzungen verfügen die Aufständischen in diesem Gebiet über mehr als 1000 Gewehre. In den Bezirken Koraput und Ganjam (Orissa) wurden revolutionäre Stützpunkte in entlegenen Berg- und Waldgebieten eingerichtet.

CSSR: "Liberalisierung"

Besonders Jugendliche lassen sich, wie wir in Gesprächen merkten, immer wieder durch das Etikett "Entstalinisierung" irreführen und meinen, in der CSSR sei der Sozialismus ausgebrochen. Den offen reaktionären Charakter der Studentenbewegung in der CSSR enthüllt indessen eine Meldung der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 29. April: "Eine Demonstration von etwa 800 Studenten vor der US-Botschaft in Prag verlief bis auf einen von Nordvietnamesen provozierten Zwischenfall äußerst diszipliniert. Die Demonstranten riefen in Sprechchören: Amerikaner raus aus Vietnam, wandten sich aber sofort gegen einige Nordvietnamesen, die die amerikanische Flagge herunterrissen. In diesem Augenblick verwandelten sich die antiamerikanischen Sprechchöre in den Ruf: 'Entehrt die Flagge nicht! Das ist unanständig.'

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur CTK entwickelte sich später ein regelrechtes Handgemenge um die von den Nordvietnamesen erbeutete US-Flagge. Trotz der Bemühungen der tschechoslowakischen Studenten sei es den Nordvietnamesen schließlich gelungen, die Fahne in die Moldau zu werfen. Die Tschechoslowaken besorgten sich CTK zufolge später jedoch ein neues Sternenbanner, das sie dem Botschaftspersonal mit einer Entschuldigung für das 'schlechte Benehmen einiger Individualisten' überreichten."

Man muß sich das einmal vorstellen: da prügeln sich die "modernen Marxisten" in der CSSR mit vietnamesischen Kommilitonen, um das Banner des US-Imperialismus vor "Entehrung" zu schützen! Anschliessend erscheinen sie bei den Mördern des vietnamesischen Volkes, um sich feierlich für die Entwendung einer lausigen Fahne zu "entschuldigen". Auf so einen "modernen Marxismus" können wir verzichten. "Faschismus" wäre eine zutreffendere Bezeichnung!

SELBSTHILFE

Mit 50 Traktoren und Anhängern kesselten am Morgen des 22. April Bauern aus Darmstadt-St.Stephan (Südhessen) eine Planierraupe ein, die auf ihren Feldern mit den Erdarbeiten für die Verlegung der Landebahn eines amerikanischen Militärflugplatzes bei Griesheim (Kreis Darmstadt) beginnen sollte. Die Bauern umstellten die Planierraupe und verhinderten deren Tätigkeit.

ARBEITER GEGEN DEN LÜGENZAREN

Die Notwehr gegen den Springerkonzern organisierten junge Land- und Industriearbeiter des Kreises Pinneberg (Schleswig-Holstein) während der Ostertage. Mit Privatautos fuhren sie in den frühen Morgenstunden die Zeitungskioske ab, sammelten die dort abgeladenen Zeitungspakete der Springerpresse ein und verfrachteten sie zum Schuttabladeplatz.

Über einen "empörenden Vorfall" in Hamburg berichtete BILD am 19. April: in der Bahn hatten zwei junge Arbeiter einem älteren Kollegen die BILD-Zeitung entrissen und zerfetzt.

Die FRANKFURTER RUNDSCHAU berichtete am 28. April: "Der Betriebsrat der Dortmunder Zeche Hansa hat beschlossen, die Verbreitung der 'Bild-Zeitung' vor den Werkstoren zu unterbinden. Die Vertretung von rund 3000 Bergleuten begründete ihren Beschluß damit, daß die Zeitung Unruhe im Betrieb auslöse. Die Zechenleitung wurde aufgefordert, den Verkauf des Blattes zu unterbinden."

Sofortmaßnahmen zur Enteignung des Springerkonzerns forderte der Bezirkstag der IG Druck und Papier in Frankfurt am 29. April. Die BILD-Zeitung sei "ein wichtiges Instrument der Volksverhetzung"; sie betreibe eine "bewußte Entpolitisierung und Enthumanisierung."

ITALIEN: Der Kampf geht weiter

Dem italienischen Staatsapparat ist es bisher nicht gelungen, die seit Januar des Jahres anhaltenden Studentenunruhen "unter Kontrolle" zu bringen. Es ent-

stehen im Gegenteil im Verlauf des nun schon ein Vierteljahr andauernden Kampfes immer neue studentische Kampfformen. Zu neuen heftigen Zusammenstößen kam es Ende April an der Universität Rom. Mehrere Studenten sollen vor Sondergerichte gestellt werden. Ihre Solidarität mit den Kommilitonen demonstrierten am 30. April tausende Mailänder Schüler und Studenten. Durch geschicktes Auseinandergehen-Sammeln-Auseinandergehen-Sammeln spielten sie stundenlang mit der Polizei Katz und Maus. Diese Taktik war zuvor auf einem teach-in besprochen worden, auf dem auch zwei Studenten aus Westberlin zu Wort gekommen waren.

Mehrere hundert Studenten der Universität Perugia brachten am selben Tag ihre Unzufriedenheit mit der Berichterstattung der italienischen Presse über ihre Aktionen zum Ausdruck. Die lokalen Redaktionen des MESSAGGERO (Rom) und der NAZIONE (Florenz) wurden belagert, die Scheiben zertrümmert. Anschließend wurden zwei Fakultätsgebäude besetzt. In Genua wurde eine mehrtägige Schließung der Universität angeordnet, nachdem die Studenten eine "illegale" Versammlung abgehalten hatten.

+ + +

Seit drei Jahren wurden die Arbeitsverträge der Straßenbahnangestellten Neapels nicht mehr erneuert. Für den Abschluß neuer Verträge streikten sie am 4. April. Die Streikenden, denen sich andere Arbeiter sowie Studenten anschlossen, führten eine Protestkundgebung vor dem Rathaus durch. Als die Polizei am späten Nachmittag zu "räumen" begann, setzte sich die Menge mit Ästen, Steinen, Stöcken und Verkehrsschildern zur Wehr. Wagen der Polizei wurden umgestürzt und vollständig zertrümmert. 40 "Ordnungshüter", darunter mehrere hohe Polizeioffiziere, wurden verletzt.

PHILIPPINEN

In fünf Provinzen der Insel Luzon (nördliche Philippinen) hat das reaktionäre Regime "Säuberungsaktionen" gegen die Widerstandskämpfer eingeleitet. In diesem Gebiet sollen mehr als 1000 gutbewaffnete Guerillas tätig sein, die von der Bevölkerung aktiv unterstützt werden.

KOLUMBIEN: Eine dritte Front eröffnet

Zwischen November 1967 und Januar dieses Jahres wurde im Gebiet Alto Sinu/Alto San Jorge (Nordwestkolumbien) von der Volksbefreiungsarmee unter Führung der KP Kolumbiens (m.l.) eine dritte Front eröffnet. Als Basis ihres Kampfes proklamiert die kolumbianische Volksbefreiungsarmee:

1) Verschmelzung mit den Bauernmassen

2) Unterordnung der rein militärischen Belange unter die Notwendigkeiten des Klassenkampfes in politischer und sozialer Hinsicht

3) die sichere Führung des Kampfes durch eine marxistisch-leninistische Partei, die entsprechend den Theorien Mao Tse-tungs einen Unterschied macht zwischen Guerillakampf und Volkskrieg; die jedoch im ersten eine notwendige Vorstufe des zweiten sieht.

Erste Gefechte im Gebiet Alto Sinu/Alto San Jorge wurden Anfang Januar durchgeführt. Guerilla-Streitkräfte drangen in die Ortschaft Uré (Cordoba) ein und hielten ein meeting mit der Bevölkerung ab. Ein berüchtigter Großgrundbesitzer, der jahrelang das Gebiet tyrannisiert hatte, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Eine Abteilung der Miliz wurde angegriffen und vollständig aufgerieben. Eine große Anzahl Waffen wurde erbeutet.

REBELLION GEGEN DEN BRITISCHEN KOLONIALISMUS

Auf den Bermuda-Inseln, dem "Ferienparadies" der US-High-Society, erhoben sich Ende April die 30 000 farbigen Einwohner zum Aufstand gegen die britischen Kolonialherren. Zusätzlich zu den dort ständig stationierten Besatzungstruppen wurde eine Kompanie britischer Soldaten zur Niederwerfung der Rebellion auf die Bermudas verfrachtet. 17 Menschen wurden getötet oder verletzt, mehr als 100 inhaftiert.

Klassenjustiz

Einem Hamburger Arbeiter, der während einer Demonstration festgenommen worden war, wurde bei der Vernehmung erklärt: wenn da einer wie Sie mitmacht, der ist noch viel gefährlicher als die Studenten. Den kann man gar nicht hart genug bestrafen! -

Nach den Osterereignissen haben wir es erlebt: von der Springerpresse bejubelt ("endlich!") wurde in München als bisher einziger der weit über 100 Festgenommenen ein 27jähriger Goldschmied durch Sondergericht zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das Gericht hatte sich den jungen Arbeiter, der als wenig wortgewandt aufge-

fallen war und keinen Rechtsbeistand benennen konnte, herausgepickt, um an ihm ein "Exempel" zu statuiren. Und nicht zufällig war es München, wo die Klassenjustiz sich diesmal am brutalsten präsentierte: dort führte der Neofaschist Jochen Kotzias, Bezirksvorsitzender der NPD Oberbayern, die Ermittlungen durch. Der junge Arbeiter hatte für das Schnellverfahren nicht einmal einen Pflichtverteidiger erhalten!

Insgesamt sind nach den Osterereignissen Gerichtsverfahren gegen 827 Menschen eingeleitet worden: 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 92 Schüler sowie etwa 100 Selbständige und Berufslose.

Wegen "Beleidigung der Polizei" anläßlich des Schahbesuchs am 3. Juni vorigen Jahres wurde Ende März ein kaufmännischer Angestellter in Hamburg zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei minderjährige Angeklagte, eine Graphikerin und ein Lehrling, haben je 50 Mark zu zahlen.

Ebenfalls im März fand in Hamburg ein noch skandalöseres Gerichtsverfahren statt. Angeklagt waren: ein Ingenierschüler, ein junger Lehrer, ein 22jähriger Maurer. Die drei hatten am 17. Februar 1967 im Hauptbahnhof an einem Sitzstreik teilgenommen. Obwohl das gezeigte Filmmaterial die als Zeugen auftretenden Polizisten der bewußten Lüge überführte, obwohl ein "Kronzeuge" der Staatsanwaltschaft am 17. Februar offenbar schwer angetrunken gewesen war, wurde der junge Maurer zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Übrigens: weitere Terrorurteile gegen demonstrierende Arbeiter sind in Kiel zu erwarten. Gegen 134 während der Antifahrpreisdemonstrationen Festgenommene wird ermittelt.

BADEN-WÜRTTEMBERG: Wahlen

Fast 10% der Stimmen erhielten die Neonazis bei den Wahlen in Baden-Württemberg und errangen damit ihren "bisher schönsten Erfolg" (NPD-Boss Adolf Thadden).

Schuld sein sollen jetzt natürlich die "Studenten". Wer auch sonst? ... Zwar zog die NPD bereits im Herbst 1966 in die Landtage Hessens und Bayerns ein, als an "Studentenunruhen" noch kein Mensch dachte - aber schuld sind natürlich wie immer Springers neue Juden. Zwar ergab eine Meinungsumfrage Wochen vor Ostern, daß die NPD bei der Landtagswahl etwa 10% der Stimmen erhalten würde - aber schuld sind jetzt natürlich die "Osterunruhen" ! ...

Tatsächlich hat die NPD nichts anderes zu tun brauchen, als kräftig auf der Welle der regierungsoffiziellen Hetze mitzuschwimmen. Kanzler Kiesinger (selbst alter Nazi-Bonze) trat offen als oberster Schutzpatron der NPD auf! Gegen die aufbegehrenden Arbeiter und Studenten geifert er bis zur Bewußtlosigkeit. Die NPD jedoch, so erklärt er, müsse "objektiv" gesehen werden und dürfe nicht als "national-sozialistische Gruppe" eingestuft werden. Das Ausland möge sich vor "schrecklichen Vereinfachungen" hüten. (FRANKFURTER RUNDSCHAU, 1. Mai). Ohne Zögern war der Uraltfaschist bereit, den "Studenten" die Erfolge der NPD in die Schuhe zu schieben. Als jedoch Rudi Dutschke über den Haufen geknallt wurde, war Kiesinger wesentlich zurückhaltender. Damals warnte er davor, das Attentat von vornherein der NPD anzulasten HAMBURGER ABENDBLATT, 13. April). So zartfühlend kann er sein, wenn es um politische Freunde geht!

Die Geschichte hat noch einen anderen Aspekt: wie wir im Dezember voraussagten, war auch die DL nicht imstande, die vom Regierungskartell enttäuschten Wähler zu sammeln. Schließlich kann man auch nicht für jede Wahl irgendeine neue Partei gründen, in der Hoffnung, es doch einmal zu schaffen! Nur die Empfehlung, ungültig zu stimmen (keine Wahlenthaltung!), hätte eine reale Chance geboten, den Faschisten das Wasser abzugraben; jene von der Regierungspolitik enttäuschten Massen (es sind Millionen !!!) zu gewinnen, die sich dennoch scheuen, einer unbekannten "linken" Partei ihre Stimme zu geben.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto)

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

+ + +

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Juni 1968   2. Jahrgang   Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Stärkt die Reihen der revolutionären Front

Jeder Widerstand ist gerecht!

Die Notstandsgesetze wurden beschlossen. Trotz machtvoller Aktionen, zahlreicher Streiks, mutiger Aktionen von Studenten und jungen Arbeitern, Aufrufen zum Widerstand, gelang es nicht, ihre Annahme im Bundestag zu verhindern. Sie sind ein weiterer Schritt der Monopolbourgeoisie, eine allseitige faschistische Herrschaft in Westdeutschland zu errichten. Unter dem Vorwand des "Staatsnotstandes" ist die herrschende Clique jetzt jederzeit in der Lage, die Rede- und Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit einzuschränken und Bundeswehr gegen streikende Arbeiter aufmarschieren zu lassen: kurz, wie das Hitlerregime, zur offenen, faschistischen Terrorherrschaft überzugehen.

Daß es soweit kommen konnte, lag - wie schon vor 1933 - am offenen Verrat der sozialdemokratischen Herrschaftsclique und der reaktionären Bonzen im DGB. Wenn der Bundestag mit Mehrheit beschließt, sagten sie, können wir als gute Demokraten halt nichts machen. Wenn der Bundestag mit Mehrheit beschliessen würde, KZ's für alle Gegner der Monopoldiktatur einzuführen, würden sie als "Musterdemokraten" genauso handeln.

Wenn in der letzten Zit die westdeutschen Monopolherren und die ihnen hörige Bundesregierung und höriger Bundestag ihre Anstrengungen verdoppeln, ihre reaktionärfaschistische Herrschaft zu festigen, so treibt sie die Angst vor den kommenden Jahren. Die allgemeine Krise in der kapitalistischen Welt verschlimmert sich ständig. Die Klassengegensätze wachsen, in zunehmendem Maße wird auch Europa vom Wetterleuchten revolutionärer Kämpfe erfaßt.

Rückschauend auf die letzten 20 Jahre kann man erkennen, wie Schritt für Schritt mit Hilfe der militaristisch-faschistischen Kräfte der US-Imperialismus Westdeutschland in ein Aggressionswerkzeug in Europa verwandelte, um weltweit seine Aggressions- und Kriegspolitik führen zu können. 1948 mit der von den Westmächten herbeigeführten Spaltung Deutschlands und 1949 mit Annahme des Grundgesetzes hatte es begonnen. 1953, nach der Bundestagswahl, fiel zum erstenmal das Wort von der notwendigen "Befreiung" der Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands. Dann ging es Schlag auf Schlag: Eintritt in die NATO, Wiederbewaffnung, allgemeine Wehrpflicht, KPD-Verbot, Atombewaffnung, Große Koalition und jetzt die Notstandsverfassung.

Schritt für Schritt wurden aber auch Staatsapparat, Polizei, Militär, Verwaltung und Erziehungswesen von den Nazi-Faschisten unter Kontrolle gebracht. Altnazi Kiesinger und KZ-Baumeister Lübke sind nur die sichtbare Spitze der alles durchdringenden Restauration des Faschismus. Mit Billigung und unter dem Schutz der Bundesregierung tummeln sich in westdeutschen Gefilden über 100 revanchistische und Naziorganisationen, verbreiten mit Bundesmitteln ihr Gedankengut, während sich die neonazistische NPD darauf vorbereitet, in den Bundestag einzuziehen. Wir leben unter einer militaristisch-faschistischen Herrschaft, die sich nur noch aus optischen Gründen Formen der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung bedient. Jeder Widerstand gegen dieses Regime in jeder Form ist gerecht und steht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2.8.1945.

Wir sollten die Annahme der Notstandsgesetze nicht unter-, aber auch nicht überschätzen. Ob die Monopolbourgeoisie die Bundeswehr mit oder ohne Rechtsgrundlage auf streikende Arbeiter

schießen läßt, kommt schließlich auf dasselbe heraus. Je mehr man seitens der herrschenden Kreise die Rechte der werktätigen Massen einschränkt und Zwangsmaßnahmen ergreift, um so mehr wird deren Widerstand wachsen, wird den Herrschenden der Stein, den sie erhoben haben, auf die eigenen Füße fallen.

Was gilt es zu tun? Die Kämpfe der letzten Monate in Westdeutschland haben gezeigt, daß eine entschlossene Front von Studenten, Lehrlingen, jungen Arbeitern und Schülern vorhanden ist, die begriffen hat oder zu begreifen beginnt, daß ihre Forderungen endgültig nur verwirklicht werden können durch den Sturz der monopolkapitalistischen Diktatur. Die breite Masse der Arbeiterschaft - ohne die nach wie vor eine Veränderung der Gesellschaftsordnung unmöglich ist - und die Bauern wurden bisher von den beginnenden revolutionären Kämpfen - wie dies in Frankreich der Fall war - noch nicht erfaßt, obwohl es schon hier und da zur Vereinigung revolutionärer Studenten und Arbeiter kam. Hier müssen wir ansetzen: Unermüdlich in täglicher Kleinarbeit, anknüpfend an die alltäglichen Forderungen der Arbeiter müssen wir ihr schlummerndes Klassenbewußtsein wecken, um sie zu aufrechten, mutigen, bewußten und revolutionären Kämpfern für die Sache des Proletariats zu machen. Gleichzeitig aber müssen wir den Versuchen den Reformisten und Revisionisten aus der SPD und KPD, die durch Parolen wie die des Kampfes um Mitbestimmung und demokratischer Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiter zu verwirren suchen, entschieden entgegentreten und sie als Schufte und Einfaltspinsel - wie Lenin es formulierte - entlarven. Wir selbst aber, und darunter verstehen wir nicht nur die Gruppen der Marxisten-Leninisten, sondern auch die Genossen des SDS - die zur Zeit an der Spitze des Kampfes stehen - und die anderen revolutionären Gruppen, sollten unsere Kräfte vereinen, um der geplanten "demokratischen Front" der Revisionisten, die "revolutionäre Front" der Arbeiter und Studenten entgegenzusetzen.

ex-t

Heldenhafter Kampf französischer Arbeiter und Studenten

KPF rettet die Herrschaft de Gaulles

> "Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Parisern!"
>
> KARL MARX

Das französische Proletariat gemeinsam mit der Studentenschaft haben im Mai/Juni der französischen Monopolbourgeoisie eine Schlacht geliefert, die beweist, daß die glorreiche Tradition der Pariser Kommune noch lebt. Die französischen Studenten haben Großtaten vollbracht, Universitäten und Schulen besetzt. Barrikaden errichtet. Bis zuletzt flatterte auf der Sorbonne das rote Banner der Revolution. Die französischen Arbeiter handelten als Helden. Zehn Millionen legten die Arbeit nieder. Sie besetzten Fabriken, stellten die Direktoren unter Arrest und setzten die revolutionäre der konterrevolutionären Gewalt entgegen. Schulter an Schulter kämpften Arbeiter und Studenten heldenhaft gegen die reaktionäre Polizei und CRS.

Dieser Kampf hat die Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie bis in ihre Grundfesten erschüttert. Er hat aber auch gleichzeitig den üblen Verrat der Führungsclique der französischen Revisionisten und der gelben Gewerkschaftsbonzen restlos entlarvt und diesen Knechten des Monopolkapitals die Maske vom Gesicht gerissen. Wie 1918 in Deutschland die Sozialdemokraten die Revolution der Massen zu Gunsten der Festigung des kapitalistischen Systems verrieten, verrieten die Führer der KPF und des kommunistischen CGT die revolutionäre Erhebung der französischen Werktätigen.

Ihre politischen Ziele haben die französischen Arbeiter und Studenten diesmal noch nicht erreicht. Die Bonzen der reformistischen Gewerkschaft hatten zunächst j e d e politische Zielsetzung entschieden abgelehnt und rein ökonomische Parolen ausgegeben. Als die Studenten mit revolutionären politischen Forderungen auftraten und die französischen Massen den Kampf begannen, wurden sie von den Revisionisten eilfertig und niederträchtig als "Pseudorevolutionäre" und "Agents provocateurs" beschimpft. Man ging sogar soweit, die brutalen Miß-

handlungen und Verhaftungen von hunderten und tausenden Studenten durch die Polizei als Folge von "Aufruhr und politischem Abenteurertum" hinzustellen.

Als gar die Studentenbewegung darauf zusteuerte, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbünden und diese sich den Befehlen ihrer revisionistischen Bosse widersetzten und eine gewaltige Bewegung, die sich gegen das kapitalistische System selbst richtete, entstand, gerieten die Herren der KPF und der CGT vollends aus dem Häuschen. Glückselig nahmen sie den Vorschlag der französischen Regierung auf, sich an "dreiseitigen Verhandlungen" der Regierung, der Unternehmer und der gelben Gewerkschaften zu beteiligen, um ein "Übereinkommen" zur Wiederaufnahme der Arbeit zu erzielen.

Doch ihr auf dieser Basis ausgehandelter Kompromiß scheiterte. Die Arbeiter liessen sich nicht bewegen, für ein paar Franc Lohnerhöhung an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Um nicht vollends ins Hintertreffen zu geraten, gaben Liberale und Reformisten nunmehr die Parole des Rücktritts der Regierung und Bildung einer "Volksfrontregierung" aus. Drei Tage lang hielten die Arbeiterverräter ihre neue Rolle durch. Am 29. Mai zogen auf den Ruf der CGT hin mehr als eine halbe Million Menschen durch die Straßen von Paris. Die von den Spalier bildenden Zuschauern jubelnd begrüßten Renault-Arbeiter riefen der Menge immer wieder zuversichtlich zu: "Wir gehen den Weg bis ans Ende!"

Überall, in Frankreich wie im Ausland rechnete man mit dem Rücktritt de Gaulles. Da handelte dieser. Wußte er doch, er konnte sich auf seine revisionistischen Handlanger verlassen. "In einem für Frankreich entscheidenden Augenblick kam Maurice Thorez meinem Aufruf nach und half als Mitglied meiner Regierung die nationale Einheit erhalten", hatte er anläßlich des Todes des KP-Chefs erklärt. Dessen Nachfolger Rochet ist von der gleichen Sorte. De Gaulle kündigte die Auflösung der Nationalversammlung an, schrieb Neuwahlen aus und ließ gleichzeitig konterrevolutionäre Elite-Einheiten, wie die berüchtigten Fallschirmjäger, in der Umgebung von Paris konzentrieren. Er schuf "griechische Zustände", wie die niederländische Zeitung "De Volkskrant" treffend bemerkte.

Angesichts dieser Situation schlug der Studentenverband UNEF der CGT vor, gemeinsame Kampfdemonstrationen durchzuführen. Dieser lehnte ab und versuchte die Werktätigen zur Arbeitsaufnahme anzutreiben, unterstützt von den Knüppelgarden der Reaktion, die am 11. Juni zwei Peugeot-Arbeiter ermordeten. Am 12. Juni verhängte das Regime ein allgemeines Demonstrationsverbot für die Zeit vor den Wahlen. Elf revolutionäre Organisationen wurden verboten, darunter die UNION DE JEUNESSE COMMUNISTE MARXISTE-LENINISTE, die Jugendorganisation der marxistischen-leninistischen Partei Frankreichs. Vier weitere Organisationen wurden am folgenden Tage verboten. Konsequent wurde diese Maßnahme einige Tage später ergänzt durch die Amnestierung aller noch inhaftierten OAS-Gangster. (wird fortgesetzt)

"Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." W. Lenin

---

Jugoslawischer Frühling

Während man in westdeutschen Gazetten den sogenannten "Prager Frühling", die Restauration des Kapitalismus in der CSSR, über den grünen Klee lobt, beschränkt man sich im Hinblick auf die Rebellion der jugoslawischen Studenten auf lakonische Meldungen. Die bürgerliche Journaille erkannte recht gut, daß das, was da in Jugoslawien geschah, nicht in ihrem Sinne liegen konnte.

Die Forderungen und Losungen der revolutionären Belgrader Studenten, denen sich die Studenten der anderen Universitäten des Landes mit Demonstrationen und Versammlungen anschlossen, lauteten:

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch! - Wir kämpfen gegen die Restauration des Kapitalismus! - Nieder mit der 'roten' Bourgeoisie! - Nieder mit den 'sozialistischen' Aristokraten! - Die Universität muß mehr Arbeiter- und Bauernkinder aufnehmen! - Arbeiter und Studenten kämpfen gegen den Pseudosozialismus! - Wir wollen nicht, daß der Kapitalismus wieder aufersteht!"
Mit einigen Losungen wurde an die Arbeiter appelliert, sich zum Widerstand gegen die reaktionäre Herrschaft der Tito-Clique zu erheben.

(Fortsetzung Seite 4)

Aktionstag der KPD

Für "Wiederzulassung"

Ganz auf "breit" war die Propaganda der Hamburger Revisionisten zu ihrem Aktionstag am 20. Juni angelegt. Um das "Bündnis aller demokratischen Kräfte" zu demonstrieren, war sogar der berüchtigte "Christ" und Antikommunist, CVJM-Chef Gerhard Weber, als Gastredner gebeten worden. Ferner für die "fortschrittliche Intelligenz" der rosa angehauchte Schriftsteller Erich Fried aus London.

Alle Parolen waren möglichst flach und allgemein gehalten. Teilweise recht lustig, weil bezeichnend für das Denken der KPD-Revisionisten. "Mit dem DGB für Mitbestimmung", "für soziale Sicherheit", "Hafenarbeiter für Atomwaffensperrvertrag", "DDR anerkennen bringt Sicherheit", "für Demokratie, legale KPD und Mitbestimmung" (so das offizielle Motto), "Demokratie in Not durch KPD-Verbot", "Legalität für die KPD" usw. Für die rechte "Stimmung" sorgte ein umfangreicher Schalmeienzug, der die Noten der INTERNATIONALE (ehemalige Hymne der KPD) zu Hause vergessen hatte. Um es besonders "breit" zu machen, wurden zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen mitgeführt.

Die Sache ging natürlich in die Hose, wie immer wenn die Revisionisten etwas ganz besonders "breit" machen wollen. Der Schalmeienzug sowie die eingetragenen Mitglieder nebst Kind und Kegel aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen stellten mehr als 80% der knapp 1000 Marschierer. Die revolutionäre Jugend war zu Hause geblieben, von irgendwelchen erhofften "demokratischen Kräften" ganz zu schweigen.

Nicht ganz allerdings. Eine Gruppe von etwa 60 Schülern, auch einige Studenten darunter, war erschienen. Auf sie konzentrierte sich die "revolutionäre Wachsamkeit" der Revisionisten. Ein Dutzend Ordner umrahmte das kleine Grüppchen. Als die Schüler untergehakt marschieren wollten, erklärte ein biederer Revisionist ihnen: "Das soll doch nach was aussehen. Wir hatten doch so schön Ordnung drin, Ihr seid ja der reinste Sauhaufen". Andere forderten die Einstellung der Sprechchöre, da sonst die Musik nicht mehr zu verstehen sei (!!). Unterdrückt wurden insbesondere Sprechchöre, in denen die Abschaffung des Kapitalismus gefordert wurde. Erlaubt hingegen war der Spruch: "Die NPD am Kragen fassen - die KPD ist zuzulassen!" Kritisch wurde es, als die Schüler riefen: "Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten!". **Aufgeregt** und schwitzend erschien ein recht bekannter Bonze mit Flüstertüte und führte aus: mit den Sozialdemokraten wolle man noch einen Dialog führen und die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" herstellen. Schuld seien ja nur die "rechten Führer", und eigentlich auch bloß Wehner. Ob man nicht bitte irgend etwas rufen könnte, wo nicht von der Sozialdemokratie und ihrer historischen Rolle, sondern nur von der Person Herbert Wehners die Rede wäre? ... Der Bonze versuchte dann ohne allzuviel Erfolg, über Megaphon einen Sprechchor "Wehner, Höhne - Notstandssöhne" in Gang zu bringen.

Möglicherweise werden die Revisionisten behaupten, die knapp 1000 Mann seien eine "machtvolle Kundgebung" gewesen. Nach einiger Zeit werden sie es selbst glauben, denn an etwas muß der Mensch ja glauben. Beim nächsten Mal werden sie es dann noch "breiter" und noch sektiererischer machen, bis ihnen überhaupt nur noch die Mitglieder hinterhermarschieren. Und auch diesen wird eines Tages die Lust vergehen, pazifistische Sprüchlein in finsteren Seitengassen zu murmeln.

-me

Fortsetzung von Seite 3

Wie in kapitalistischen Ländern üblich, setzte auch die 'rote' Bourgeoisie Jugoslawiens gegen die machtvollen Demonstrationen der Studenten Knüppel, Wasserwerfer, Tränengas und Gewehre ein. Mehr als 100 Studenten wurden schwer oder leicht verwundet und 20 verhaftet. Die Studenten antworteten mit neuen Demonstrationen, hißten rote Fahnen und brachten Plakate mit folgenden Losungen an: "Nieder mit der Bourgeoisie!", "Wir haben genug von Korruption!", "Glaubt den Zeitungen nicht!" und "Die Zeitungen verbreiten Lügen!".

Mit der konterrevolutionären Doppeltaktik der brutalen Härte und der leeren Versprechungen versucht die Tito-Clique die Flammen des Widerstandskampfes des jugoslawischen Volkes zu löschen. Doch es wird ihr nichts nützen. Sie und die revisionistischen Herrschaften der anderen Staaten werden früher oder später von den Volksmassen ihrer Länder unweigerlich auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

DAUERINITIATIVE ...

Im ROTEN MORGEN (April) berichteten wir über einen Artikel des in Bergisch Gladbach erscheinenden "Informationsbrief" (IB). Wir schrieben, daß wir nicht beabsichtigen, zu diesem Artikel des IB eine Erwiderung abzugeben. Anscheinend haben wir uns aber nicht klar genug ausgedrückt, da in der Mai-Nummer des IB diese Geschichte noch einmal aufgewärmt wird.

Die Herausgeber des IB sind dafür bekannt, daß sie Selbstbefriedigung in endloser Diskutiererei über Gott und die Welt suchen. Hat einer ihrer "Diskussionspartner" das Spielchen satt, so wird unverzüglich irgend ein anderer angeschossen, der die Macke der IB-Leute noch nicht kennt.

Die Herausgeber des IB bezeichnen sich als "Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei". Zum größten Teil enttäuschte Dissidenten der SPD mit Neigung zu einer sozialdemokratischen Variante des "Trotzkismus" behaupten sie seit Jahren, unmittelbar vor der Gründung einer neuen Sozialistischen Partei zu stehen. Das trug diesen Hochstaplern schon vor längerem hähmische Fragen von seiten der Revisionisten ein, wie lange man wohl eine "Initiative" ausdehnen könne. Der IB kündigte daraufhin erneut den "sofortigen Aufbau einer neuen Sozialistischen Partei" an. (IB, Juli/August 1966). Im selben Artikel verstieg sich der Verfasser sogar zu der Behauptung, "daß bereits vor ca. 5 Jahren ... alle subjektiven Voraussetzungen für den Aufbau einer Sozialistischen Partei vorhanden waren ..." Ein halbes Jahr später, Anfang 1967, wiederholte der IB sein Versprechen, "die unmittelbaren Vorbereitungen zur Parteigründung zu treffen". "Gemeinsam mit den erreichbaren positiven Kräften aus der Arbeiterschaft muß man sofort zur Parteigründung übergehen". "Das nötige Minimum an Kräften ist vorhanden. Der Zeitpunkt ist gekommen ... Der Anstoß wird von einem Ort ausgehen und der Ruf richtet sich dann an alle. Von wo, das verraten wir nicht, aber wir fordern unsere Mitglieder und Freunde auf, sich bereit zu halten." (IB, Februar 1967)

Nun, die Herausgeber des IB sind allen Verheißungen zum Trotz auch heute, mehr als ein Jahr später, in der Sache noch um keinen Schritt weitergekommen. Obwohl das "nötige Minimum an Kräften" schon Anfang 1967 "vorhanden" war! Aber schuld daran ist natürlich nicht der "Initiativausschuß": Die Gründung einer neuen Sozialistischen Partei "hätte längst realisiert werden können, wenn die vielen uns bekannten Genossen auf uns gehört hätten .." (IB, Juni/Juli 1967)

Die Herausgeber des IB halten große Stükke auf sich und machen daraus auch gar keinen Hehl. Der entscheidende Fehler jener, die nicht "auf uns hören" wollen, liegt ja gerade darin, daß sie den Bergisch Gladbacher "Initiativausschuß" nicht als Nabel der Welt anerkennen. Ohne Bescheidenheit vorzutäuschen klagt der IB jene an, die einen "derart qualifizierten Kader wie den Initiativausschuß einfach übergehen oder nur am Rande als Potential für eine Sozialistische Partei in Rechnung stellen" wollen. Wenn andere Sozialisten die Rolle der Initiativausschüßler nicht gebührend zu würdigen wissen, "dann sind diese Leute suspekt und ihr Sozialismus ist menschenfeindlich". (IB, Juni/Juli 1967)

Klar gesagt: die Herausgeber des IB sind Aufschneider, die sich selbst (und sonst kaum noch jemandem!) mit ihrer Parteigründung etwas vormachen. Die darauf warten, daß alle anderen "auf uns hören" und sich artig um den "qualifizierten Kader" des Initiativausschusses zu einer neuen Partei versammeln. Bis dahin vertreiben sie sich die Zeit mit Diskussionen, z.B. ob "Stalin sich große Verdienste beim Aufbau und Ausbau der Sowjetunion erworben hat" (IB, April 67) oder ob Stalin nicht vielmehr "objektiv ein Feind des deutschen Proletariats und der Sowjetunion" war. (IB, März 1968) Und als diese Sozialisten im Sommer 67 einen Überblick über "Westdeutschlands Linke" gaben, bedienten sie sich ausgerechnet einer Artikelserie der Springerschen WELT, der sie "angemessene Objektivität der Berichterstattung" bescheinigten.
Wir haben schon vor zwei Monaten die Adresse des IB angegeben und hoffen, daß nunmehr umgekehrt der IB unsere Anschrift bekanntgeben wird. Jeder Interessierte mag sich dann seine eigene Meinung bilden. Eine möglicherweise monatelange "Diskussion" jedoch halten wir nicht für sinnvoll, schon auf Grund all jener Dinge nicht, die sich die Herausgeber des IB bisher geleistet haben. Wir haben dem "Initiativausschuß" schon zu Anfang des Jahres angeboten, gemeinsam Wege zur Zusammenarbeit zu finden. Wir halten dieses Angebot - trotz aller Vorbehalte, die sich noch verstärkt haben - weiter aufrecht.

Dazu wird es allerdings nötig sein, daß die Herausgeber des IB wenigstens ein kleines Stück von ihren hohen Roß herunterkommen. Hilfestellung bei seiner permanenten Geistesonanie jedenfalls werden wir dem IB nicht leisten.

- mn

Revisionistisches

BUDAPEST

Die "Exquisit" genannten Bourgeoisie-Läden in der DDR - eine Flasche Dujardin 80,-- DM - finden in revisionistischen Bruderländern eifrige Nachahmer. So wurden jetzt auch in Ungarn derartige Läden eröffnet, in denen man "Pall Mall", "Chesterfield"-Zigaretten, "Upman"-Zigarren (zu 14 Forint = 4,80 DM), französisches Parfüm (800 Forint = 274,-- DM) oder auch englische Terylen-Krawatten (144 Forint = 42,-- DM) kaufen kann.

Die empörten ungarischen Werktätigen beruhigt das KP-Zentralorgan "Népszabadság", sie möchten nicht so neidisch sein, schließlich stände so etwas Ärzten, Erfindern und den Direktoren der staatlichen Betriebe - die das 20- bis 50fache des Lohnes eines ungarischen Arbeiters erhalten - ja wohl zu. Und auf den Vorhalt, daß es Exklusiv-Hotels gäbe, in denen die Parteibürokratie mit devisenkräftigen Ausländern in trauter Eintracht zeche, erklärt "Népszabadság":"In Gaststätten zweiten und dritten Ranges kann man sich ebensogut satt essen wie im 'Hotel Gelliert'. Man muß sich nur nach der Decke strecken."

MOSKAU

Im Moskauer Hypodrom sind nach westlichem Vorbild neuerdings Pferdewetten zugelassen. Nach westlichem Vorbild werden ebenfalls - wie die "Literaturnaja Gaseta" berichtet - in dieser "Stätte der Volkserholung" vor den Rennen nicht selten Absprachen zwischen Jockeys und "Berufswettern" getroffen, um den Gewinn anschließend brüderlich zu teilen.

STALINGRAD
(nach revisionistischer Lesart Wolgograd)

Zum Wallfahrtsort für Wunderheilungsgläubige hat sich das Dorf Orlowska in der Nähe Stalingrads entwickelt. 120 bis 150 Patienten aus "allen Teilen des Landes" kamen, wie "Trud" berichtet, zur Jekaterina Slobina, um sich gegen rollende Rubel von allen Leiden von der Migräne bis zum Rheuma mittels Wald- und Wiesenkräutern heilen zu lassen. Die Slobina gab sich als Tochter eines Feldmarschalls des Zaren aus, die "mit Glanz" 1905 das Petersburger medizinische Institut absolviert habe. Massenweise kamen die Menschen, obwohl sie nicht wußten, ob sie überhaupt bei der Slobina vorgelassen würden. Die Dorfbewohner machten daraus ein Geschäft und verlangten als Zimmermiete pro Quadratmeter täglich 1 Rubel (= 4,45 DM).

BUKAREST

Zu zahlreichen unbezahlten Überstunden wurden die Werktätigen rumänischer Industriebetriebe gezwungen. Wie das Organ der Volksräte "Romania Libria" feststellte, haben zahlreiche Betriebe im Verein mit der korrupten Gewerkschaftsführung "illegal" unbezahlte Überstunden angeordnet. So hat die Tuchfabrik Brasov Arbeiter einer Abteilung schon seit Beginn des Jahres täglich 1-2 unbezahlte Überstunden absolvieren lassen.

MOSKAU/BUDAPEST

Allabendlich treten seit dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskauer Bars jetzt auch - nach westlichem Vorbild - kaum bekleidete Mädchen auf. Das erste Moskauer Varieté-Restaurant seit der Zarenzeit machte mit der "Fleischbeschau" den Anfang.

In Budapest dreht man zur Zeit einen Film "Der Turm von Nesles", zu dem die französische Sex-Bombe Marie-Agnès als Sachverständige bestellt wurde, um ihrer ungarischen Kollegin Terry Torday Unterricht im Ausziehen vor der Kamera zu geben. Sex statt Sozialismus ist der letzte Schrei.

BELGRAD

Die jugoslawische "Volksvertretung" gab für ausländische Kapitalanlagen im Lande grünes Licht. Damit wurden Rechtsgrundlagen für die Beteiligung ausländischen Kapitals an der Wirtschaft geschaffen. Außer Unternehmen aus Italien und Österreich, zeigen sich auch die Kapitalisten der USA, Frankreichs und Großbritanniens an der Ausbeutung der jugoslawischen Werktätigen interessiert.

MOSKAU

In Anbetracht der sowjetischen Wirtschaftsreform, die den Gewinn zum Maßstab des wirtschaftlichen Erfolges maht, forderten Wirtschaftsexperten in der "Prawda" die Gründung einer Schule zur Ausbildung von Führungskräften nach westlichem Vorbild. Diese rote Manager-Schule sei durchaus im Sinne Lenins, behaupteten sie.

Notstandsplanung in den Betrieben

"Werkschutz" und "Werkselbstschutz"

Wichtige Organe der Notstandsplanung innerhalb der Betriebe, vor allem der Großkonzerne, bilden "Werkschutz" und "Werkselbstschutz". Beide Einrichtungen sind nicht ohne Tradition: in den Organisationen des "Werkschutz" und "Werkluftschutz" der Nazi-Zeit haben sie ihre Vorgänger. Der "Werkschutz" der Hitlerzeit war vorwiegend damit befaßt, Betriebsangehörige zu bespitzeln und "politisch Unzuverlässige" aufzuspüren. Demgegenüber sollte der "Werkluftschutz" zunächst in erster Linie für die Beseitigung von Kriegsschäden zuständig sein. Tatsächlich wurde aber die Trennung der beiden Organisationen spätestens während des Krieges praktisch aufgegeben; der "Werkluftschutz" entwickelte sich zusehens zu einer Organisation, die sich vor allem mit der Bekämpfung von "Sabotage" (= "absichtlich langsames und fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Vortäuschen von Erkrankungen, Ungehorsam, Miesmacherei, Flüsterpropaganda, Aufwiegelei" usw.) zu befassen hatte.

Aus dem zweiten imperialistischen Krieg ging das westdeutsche Kapital unangefochten hervor. Die Zeit von 1946-1949 wurde durch einen von den westlichen Siegermächten gestützten Wirtschaftsdirigismus überbrückt, der vertretungsweise die Funktionen des zerschlagenen faschistischen Staatsapparates und der kurzfristig diskreditierten Monopolherren übernahm.

Die Westmächte unter Führung der USA führten während dieser Übergangszeit den alten "Werkschutz" in eigener Regie fort. Sie organisierten eine "Industriepolizei" aus ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht. Mitglied der IP war damals u.a. auch der später zu trauriger Berühmtheit gelangte Kongo-Müller. Mit einer entsprechenden überbetrieblichen Terrororganisation, dem als "Heimatschutz" deklarierten ersten rein westdeutschen Kampfkommando, arbeitete die IP eng zusammen. Ähnliche Kontakte bestanden zur 1951 gegründeten "Gesellschaft für Wehrkunde", zur Organisation Gehlen und schließlich dem Amt Blanck, der ersten größeren militärischen Koordinationszentrale in Westdeutschland.

Seit dem Koreaboom spielte das westdeutsche Kapital wieder offen auf eigene Rechnung. Obwohl gerade erst zwei Jahre alt, bemühte sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schon 1950/51 wieder intensiv um den "industriellen Luftschutz". 1951 übertrug in der Tat das Bundesinnenministerium dem BDI die Vorbereitung des "industriellen Luftschutzes" als "Selbstverwaltungsaufgabe". Im gleichen Jahr wurde "in Erkenntnis der aus dem Osten drohenden Gefahr" der faschistische "Werkschutz" der Hitlerzeit unter gleichem Namen wieder ins Leben gerufen. Um im Folgenden die Übersichtlichkeit zu wahren, trennen wir die beiden Wege der Remilitarisierung der Produktion, "Werkschutz" und "Werkselbstschutz". Wir müssen uns aber dabei immer vor Augen halten, daß sie parallel und koordiniert verlaufen.

a) Werkselbstschutz

Diese Nachfolgeorganisation des faschistischen "Werkluftschutzes" ist dem Namen nach für den "industriellen Luftschutz", für den Schutz der Betriebe gegen Kriegseinwirkungen, Katastrophen usw. zuständig. Gesetzlich geregelt ist der "Werkselbstschutz" in den Artikeln 23-27 des im Sommer 1965 verabschiedeten "Selbstschutzgesetzes" (sog. "einfache Notstandsgesetze". Weitergehende Regelungen möchten die Vertreter der Monopole in einem "Arbeitssicherstellungsgesetz" festgelegt sehen.

Der Werkselbstschutz ist militärisch gegliedert in Trupps, Staffeln, Gruppen und Zügen. Einheitliche Uniformierung und mehrstündige "Übungen" sollen "Mannschaftsgeist" herbeiführen. Neben "Bergungsausbildung" und "Brandschutzausbildung" werden die Angehörigen des angeblichen nichtmilitärischen Werkselbstschutzes auch unterwiesen in "Sicherung der Werksanlagen gegen Diebstahl, Plünderung und Sabotage", "Objektschutz", in "Durchsuchung und vorläufige Festnahme", Waffengebrauch und "Notwehr".

Der "Werkselbstschutz" ist auch als Instrument zur Überprüfung der "Gastarbeiter" gedacht. Die Erfahrungen des 2. Weltkrieges, als der "Werkschutz" die ausländischen Zwangsarbeiter kontrollierte, sollen auch hier fortentwickelt werden. Einschlägige Paragraphen im Ausländergesetz und im offiziell noch nicht verabschiedeten "Aufenthaltsregelungsgesetz" sehen ausdrücklich die Zwangsverpflichtung ausländischer Arbei-

ter vor. Die so gebundenen Arbeitskräfte für die Produktion nutzbar zu machen, wird die Aufgabe der Werkselbstschutzkader in den Betrieben sein.

Nach Artikel 23 Abs. 1, des "Selbstschutzgesetzes" kann der Dienst im "Werkselbstschutz" an den Arbeitsvertrag gekoppelt werden: ein Arbeiter, der sich nicht im "Werkselbstschutz" betätigen will, kann fristlos entlassen werden. Mit dem Artikel 12a der neuen Notstandsgesetze haben sich die Monopolherren überdies vollkommen neue Perspektiven eröffnet. Danach kann der Bundestag jederzeit ohne besondere Begründung die unbegrenzte Dienstverpflichtung aller Männer über 18 Jahren anordnen.

b) "Werkschutz"

Die Aufgaben des "Werkschutzes" werden im "Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben der Privatwirtschaft" des BDI so definiert:

1.) Schutz sämtlicher gefährdet erscheinender Industriebetriebe
2.) Sicherung gegenüber Spionage und Sabotage
3.) Bildung von Betriebsschutzorganen
4.) Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen "Betriebsschutz"-Formationen
5.) Beschaffung von Kenntnissen über "ordnungsfeindliche" Personen und Organisationen, über deren Arbeitsmethoden und Ziele
6.) ständiger Kontakt zu den staatlichen Sicherheitsorganen

Die Aktivitäten des "Werkschutzes" werden auf Bundesebene koordiniert durch die "Beratungsstelle für Betriebsschutz". Leiter dieser Institution ist Fritz Berendson, ehemaliger Oberst des Generalstabes, Beauftragter des Klöckner-Konzerns und für die CDU Mitglied des Bundestages. Die "Beratungsstelle" gibt kontinuierlich Empfehlungen an die Industrie heraus. Auf gute Zusammenarbeit mit den staatlichen Überwachungsstellen wurde von Anfang an - ganz wie unter dem Faschismus - allergrößter Wert gelegt. Über die "Beratungsstelle" bestehen enge Kontakte zu den Behörden und zum "Verfassungsschutz". Die Monopolherren achten dabei jedoch streng auf Wahrung ihrer "Selbstverantwortlichkeit".

In den letzten Jahren haben die westdeutschen Konzerne die Gelegenheit benutzt, im Windschatten der seit 1965 verstärkt geführten Debatte über Notstand und Notstandsgesetzgebung neue Realitäten zu schaffen. Es gibt kaum ein größeres Werk in der BRD, in dem nicht ein "Sicherheitsbeauftragter" sässe, Inzwischen ist der "Werkschutz" dreifach gegliedert: der "äussere Werkschutz" sichert das Betriebsgelände, die "Werkspolizei" überwacht die Belegschaften, ergänzt durch die dritte Abteilung, die "Spionageabwehr". Die "Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft" (GSW) in Essen, der mehr als 1000 Unternehmer angehören, organisiert die entsprechenden Ausbildungslehrgänge. Seit geplant ist, den Werkschutz in der Notstandsplanung zu verankern (das wird bisher noch von der SPD abgelehnt), hat die GSW Zahl und Intensität ihrer Kurse vervielfacht.

So hat die westdeutsche Industrie in den letzten Jahren eine straff organisierte Privatarmee aufgebaut, die schon vor ca. vier Jahren rund 60 000 gut ausgebildete, teilweise mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßt.

(zusammengestellt aus Materialien, die vom SDS-Landesverband Hamburg herausgegeben wurden).

Sklavenhandel bei IG Farben

Daß der IG Farbenkonzern es mit der Menschenwürde nicht so genau nimmt, haben wir in der Nazizeit zur Genüge erfahren. Aber auch die Nachfolgeunternehmen des "entflochtenen" Konzerns nehmen es damit nicht so genau. Dort werden Menschen gehandelt wie Vieh. Natürlich nicht wie zuzeiten der Sklavenhaltergesellschaft auf offenem Markt, sondern auf moderne, elegantere Art.

So holt man beispielsweise Arbeiter aus Nordafrika mit Touristenvisa nach Westdeutschland, bringt sie in Baracken unter und läßt sie in den IG Farben-Betrieben arbeiten. Daß man für die Primitivunterkünfte stolze Mieten verlangt, gehört zum Geschäft,

Da diese Arbeiter keine Aufenthaltsgenehmigung haben, also die Arbeitsstellen nicht wechseln können, erhalten sie einen Hungerlohn, der bis zu 25 % unter Tarif liegt. Nach einer gewissen Zeit werden sie ausgewiesen. Aber wen juckt's, Nachschub ist reichlich vorhanden. Natürlich sind Bayer, Hoechst, BASF zu

fein, das schmutzige Ding selber zu drehen. Das überlässt man sogenannten Subunternehmern, was am Ergebnis jedoch nichts ändert. Die Herren der IG Farben waren ja auch damals zu fein, die Juden in Auschwitz selbst zu vergasen, das überließen sie der SS, aber das Geld, die Gewinne aus diesem Massenmord waren ihnen nicht zu schmutzig.

Die gleichen Herren Subunternehmer beschäftigen auch deutsche Arbeiter. Diese werden bei den IG Farben-Betrieben teilweise in der Produktion eingesetzt. Bei den meisten dieser Subunternehmer weigert sich sogar das Arbeitsamt, Arbeiter zu vermitteln - und das will schon was heissen. Die IG-Farben-Betriebe bezahlen für alle diese Arbeiter, auch die "importierten", den Subunternehmern den fünf- bis sechsfachen Tariflohn. Die Arbeiter selbst werden unter Tarif bezahlt. Einer dieser Subunternehmer, ein Herr Jean Löhring in Köln, hat, wie er in einem Fernsehinterview zugab, in drei Jahren drei Millionen DM "gemacht". Es macht ihm gar nichts aus, einen Berufsboxkampf (Elze/Duran) zu finanzieren, bei dem er einen Verlust von 50 000 DM hatte. Dieser Herr hat u.a. bei Bayer in Leverkusen, Dormagen usw. etwa 200 Arbeitsklaven beschäftigt. Ein Teil dieser Subunternehmer zahlt die Löhne oftmals unregelmässig aus, wobei ein zusätzlicher Gewinn entsteht. Natürlich wechseln bei diesen Firmen die Arbeiter laufend. Aber das ist nicht wichtig, denn der Rubel rollt ja.

An der Höhe der Summe, die die großen Chemiekonzerne an diese Subunternehmer zahlen, kann man aber auch erkennen, daß das Gerede - wenn Lohnerhöhungen verlangt werden - von "unumgänglichen" Preissteigerungen und Schädigung der Wirtschaft leere Phrasen sind. Sie würden für einen ungelernten Arbeiter keine 25,-- bis 30,-- DM die Stunde bezahlen, wenn ihnen diese Arbeitskraft nicht mindest das 10fache einbringt - also können sie auch bei allen Arbeitern diese Löhne zahlen. Aber die Konzernherren weinen bittere Tränen, wenn sie nur 10 Pfennig pro Stunde Lohnerhöhung zahlen sollen, sie malen das Gespenst der Gefährdung der Arbeitsplätze an die Wand.

Wir sollten deshalb nicht nachlassen, unsere berechtigten Forderungen zu stellen und auch nicht auf das Gerede von gekauften Subjekten in den Gewerkschaften hören, sondern unsere berechtigten Forderungen stellen und für diese Forderungen kämpfen, sprich streiken.

G. Ackermann

"SPANNUNGSFALL" selbstgestrickt

Wie manipuliert man einen notstandsreifen "Spannungsfall"? Die Kiesinger, Brandt, Springer & Co. demonstrierten es uns, nachdem Mitte Juni der Paß- und Visumzwang im Westberlin-Verkehr eingeführt worden war. In den Nachrichten von Rundfunk und TV wurde die Angelegenheit bewußt hochgespielt: ausführliche Meldungen an bevorzugter Stelle, Kurzinterviews mit "Zonenreisenden", Kommentare zur "neuen Berlin-Krise". Brandt brach einen Besuch in Wien ab und kehrte hastig nach Bonn zurück. Kiesinger eilte nach Westberlin, um "über die neue Lage zu beraten". Die Besatzungsmächte wurden mobilisiert. Die Springerpresse geiferte: "Gefahr!! Wieder einmal haben die Kommunisten zum Schlag gegen Westberlin ausgeholt." Man müsse jetzt "handeln", "Gegenmaßnahmen ergreifen" usw.

Man mag geteilter Meinung darüber sein, ob die Maßnahmen der Regierung der DDR in dieser Form zweckmässig sind und die treffen, die gemeint sein sollten, die Bonner Alleinvertretungsfaschisten. Auf jeden Fall hat die DDR als souveräner Staat ein Recht dazu.

Welches Recht hat jedoch der Moskauer Botschafter in Ostberlin, Abrassimow, sich mit einem der prominentesten Alleinvertretungsapostel, Bundesaußenminister Brandt, in seiner Villa in der DDR zu treffen, um mit ihm Fragen eben dieser Einführung des Paß- und Visazwanges zu besprechen. Ist er der Außenminister oder Staatschef der DDR? Wie kommt er dazu, über Dinge zu verhandeln, die einzig und allein im Zuständigkeitsbereich der DDR liegen?

Es ist wahrlich höchste Zeit, daß sich die Werktätigen der DDR ein für allemal die Einmischung der Revisionisten-Clique der Sowjetunion in ihre Angelegenheiten verbitten und ihre revisionistische Führung, die sich freiwillig in die Rolle des Speichelleckers der Sowjetrevisionisten begibt, zum Teufel jagt.

R O T E R   M O R G E N
Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Ein Brief aus China

zum 150. Geburtstag von Karl Marx

Mit freundlicher Genehmigung der Empfängerin veröffentlichen wir nachfolgend den Brief einer Hamburgerin, die zur Zeit in Peking arbeitet.

Peking, 5. Mai 1968

Liebe Anni,

heute ist der 5. Mai 1968, ein historisch bedeutungsvoller Tag: Vor 150 Jahren wurde Karl Marx geboren, der mit seinem wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur die damals weit und breit geachtete und anerkannte Lehre Hegels, des Vollender des deutschen Idealismus, umkehrte, sie "vom Kopf auf die Füße stellte", sondern nach und nach die ganze Welt von Grund aus aufwühlte und in Bewegung versetzte - mit dem Ziel der Befreiung des Menschen von jedweder Ausbeutung durch einen anderen Menschen. Völlige Emanzipation, die Selbstverwirklichung des Menschen, wird angestrebt.

Denken wir drei Jahre zurück, Anni, ich war noch in der Bundesrepublik Deutschland: Karl Marx und seine Lehre schienen dem Museum anzugehören, waren - wie oft konnte man das vernehmen! - überholt, die Arbeiterklasse, an die der Marxismus in erster Linie gerichtet war, hätte sich zur Arbeiteraristokratie hochentwickelt und wolle nichts mehr von Kampf und Revolution wissen, sie sei mehr als 100prozentig zufriedengestellt.

Erinnerst Du Dich noch an unser Entsetzen, Anni, als 1959 auf dem Godesberger SPD-Parteitag mit der Annahme eines neuen Grundsatzprogramms Marx offiziell über Bord geworfen wurde? Ich sehe noch lebhaft all die entsprechenden Zeitungskarikaturen vor mir. Und da man 1956 die Kommunistische Partei verbot, gibt es seit 1959 keine in breiter Öffentlichkeit wirkende marxistische Partei mehr. Oft haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie sich diese Tatsache auf die heranwachsenden jungen Menschen auswirken wird: keinerlei Möglichkeit einer unmittelbaren Konfrontation mit dem praktischen Marxismus.

Außerdem beobachteten wir voller Sorge die Entwicklung der Sowjetunion zu einem technokratischen Staat - technokratisch sowohl hinsichtlich der Vorherrschaft von Technik über Wirtschaft und Politik als auch hinsichtlich der Beherrschung von Menschen. Eine bedenkliche Annäherung an die USA! Die Unterschiedsspanne zwischen Kossygin, Breschnew, Podgorny einerseits und Johnson andererseits wird sichtlich geringer, und ebenso verhält es sich mit dem Abstand zwischen der sozialen Situation der breiten Volksmassen in der Sowjetunion und der in den USA. Sie werden in beiden Ländern von Technikern der Macht beherrscht, haben kein Mitbestimmungsrecht, keine Kontrolle über die Geschehnisse im Staat, und der in den 20er Jahren in der Sowjetunion angetretene Weg zur Selbstverwirklichung des Menschen ist abrupt verlassen worden. Man geht jetzt den Weg der Heranbildung von Dienern des Sowjetstaates, nicht mehr den der Erziehung von emanzipierten Menschen. Wie in den USA tritt immer mehr die statistisch nachweisbare Leistung in den Vordergrund, der Sinn für statistisch nicht faßbare menschliche Züge, für Unwägbares, geht dabei verloren. Beachten wir die betont humanistische Grundkonzeption des Marxismus, die in Verbindung mit den Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen vor allem in der Analyse der Arbeit zum Ausdruck kommt, kann von einem marxistischen Leitbild in der Sowjetunion nicht mehr die Rede sein.

Die Selbstverwirklichung des Menschen - biologisch, humanistisch, das heißt anthropologisch gesehen - erfolgt durch Arbeit, durch Arbeit, die Freude bereitet. Anni, wir haben uns oft über dieses Thema unterhalten, und es ist wirklich ratsam, bei Marx wieder nachzulesen, was er darüber bringt. Für ihn waren Arbeit und Kapital nicht lediglich ökonomische Kategorien, wie oft fälschlicherweise interpretiert worden ist. Sie waren für ihn vielmehr anthropologische Kategorien, die von seiner humanistischen Wertung her bestimmt waren. Arbeit als Wirken, als Lebenstätigkeit des Menschen begriffen, als Selbstzweck, sinnvoller Ausdruck der menschlichen Energie. Daher die Kritik am Kapitalismus: Verkehrung der Arbeit in erzwungene, entfremdete, sinnlose Arbeit, durch die der Mensch in eine "verkrüppelte Monstrosität" verwandelt wird. Entsprechend dem Ziel der menschlichen Entwicklung - Entwicklung des totalen, universalen Menschen - muß der Mensch von dem verkrüppelten

Einfluß der Spezialisierung befreit werden. Hauptaufgabe ist also die Umformung der entfremdeten, sinnlosen Arbeit, wie sie unter den Bedingungen des Kapitalismus auftritt, in produktive, freie Arbeit. Nicht die bessere Entlohnung - wie man so häufig in verzerrender Weise betont hat - ist das zentrale Thema von Marx. Richtschnur ist für ihn die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft, in der der Mensch nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jeden beliebigen Zweige ausbilden kann, wo die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und es jeden möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun: zu jagen, zu fischen, Viehzucht zu treiben, zu kritisieren - ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden. Bei Einengung der sozialen Tätigkeit entwächst die Gesellschaft der notwendigen Kontrolle durch jeden einzelnen - genau wie es mir, bevor ich nach China ging, täglich entgegentrat, vor allem in der Erziehungs- und Bildungsarbeit. Sehr anschaulich schrieb mir darüber kürzlich ein Hamburger Kollege: "Wir (die Lehrer) kleben wie die Fliegen am Leim, am ständig wuchernden Krebs unserer Verwaltung, die mehr und mehr unsere Pädagogik bevormundet und sich als willfähriger Funktionär des Diktats unserer Produktionsbedingungen ausweist." Mit den Parolen "Seid nett zueinander" (in Angleichung an den US-"keep-smiling"-Slogan), "Keine Experimente" wich man konkreten Auseinandersetzungen aus, wurden "heikle Fragen" tabuiert, so daß jeglicher Einblick in die Funktion der mythologisierten pluralistischen Gesellschaft, in das gepriesene Establishment versperrt war.

Statische Sicherheit war gegeben. Doch die letzten 1 1/2 Jahre haben sie mächtig ins Wanken gebracht. Die Bildung der großen Koalition, die der weiteren Festigung des Bonner Establishment dienen sollte, rief mit der praktischen Ausschaltung der offiziellen politischen Auseinandersetzung die breite außerparlamentarische, das heißt inoffizielle politische Auseinandersetzung auf den Plan. Und im Zuge damit wurden plötzlich Marx und der Marxismus wieder lebendig.

Welche erstaunliche Anzahl marxistischer Schriften erschien allein im vergangenen Jahr! In fast allen wird die bekannte Argumentation zu den angeblichen Fehleinschätzungen von Marx - wie z.B. die Verelendungstheorie, die Theorie von der industriellen Reservearmee, die Konzeption von der Möglichkeit einer erfolgreichen Revolution allein in einem hochindustrialisierten Land - sowie die angebliche Vernachlässigung einer Analyse von Staat, auswärtigem Handel, Weltmarkt (im Vergleich zu den vielen Seiten über Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit) als unwesentlich gestreift und der strategisch-taktische Kampf zur Erreichung des Hauptziels - der emanzipierte Mensch oder die Selbstverwirklichung des Menschen - durch ständige Analyse der Gesellschaft und entsprechende Aktionen in den Vordergrund gestellt.

Wie wohltuend, Anni, wieder Derartiges lesen zu können, auch wenn ich nicht mit allen der neuen Marx- und Marxismus-Interpretationen übereinstimme! Doch es sind ernste Bemühungen um einen konkreten Standpunkt, was jahrelang so völlig fehlte. Die Versuche von Klaus Mehnert in "Deutscher Standort" (1967), von Eugen Böhler in "Die Zukunft als Problem des modernen Menschen" (1966) und auch von Karl Jaspers in "Wohin treibt die Bundesrepublik?" (1966) sind dagegen mehr oder weniger Ausdruck von Hilflosigkeit, die sich in teilweise ausgesprochen metaphysischen Spekulationen äußert - Wasser auf die Mühle der neuen Nazipartei, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die sowohl gegen die neue außerparlamentarische Opposition als aber auch gegen das Bonner Establishment von Amerikas Gnaden ins Feld zieht. Anni, eine geradezu erschütternde Analyse dieser NPD bringt das kürzlich erschienene ro-ro-ro-Buch (990) "Die Restauration entläßt ihre Kinder - oder - Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik". Wenn man die in diesem Buch von 12 bekannten Publizisten stammenden Beiträge gelesen hat, muß man feststellen, daß von 1845, als Marx über die "Deutsche Ideologie" schrieb, bis heute keinerlei grundlegende Änderung in Deutschland eingetreten ist, vor allem nicht im westlichen Teil. Die Kritik, die Marx vor nunmehr 123 Jahren an der Tendenz der deutschen Philosophie zu Spekulation, Mystifikation, Mythologie, Metaphysik übte, trifft haargenau noch heute für die Bundesrepublik zu. Bei der NPD scheint sich zu all den altbekannten Blut- und Boden-Mythen ein neuer Mythos hinzugesellt zu haben, nämlich der Mythos von einem "revolutionärer Konservativismus" - das neue Zugtier, der neue Rattenfänger!

Du kannst Dir sicherlich vorstellen, An-

ni, wie glücklich ich bin, seit 2 3/4 Jahren in einem Land zu leben, in dem man dabei ist, eine neue Welt im Sinne des unverfälschten Marxismus - das heißt eines realen Humanismus - aufzubauen. Hat Marx den theoretischen Grund gelegt für den Kampf um die Emanzipation des Menschen als Gattung Mensch, so ist heute das Genie Mao Tse-tung der große Praktiker, dem der Marxismus als Richtschnur gilt, als eine Anleitung zum Handeln, - keinesfalls als Dogma!

Als Leitfaden sah ja selbst Karl Marx den Marxismus an. All die Sophismen, Kanons, die im Laufe der Jahre seit Marx' Tod auf Grund der verschiedenartigsten Interpretationen der nachgelassenen Werke (eines Torsos!) aufkamen, all die Sektiererstreitigkeiten sind dem Wesen nach antimarxistisch - da dogmatisch; sie haben die Kontinuität der Revolution stark beeinträchtigt, aber nicht aus der Welt geschafft. Sie ist gegenwärtig und auch für die Zukunft gesichert angesichts der lebendigen, undogmatischen Weiterentwicklung der Erkenntnismethode von Karl Marx durch Mao Tse-tung, der die von Marx vorwiegend für die Industriestaaten Westeuropas bestimmten Entwicklungsgesetze auf asiatische Verhältnisse übertragen und dementsprechend für die Agrarstaaten Asiens bestimmte Entwicklungsgesetze aufgestellt hat. Doch darüber hinaus versteht er es, wie heute kein anderer, die Gegenwart im Weltmaßstab zu durchleuchten und so auf breitester Ebene - über Asien hinaus - zu helfen, die Geburtswehen der kommenden sozialistischen Gesellschaft zu mildern. Gelangte Marx durch ein intensives philosophisches Studium zum wissenschaftlichen Sozialismus, so Mao Tse-tung von der empirischen, tatsächlich wirksamen Wirklichkeit der unmittelbaren Erfahrung: Im Elternhaus, einer reichen Bauernfamilie, fing es an, wo die Mißhandlung der Mägde und Knechte durch seinen Vater eine tiefe Empörung gegen Ungerechtigkeit in ihm auslöste. Gespräche mit diesen Mißhandelten ließen ihn hellwach werden, denn er erfuhr, daß es viele Unterdrückte, Unfreie in seinem Dorf sowie in den Nachbardörfern gab und erkannte bald, daß es im ganzen Land derart bestellt war. Marx setzte für die Industriestaaten Europas die Emanzipation, die Selbstverwirklichung des Menschen in einen inneren Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung; Mao Tsetung fand den Ansatz zur Befreiung des Menschen aus der Unterworfenheit unter andere auf dem Lande. Seine anthropologische Geschichtsinterpretation, daß der Mensch seine eigene Geschichte gestaltet, das heißt die Menschen selbst die Autoren und Akteure ihrer Geschichte sind, basiert auf Beobachtungen seiner nächsten Umgebung wie auf intensiven historischen Studien in der Jugendzeit. Der allseitig schöpferische Mensch wurde zum Leitbild - ein Leitbild, das nur in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Kein leichter Weg dahin in dem damals halbfeudalen, halbkolonialen China mit 450 Millionen Menschen, von denen über 80 % Analphabeten waren! Welche tägliche Aufklärungsarbeit war nötig, welche Kämpfe auf Leben und Tod mußten allein geführt werden, um das Land zunächst einmal von fremden Mächten zu befreien, was schließlich nach jahrzehntelangem Ringen im Jahre 1949 gelang. Die Volksrepublik China wurde gegründet. Der Kampf war damit keineswegs beendet. Hunger, Seuchen, Analphabetismus mußten beseitigt werden: Man trat jetzt einen langen Marsch sozialistischer Aufbauarbeit an, der anfänglich kollektiv geleitet wurde, aber heute eindeutig von Mao Tsetung geführt wird.

Welche Genugtuung, Anni, wäre es für Karl Marx, könnte er erleben, wie hier in China sein wissenschaftlicher Sozialismus unter der genialen Führung von Mao Tse-tung systematisch - Schritt für Schritt! - praktiziert wird. Weißt Du, die Notwendigkeit des so langsamen - fast schleppenden, schrittweisen Vorgehens leuchtete mir am Anfang meines Hierseins schwer ein, ist mir aber im Laufe der Kulturrevolution völlig klar geworden.

Vergleichen wir einmal die mehrtausendjährige geschlossene Geschichte Chinas mit einem hohen Baum, der morsch geworden war und nun 1949 gefällt wurde! Der angefaulte Stamm und die angegangene Krone wurden vernichtet, aber der Stumpf mit den verrotteten Wurzeln blieb zurück. Dieser Stumpf trieb einen jungen Sprößling - ein schwacher Beginn eines neuen Lebens, einer neuen Gesellschaft, die zu einer sozialistischen Gesellschaft heranwachsen soll. Deshalb müssen die alten Wurzeln ausgerodet werden, damit der frische Trieb neue Wurzeln schlagen und gedeihen kann. Eine gärtnerische Aufgabe, eine Arbeit, die Umsicht, Sorgfalt, Geduld und Ausdauer verlangt (alles Eigenschaften, die den Chinesen eigen sind!); es handelt sich, mit anderen Worten, um eine ausgesprochene Erziehungsaufgabe: Beseitigung von Analphabetismus; syste-

matische Durchführung von aufklärenden Analysen, von Kritik und Selbstkritik, von öffentlichen Wandzeitungskampagnen; Abschaffung der Klassengegensätze sowie Förderung der Allgemeinbildung durch regelmässigen Landeinsatz, Fabrikeinsatz usw. Da ist, wie es gerade die jetzige Kulturrevolution zeigt, Mao Tse-tung ein einzigartiger Erzieher. Er tut so, als ob alles Vorpreschen auf dem langen Marsch zum Sozialismus unmittelbar von den breiten Volksmassen ausginge und er selbst davon mitgerissen würde. In Wirklichkeit gibt er aber, unbemerkt, die Anstöße und hält jeweils alle Fäden in seiner Hand. Eine meisterhafte pädagogische Strategie und Taktik! Ein Teil des demokratischen Zentralismus; die Volksmassen unauffällig von oben her in Bewegung versetzen, Reaktionen und Aktionen beobachten, dementsprechend Schlüsse ziehen und im Interesse des anzustrebenden Sozialismus die Fäden spielen lassen. Also von Zeit zu Zeit zur Entfaltung ermuntern, das Wachstum aufmerksam beobachten - vor allem lauschen können! - und immer wieder die Spreu vom Weizen sondern. Wieviel Spreu ist allein in der Zeit, da ich in China bin, hinweggefegt worden, wie viele alte verfaulte Wurzeln wurden ausgerodet: feudalistische, kolonialistische Überreste, die sich in einem Hang zu hierarchischem, autoritärem, servilem, bürokratischem Denken und Tun äußern, vor allem in der älteren und mittleren Generation. Im Zuge der jetzigen Gründung von vorläufigen neuen Machtorganen im ganzen Land, die jeweils von Vertretern der revolutionären Massenorganisationen, der führenden revolutionären Kader und von führenden Angehörigen der Volksbefreiungsarmee gebildet werden, verschwinden nach und nach die letzten Haupthindernisse auf dem Weg zum Sozialismus: statt autoritärer Bürokratie unmittelbare Mitbestimmung und dadurch - genau im marxistischen Sinne - Erreichung der Selbstverwirklichung des Menschen. In vielen Fabriken, Volkskommunen und Instituten ist man gar nicht mehr so fern vom Ziel! Man baut bewußt den Fließbandarbeiter ab, der keinerlei Einsicht in das Gesamtgetriebe hat, von jeglicher Kontrollmöglichkeit ausgeschlossen ist, indem in bestimmten Zeitabständen die Arbeitsplätze ausgewechselt werden und somit jeder den Arbeitsprozeß von A bis Z kennenlernt. Du kannst Dir vorstellen, Anni, wie ich persönlich besonders auf die Umgestaltung der Kinder- und Jugendlichenerziehung gespannt bin!

Genau wie man den Menschen Karl Marx und sein Werk zu seinen Lebzeiten und erst recht danach auf die ausgeklügeltste, hinterhältigste Weise zu diffamieren versuchte, geschieht das gleiche heutzutage gegenüber Mao Tse-tung. Sei es, daß man die Stahlkampagne von 1958, bei der in ganz China alle möglichen Klein- und Kleinsthochöfen in Stadt und Land wie Pilze aus der Erde schossen, lächerlich machte, weil man lediglich ökonomisch-statistische Maßstäbe anlegte und die kolossalen volkserzieherischen Werte total ignorierte; sei es, daß man mit dem Vorwurf des "Personenkults" kommt und diese Platte bis zum Erbrechen auflegt und abspielt, sei es, daß man mit dem primitiven Mittel der "Senilität" operiert - das kann alles nichts nützen, kann auf die Dauer die Wirklichkeit, die Wahrheit nicht vertuschen. Die "Unruhe" hier ist eine schöpferische Unruhe.

Paul Lafargue betont in seinen "Persönlichen Erinnerungen an Karl Marx", seinen Schwiegervater: "Sein (Karl Marx' Gehirn glich einem Kriegsschiff, das unter Dampf im Hafen liegt; es war stets bereit, nach allen Richtungen des Denkens auszufahren". Und Siegfried Landshut, einer der bekannten Marx-Interpreten der Gegenwart, schreibt in der Einleitung der 1953 von ihm herausgegebenen Frühschriften von Karl Marx darüber, welche "außergewöhnliche Vereinigung der glänzendsten Geistesgaben mit einer alles verzehrenden Heftigkeit des Gemüts fast aus jedem Brief (des jungen Karl Marx an den Vater) spricht". Weiter: "In der Macht der Leidenschaft dieses Geistes liegt eine außergewöhnliche Kraft beschlossen". Auf Grund solcher Charaktereigenschaften war es Marx gegeben, unbeirrbar die Sache der unterdrückten, unfreien Menschen zu verfechten, ihnen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus - dem Marxismus - einen Leitfaden für die Befreiung in die Hand zu geben. Darin scheute er nicht, auch auf die Bedeutung von Gewaltanwendung hinzuweisen, und zwar Gewaltanwendung als Geburtshelferin der alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.

Der Leitfaden geriet in die Hände eines hervorragenden Schülers, Mao Tse-tung, der - mit ähnlichen Charaktereigenschaften ausgestattet wie Karl Marx - diesen Leitfaden in genialer Weise ergänzt sowie weiterentwickelt hat, und das sowohl theoretisch als vor allem praktisch. So ist China heute das Sturmzentrum der Revolution geworden.

Alle Hinweise, Anweisungen und Erklärungen, die von Mao Tse-tung kommen, finden weit und breit Beachtung - wie z.B. die jüngste Erklärung vom 16. April zu der Ermordung von Martin Luther King - und geben den Revolutionären überall in der Welt einen gewaltigen Auftrieb.

Anni, Karl Marx ist also nicht tot! Er lebt im immer noch gültigen Marxismus weiter!

Wie wird man wohl heute in Deutschland den 150. Geburtstag begehen - in der BRD und DDR? Ob es in der BRD außer der Herausgabe einer Karl-Marx-30-Pfennig-Briefmarke in 30 Millionen Exemplaren wohl noch andere offizielle Ehrungen gibt, z. B. in Trier, dem Geburtsort? Oder überläßt man eine solche Obliegenheit der außerparlamentarischen Opposition oder sogar nur der linken Studentenschaft? Schreibe mir bitte einmal darüber.

Das ist ein langer Brief, Anni, und ich könnte ihn noch stundenlang fortsetzen; aber heben wir das für später auf. Heute, am 150. Geburtstag von Karl Marx, mußte ich mich einfach hinsetzen und schreiben und schreiben aus der Fülle von Gedanken, die mich an diesem denkwürdigen Tag beschäftigen. Wäre der heutige Tag kein Sonntag, sondern ein Wochentag, hätte ich neben meiner beruflichen Tätigkeit kaum die Zeit zu diesen Zeilen gefunden.

Herzliche Grüße aus Peking!

Deine Lisa.

K ä m p f e

JAPAN: In Japan erreichte Mitte Juni die Bewegung gegen den US-Imperialismus, für Aufhebung der bilateralen japanisch-amerikanischen Abkommen, einen neuen Höhepunkt. Diese Bewegung wird von fast allen Teilen der Bevölkerung, Arbeitern, Angestellten, Bauern, der lernenden Jugend und der patriotischen Bourgeoisie unterstützt. Insbesondere richtet sich der Zorn der japanischen Bevölkerung gegen die zunehmende Verwicklung ihres Landes [illegible] den Vietnamkrieg. In Japan befinden sich wichtige Militärhospitäler der USA sowie Reparaturwerkstätten, Luft- und Seestützpunkte.

In fast 50 Städten wurden am 15./16. Mai Demonstrationen durchgeführt. Die Arbeiter, Bauern und Studenten verwandelten diese von der Bourgeoisie als pazifistische Kundgebungen geplanten Veranstaltungen in Kampfaktionen. Mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

ITALIEN: Über die Druckerei des CORRIERE DELLA SERA, einer halbfaschistischen Tageszeitung, wurde am Abend des 7. Juni von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten Mailands der Belagerungszustand verhängt. In der Umgebung der Druckerei wurden zahlreiche Straßensperren errichtet, um die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern. Obwohl starke Polizeieinheiten aufgeboten waren, gelang es den Demonstranten, einen Zeitungswagen zu erobern und in Flammen aufgehen zu lassen. Später wurden Barrikaden in den wichtigsten Straßen der Innenstadt errichtet, das Pflaster wurde aufgerissen. Bis in den frühen Morgen gab es Zusammenstöße mit der Polizei, wobei 14 Polizisten verletzt wurden. Ferner griffen die Demonstranten Filialen von FIAT, MOTTA und anderen Großunternehmen an und verwüsteten sie.

TÜRKEI: Am Abend des 10. Juni besetzten Studenten die Philologische Fakultät der Universität von Ankara und forderten den Rücktritt des reaktionären Direktors der Fakultät. Bis zum 12. Juni befanden sich insgesamt 20 000 türkische Studenten in Streik. Bis zum 17. Juni war diese Zahl auf über 60 000 angewachsen. Die streikenden Studenten fordern eine Reform des Bildungswesens.

URUGUAY: In der Nacht zum 13. Juni lieferten sich 1000 Studenten und 800 Polizisten eine blutige Schlacht auf dem Gelände der Universität von Montevideo Die Polizisten gingen mit Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengas vor und gaben "Warnschüsse" ab. Zuvor hatte in Montevideo eine Demonstration von Arbeitern und Studenten gegen Fahrpreiserhöhungen und steigende Lebenshaltungskosten stattgefunden.

ARGENTINIEN: Das Hauptgebäude der Universität von La Plata, 32 km südlich von Buenos Aires, wurde am 12. Juni von Studenten besetzt, später jedoch von der Polizei "geräumt". Die Militärdiktatur Ongania verhängte eine Nachrichtensperre.

In Buenos Aires kam es am Abend des 16. Juni zu Zusammenstößen mit der Polizei Die Studenten und Arbeiter setzten einen Streifenwagen der Polizei in Brand. Weitere Zusammenstöße werden gemeldet aus Tucuman, La Plata und Rosario.

\+ + +

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Juli 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Zwei Wege - zwei Linien

Lehren aus dem französischen Beispiel

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN hatten wir über den heldenhaften Kampf des französischen Proletariats in Verbindung mit den Studenten im Mai/Juni dieses Jahres berichtet und den Verrat der französischen Revisionisten aufgezeigt. Heute wollen wir für uns die Lehren daraus ziehen.

Fassen wir noch einmal kurz zusammen: In Nanterre und dem Quartier latin begann Anfang Mai der revolutionäre Kampf der Massen aufzulodern. Es waren zunächst vorwiegend Studenten, die den Mut zur Rebellion gegen das kapitalistische System aufbrachten. Sofort fielen Reaktion und Revisionisten mit übelsten Verleumdungen und Beschimpfungen über sie her. Mit allen Mitteln versuchten sie die von den Studenten angestrebten revolutionären Kontakte zur Arbeiterschaft, die Kampfeinheit der Arbeiter und Studenten zu sabotieren.

Doch die Masse der Arbeiter durchbrach die von den Bossen der französischen Revisionisten errichteten Schranken und eine gewaltige Streikbewegung, die praktisch die Wirtschaft des ganzen Landes lahmlegte, setzte ein. Mehr und mehr richtete sich der Hauptstoß des Kampfes gegen das kapitalistische System selbst. Nun, da sie ihn schon nicht verhindern konnten, taten die revisionistischen Führer der KPF und des CGT alles, um den politischen Kampf der Massen auf rein wirtschaftliche Forderungen zu beschränken. Eiligst nahmen sie Verhandlungen mit der französischen Monopolbourgeoisie auf, um ein Übereinkommen zu treffen und die auflodernde Revolution so schnell wie möglich zu ersticken. Die Volksmassen verwies man auf die kommenden Wahlen mittels derer man die Mehrheit für eine "Volksregierung der demokratischen Union" zu erringen hoffte.

Was daraus wurde, ist bekannt. Die sogenannten Linksparteien und die revisionistischen Führer der KPD erhielten einen doppelten Tritt in den Hintern. Die Monopolbourgeoisie - weit davon entfernt,

> "Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, zu ersetzen ..."
>
> LENIN

die Anbiederungsversuche, den offenen Verrat der Bonzen der KPF und des CGT zu honorieren - entfesselten eine wütende, antikommunistische Hetze.

Die durch den Verrat enttäuschten Arbeiter verweigerten ihnen in Massen die weitere Gefolgschaft. Aus war der Traum, durch Wahlen einige Ministersessel zu ergattern. Doch machen wir uns nichts vor. Selbst wenn das Wahlergebnis - trotz des reaktionären Mehrheitswahlrechts - anders ausgefallen wäre, es hätte an der Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie nicht das geringste geändert.

Nun ist das Geschrei groß und die revisionistischen Führer der KPF, unterstützt von der sowjetisch-revisionistischen Verräterclique, suchen die Schuldigen an ihrer Niederlage. Und sie finden sie im Verein mit bürgerlichen Zeitungen wie BILD bei den revolutionären Arbeitern und Studenten.

Seit Jahren predigen uns die sowjet-revisionistischen Renegaten, daß die Ar-

beiterbewegung in Europa größte Bedeutung zukäme, daß sie "in der gegenwärtigen Zeit im Mittelpunkt stünde." Kaum aber, daß die Arbeiter- und Studentenbewegung in Frankreich und anderen kapitalistischen Ländern sich zum Sturm erhob, gerieten diese Verräter aus dem Häuschen, warfen ihre Losungen vom "Antiimperialismus" und "im Mittelpunkt stehen" über Bord und beschworen die Arbeiter kriecherisch um Gottes willen "Ruhe und Ordnung" zu bewahren. Sie haben sich voll und ganz als konterrevolutionäre Schergen im Dienste des vom amerikanischen angeführten Imperialismus entlarvt.

Vor 48 Jahren analysierte Lenin in der II. Internationale die Sozialdemokratischen Parteien und deckte auf, was es damit auf sich hatte. Er gab folgenden Hinweis: "Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." In Frankreich ist es jetzt ausgerechnet die Führungsclique der französischen Revisionisten, eine Bande von Renegaten und Arbeiterverrätern, ein Haufen neuer sozialdemokratischer Bonzen, die sich dazu hergibt, für das Ausbeutungssystem der Imperialisten und Kapitalisten den Wachhund zu spielen.

Wen wundert es da noch, daß sie die revolutionären Kräfte Frankreichs, Studenten und Arbeiter mit Gift und Galle bespeien und ihnen die Schuld an ihrer Niederlage in die Schuhe schieben. Die revolutionären Kämpfe hätten das Kleinbürgertum erschreckt und in die Arme de Gaulles getrieben. Wird die Revolution von Kleinbürgern gemacht oder der klassenbewußten Arbeiterschaft? Das Kleinbürgertum orientiert sich immer nach der Seite, auf der es die stärksten Bataillone vermutet. Und wie sollte es angesichts der lakaienhaften Haltung der französischen Revisionisten gegenüber dem Monopolkapital etwas anderes schliessen, als das dort die stärkeren Bataillone stünden?

Das Beispiel Frankreichs hat uns erneut und eindeutig bewiesen, daß durch Wahlen unter dem Druck der Bourgeoisie und der Lohnsklaverei das Proletariat keinesfalls die Macht erobern kann. Wir haben jetzt erlebt, wie rasch auch in einem Land Westeuropas eine revolutionäre Bewegung entstehen kann, aus der Arbeiterklasse selbst heraus, gegen den Willen ihrer korrumpierten Führer. Solange der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Charakter der Aneignung besteht, wird es zwangsläufig solche Kämpfe und schließlich Revolutionen geben. Heute in Frankreich, morgen in Italien, übermorgen in Deutschland.

Wir werden die auf uns zukommenden Kämpfe nicht siegreich bestehen können, wenn wir nicht gleichzeitig den Imperialismus, die Monopolbourgeoisie zusammen mit ihren engsten Verbündeten, den Reformisten der Sozialdemokratie und die revisionistische Führungsclique der KPD, bekämpfen.

<u>RADIO PEKING</u> in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

<u>RADIO TIRANA</u> in deutscher Sprache

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00 -6.30	215 m	41 m, 50 m
14.30-15.00	-	41 m, 50 m
16.00-16.30	-	41 m, 50 m
18.00-18.30	-	41 m, 50 m
19.00-19.30	-	41 m, 50 m
21.30-22.00	215 m	- 50 m
23.00-23.30	-	41 m, 49 m

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich.

Einzelpreis 20 Pfennig.

Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit - infolge des Kampfes gegen die Notstandsgesetze - wurde in Bonn ein neues politisches Strafrecht verabschiedet, von dem es heißt, daß es wesentlich liberaler sei als das während der US-Aggression in Korea 1951 beschlossene sogenannte "Blitzgesetz". Schaut man sich die Sache jedoch näher an, stellt man fest, daß statt einer Liberalisierung eher eine Verschärfung der Strafbestimmungen erfolgte.

Nichts dagegen, daß die Gefährdung des Friedens, die Vorbereitung eines Angriffkrieges in Zukunft mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wird. Aber man wird wohl schwerlich annehmen können, daß sich die westdeutschen Imperialisten selbst hinter Gitter bringen werden. Also was soll's?

Nach dem neuen Strafrecht wird dagegen mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren bestraft, wer mit Drohung oder Gewalt den Bestand der Bundesrepublik zu beeinträchtigen sucht. Der bisherige Abschnitt "Staatsgefährdung" wurde in "Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates" umgewandelt.

Was aber heißt im Sinne des Gesetzgebers "Demokratischer Rechtsstaat"? Es heißt die "bürgerlich-parlamentarische Demokratie", die Klassenherrschaft des Monopolkapitals. Wer dagegen ist, wer zum Beispiel die Einführung des "Rätesystems" fordert, wandert hinter Gitter. Wer die revolutionäre Gründung - anders geht es ja nicht - eines einigen sozialistischen Deutschlands fordert, wandert für 10 Jahre hinter Zuchthausmauern.

Strafbar bleibt weiter die Tätigkeit für eine vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei. Mit Mehrheit wurde § 80 a gebilligt, nach dem mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft wird, wer die Bundesrepublik, eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmässige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht. Das gleiche gilt, falls die Farben, die Flagge, das Wappen oder die Hymne der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder verunglimpft werden.

Wer also den Bundesvogel, die Krähe des deutschen Militarismus in Zukunft einen "Pleitegeier" schimpft, muß damit rechnen, eingesperrt zu werden. Das gleiche gilt für den Bundespräsidenten. Der Paragraph "Majestätsbeleidigung" blieb erhalten. Also bitte nicht "Bundesheini" oder "KZ-Baumeister" Lübke, das kostet Monate.

Besonders hat man es auf den Schutz der Bundeswehr vor zersetzenden Einflüssen abgesehen. Nach dem "Zersetzungsparagraphen" kann jeder mit Gefängnis bestraft werden, der den Bundeswehrsoldaten erklärt, daß es die ihnen zugedachte Aufgabe ist, die Diktatur der Monopolbourgeoisie mit der Waffe in der Hand gegen die Rechte des Volkes zu verteidigen.

Was sind denn nun eigentlich die Errungenschaften dieser neuen Strafrechtsbestimmungen? In Zukunft will man DDR-Bürger nicht mehr bestrafen, die auf dem Boden ihres Staates politisch tätig sind. Sportfunktionäre der DDR sollen nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Die Arroganz und Überheblichkeit der westdeutschen Gesetzesgeber sind wirklich nicht zu übertreffen. Sie wollen sogar erlauben, daß Einladungen zur sogenannten Arbeiterkonferenz nach Leipzig, das Sammeln von Adressen und Berichten über die Preise von Winterkartoffeln und die Höhe des Weihnachtsgeldes straflos bleiben.

Doch warum wundern. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, daß es kein sogenanntes objektives Recht oder Rechtsstaatlichkeit gibt. Recht wird immer im Sinne der herrschenden Klasse geübt. Und Justiz ist Klassenjustiz mit der Aufgabe, diejenigen einzukerkern, die es wagen, gegen die bestehende Klassenherrschaft zu kämpfen. Dafür wird sie schließlich bezahlt. Was immer die bezahlten Handlanger der Monopolbourgeoisie auch beschließen mögen, es schert uns nicht. Wir werden den beschrittenen Weg zu Ende gehen und die Diktatur der Handvoll Multimillionäre und Monopolherren durch die Herrschaft der Mehrheit des Volkes, die Diktatur des Proletariats ersetzen.

Keine Amnestie für Demonstranten

Der "neue Kurs" der KPD: "Auf dem Boden des Grundgesetzes" - "friedlich-parlamentarischer Übergang" und wie die revisionistischen Schmarren noch alle heißen, beginnt Früchte zu tragen. Allmählich fängt man auch in Bonn an, zu begreifen, daß solch eine Partei absolut keine Gefahr mehr für die Diktatur des

Monopolkapitals darstellt, sondern im Gegenteil als nützliches demokratisches Aushängeschild dienen kann. So faßte man denn im Bundestag den Beschluß: Amnestie für politische Straftäter. Diese Amnestie kommt allen zugute, die im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot verurteilt wurden bzw. gegen die noch ein Ermittlungsverfahren läuft. Praktisch stände damit der Rückkehr der KPD-Prominenz aus Ostberlin nun nichts mehr im Wege.

Bezeichnend bei dieser Amnestie ist jedoch, daß alle angeblichen "Straftaten" der Studenten, Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler anläßlich der revolutionären Kämpfe im Frühjahr dieses Jahres ausgeklammert wurden. In Bonn erkennt man recht wohl, von welcher Seite ernste Gefahr für die bestehende bürgerlich-kapitalistische Ordnung droht. So gilt denn nach wie vor für die Kräfte der "Revolutionären Front": Polizei, Knüppel, politische Verfolgung, Gefängnis.

Die Praxis

"Wer sich von einer Zusammenrottung nicht entfernt, obwohl er sieht, daß Gewalttätigkeit geübt wird, muß wegen Landesfriedensbruch bestraft werden". Mit dieser Begründung wurde in Nürnberg ein 16jähriger Gymnasiast verurteilt, der an einer Demonstration anläßlich des Nürnberger SPD-Parteitages teilgenommen hatte, bei der Bundesminister Wehner die Brille verrutschte. Der 16jährige war von der Polizei fotografiert worden, als er eingekeilt in der Menge stand. An Tätlichkeiten war er nicht beteiligt. Sein bloßes Dabeisein reichte zur Verurteilung. Der Prozeß war der Auftakt zu weiteren 11 Verfahren.

Ein Münchner Gericht schickte den 21jährigen Studenten, SDS-Mitglied Reinhard Wetter für ein Jahr ins Gefängnis, weil er,ohne einen Fahrschein zu besitzen, in einer Straßenbahn gegen Fahrpreiserhöhungen protestiert und sich anschließend an einer unerlaubten Demonstration vor dem Amerika-Haus beteiligt hatte. Ferner sollte er bei einer Demonstration vor dem griechischen Generalkonsulat einen Stein gegen das Gebäude geworfen und ein Hausverbot für die Münchner Uni nicht beachtet haben.

Fünf Jahre Gefängnis können in Zukunft Bundesbürger erhalten, die US-Soldaten raten, sich der Teilnahme an der US-Aggression in Vietnam durch Desertion zu entziehen. Das drohte die 6. Strafkammer des Heidelberger Landgerichtes im Zusammenhang mit einem Prozeß gegen einen Studenten, der in seinem Pkw entsprechende Flugblätter befördert hatte. Deutsche Gerichte im Dienste des US-Völkermordes, das ist die Praxis.

Zur Lage der "Frontstadt"

Von einem Westberliner Genossen

Es kommt darauf an, unter der vom Faschisierungsprozeß besonders bedrohten Westberliner Bevölkerung Menschen zu finden, die in kollektiver Erarbeitung des Marxismus-Leninismus, der Lehre Mao Tse-tungs und am Beispiel der grossen proletarischen Kulturrevolution China Kader zu bilden, die die lohnabhängigen Massen mobilisieren und den verschiedenen revisionistischen Strömungen, die sich heute noch als "Kommunisten" bezeichnen, aber schon längst zu orthodoxen Kirchen geworden sind, entgegenzutreten.

Viele junge Berliner solidarisierten sich nach dem Tod Benno Ohnesorgs aus Empörung über die faschistischen Methoden des Berliner Senats und seinem Vollzugsorgan,der Polizei,mit dem SDS, in der Hoffnung, daß hier die Möglichkeiten der Aufarbeitung sozialistischer Theorien gegeben wären, um auf diese Weise in der Lage zu sein, in revolutionärer Praxis, an Aktionen gegen den Monopolkapitalismus in der Bundesrepublik und dem US-Imperialismus teilzunehmen.

Der SDS glaubte bis vor kurzem nach dem Rätesystem Macht ausüben zu können. Man gründete eine Anzahl von Projektgruppen, die u.a. am Rätemodell arbeiteten, vor allem aber die wichtige Gruppe "III. Welt", in der Publikationen zur Situation dieser Länder gelesen, diskutiert und revolutionäre Kampfmethoden in die Metropolen übertragen werden sollten.

Alle Gruppen haben inzwischen erkannt, daß sie sich zunächst wieder auf theoretische Aufgaben beschränken sollten, um endlich in der Lage zu sein, mit Revolutionsmodellen, die unseren Gegebenheiten entsprechen, hervorzutreten.

Die bisherigen Aktionen des SDS boten an sich konkrete Möglichkeiten der Kommunikation zur arbeitenden Bevölkerung und viele Genossen sind fähig, diese Arbeit zu leisten, sie haben es jedoch in Anbetracht von allgemein noch verbreitetem Intellektualismus innerhalb der Studentenschaft schwer, fortlaufende Hilfe

für Aktionen zu erhalten, zumal im Verband verschiedenartigste politische und agitatorische Auffassungen kursieren. Hinzu kommt, daß auch die 1500-2000 mobilisierten Berliner Studenten durchaus noch nicht das Prestigedenken abgebaut haben und für viele im Fall des "Nichtzustandekommens der Revolution" immer noch die Hintertür der recht gut bezahlten, manchmal auch "revolutionär" verbrähmten akademischen Berufe offenstehen, die Integrationsmöglichkeiten des einzelnen Subjekts besteht nach wie vor.

Die letzten Aktionen anläßlich der Beratung der Notstandsgesetze im Bundestag ergäben an der Freien Universität und an anderen Hochschulen in Berlin zunächst keine wesentliche Erweiterung der studentisch-revolutionären Basis. Sie wird nur dort möglich sein, wo das Bewußtsein am weitesten fortgeschritten ist und wo zum Beispiel die Studenten der philosophischen Fakultät nach Abschluß ihres Studiums größere Schwierigkeiten haben, ihre beruflichen Vorstellungen zu realisieren. In Anbetracht der ungleich schwierigeren Situation in Deutschland sind jedoch von der Masse der "rebellierenden Studenten" die Probleme und Nöte der Arbeiterklasse nicht gründlich genug untersucht worden, bzw. es wurde versäumt, daß sich wirklich viele mit den u.a. auch in den letzten Jahren erstellten diesbezüglichen Analysen beschäftigen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft ist auch die Universität eine Klassenuniversität, deren Funktion es ist, die Ausbildung von systemdienlichen Technokraten zu gewährleisten. Dagegen kämpft ein Teil der Studenten, zum Beispiel mit der Forderung, daß das Abitur als Zulassungsbedingung zur Universität aufgehoben werden soll, denn wievielen Arbeitern ist es möglich, neben ihrer Arbeit das Abitur nachzumachen?

Auf der anderen Seite bietet aber gerade die Universität in Deutschland Kindern der bürgerlichen Klasse Privilegien und gute Berufsaussichten, die diese der Problematik der Lohnabhängigen entfremden. Egoistisches Konsumdenken, Karrieremacherei und Intrigantentum sind zu Fetischen dieser Gesellschaftsordnung geworden.

Viele Studenten bezeichnen sich als "Maoisten", jedoch scheinen sie vielmehr Anhänger Marcuses und Adornos, diesen negativistischen Aushängeschildern einer bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Im SDS Berlin sollte Anfang des Jahres eine China-Vietnam-Gruppe gebildet werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß von ca. 15 Leuten, die sich anfangs einstellten, zwei bis drei übrigblieben, die an der Lehre Mao Tse-tungs arbeiten wollten. Die anderen waren ausschließlich am Vietnamkrieg und am damals akuten Vietnamkongreß in Berlin interessiert; die Volkskriegsstrategie Mao Tse-tungs wurde damit im Zusammenhang noch begriffen.

Es ist sicher bekannt, daß viele "alte Kommunisten", abgesehen von den bürokratischen Funktionären der SED und KPD den SDS mit Skepsis beobachten. Teilweise ist das berechtigt, zum anderen sollte man aber die ernst zu nehmenden jüngeren, die die bürgerliche Lebensauffassung weit hinter sich gelassen haben, nicht allein lassen. Diese werden der Kritik und den Anregungen der "alten Revolutionäre" stets aufgeschlossen sein.

Es gilt das bestehende Klassendenken bei den Studenten und die Auswirkungen der bürgerlichen Erziehung der Arbeitnehmer, als Lohnabhängige, zu durchbrechen und auf die subjektive Abhängigkeit von den durch die herrschende Klasse geschaffenen objektiven Verhältnisse hinzuweisen.

Unsere Aufgabe ist es, in die Offensive zu gehen und möglichst viele Menschen mit den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tungs vertraut zu machen und mitzuhelfen, die proletarische Revolution in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt vorzubereiten.

-pg-

Ständig neue Siege der Befreiungsfront

US-Truppen auf dem Rückzug

Natürlich ist es im Rahmen unserer kleinen Zeitung unmöglich, all die heroischen Siege, die das vietnamesische Volk in seinem Kampf gegen die US-Aggressoren erringt, auch nur annähernd zu schildern. Tag für Tag erreichen uns neue Meldungen über die ruhmreichen Taten unserer vietnamesischen Klassenbrüder. Bezeichnend jedoch und typisch für die Situation in Südvietnam ist der Fall von Khe San, bei dem vor kurzem weit über 1000 "Marines" außer Gefecht gesetzt und an die 30 US-Flugzeuge abgeschossen wurden.

Wie war es noch vor wenigen Monaten, als die Befreiungsfront ihre Angriffe auf das von den US-Aggressoren zur Festung ausgebaute Khe San begann. Damals betonten die USA, Khe San sei von großer strategischer Bedeutung und daher auf jeden Fall zu halten. US-Boss Johnson

ließ sich gar von seinen Generälen schriftlich und ehrenwörtlich versichern, Khe San auf jeden Fall zu halten. Diese Versicherung führte seit dem 20. Januar 1968 zum Verlust von 15 000 amerikanischen Soldaten. Doch all diese Opfer vermochten nicht den unausbleiblichen Rückzug, den Fall von Khe San zu verhindern. Die US-Faschisten erhielten ihr kleines Stalingrad.

Wenn die US-Generäle jetzt von geplanten strategischen Maßnahmen sprechen, um ihre schwere Niederlage zu bemänteln, so muß man an die Fabel vom Fuchs und den Trauben oder die "siegreichen Rückzüge" der Hitlerwehrmacht denken. Dieser Krieg wird und kann von den US-Aggressoren niemals gewonnen werden, das wird auch von hohen US-Politikern in zunehmendem Maße erkannt. Um so mehr verstärken sie ihre Anstrengungen, durch den Schwindel von Friedensgesprächen dennoch ihre unausbleibliche Niederlage zu vermeiden, worin sie von der sowjetischen Revisionisten-Clique eifrig unterstützt werden, die versucht, durch Intrigen und Druck auf die nordvietnamesische Regierung eine Lösung "auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen von 1954" herbeizuführen.

Was heißt auf der Grundlage von 1954? Das heißt zu Vereinbarungen zurückzukehren, die die USA schamlos durch ihren Überfall zerrissen haben. Das heißt, das vietnamesische Volk um die Früchte seines Kampfes zu betrügen und die Mörder auch noch zu belohnen. Das ist dasselbe, als wenn irgend jemand vom sowjetischen Volk nach der Schlacht von Stalingrad verlangt hätte, man solle sich mit den Hitlerfaschisten zu Friedensgesprächen zusammensetzen, um zu den Vereinbarungen des Nichtangriffspaktes mit Hitlerdeutschland zurückzukehren. Wer damals solch eine Forderung erhoben hätte, hätte vom ruhmreichen Sowjetvolk und seiner Regierung sicherlich einen kräftigen Tritt in den Hintern erhalten, wäre als das, was er ist, als Kreatur der Faschisten bezeichnet worden.

Auch eine sowjetische "Hilfe" für Vietnam

Ende Juni drang ein US-Düsentransportflugzeug vom Typ DC 8 mit 214 Soldaten für den Einsatz in Vietnam an Bord in sowjetisches Hoheitsgebiet über der Kurilen Insel Iturup ein. Eine sowjetische MIG zwang den frechen Eindringling zur Landung. Soweit so gut und man hätte erwarten können, die Sowjetunion würde nach internationalem Recht und im Sinne des proletarischen Internationalismus die GI's wenigstens solange internieren, bis die USA ihre Aggression gegen das vietnamesische Volk eingestellt hätten.

Nichts dergleichen geschah. Eilfertig versicherten die Revisionisten im Kreml US-Botschafter Thompson, der dieser Sache wegen anläßlich der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages in Moskau vorstellig wurde, man würde eine Untersuchung des Zwischenfalls einleiten. Das Ergebnis: Um ihr Komplott mit den US-Imperialisten nicht zu gefährden, ließ die Revisionisten-Clique die amerikanische Maschine zum Mordeinsatz nach Vietnam starten.

Offen bleibt nur die Frage, ob man den sowjetischen MIG-Piloten wegen eigenmächtiger Handlung gegen einen Verbündeten zur Verantwortung ziehen wird.

"Wenn man Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, üble Elemente und anderes Gezücht überall hervorkriechen läßt, wenn unsere Kader durch die Finger schauen, viele von ihnen sogar keine Trennungslinie zwischen uns und dem Feind ziehen, sich mit dem Feind zusammentun, von ihm korrumpiert, zersetzt und demoralisiert werden, und wenn dann unsere Funktionäre ins feindliche Lager hineingezogen sind und sich die Feinde in unsere Reihen eingeschlichen haben, ja sogar viele Arbeiter, Bauern und Intellektuelle der bald weichen, bald harten Taktik des Feindes erliegen, dann wird unvermeidlich in nicht langer Zeit - in einigen Jahren oder in einem Dutzend Jahren, höchstens in einigen Jahrzehnten - die konterrevolutionäre Restauration das ganze Land erfassen, die marxistisch-leninistische Partei wird sich in eine revisionistische, in eine faschistische Partei verwandeln, und das ganze Land wird die Farbe wechseln."

MAO TSE-TUNG

"Studenten und Arbeiter"

Unter dieser Überschrift erschien in der "Roten Fahne", der marxistisch-leninistischen Bruderzeitung unserer österreichischen Genossen ein ausgezeichneter Artikel. Lest ihn! Helft mit, diese grundsätzliche Einschätzung an unseren Hochschulen und Universitäten zu verbreiten. Bestellt die "Rote Fahne":

Wien XV
Goldschlagstraße 64/5
- 1150

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

deutsche marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Sonder-Ausgabe August 1968 | 2. Jahrgang | Preis 40 Pfennig

Auf Kautskys und Togliattis Spuren

Zum Programmentwurf der KPD

Das revisionistische Zentralkomitee der KPD hat der Arbeiterklasse und der Öffentlichkeit Westdeutschlands den Entwurf eines Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands unterbreitet und zur Diskussion gestellt. Sie hat den Programmentwurf als vom Geiste des Marxismus-Leninismus geprägt bezeichnet und ihn großsprecherisch zum "Manifest unserer Zeit" erhoben. Oberflächlich, auf den ersten Blick, mag der Entwurf dem Betrachter "besser" als die Programme anderer revisionistischer Parteien erscheinen, weil er sich - auf Grund der besonderen Situation Westdeutschlands - "linkerer" Formulierungen bedient. Schaut man jedoch genauer hin, stellt man fest, daß sich hinter der pseudolinken Demagogie buchstäblich sämtliche "Auslagestücke" des revisionistischen Verrats verbergen, ob es sich um die Fragen der "Strukturreform", der "Mitbestimmung", der sogenannten "friedlichen Koexistenz", des "Parlaments als Organ des Volkswillens" oder um die verräterischen Phrasen vom "friedlichen und demokratischen (!) Weg", von der Erringung einer "fortschrittlichen, sozialistischen Mehrheit im Parlament" handelt.

I. Teil

Wie die Programme anderer revisionistischer Parteien, gibt sich das Programm der KPD im vorliegenden Entwurf ohne weiteres als ein Programm des "italienischen bzw. französischen Weges", des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" zu erkennen. Von verschiedenen "grundlegenden demokratischen Reformen" ist in diesem Programm sehr viel, vom Sozialismus selbst hingegen nur wenig die Rede. In dem entsprechenden Abschnitt II "Für die Umgestaltung der Bundesrepublik zu einem Staat der fortschrittlichen Demokratie und des Friedens" befassen sich von den sechs Unterabschnitten fünf mit Reformen, jedoch nur einer mit dem "Weg zum Sozialismus". Konkrete Anhaltspunkte über bloße Phrasen hinaus bietet dieser Unterabschnitt kaum. Konkret festgestellt wird lediglich, es würden "die Erfahrungen der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung in der DDR von großem Nutzen sein" und es würde in einer zukünftigen sozialistischeh Ordnung

Von Reformen viel, vom Sozialismus wenig die Rede

Westdeutschlands "das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem (!) beruht".

Die Lüge vom "friedlichen Übergang"

Der Programmentwurf der KPD geht davon aus, daß "die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger" werden, daß demnach ein Programm des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" wachsende Chancen hat. Diese Einschätzung wird im Unterabschnitt "Weg zum Sozialismus" so begründet: "Durch die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt, die weitere Schwächung des Imperialismus, die Festigung des sozialistischen Weltsystems, besonders durch die Stärkung des sozialistischen Staates auf deutschem Boden werden die Bedingungen für den friedlichen Weg der sozialistischen Revolution günstiger."

Nun hat sich allerdings seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution das Kräfteverhältnis zwischen den Kräften des Kapitalismus/Imperialismus einerseits und den Kräften des Sozialismus andererseits grundlegend verändert. Die Kräfte des Kapitalismus/Imperialismus nahmen ständig ab und nehmen noch weiterhin ab. Das heißt jedoch keineswegs, daß damit die Bedingungen für den "friedlichen Übergang" günstiger geworden sind. Der Genosse Mao Tse-tung sagt dazu: "Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führen stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte" (Der Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg).

Der Imperialismus führt einen Verzweiflungskampf

Die historischen Ereignisse der letzten 20 Jahre haben diese Einschätzung vollauf bestätigt. Durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses werden die Imperialisten nicht "vernünftiger", die Bedingungen für ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus" keineswegs günstiger. Die Geschichte lehrt im Gegenteil, daß die Tendenz des Imperialismus, seine Probleme durch Krieg, Bürgerkrieg, Interventionen und konterrevolutionäre Staatsstreiche zu lösen, zunimmt, je kritischer seine Lage wird. Je mehr die Imperialisten in die Enge getrieben werden, desto wahnwitziger gebärden sie sich.

Die "vernünftigen" USA-Imperialisten der Herren im Kreml

Denken wir nur an die imperialistischen Interventionen in Laos und Südvietnam (eingeleitet von dem nach Lesart der Sowjetrevisionisten "vernünftigen" US-Präsidenten Kennedy!), in Griechenland, Santo Domingo, Libanon, Thailand, Korea, China, Kuweit. An den Indochina- und dann den Algerienkrieg des französischen Imperialismus. An die Suez-Krise, an den Überfall des letzten Sommers auf Syrien, Jordanien und die VAR. An die vom CIA gesteuerten Konterrevolutionen in Guatemala, Bolivien, Iran, Griechenland, Indonesien und Ghana. An die gescheiterten Verschwörungen gegen Kambodscha, Guinea, Kongo-Brazzaville und gegen das sozialistische Kuba (ebenfalls unter dem Regime des "vernünftigen", "realistischen" Präsidenten John F. Kennedy!). Denken wir an die blutige Unterdrückung der amerikanischen Neger, der spanischen Arbeiter und Studenten. Erinnern wir uns daran, daß die französische Reaktion auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise Panzer und Armee-Einheiten in Marsch setzte, die "Bürgermilizen" mobilisierte und sogar bei den faschistischen Horden der OAS Zuflucht

nahm, um das französische Proletariat einzuschüchtern.

Irreführung und Verrat an den Massen

Angesichts dieser geschichtlichen Lehren, angesichts der Tatsachen unserer unmittelbaren Gegenwart, dienen alle Spekulationen über ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus" objektiv nur dazu, die Massen zu entwaffnen, Illusionen über ihre Lage zu nähren, sie widerstandslos in die Hand der Konterrevolution fallenzulassen - wie in Indonesien, wie in Griechenland, wie 1933 in Deutschland.

Die zweite "Säule", auf der das reformistische neue Programm der KPD ruht, ist die opportunistische Haltung gegenüber der Sozialdemokratie. Im Programmentwurf wird zwar ganz richtig festgestellt: "Das deutsche Großkapital spaltete Deutschland" und "das Großkapital beherrscht Gesellschaft und Staat". Jedoch vermissen wir einen Hinweis auf die historische Funktion der Sozialdemokratie im spätkapitalistischen System.

Die Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten - und Lenin hat das ausführlich begründet - eine Filiale der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Obwohl der Mitgliederstruktur nach "Arbeiterpartei", repräsentiert sie politisch bestimmte Teile des Bürgertums, besonders auch des Kleinbürgertums. Diese Schichten haben, solange sie gegen die halbfeudalistische Monarchie den Kampf um die bürgerliche Demokratie führen, auch einen revolutionären Aspekt, wie etwa die deutsche Sozialdemokratie des 19. Jh. Später sinken sie dann sehr rasch zum Anhängsel der Reaktion, zum verlängerten Arm der Konterrevolution herab: Die Menschewiki 1917, die SPD 1918 und in den folgenden Jahren.

SPD-Bonzen: Handlanger des Monopolkapitals

Das Vertrauen breiter Massen in diese pseudosozialistischen Parteien (zu denen auch die "kommunistischen" Parteien in Ländern wie Italien oder Frankreich zu rechnen sind) und ihre Befangenheit in der kleinbürgerlich-reformistischen Ideologie sind eine der wichtigsten Grundlagen der monopolkapitalistischen Herrschaft. Denken wir daran, daß es die SPD war, die von der Reaktion nach 1918 aufgeboten wurde, um das Proletariat zu spalten, einen großen Teil der Arbeiterklasse irrezuführen und den Rest brutal zusammenschießen zu lassen. Heute sind sozialdemokratische Minister z.B. in Westdeutschland und Italien (dort wenigstens bis vor kurzem) an der regierungsamtlichen Verwaltung der Interessen des Monopolkapitals beteiligt; in anderen Ländern, Skandinavien oder Großbritannien, regiert heute das Monopolkapital ausschließlich durch pseudosozialistische Parteien vom Schlage der britischen Labour Party.

Wer sind die "Linken"?

Im Programmentwurf der KPD wird die Rolle der Sozialdemokratie historisch, gesellschaftlich und politisch isoliert betrachtet, als eine Art bedauerlicher Entgleisung gezielt verschleiert. Das geht so weit, daß an einer Stelle sogar die Rede davon ist, die Führung der Sozialdemokratie hätte nach 1945 "alle Lehren der Geschichte" mißachtet". Als ob es wirklich nur das wäre! Im übrigen wird die verbrecherische Politik der Sozialdemokratie als das Ergebnis der Machenschaften einer Handvoll "rechter Führer" hingestellt. Aber historisch gesehen sind die Führer der Sozialdemokratie, wie wir oben zeigten, immer und notwendigerweise "rechts". L i n k e Führer hat es in der Sozialdemokratie, wenigstens seit der Entartung der II. Internationale, niemals gegeben; vom Standpunkt

einer kommunistischen Partei aus ist es geradezu selbstmörderischer Unsinn, dem von der Sozialdemokratie verführten Teil der Arbeiterschaft zu erzählen, es könnte vielleicht im Zukunft auch einmal l i n k e SPD-Führer geben. Genau diese Illusion hält letzten Endes den r e c h t e n Führern der SPD die Mitglieder bei der Stange.

Warum dann noch eine KPD?

Illusionen muß auch diese Erklärung erwecken: "Jede Regierung, die bereit ist, eine entschiedene Friedenspolitik zu führen, normale Beziehungen zur DDR aufzunehmen und die sozialen und demokratischen Forderungen des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, kann mit der Unterstützung und Mitarbeit der KPD rechnen." Was soll denn das für eine Regierung sein, die bereit wäre, "die sozialen und demokratischen Forderungen des arbeitenden Volkes zu verwirklichen"? Etwa eine Regierung noch zu kürender "linker" SPD-Führer? Welche Klasse soll diese Politik durchführen? Die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie? Es wäre die Pflicht der KPD gewesen, klar zu sagen, daß nur eine sozialistische Regierung diese Politik tragen kann; daß nur, wenn die Arbeiterklasse sich die Macht erobert, ihre sozialen und demokratischen Forderungen erfüllt werden können. Nach Ansicht der KPD jedoch kann eine solche Politik offenbar auch von einer fiktiven "links"-sozialdemokratischen Regierung durchgeführt werden, an der Kommunisten nicht einmal beteiligt sind. Woraus leitet dann die KPD ihre Daseinsberechtigung her?

Wie wir sehen, beruht das Programm des "friedlichen Hinüberwachsens in den Sozialismus" neben anderen auf zwei grundsätzlichen Illusionen: Illusionen über die Möglichkeiten des friedlichen Weges der sozialistischen Revolution, also Illusionen über die brutale und wahnwitzige Aggressivität des Spätkapitalismus. Illusionen aber auch über die Filiale des Monopolkapitals innerhalb der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie. Illusionen über das System, unter dem wir leben, Illusionen über einen möglichen Ausweg.

Auf den Spuren Kautskys

Von einem der "Väter" des Revisionismus, dem Renegaten Kautsky, stammt der Satz: "Und das Ziel unseres Kampfes bleibt das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung". Im Programmentwurf der KPD finden wir dieses berüchtigte Zitat Kautskys kaum abgewandelt wieder: "Eine von der Arbeiterbewegung geführte breite außerparlamentarische Volksbewegung wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, eine fortschrittliche, sozialistische Mehrheit im Parlament zu erlangen. In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht." Derselbe Mechanismus: zunächst soll durch Gewinnung einer Parlamentsmehrheit die Staatsgewalt erobert werden, anschließend wird das Parlament zum Herrn der Regierung ("zu einem wirklichen Organ des Volkswillens") umfunktioniert. Was Lenin damals über den Renegaten Kautsky sagte, trifft heute auf die Renegaten der KPD zu:

Schufte und Einfaltspinsel

"Nur Schufte oder Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmungen, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohn-

sklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und können erst dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmungen unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht, zu ersetzen". (Lenin: Gruß den italienischen, französischen und deutschen Kommunisten).

Heute sind angeblich "günstigere" Bedingungen für den "parlamentarischen Weg" entstanden; demnach sind die Theorien Lenins "nicht mehr anwendbar", demnach wäre heute richtig, was Lenin seinerzeit als Opportunismus kritisieren mußte. Aber derartige Behauptungen stehen, wie schon gesagt, mit den Tatsachen und historischen Erfahrungen nicht im Einklang. In seiner Schrift "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" betonte Lenin die Bedeutung der bürgerlichen Staatsmaschinerie (stehendes Heer, Polizeiapparat usw.) für die Frage des "friedlichen Übergangs". Nun haben aber seither die kapitalistischen Staaten ihren Militär- und Polizeiapparat noch mehr aufgebläht, technisch perfektioniert, und wir haben eine große Zahl konterrevolutionärer Bürgerkriege erlebt. Jeder Versuch, das Parlament ernsthaft zur politischen Plattform, zum "wirklichen Organ des Volkswillen" zu machen, wird von den Reaktionären unweigerlich nach wie vor mit Wahlschwindel, Wahlrechtsmanipulationen, Parlamentsauflösung, Parteienverbot oder allseitiger konterrevolutionärer Aktivität beantwortet werden. Das Verhalten der modernen Revisionisten bleibt daher, was es auch "vor dreißig Jahren" gewesen wäre, nämlich "waschechter, trivialster Opportunismus"!

Nach wie vor waschechter, trivialster Opportunismus

In der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung ist noch keine sozialistische Regierung allein durch Abstimmungen, ohne bewaffneten Kampf, zur Macht gelangt. Die bisher einzige g e w ä h l t e sozialistische Regierung, die des indischen Bundesstaates Kerala, wurde seinerzeit innerhalb weniger Monate von der reaktionären indischen Zentralregierung mit Waffengewalt "aufgelöst". Wo heute "Sozialisten" auf Grund von Abstimmungen regieren, dort nur als Kontoristen der Regierung, wie z.B. die britische Labour-Regierung. In Italien werden gegenwärtig einige größere Städte von "Kommunisten" regiert oder mitregiert. Das ändert jedoch absolut nichts an den Macht- und Besitzverhältnissen in diesen Städten.

Die gesamte repressive Gesetzgebung bleibt bestehen; die "Kommunisten" haben nichts weiter zu tun, als diesen Schandgesetzen zur Durchführung zu verhelfen. In den Betrieben, an den Universitäten und Schulen regiert die Bourgeoisie, und die "kommunistischen" Bürgermeister, Senatoren und Stadträte sind nichts als Sachwalter der herrschenden Klasse, indem sie für den reibungslosen Produktionsablauf in diesen Institutionen die nötigen bürokratischen und administrativen Maßnahmen treffen. Da diese Menschen das Vertrauen breiter Teile der Arbeiterklasse genießen, sind sie für das Monopolkapital von besonderem Nutzen. Faktisch sind alle diese "kommunistischen" Platzhalter des Monopolkapitals nichts anderes als Sozialdemokraten, auch wenn sie sich noch einer pseudorevolutionären Terminologie bedienen, um das Vertrauen der Massen zu behalten.

Es ist wirklich kindisch und abgeschmackt, anzunehmen, man könne unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie vom Parlament aus den Monopolkapitalismus kurzerhand wegreformieren, dem reaktionären Militär, das Bestandteil der bürgerlichen Unterdrückungsmaschine ist, "demokratische Führungskräfte" verpassen, die Jugend plötzlich "im Geiste des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts" umerziehen lassen, die bürgerliche Lügenpresse einfach "enteignen" usw.

Vernichtung des Staatsapparates

Lenin sagt zu dieser Frage klipp und klar: "Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine über der Gesellschaft stehende und 'sich ihr mehr und mehr entfremdende' Macht ist, so ist klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist, nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Vernichtung des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese 'Entfremdung' verkörpert" (Lenin: Staat und Revolution).

Doch was interessiert die revisionistischen Führer der KPD Lenin. Sie haben ihn getreu ihrer Rolle als Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse in einen harmlosen Götzen verwandelt zur "Tröstung" und Betörung der unterdrückten Klassen, indem man seine revolutionäre Lehre des Inhalts beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert.

Politische Macht kommt aus den Gewehrläufen

"Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'" (Mao Tsetung, Probleme des Krieges und der Strategie). Vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus ist absolut klar, daß allein durch Wahlen die Gesellschaft nicht zu verändern ist. Entscheidend ist nicht eine augenblickliche Parlamentsmehrheit, die von der herrschenden Klasse ohne weiteres liquidiert werden kann. Entscheidend ist stets die Frage der M a c h t : welche Klasse herrscht, besitzt die Produktionsmittel, hat die Staatsgewalt inne. Das ändert nichts daran, daß der Marxismus-Leninismus die Teilnahme an Wahlen im Prinzip befürwortet - aber nicht als Mittel zur Eroberung der Macht, sondern um "den rückständigen Massen zu beweisen, warum solche Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden" (Lenin, Linker Radikalismus).

Frage der Macht nicht gestellt

Daß im vorliegenden Programmentwurf der KPD die Frage der Macht überhaupt nicht gestellt wird, geht schon aus dem umfangreichen Reformprogramm hervor, das die kümmerlichen Darlegungen über den "Weg zum Sozialismus" schier erdrückt. Welche Partei, welche Klasse soll diese Reformen verwirklichen? Abgesehen davon, daß es keine Partei gibt, die überhaupt Träger einer solchen Veränderung sein könnte, wären die Reformer, die Hand an die Positionen des Monopolkapitals zu legen wagten, augenblicklich von der Konterrevolution liquidiert.

Anscheinend sind sich die KPD-Revisionisten darüber auch durchaus im klaren. Im Abschnitt "Weg zum Sozialismus" heißt es: "Wir wissen ..., daß das herrschende Großkapital seine Macht und seine Privilegien nicht freiwillig aufgeben wird, daß die Arbeiterklasse in ihm einem grausamen, erfahrenen und hochorganisierten Gegner gegenübersteht, der, wie die Geschichte beweist, vor nichts zu-

rückschreckt, um seine Herrschaft zu erhalten." Dennoch kann nach Ansicht der KPD-Revisionisten das "friedliche Hinüberwachsen" vollzogen werden: "Der friedliche Weg der sozialistischen Umwälzung hat ein solches Übergewicht der Kräfte auf seiten der Arbeiterklasse und des Volkes zur Voraussetzung, das es der Reaktion unmöglich macht, gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anzuwenden."

Vorbereitet sein

In Wahrheit ist das jedoch keine Frage des "unmöglich"-machens. Die reaktionären Kräfte stemmen sich stets mit allerletzter Kraft gegen ihren Untergang und werden ohne Zögern auch "gegen die demokratische Mehrheit des Volkes Gewalt anwenden." Wie groß soll denn die Mehrheit sein, die eine Konterrevolution von vornherein u n m ö g l i c h macht? Eine ganz andere Sache ist es, sie a u s - s i c h t s l o s zu machen. Das wird dann der Fall sein, wenn die Partei der Arbeiterklasse hinreichende entschiedene Vorbereitungen zur b e w a f f n e t e n M a c h t e r g r e i f u n g getroffen hat. Die Konterrevolution wird sich auch angesichts der Aussichtslosigkeit nicht kampflos geschlagen geben, aber die bewaffnete Arbeiterklasse wird imstande sein, sie zu v e r n i c h t e n ! !

II. Teil

KPD-Führung im Schlepptau der sowjetischen Revisionisten

Da die KPD-Führung zu den eifrigsten Nachbetern des jeweils "letzten Schrei's" der Moskauer Revisionistenclique gehört, darf in ihrem Programmentwurf auch ein kräftiger Seitenhieb gegen China und andere nicht fehlen. Nach einigen Worten über "Einheit und Geschlossenheit" und den "Geist des proletarischen Internationalismus" heißt es weiter im letzten Abschnitt des Programms (Entwurf):

"Die gemeinsame antiimperialistische Front wird heute von den Kräften geschwächt, die nicht bereit sind, den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren gemeinsam zu führen und die mit ihrem antisowjetischen und antileninistischen Kurs Spaltung in die Arbeiterbewegung tragen. Durch ihre abenteuerliche und nationalistische Politik diskreditieren sie die sozialistische Sache."

Das ist aber leider auch schon alles, was sie zu dieser Frage zu sagen haben. Da wird nicht bewiesen oder argumentiert, da wird nicht einmal offen gesagt, gegen wen man denn da eigentlich so giftig polemisiert. "Antisowjetisch", "antileninistisch", "abenteuerlich" und "nationalistisch" - das wird so hingesagt, ohne daß es in irgendeiner Weise auch nur ein wenig präzisiert würde. Als ob ein Kind einen Rosenkranz herunterbetet! Aber natürlich weiß man, daß hier in erster Linie China, die "Gruppe um Mao Tse-tung" gemeint ist. Und aus der revisionistischen Literatur lassen sich auch einige konkret erhobene Vorwürfe herausarbeiten.

Beispielsweise heißt es im Programm der KPD (Entwurf): "Die gemeinsame antiimperialistische Front wird heute von den Kräften geschwächt, die nicht bereit sind, den Kampf gegen die imperialistischen Aggressoren gemeinsam zu führen ..." Diesen Vorwurf hat der Ostberliner Pro-

Gemeinsam mit den Verrätern am Sozialismus?

fessor Dr. Josef Schleifstein so präzisiert: "Der antiimperialistischen Sache, besonders dem Kampf gegen die amerikanische Aggression, ist dadurch außerordentlich geschadet worden, daß die Führer Chinas jede gemeinsame Aktion mit der Sowjetunion zur Hilfe für Vietnam abgelehnt haben. Sonst wäre allerdings die mörderische amerikanische Eskalation niemals möglich gewesen." (Marxistische Blätter 6/67)

Da haben wir nun allerdings ein konkretes "Argument"! Aber bekanntlich handelt es sich bei der sowjetischen Hilfe für Vietnam um materielle Lieferungen, z.B. Flugzeuge, Raketen, Flak-Waffen, Kraftfahrzeuge etc. Wenn die Sowjetunion diese Hilfe ausweiten will, so kann sie das jederzeit tun; wenn die Sowjetunion freiwillige Helfer nach Vietnam schicken will, z.B. Pioniere, Fachleute usw., so kann sie das ebenfalls tun. Die "gemeinsame Aktion" jedoch ist ein reines Phantom. "Gemeinsame Aktion" ist ein Schlagwort, mit dem man beliebig auffahren kann, mit dem sich alles beweisen läßt - man darf sich nur nicht darauf einlassen, dieses Schlagwort einmal zu konkretisieren. Man kann dann sogar ganz frech behaupten "gemeinsame Aktion" hätte die Eskalation verhindert.

Was hätte denn das für eine "Aktion" sein sollen? Eine gemeinsame militärische Aktion, unmittelbar nach den ersten Luftangriffen gegen die DRV im August 1964? Oder zu einem späteren Zeitpunkt? Aber Schleifstein selbst erläutert im gleichen Atemzug: "Es gab stets Amateurstrategen, und wird sie immer geben, die in solchen Situationen eifrig dabei sind, mit 'militärischen Lösungen' zu spielen, die das Risiko eines Weltkrieges unerhört vergrößern würden." - So also nicht! Wie aber dann?

Wie aber dann?

Seit längerem propagiert die KPdSU ein Treffen aller kommunistischen Parteien, auf dem dann angeblich der Kampf gegen den Imperialismus koordiniert werden soll. Der Vorbereitung dieses Treffens diente das Budapester Konsultativtreffen im Februar/März 1968. Aber gerade die sozialistischen Länder, die im Kampf gegen den US-Imperialismus an vorderster Front stehen, die seinen ständigen Kriegsprovokationen ausgesetzt sind, nämlich Vietnam, Cuba, Korea und China, waren auf dem Konsultativtreffen nicht vertreten. Das beweist klar, was diese Völker über den Wert der Budapester Konferenz denken.

Die KPD/SED-Revisionisten jedenfalls zogen es vor, das Fernbleiben der Chinesen, Vietnamesen, Cubaner und Koreaner sowie der meisten anderen kommunistischen Parteien Asiens lieber gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen. Es war auch gar zu peinlich, und eine logische Erklärung hätte man dem "Fußvolk", den "einfachen" kommunistischen Parteigenossen, ohnehin nicht geben können. Tatsächlich zieht der US-Imperialismus aus der Konfusion im revisionistischen Lager, aus der Haltung der sowjetischen Führer einen gewissen Nutzen, selbstverständlich profitiert der US-Imperialismus von der "weltweiten Zusammenarbeit" mit den sowjetischen Führern. Dieser Zusammenarbeit, die soweit geht, daß man einer US-Militärmaschine mit 214 Soldaten für den Einsatz in Vietnam an Bord,

US-Imperialismus profitiert

die im Juni in sowjetisches Hoheitsgebiet eindrang und auf der Kurileninsel Iturup zur Landung gezwungen wurde, den Weiterflug zum Mordeinsatz nach Vietnam gestattete, nicht ohne vorher mit den GI's eine feucht-fröhliche Party zu feiern. Nicht ohne Grund wandten sich auch die US-Imperialisten, anläßlich der Aufbringung ihres Spionageschiffes "Pueblo" in Koreanischen Hoheitsgewässern, mit der Bitte um Vermittlung an die Moskauer Adresse.

Im Lauf der letzten Jahre wurden in Moskau eine ganze Reihe Politiker empfangen, die für den US-Imperialismus "vermitteln" wollten, z.B. der britische Premier Wilson, UN-Präsident U Thant, Tito, Indira Ghandi aus Indien und zahlreiche "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens", darunter auch Abgesandte des Vatikan. Nach der israelischen Nahost-Aggression im Juni 1967 bereiste Tito im Auftrag der sowjetischen Führer die arabischen Staaten, um auch hier zu "vermitteln". In der revisionistischen Presse Westdeutschlands wurde unlängst sogar die Parole von den "zwei, drei, viele Taschkents" ausgegeben, als Gegenparole zu den "zwei, drei, viele Vietnams" des Revolutionärs Che Guevara.

Unterstützung des Hindu-Imperialismus

Was hat es denn mit diesen Taschkenter Gesprächen, um die die Revisionisten so gewaltige Reklame machten, auf sich. Zwar haben diese Gespräche 1965 den Krieg zwischen Indien und Pakistan beilegen können, keineswegs aber haben sie vermocht, die Frage der Selbstbestimmung des Volkes von Kaschmir zu lösen. Objektiv haben die sowjetischen Führer, indem sie das leninsche Prinzip der gerechten und ungerechten Kriege verwarfen, dem aggressiven Hindu-Imperialismus Schützenhilfe geleistet.

Im "Geist von Taschkent" nun möchten die sowjetischen Führer am liebsten auch das "Vietnamproblem" gelöst sehen. Die propagierte "Lösung im Sinne der Genfer Abkommen" ist das konsequente Gegenstück des "Geist von Taschkent." Gerade das Genfer Abkommen von 1954 hat jedoch die gegenwärtigen Leiden des vietnamesischen Volkes hervorgerufen. Damals legte das vietnamesische Volk die Waffen nieder in der Hoffnung auf "freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren". Aber in Wahrheit leitete die Diem-Clique nach 1956/57 die Verfolgung aller Sozialisten, Kommunisten und Patrioten ein. Die zunächst völlig schutzlosen Widerstandskämpfer mußten nun wieder ganz von vorn beginnen mit der Organisation lokaler Selbstverteidigungsverbände, und es dauerte immerhin acht Jahre, bis 1965, bis das Volk von Vietnam die Stellungen zurückgewonnen hatte, die 1954 um das Linsengericht leerer Versprechungen verkauft worden waren.

Sowjetrevisionisten wollen den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes liquidieren

Heute, nachdem auch mehr als eine halbe Million US-Soldaten nicht imstande waren, diesen Freiheitskampf zu liquidieren, nachdem die Aggressoren mit dem Rücken an der Wand stehen, möchten sie das Spiel von 1954 wiederholen. Einigen Vertretern des amerikanischen Großkapitals, z.B. dem Kennedy-Clan, würde auch eine zeitweilige Beteiligung der FNL an einer "Koalitionsregierung" akzeptabel erscheinen. "Einzige" Bedingung: das Volk von Vietnam legt die Waffen nieder. Dann könnten sogar die Interventionstruppen zurückgezogen werden. Denn die Positionen des US-Imperialismus in Südvietnam wären innerhalb eines halben Jahres wiederherstellbar, während sich natürlich

ein Partisanenkrieg nicht nach Belieben an- und abschalten läßt.

Es ist doch klar: ohne Volksarmee besäße das Volk Südvietnams kein Stück Macht, auch wenn der FNL ein paar Ministersessel eingeräumt würden. Aber das ist genau der Weg, auf den die Führer der Sowjetunion und der USA das vietnamesische Volk bugsieren wollen, wenn jetzt das Genfer Abkommen aus dem Papierkorb geholt wird. Das ist genau der "Geist von Taschkent": Hauptsache Krieg zu Ende - Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit Nebensache!

Hier haben wir den Grund für das Fernbleiben gerade der Vietnamesen, Koreaner und Cubaner von dem Budapester Treffen. Die Völker, die täglich mit dem aggressivsten Imperialismus der Geschichte konfrontiert sind, wollen sich nicht "im Sinne des Genfer Abkommens", im "Geist von Taschkent" abservieren lassen. Sie wissen recht gut, daß die "gemeinsame Aktion", zu der man sie bewegen will, Kapitulation vor dem Imperialismus im Weltmaßstab ist.

Notwendig die Einheit aller revolutionären Kräfte

Notwendig ist allerdings die unbedingte Einheit aller revolutionären Kräfte, die Koordination des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus gerade im Sinne des "zwei, drei, viele Vietnam"! Die Revisionisten jedoch, die jetzt offenbar entschlossen sind, ihr "antiimperialistisches" Treffen noch in diesem Jahr stattfinden zu lassen - notfalls auch ohne die gegenwärtigen Opfer der imperialistischen Aggression - haben eine ganz andere "Einheit" im Auge.

Wenn man die Propaganda der KPD/SED in den letzten Monaten betrachtet (und die Äußerungen einiger ausländischer "Kommunisten"), so ergibt sich, daß man längst eine"Einheit" eigener Art hergestellt hat, und zwar mit Pazifisten, Pseudopazifisten, "aufgeschlossenen" Vertretern der katholischen Kirche, bürgerlichen "Intellektuellen" und sogar mit Vertretern des amerikanischen Großkapitals. Da wird freudig berichtet, ein führendes Mitglied des Kennedy-Clan habe die Einstellung der Bombenangriffe gegen die DRV gefordert, ein bekannter Pazifist sei "besorgt" über den Vietnam-Krieg und ein Abgeordneter der SPD halte Demonstrationen für "legitim".

Gefahren des Pazifismus

Jeder Marxist-Leninist weiß, welche Gefahr Pazifismus und Reformismus in der Arbeiterbewegung darstellen. Aber die Revisionisten sind viel zu aufgeregt, daß wieder jemand ihr Spiel mitmacht, als daß sie ernsthaft eine Diskussion über Pazifismus und Reformismus eröffnen würden. Folge: Alleingelassen gerät besonders die Jugend, auch in der DDR, immer mehr unter den Einfluß von Pazifismus und Reformismus. Aber wie will man sich gegen diese Erscheinungen kleinbürgerlicher Denkweise abgrenzen, wenn bedenkenlos U Thant, Niemöller, Abendroth, bisweilen sogar de Gaulle und der Papst als "Friedenskämpfer" vorgestellt werden? Wenn sogar der reaktionärsten Institution unserer Epoche, dem Vatikan, im Programmentwurf der KPD "neue Tendenzen" untergejubelt werden, nur weil der Papst etwas Kritisches über gewisse "Entartungen des Kapitalismus" verlauten ließ?

Die katholische Kirche hat aus leicht einsichtigen Gründen dem Kapitalismus stets reserviert gegenübergestan-

den, da sie ihre ideologische Basis im Feudalismus, in den Millionenmassen ländlicher Analphabeten hat. Überdies ist der Vatikan, allen schönen "antikapitalistischen" Reden zum Trotz, einer der größten Konzernherren der Welt, der über Fabriken, Bergwerke und Minen sowie über einen ungeheuren Bodenbesitz verfügt. Die "neuen Tendenzen" sind wirklich ein glatter Hohn auf die unterbezahlten italienischen Arbeiter in den Fabriken des Vatikan, auf die lateinamerikanischen Indios, die unter den Bedingungen der Sklaverei in den Minen des Vatikan schuften. Aber im Programm der KPD (Entwurf) ist die Erwähnung dieser "neuen Tendenzen" mehr als nur ein "peinlicher" Zufall, ist sie Ausdruck einer völligen Abkehr von den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zugunsten der Aussöhnung mit Kapitalismus und Feudalismus. Äußerungen des Pazifismus und Reformismus sollen den Unterdrückten "beweisen", daß ihre Unterdrücker "vernünftiger" geworden, daß die Bedingungen für ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus" günstiger geworden seien, da ja sogar de Gaulle, Niemöller, Indira Ghandi und der Papst schon halbe Sozialisten seien. Aber so einfach lassen sich natürlich die Unterdrückten nicht übers Ohr hauen. Die italienischen Arbeiter, die Indios, die vom Vatikan ausgebeutet werden, wissen recht gut, daß es in ihrem täglichen Leben auch nach den päpstlichen Enzykliken keinerlei "neue Tendenzen" gegeben hat.

Abkehr vom Marxismus-Leninismus

Von "Einheit" reden die Revisionisten gern. Das erinnert uns an einen Ausspruch Friedrich Engels, der vor fast hundert Jahren erklärte: "Man muss sich durch das Geschrei nach 'Einigung' nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter ..." Es sind "die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier." (Engels an A. Bebel, 20. Juni 1873)

SU-Hilfe für Faschisten, Repressalien gegen Marxisten-Leninisten

Aber wie ist es wirklich mit ihrer "Einheit"? In den Jahren 1957-60 stellte die Sowjetunion ihre gesamte wirtschaftliche Hilfe an China ein, nachdem es zu politischen Differenzen gekommen war. Andererseits hat jedoch die Sowjetunion im Jahre 1967 verschiedenen reaktionären Regierungen solche Hilfe geleistet, z.B. an Indonesien, Iran, Brasilien, Indien, Kongo-Kinshasa usw. Die Sowjetunion hat Ende 1961 einseitig die Beziehungen zu Albanien abgebrochen, aber sie unterhält heute Beziehungen zu den USA, Westdeutschland, Indonesien, sogar zu den griechischen Faschisten. China wird in der sowjetischen Presse aufs übelste beschimpft; das ging so weit, daß bei uns die "Zeit" und die "Welt" Hetzartikel der "Prawda" und "Istwestija" genüßlich nachdrucken konnten. Motto: das ist sogar den Russen zuviel ... Aber die reaktionäre Regierung Burmas wird in der DDR-Presse, in den Kommentaren des Deutschlandsenders stets als "revolutionär" verherrlicht, obwohl mehr als die Hälfte Burmas bereits in der Hand der Revolutionäre ist. Als der westdeutsche Bundeskanzler Kiesinger der "revolutionären" Regierung Burmas einen Besuch abstattete und dabei ein Reisanbaugebiet besichtigte, waren mehrere Kompanien im Einsatz, um das Gebiet zu "säubern" und "abzuschirmen". Als "antiimperialistisch" bezeichnet die revisionistische Presse die Herren des Kongo und Indonesiens, Mobutu und

Nasution-Suharto, obwohl diese ihr Land Stück für Stück an das amerikanische Großkapital verkaufen. Alle Begriffe werden vollkommen auf den Kopf gestellt. Kommunistische Genossen sind "verbohrt" und "dogmatisch", der Papst hingegen "aufgeschlossen" und "um den Frieden besorgt". Indien ist "friedliebend" und "demokratisch", China hingegen "kriegslüstern" und "arbeiterfeindlich". "Die Gruppe um Mao Tse-tung" ist "abenteuerlich", "antisowjetisch" und "chauvinistisch", der Kennedy-Clan hingegen "vernünftig", "um Ausgleich bemüht" usw.

Teufelspakt perfekt

Als Kossygin fast unmittelbar nach dem Überfall Israels auf die arabischen Staaten im Juni 1967 nach Glassboro eilte, um mit dem Mörder des vietnamesischen Volkes, Johnson, Gheimverhandlungen zu führen, war der Teufelspakt der neuen Einheit perfekt. Nicht nur die Kapitulation der arabischen Staaten vor dem israelischen Aggressor wurde beschlossen, sondern darüber hinaus in beiderseitiger Abstimmung der Interessensphären ein Komplott zur Einkreisung der Volksrepublik China ausgeheckt.

Die BILD-Zeitung schrieb damals: "Kossygin und Johnson - in den Gesichtern der beiden Männer liegen die Sorgenfalten einer unruhigen Welt. Zwei Männer, zwei Machtblöcke ... aber die Welt hofft, daß sich die beiden Großen dieser Erde auf einen Kurs einigen: auf den Kurs eines dauerhaften Friedens ..." (26.6.67). Ein freundlicher Händedruck mit dem Aggressor, ein Prosit auf den US-Imperialismus, das ist "friedliche Koexistenz" nach dem Herzen der Herren Springer und Konsorten.

Keine Einheit mit Verrätern

Abstrakte "Einheit" ist nicht möglich. Es wäre vollkommen sinnlos, wenn sich jetzt die Marxisten-Leninisten mit den Verrätern des Marxismus-Leninismus an einen Tisch setzen, die Augen schließen und auf ein Wunder hoffen würden. Jeder Kommunist weiß, daß sich mit Renegaten vom Schlage eines Ruhnau, Schmidt, Wehner, Schiller usw. keine Einheit herstellen läßt, auch wenn man wochenlang mit ihnen konferieren würde. Ebensowenig ist Einheit möglich mit jenen, die unbedingt aus der amerikanischen Aggression in Vietnam ein "Problem" machen wollen, aus der israelischen Aggression eine "beidseitig interessierende Frage", aus dem Dilemma des US-Imperialismus "die großen Fragen ..., vor denen unsere beiden Länder und die Welt stehen".

Es gäbe noch manches zum Programmentwurf der KPD zu sagen, doch lassen wir es bei dem hier Aufgezeigten bewenden. Fest steht, daß dieses Programm, vom Geiste des Revisionismus geprägt, offener Verrat am Marxismus-Leninismus bedeutet, daß es das schandbarste Dokument ist, das bisher unter dem Namen KPD erschien. Die Verfasser dieser Arbeit haben weder das Recht im Namen Marx, Engels und Lenins, noch im Namen Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann zu sprechen.

Es ist an der Zeit, daß alle Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sich sammeln, zusammenschließen und dem KPD-Programm der Kapitulation vor der Monopolbourgeoisie, das revolutionäre Programm einer marxistisch-leninistischen Partei entgegenstellen.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19. Erscheinungsweise: vorläufig monatlich. Einzelpreis: 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 5,-- DM (einschließlich Porto). Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67. Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

deutsche marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

September 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfennig

Die marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands wächst und erstarkt

Die letzten Wochen, der letzte Monat brachten ein verstärktes Anwachsen, eine zunehmende Aktivierung der Arbeit der marxistisch-leninistischen Gruppen in Westdeutschland. Der totale Bankrott des modernen sowjetischen Revisionismus, seine völlige Entlarvung als "sozial-imperialistisches System" durch den Überfall auf die CSSR, stärkten die Reihen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und vergrößerten die Zwietracht, die Widersprüche im revisionistischen Lager.

In mehreren westdeutschen Großstädten fanden Demonstrationen statt und wurde in Flugblättern das Vorgehen der Sowjetrevisionisten und ihrer Satelliten gegen die CSSR scharf verurteilt. In einer Flugschrift der "Gruppe ROTER MORGEN Mannheim und der Marxisten/Leninisten Tübingen zur Lage in der CSSR", wird der Kampf der beiden revisionistischen Linien (Novotny und Dubček in der CSSR aufgezeigt und anhand zahlreicher Fakten bewiesen, daß - nachdem die Novotny-Clique längst "die Diktatur des Proletariats abgeschafft und ihre Liquidierung mit hohlen Phrasen überdeckt" hatte - jetzt die ultrarevisionistische Dubček-Clique dazu überging, völlig nach westlichem Vorbild den Kapitalismus im Lande zu restaurieren. In einer "vorläufigen Erklärung der Gruppe ROTER MORGEN Mannheim zur Besetzung der CSSR durch die Sowjetrevisionisten und ihrer Handlanger heißt es: "Wir Kommunisten sind empört, daß die durch die sowjet-revisionistische Renegaten-Clique und ihrer Handlanger erfolgte Besetzung der CSSR unter dem Vorwand geschah, die leninschen Prinzipien wiederherzustellen."

In einer Sonder-Ausgabe der "Freiheit", kommunistische Monatszeitschrift für Rhein und Ruhr, wird die Annexion der CSSR durch die Truppen der sowjetischen Revisionisten und ihrer Satelliten voller Abscheu verurteilt und als "Aggression von faschistischem Typ" entlarvt. Wörtlich heißt es weiter: "Wir, die deutschen Marxisten-Leninisten waren die ersten, die die ultra-revisionistische Dubček-Clique angeprangert haben, aber wir haben niemals einen Hehl daraus gemacht, daß der Vorgänger Dubčeks, Novotny, ebenfalls ein konterrevolutionäres Subjekt ist. Deshalb stand für uns niemals die Frage zur Debatte Novotny oder Dubček, sondern immer die Frage Revisionismus oder Marxismus-Leninismus. Es gibt für einen Kommunisten da kein Überlegen. Revisionismus kann keine Alternative zum Revisionismus sein, sondern der revolutionäre Weg ist der einzig gangbare."

Die FSP/ML schreibt in ihrer Erklärung: "Besonders bestürzt sind wir darüber, daß deutsche Soldaten an diesem Aggressionsakt beteiligt sind. Wir deutschen Kommunisten verurteilen dies auf das allerschärfste. Die Ulbricht-Clique hat damit wieder einmal ihr wahres Gesicht

Volksrepublik Albanien verläßt den Warschauer Pakt

Volksrepublik China versichert brüderliche Hilfe und Solidarität

Angesichts der Tatsache, daß der ursprünglich zum Schutze der sozialistischen Staaten gegen Angriffe des Imperialismus gegründete Warschauer Pakt in ein Instrument der Aggression und Erpressung durch die sowjetisch-revisionistische Renegaten-Clique verwandelt wurde, beschloss die Albanische Nationalversammlung, dieses sinnlos gewordene Bündnis zu verlassen. Gleichzeitig nahm die Versammlung ein Gesetz an, das die albanische Unterschrift unter den "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" mit Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der CSSR und der Sowjetunion vom 14. Mai 1955 annulliert.

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und der Ministerrat der Volksrepublik erklärten zum Austritt des Landes: Der Warschauer Pakt dient nicht mehr dem Schutz der sozialen Errungenschaften, weil es gerade die revisionistisch beherrschten Länder dieses Paktes sind, die den Kapitalismus restaurieren. Der Pakt hat seine ideologische Klassenbasis verloren. Er dient nicht mehr dem proletarischen Internationalismus, sondern ist zu einem Instrument in den Händen der sowjetischen Arbeiterverräter geworden, zur Durchführung ihrer konterrevolutionären, imperialistischen Ziele, wie die Aggression der Paktstaaten auf die CSSR eindeutig beweist.

Der Warschauer Pakt dient heute dem kriminellen Komplott, das die sowjetischen Revisionisten mit den US-Imperialisten über die Aufteilung der Welt in einerseits sowjet-imperialistische und andererseits US-imperialistische Interessenssphären abgeschlossen haben. Das Ziel der sowjetischen Revisionisten und der US-Imperialisten ist die totale Aufteilung der Welt, die Ausbeutung und Knechtung der kleinen Nationen. Diesem kriminellen Komplott dient auch der verbrecherische Atomsperrvertrag. Alle Anti-Imperialisten, alle Völker der Welt, denen die nationale Unabhängigkeit teuer ist, müssen gegen dieses finstere Komplott zur Versklavung der Völker der Welt kämpfen.

Der mutige, konsequente Schritt, den die Volksrepublik Albanien durch ihren Austritt aus dem Warschauer Pakt vollzog, wurde von allen Marxisten-Leninisten der Welt freudig begrüßt. Die Volksrepublik China versicherte dem albanischen Volk und seiner Partei brüderliche Hilfe und Solidarität gegen seine Feinde, die Sowjetrevisionisten und den US-Imperialismus. An dem albanischen Volk, das wie ein Mann hinter seiner revolutionären Führung steht und dem 700-Millionen-Volk der Volksrepublik China werden sich alle Imperialisten und Reaktionäre dieser Welt, sollten sie eine Aggression wagen, blutige Köpfe holen und ihren eigenen Untergang nur noch beschleunigen. Die revolutionäre Führung Albaniens wird niemals ihr Volk verraten und vor den Revisionisten im Kreml zu Kreuze kriechen.

Fortsetzung von Seite 1

gezeigt. Wir distanzieren uns von solchen Verrätern am wahren Marxismus-Leninismus. Ebenfalls von den Reimann-Kommunisten, die diesen Überfall für richtig befunden haben".

Doch nicht nur anläßlich des Überfalls auf die CSSR, auch zu anderen Anlässen verstärkten die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ihre politische Aktivität. In Köln erschien die erste Ausgabe einer neuen marxistisch-leninistischen Betriebszeitung, der "Rote Fordarbeiter". In Hamburg legten Genossen anläßlich des Todestages des deutschen Arbeiterführers Ernst Thälmann einen Kranz vor der Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus nieder, auf dessen roter Schleife es hieß: "Dem revolutionären Sohn unserer Stadt Ernst Thälmann - Marxisten-Leninisten Hamburgs". In Mannheim spaltete sich die von den Revisionisten gegründete "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend". Die revolutionären Mitglieder dieser Organisation setzten den revisionistischen Vorstand ab, demonstrierten zusammen mit dem SDS und AUSS unter roten Fahnen für den Sozialismus und gegen die Intervention der Sowjetrevisionisten in der CSSR und gaben die erste Ausgabe einer "leninistisch-antirevisionistischen" Zeitschrift heraus.

Überall in Westdeutschland, zur Zeit in 21 Städten und Orten, arbeiten marxistisch-leninistische Gruppen oder befinden sich solche im Aufbau, vereinigen sich mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei.

Natürlich befand sich die CSSR unter der Führung der Dubček-Clique auf dem Weg des Revisionismus! Natürlich eilte sie ihrem sowjetischen Vorbild mit Riesenschritten voran. Natürlich mischten die westlichen Imperialisten kräftig mit. Wer aber gab den sowjetischen Revisionisten das Recht, die tschechischen Revisionisten Revisionisten zu schimpfen? Wer gab den Konterrevolutionären, den schamlosen Verrätern am Sozialismus im Kreml, das Recht, die Konterrevolutionäre, die Verräter im Hradschin, Verräter und Konterrevolutionäre zu nennen? Wer gab den Herren in Moskau das Recht, mit Waffengewalt über das tschechische Volk herzufallen, um es auf den "allein selig machenden Weg des sowjetischen Revisionismus" zu zwingen.

Was hier anläßlich des Überfalls auf die CSSR, geschah, zeigt den völligen Niedergang, die völlige Entartung der führenden sowjetischen revisionistischen Renegaten-Clique. Brutalität bis auf's Messer gegenüber den "sozialistischen Freunden" einerseits, Speichelleckerei und plumpe Anbiederung gegenüber dem US-Imperialismus andererseits. Eilfertig ließ man per "heißen Draht" die Herren im Weißen Haus wissen: Keine Gefahr, es handelt sich nur um eine interne Angelegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten. Aus gleichem Grunde suchte Botschafter Zarapkin Altnazi Kiesinger auf. Als in Prag einige sowjetische Soldaten in Verkennung des Feindes Angehörige der Amerikanischen Botschaft belästigten, entschuldigte man sich umgehend bei den Vereinigten Staaten für diesen Fauxpas. Die Amis revanchierten sich prompt, indem sie ihren sowjetischen Freunden in der von jugendlichen Demonstranten belagerten sowjetischen Militärmission in Frankfurt-Niederrad mit Militärpolizei zu Hilfe eilten. Wie überhaupt man in den westlichen Metropolen - trotz regierungsamtlicherseits geheuchelter Entrüstung über das sowjetische Vorgehen - alles tat, um die Botschaftsgebäude der Sowjetunion nicht zu Schaden kommen zu lassen.

Die Aggression der sowjetischen Revisionisten gegen die CSSR wurde ausgeführt im stillschweigenden Einverständnis mit dem US-Imperialismus. Seit Jahren schon treiben die UdSSR und die USA ihr schmutziges Spiel um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Allein seit den gemeinsamen Gesprächen in Glassboro haben sie eine Reihe hinterhältiger Abmachungen über so entscheidende Fragen wie Vietnam, den Nahen Osten, den Atomsperrvertrag und anderes ausgehandelt. Ihr Ziel ist die gemeinsame Beherrschung der Welt. Doch während sich die Sowjetrevisionisten eifrig an die getroffenen Abmachungen halten und mit Kräften bemüht sind, den revolutionären Befreiungskampf der Völker über ihre revisionistischen KP-Zentralen im Westen zu unterdrücken (letztes Beispiel: Frankreich), nehmen die US-Imperialisten das Abkommen nicht gar so genau. Besonders die westdeutschen Imperialisten - als treueste Verbündete der USA - versuchten und versuchen gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts eine Aufweichungspolitik zu treiben, indem sie die Widersprüche zwischen den revisionistischen Cliquen der einzelnen Länder auszunutzen versuchen, um so ihre revanchistischen Ziele zu erreichen.

Für den US-Imperialismus war der Überfall der sowjetischen Revisionisten auf die CSSR ein Bombenerfolg. Gibt er ihm doch weitere Handlungsfreiheit für Unterdrükkungsmassnahmen gegenüber den Völkern in dem von ihm beanspruchten Einflußgebiet. Wie wollen die Sowjetrevisionisten angesichts ihrer eigenen aggressiven Handlungsweise noch der gewaltsamen Besetzung Südvietnams durch die US-Imperialisten widersprechen?

Natürlich gibt es für die militärische Besetzung und Versklavung der CSSR durch sowjetische Truppen und die Truppen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten Gründe, sehr handfeste sogar. Es war die Jagd nach dem Profit, das Streben nach absoluter Befehlsgewalt, das die Sowjetrevisionisten zum Handeln veranlaßte. Jahrelang hatten sie die sozialistischen Bruderstaaten schamlos ausgeplündert. Hatten Rohstoffe zu überhöhten Preisen an sie verkauft, um hochwertige Industriegüter zu niedrigen Preisen einzuheimsen, hatten sie gezwungen, ihre wirtschaftlichen Belange denen der Sowjetunion unterzuordnen. Als dann die revisionistische Dubček-Clique in Prag, die den Sowjetrevisionisten hörige Novotny-Clique ablöste, Maßnahmen ergriff, um - dem Beispiel der Renegaten in Moskau folgend - sich in den Schoß der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zu

begeben, war man im Kreml gewarnt. Dieses Recht der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus beanspruchen die Sowjetrevisionisten ausschließlich für sich. "Quod licet Jovi, non licet bovi" sagten die alten Römer - "was sich für einen Jupiter schickt, schickt sich nicht für einen Ochsen" und kennzeichneten so die Sklavenhaltermoral. Gleichzeitig erhöhte der Alleingang der Dubĉek-Revisionisten die Gefahr, daß die schon seit längerem bestehenden Widersprüche im revisionistischen Lager sich weiter verschärfen würden und die Sowjetrevisionisten ihre Vormachtstellung einbüßten.

Um nun die Dubĉek-Clique zur Unterwerfung zu zwingen und die Tschechoslowakei unter ihre Kontrolle zurückzubringen, griff die herrschende sowjetrevisionistische Clique zur Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Gelegentlich drohte sie durch die Abhaltung militärischer Manöver mit Gewaltanwendung. Dann wieder organisierte sie Konferenzen, auf denen sie sich - bereits den Dolch im Gewande - verständigungsbereit gab, um so die tschechischen Revisionisten in die Falle zu locken. Ein wahres Meisterstück der Intrige leistete sich jedoch der den Sowjetrevisionisten getreueste Satrap Ulbricht, der wenige Tage vor dem Überfall anläßlich seines Treffens mit Dubĉek Frieden und Freundschaft heuchelte, obwohl er wußte, daß die "deutschen" Okkupationstruppen wie 1939, zum Überfall, zur Besetzung der Tschechoslowakei bereitstanden.

Doch weder süsse Worte noch Drohungen vermochten den Sinn der Dubĉek-Clique zu ändern. Beharrlich bestand sie darauf, die CSSR aus dem Machtbereich der Sowjetrevisionisten zu lösen und sie in die Arme des Westens zu führen. Da ließen die Sowjetrevisionisten die Maske fallen. Entgegen der von ihnen geheuchelten Befolgung der Prinzipien des "Marxismus-Leninismus" und des "Proletarischen Internationalismus" überfielen sie das tschechische Volk. Sie handelten wie seinerzeit Hitler gegenüber der Tschechoslowakei, wie heute der US-Imperialismus gegenüber Vietnam, sie verübten eine direkte bewaffnete Aggression, um sich mit Hilfe ihrer Militärmacht Marionetten zu schaffen. Sie entlarvten sich dadurch als reine imperialistische Macht, die, um ihre Profite zu sichern, andere Völker überfällt.

Wie aber reagierte die revisionistische Dubĉek-Clique auf diesen frechen Überfall? Sie selbst hatte durch ihre Politik der Entideologisierung des Volkes, des Strebens nach Profit und subjektiven Vorteilen für den einzelnen diese Aggression erst ermöglicht. Als es soweit war, als der Überfall erfolgte, war sie die erste, die das Volk dazu aufforderte "Ruhe zu bewahren", anstatt es zum Widerstand gegen die Aggressoren aufzufordern. In Moskau schlossen die Dubĉek, Swoboda und Konsorten einen schmutzigen Kompromiß und forderten zurückgekehrt, das Volk auf, sich dem sowjetischen Diktat zu beugen und keine Provokationen zu verüben. Als wenn nicht die Anwesenheit von Besatzungstruppen gegenüber dem tschechoslowakischen Volk eine Provokation bedeutete, sondern dessen berechtigter Widerstand. Die Dubĉek-Clique hat sich genau als das erwiesen, als was wir Marxisten-Leninisten sie von Anfang an eingeschätzt haben, als Holz vom Stamme des modernen Revisionismus.

Was aber hätte die KPC tun müssen, um das Land aus der wirtschaftlichen Unterjochung durch die Sowjetrevisionisten zu lösen und zu den marxistisch-leninistischen Normen im Parteileben zurückzukehren? Den Weg nach noch weiter rechts, noch revisionistischer als die sowjetischen Revisionisten, noch schneller als diese den Weg in den Kapitalismus gehen? Die westlichen Imperialisten hätten sich zweifelsohne gefreut. Für das tschechoslowakische Volk hätte dieser "jugoslawische Weg" nur neue Not und Ausbeutung gebracht. Statt der Clique der modernen revisionistischen Bourgeoisie hätte ihm bald die Clique der alten Kapitalisten im Nacken gesessen. Und wie heute schon zigtausende jugoslawischer "Gastarbeiter" hätten wir bald zigtausende tschechoslowakischer "Gastarbeiter" bei uns begrüssen können.

Nein, der einzig richtige Weg wäre der nach links gewesen. Das heißt, mit den unter Novotny eingeführten kapitalistischen Verhältnissen aufzuräumen, das Volk der CSSR verstärkt mit der marxistisch-leninistischen Lehre vertraut zu machen und die Diktatur des Proletariats neu zu errichten. Wir sehen am Beispiel Chinas und Albaniens, daß dieser Weg nicht nur möglich, sondern der einzig richtige ist. Besonders das mutige kleine albanische Volk hat hier ein hervorragendes Beispiel gegeben. Als die Partei der Arbeit Albaniens im Gegenteil zu den Chruschtschow-Revisionisten den eingeschlagenen Weg des Marxismus-Leninismus weiter beschritt, versuchten diese sie zu erpressen. Aber das albanische Volk stand wie ein Mann hinter der Partei und jeder Aggressor

hätte sich dort blutige Köpfe geholt, wenn er militärisch interveniert hätte So war es möglich, daß Albanien frei blieb und die Truppen der Sowjetunion nicht eingriffen, um die marxistisch-leninistische Partei unter der Führung des Genossen Enver Hoxha zu stürzen. Zwar versuchten es die Chruschtschow-Revisionisten mit wirtschaftlicher Erpessung; aber das spornte das albanische Volk nur zu neuen Heldentaten an. Wäre die KPC den revolutionären Weg gegangen, hätte sie sich eng mit den Massen verbunden und das Volk mit der Lehre des Marxismus-Leninismus gerüstet, die Aggressionstruppen wären mit einem Feuerhagel empfangen worden, der ihnen die Lust zu weiteren Verbrechen genommen hätte. Doch so blieb das Volk führerlos. Es wurde von den Ereignissen völlig überrascht. Dennoch entwickelte es mutig den Widerstand. Eisige Kälte empfing die Aggressoren und ließ sie erkennen, daß sie in der CSSR keine Freunde haben. Wir deutschen Marxisten-Leninisten haben uns von Anfang an in Flugblättern und Resolutionen voller Empörung gegen die schändliche imperialistische Aggression der sowjetischen Renegaten-Clique und ihrer revisionistischen Befehlsempfänger gegen die CSSR gewandt. Genauso wandten wir uns aber auch gegen all jene "Freunde" der CSSR, die heute lauthals von "Verbrechen", von "Bruch des Völkerrechts" reden, selbst aber an Verbrechen in aller Welt beteiligt sind. Weder Johnson, Kiesinger, de Gaulle, Wilson und andere haben das Recht, sich aufzuregen. Wer wie der US-Imperialismus Völkermord in Vietnam begeht, sich stillschweigend daran beteiligt oder ihn duldet, wer das eigene Volk unterdrückt oder neokolonialistisch andere Völker versklavt, ist keinen Deut besser als die sowjetischen Revisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten stellen uns voll und ganz hinter die Erklärungen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, die diese Aggressions aufs schärfste verurteilen und zum Widerstand aufrufen. Tschechoslowakische Klassenbrüder, Genossen der KPC, besinnt euch der revolutionären Tradition eures Landes und eurer ruhmreichen Kommunistischen Partei, deren Vorsitzender einst der geliebte Führer des Volkes der CSR, Clement Gottwald war. Wir versichern euch unserer unverbrüchlichen Solidarität in eurem Kampf gegen die Okkupanten. Uns trennen Welten von jenen, die dieses Verbrechen begannen und es heute gutheißen. Die Aggression gegen euer Land ist die Tat von Verbrechern und Verrätern am Marxismus-Leninismus, die Stunde des Einmarsches in euer Land ist die Stunde der Schande der Sowjetrevisionisten.

Die Aggression gegen die CSSR hat aber auch den aggressiven imperialistischen Charakter des Warschauer Paktes offenbart. Dieser Pakt, der einst antiimperialistisch war und zum Schutze der Freiheit der Sozialistischen Länder geschaffen wurde, ist heute ein Instrument für die Verwirklichung der imperialistischen Ziele der Sowjetrevisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten unterstützen entschlossen den Kampf der Völker der ganzen Welt gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen modernen Revisionismus. Unsere Solidarität gilt dem Proletariat und allen revolutionären Menschen in der Sowjetunion, der CSSR, der DDR und in den anderen Ländern unter der Herrschaft der modernen Revisionisten-Cliquen.

Wir wissen, sie werden aufstehen, um die Herrschaft der modernen Revisionisten und Reaktionäre zu stürzen und die Staatsmacht wieder in die eigenen Hände nehmen, damit ihre Heimatländer auf dem Weg der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus zurückkehren können.

Es lebe die CSSR! Es lebe der revolutionäre Kampf zur allseitigen Vernichtung des Imperialismus und modernen Revisionismus!

Marxisten-Leninisten
Westdeutschlands

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise: vorläufig monatlich.

Einzelpreis: 20 Pfennig

Jahresbezugspreis: 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67.

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Unter revisionistischer Regie fanden Anfang August in Sofia die 9. "Weltjugendfestspiele" statt.

Aus Protest gegen den offen antisozialistischen Charakter dieser Veranstaltung waren die Jugendlichen aus Kuba und China von vornherein zu Hause geblieben. Reichlich erschienen waren stattdessen Delegierte sozialdemokratischer, pazifistischer, christlicher und nationalistischer Organisationen aus aller Herren Länder, um bürgerliche Ideologie und Aberglauben unter den Delegierten aus der "Dritten Welt" und den revisionistischen Ländern zu verhökern. Anscheinend haben sie für ihren verschimmelten Kram sogar Abnehmer gefunden. Denn wie anders soll man es auslegen, wenn der selbst in seiner eigenen Organisation sehr umstrittene Jung"sozialisten"chef Peter Corterier (SPD) ausgerechnet in einem Interview mit Springers WELT prahlte, er habe "vielfältige Kontakte" und "offene Gespräche" mit den osteuropäischen Delegierten gehabt? Den Revisionisten blieb es vorbehalten, die Lobsprüche derartiger Renegaten, Reformisten, "fortschrittlicher" Katholiken usw. als Beweis anzuführen, daß es doch eigentlich ein sehr schönes Festival gewesen sei.

Demgegenüber wurde der SDS in der revisionistischen Presse als "Stoßtrupp der Reaktion" beschimpft. Hierin wird die ganze Widerwärtigkeit der revisionistischen Position deutlich: während sie dem ganzen kleinbürgerlich-reformistischen Gesindel gar nicht tief genug in den Arsch kriechen können, beschimpfen sie jene, die sich um eine sozialistische Haltung zumindest aufrichtig bemühen. Und wenn es wenigstens noch beim Schimpfen geblieben wäre. Tatsächlich kann man sagen, daß der politische Teil des Festivals unter geradezu faschistischem Terror ablief. So brachte es z.B. ein bulgarischer Delegierter fertig, den SDS-Vorsitzenden Wolff mit dem NS-Propagandaminister Goebbels gleichzusetzen. Als Wolff auf diese Infamie antworten wollte, wurde er von "Ordnern" geschlagen, getreten und schließlich aus dem Saal gezerrt. In anderen Fällen wurde unbequemen Rednern der Strom zum Mikrophon abgedreht. Diese Ereignisse bestätigen erneut, daß die Revisionisten nicht mehr imstande sind, ihr Gehirn in Bewegung zu setzen, sondern ideologische Streitigkeiten nur noch in Wild-Westmanier lösen können.

Ebenfalls von Geheimdienstleuten zusammengeschlagen und festgenommen wurde ein westdeutscher Student beim Verlassen der chinesischen Botschaft in Sofia. Einige chinesische Broschüren, vor denen die Revisionisten anscheinend große Angst hatten, wurden dem Studenten gestohlen.

Schon beim Einmarsch der Delegation am Eröffnungstag hatte es Übergriffe seitens der revisionistischen Schlägertrupps gegeben. Die zahlreich angereisten "Delegierten" der sogenannten "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" SDAJ hatten den westdeutschen Marschblock auf "unerlaubte" Plakate durchfleddert und mehrere Bilder Ho Tschi-minhs, Mao Tse-tungs und Che Guevaras zerrissen. Einige Tage später war es wiederum die SDAJ, die Arm in Arm mit bulgarischen Polizisten die US-Botschaft in Sofia gegen empörte Demonstranten abschirmte.

Es ist nur natürlich, daß der Verlauf dieser abstossenden Schmierenkomödie von der bürgerlichen Presse zu einer wilden antikommunistischen Hetzkampagne ausgenutzt wurde. Das ist ein demagogisches Manöver. Das rüpelhafte Verhalten der Revisionisten hatte rein gar nichts zu tun mit Kommunismus, mit der Lehre von Marx und Lenin; vielmehr war es Ausdruck ihrer a n t i-kommunistischen, bürgerlichen Gesinnung. Es ist ganz klar, daß die bürgerliche Presse mit ihrem verlogenen Gejammer über den "orthodoxen", "konservativen", "stalinistischen", "dogmatischen" Kommunismus den Revisionismus nicht etwa bekämpfen, sondern im Gegenteil noch vorantreiben will: Niht jeder, der das Verhalten der Revisionisten kritisiert, ist deshalb auch schon Sozialist.

Die weitere Entwicklung der "Weltjugendfestspiele" ist absehbar: sie werden immer mehr zu einem Treffpunkt Trojanischer Pferde aus Westeuropa und Nordamerika werden, die bei den Delegierten aus den revisionistischen Ländern und aus der "Dritten Welt" mit bürgerlichem Schund hausieren gehen. Revolutionäre Jugendliche würden das traute Beisammensein nur stören, man wird sie in Zukunft sicher gar nicht erst einladen.

Es wird allmählich Zeit, an eine sozialistische Gegenveranstaltung zu denken, die nach Lage der Dinge nur in Peking oder Havanna stattfinden könnte.

-me

Jetzt auch von unseren Steuergeldern:

Reklame für die griechischen Faschisten

Sechs Bundestagsabgeordnete von der CDU/CSU und der FDP besuchten auf Einladung der Patakos-Clique das unterdrückte Griechenland. Wie es sich unter feinen Leuten gehört, waren die sechs ausgesucht höflich zu ihren Gastgebern (Patakos bezeichnete die Abgeordneten als "gentlemen"!), besprachen "mit tiefem Ernst und spürbarem Verantwortungsbewußtsein" die Gemeinsamkeiten zwischen Griechenland und Westdeutschland und fanden überhaupt alles famos. Eine Besichtigung der griechischen KZ's lehnten die Abgeordneten ab mit der Begründung, es lägen "genügend Berichte des Roten Kreuzes vor, die von zufriedenstellenden Verhältnissen der Häftlinge sprechen". Wer hätte auch eine so wundervolle Reise ausgerechnet mit dem ja doch irgendwie deprimierenden Besuch eines KZ abschliessen wollen?!

Immerhin wurde diese Werbereise der westdeutschen Politiker von den griechischen Faschisten selbst finanziert. Neuerdings verwendet die Bundesregierung aber ganz ungeniert auch unsere Steuergelder, um für die Militärregierung zu werben.

Die "Christl" ist eine Monatszeitschrift, die aus öffentlichen Geldern im Auftrag der westdeutschen Bundespost gedruckt und kostenlos an alle ihre Beschäftigten verteilt wird. In der Julinummer der "Christl" nun ist ein Artikel abgedruckt, der die Überschrift "In und um Olympia" trägt. Der Artikel beginnt raffiniert mit unpolitischem Geplauder über die Reize Griechenlands wie etwa "Griechenland, das ist Meer, Sonne, seltsam klares Licht und eine Ausstrahlung abgemessener, klassischer Schönheit", "hier mildert ein erfrischender Wind die Wirkung der Sonnenglut", "weißschimmernder Marmor", "Heimat abendländischer Kultur" usw. usf. Dezent wird auf den Mann hingewiesen, der dieses wundervolle Land auch dem etwas schmaleren Geldbeutel zugänglich macht: "Neckermann, der in Kap Sunion mit vier Vertragshotels verschiedener Preisklassen seinen Griechenlandschwerpunkt hat, veranstaltet Fahrten nach Athen, Delphi, Korinth, Mykene ... "

Politische Bedenken gegen eine Reise nach Griechenland räumt der Verfasser sogleich aus: "Die Menschen in Griechenland sind gast- und deutschfreundlich. Von politischer Unruhe ist nichts zu spüren. Der Wechsel des Regimes berührt die breiten Massen nicht. Und wenn man mit politisch versierten Griechen oder landeskundigen Ausländern spricht, kann man hören, daß die jetzt entmachteten politischen Parteien in den letzten Jahren den Begriff der parlamentarischen Demokratie so sehr in Mißkredit gebracht haben, daß die Mehrheit der Griechen ihnen keine Träne nachweint."

Der Verfasser zitiert dann einen "gebildeten Griechen", der ihm sagte: "... Was Griechenland braucht, ist tatkräftiger Aufbau ... Wer jetzt nach Griechenland reist, findet Ordnung und Stabilität. Kein Reisender muß mehr im Zug übernachten, weil etwa die Eisenbahner streiken, oder auf Strom und Wasser verzichten, weil Energiewerke die Arbeit niederlegen ..." Soweit der Verfasser, der auch als Rundfunk-Sportreporter bekannte Gerd Krämer.

Den Hinweis auf Neckermann hätte es sicher nicht gebraucht, um den Zweck dieses Artikels zu durchschauen: Griechenland soll als Reiseland (und nebenbei auch politisch!) wieder aufgewertet werden. Es wäre interessant zu wissen, ob bzw. wieviel Neckermann der "Christl" für diesen Artikel zugeschossen hat. In jedem Fall: wieder ein Skandal, der zum Himmel stinkt - aber typisch ist für das korrupte bürgerliche Regime.

A C H T U N G !

Radio TIRANA
in deutscher Sprache

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00-6.30	215 m	32 m, 41 m
13.00-13.30	-	32 m, 41 m
14.30-15.00	-	32 m, 41 m
16.00-16.30	-	32 m, 41 m
18.00-18.30	-	32 m, 41 m
19.00-19.30	-	32 m, 41 m
21.30-22.00	-	32 m, 41 m
23.00-23.30	215 m	32 m, 41 m

Radio PEKING
in deutscher Sprache

MEZ	Meterband
19.00 - 20.00	43,7 42,8 19,9 25,6
21.00 - 22.00	43,7 42,8 19,9

LEST PEKING-RUNDSCHAU

"Neue Erkenntnisse in Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche sind Ausdruck der großen gesellschaftlichen Wandlungen unserer Zeit. In den päpstlichen Enzykliken über den Frieden auf Erden und den Fortschritt der Völker, in Verlautbarungen evangelischer Kreise sind neue Tendenzen sichtbar, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sind und in denen eine kritische Haltung zu den Mißständen der kapitalistischen Welt zum Ausdruck kommt."
(zitiert aus dem Programmentwurf der KPD/Revisionisten)

Vier große Auslandstourneen hatte Papst Paul VI. bisher veranstaltet: nach Palästina, Indien, Portugal und nach New York an den Sitz der UN. Darin kommt die "Tendenz" dieses Papstes zum Ausdruck, reaktionäre Systeme und Institutionen mit Weihrauch einzunebeln, ihren wahren Charakter zu verschleiern. Zwar fanden sich für die Reisen nach Portugal und Palästina fadenscheinige Vorwände religiöser Art; nicht so für Indien. Hier lag die politische Motivierung klar zu Tage: Indien, ein vom alten und neuen Kolonialismus, vom Feudalismus und Kapitalismus ausgesaugtes und in Rückständigkeit gehaltenes Land, direkt dem sozialistischen China benachbart, wird von den Imperialisten zielstrebig als "demokratisches" Gegenmodell aufgebaut. In diesem Rahmen durfte auch Paul VI. nicht fehlen, um das schreiende Elend des indischen Volkes mit "Nächstenliebe" und "Brot für die WELT"-Salbadern zu übertönen.

Anläßlich des 39. Eucharistischen Weltkongresses im kolumbianischen Bogotá unternahm Paul VI. im August eine fünfte Reise, diesmal auf den Lateinamerikanischen Kontinent. Damit ist erneut ein ausgesprochenes Hunger- und Elendsgebiet Ziel des Papstes. Kommen darin "neue Tendenzen", "Fürsorge für die Armen", zum Ausdruck?

Offenbar war Paul VI. tatsächlich eifrig bemüht, "Solidarität mit den Ärmsten der Armen" zu heucheln. Er schämte sich nicht einmal, der Bevölkerung eines Elendsviertels von Bogotá zu erklären: "Ich bin ein Mensch, so wie ihr, arm und bedürftig". Mit diesem zynischen Blödsinn haut Paul VI. genau in die Kerbe des bürgerlichen Liberalismus und "Humanismus", der von "Niederreissung der Rassenschranken", "alle Menschen sind Brüder" usw. schwätzt.

Um sich bei den Völkern Lateinamerikas anzubiedern, zeigte Paul VI. in Bogotá auch "eine kritische Haltung zu den Mißständen der kapitalistischen Welt"; augenzwinkernd drohte er den Ausbeutern mit dem Finger: "aber, aber, wollt Ihr wohl nicht ...?" Darin kommt auch die Angst der Reaktionäre zum Ausdruck, daß man "etwas fürs Volk tun" muß, falls man eine Revolution vermeiden will.

Normalerweise sind die Reaktionäre schlau genug, zwischen ihrem Profit und ihrem Bekenntnis zum "Christentum" einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen. So waren die pfäffischen Reden Pauls VI. vor allem auf die Millionen Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt berechnet, die heute noch ernsthaft dem christlichen Aberglauben anhängen. So verfehlte Paul VI. nicht, die Völker Lateinamerikas vor der Anwendung revolutionärer Gewalt zu "warnen", und "ermahnte" sie gleichzeitig, die konterrevolutionäre Gewalt geduldig hinzunehmen. So forderte er in einer Rede kolumbianische Landarbeiter auf, ihr Leben "in Geduld und in der Hoffnung auf Christus" zu ertragen, da sie als "niederes Volk viel mehr Aussicht auf das Himmelreich" hätten.

Kurz: von "neuen Tendenzen" zu sprechen, ist naiv oder niederträchtig. Die Armen zu "trösten" und für weitere Ausbeutung zu präparieren ist seit Jahrhunderten Funktion der Kirche. In einer Epoche revolutionärer Kämpfe auf allen Kontinenten, kann es vorkommen, daß die Kirche, um diese Aufgabe zu erfüllen, scheinbar "radikaler" auftritt und sogar gelinde Kritik am Kapitalismus übt. Das sind keine "neuen Tendenzen", sondern neue Formen der Lüge in einer sich für die Reaktionäre täglich verschlimmernden Lage. Ein wahrhaft kommunistisches Programm müßte dies klar aufzeigen, statt es zu verschleiern und sogar willkommen zu heißen.

Die Heuchelei des reaktionären Klerus ist jedoch klar zu trennen vom ehrlichen revolutionären Engagement vieler Christen, auch Priester, für die Sache des Volkes. Stellvertretend für sie alle steht Camillo Torres, ein kolumbianischer Priester. Er nahm 1965 mit seinen Getreuen den bewaffneten Kampf gegen die Ausbeuterklasse und den US-Imperialismus auf. Torres fiel wenig später im Kampf. Viele Priester sind seinem Beispiel gefolgt und wurden in Lateinamerika zu einer revolutionären Kraft.

KM

"Man kann aber doch wenigstens mal in Urlaub fahren ..."

Vor einigen Tagen traf ich eine alte"Genossin". Sie, politisch aktiv, ständig bemüht, um des lieben Friedens willen dem anderen zu Munde zu reden, mit einer Ehrenurkunde der revisionistischen KPD in der Tasche - ich, politisch aktiv, wegen "Mao-Tse-tungs-Hörigkeit", "chinesenfreundlicher kulturrevolutionärer Ansichten" und "parteizersetzender maoistischer Reden" von den Revisionisten der KPD von der Gruppenarbeit ausgeschlossen.

Nachdem sie sich erst einmal vorsichtig nach allen Seiten orientiert hatte, ob auch ja keiner ihrer revisionistischen Freunde sie mit mir sah, zog sie mich in eine Ecke der Bahnhofshalle, um, wie sie sagte, mit mir einige wichtige Fragen zu besprechen. Was dann kam: In einem Wortschwall von fast 45 Minuten erzählte sie mir ihre 'Sorgen' und 'Nöte' und Mißstände, die sie in der DDR und in der CSSR erlebt und gesehen habe. Ich riet ihr, sie möge doch ihre Probleme auf dem Gruppenabend ansprechen. "Ja, weißt du", sagte sie, "das haben mein Mann und ich schon vor einigen Jahren versucht. Aber wenn man das macht, ziehen die Funktionäre lange Gesichter und man ist nicht mehr angesehen. Wenn man still ist und nichts sagt, kann man doch wenigstens mal in die DDR in Urlaub fahren ..." "... als Rentner haben wir doch wenig und man freut sich ja doch, wenn man mal kostenlos verreisen kann ... obwohl einige Genossen uns ja auch wie den letzten Dreck behandeln und versuchen, bei uns abzustauben ...".

Auf meine Fragen 'warum denn letzten Dreck und Abstauben': "Naja, das letztemal habe ich der Frau des Heimleiters zwei Strumpfhosen, einen Perlonkittel und Kaffee mitgenommen und dann frug sie mich später, ob ich ihr nicht noch Wolle schicken könne". Und warum 'Dreck'? "Na, wenn du nichts mitbringst, gucken die doch schief. Und politisch kann man doch auch nichts fragen. Kritisierst du dieses oder jenes, fragst du, wo dieser oder jener Genosse geblieben ist, bekommt man keine Antwort. Die Genossen meiden dich und sprechen nicht mehr mit dir".

Ich versuchte sie zu überzeugen, daß ihr Verhalten doch nicht richtig sei, daß sie diese Probleme doch ansprechen müsse. "Nee", meinte sie, "das macht man ihr, ihr seid jung. Wir Alten können da nichts mehr machen. Ich setz' mir keine Läuse mehr in den Pelz, ich pass' jetzt auf, daß ich keine Schwierigkeiten mehr bekomme".

Dieses Verhalten ist nicht selten. Es ist typisch für eine ganze Reihe von Mitgliedern in der KPD. Obwohl sie sehen, daß in der Partei und in einigen sozialistischen Ländern viele Dihge nicht in Ordnung sind, gehen sie diesen Fehlern aus dem Weg. Spricht man sie darauf an, verkriechen sie sich hinter 'wir Alten können da nichts mehr machen',oder sie schieben die Illegalität der KPD vor und meinen "ja, wenn die KPD wieder legal ist, kann man diese Sachen schnell klären". - Diese Argumente sind natürlich völliger Quatsch, denn ihre hündische Unterwürfigkeit wäre in einer legalen KPD die gleiche, und das Alter hat mit Buckeln und Kriechen ebenfalls nichts zu tun. Nichts anderes aber ist es in Wirklichkeit. Es ist nämlich dieses "man kann aber doch mal in Urlaub fahren ..." - es ist ihr eigenes schlechtes Gewissen, das solche 'Entschuldigungen' hervorbringt, das eigene egoistische Denken, Vorteile zu erheischen - und sei es auch nur eine Wochenendreise nach Rostock, Wismar oder Leipzig. Diese 'Genossen' sind nicht besser als jene die um Strumpfhosen, Perlonkittel und Wolle betteln.

Mao Tse-tung charakterisiert dieses Verhalten richtig, wenn er schreibt: "Alles beiseite zu schieben, was einen nicht selbst betrifft und die eigene Meinung auch dann so wenig wie möglich vorzubringen, wenn man genau weiß, daß etwas nicht in Ordnung ist, schlau nur um die eigene Haut besorgt zu sein und nur darauf zu achten, selbst keinen Fehler zu machen", das ist eine Erscheinungsform des Liberalismus. Und gerade diese Erscheinungsform des Liberalismus ist in Deutschland besonders verbreitet. Sie gilt es zu bekämpfen, denn sie ist etwas Negatives "und hilft in Wirklichkeit den Feind; deshalb würde der Feind es begrüssen, wenn wir den Liberalismus in unserer Mitte duldeten ... In den Reihen der Revolution darf es keinen Raum für ihn geben."

-tha

Alle treuen, aufrichtigen, aktiven und ehrlichen Kommunisten müssen vereint gegen die liberalen Tendenzen gewisser Menschen auftreten, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Das ist eine der Aufgaben an der ideologischen Front.

Mao Tse-tung

Brasilien

Eine Welle heftiger Protestdemonstrationen begann Anfang April. Von Rio de Janeiro aus erfaßte sie die größten Städte des Landes. Marine- und Luftwaffeneinheiten wurden zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt. Bei schweren Straßenkämpfen gab es mehrere Tote und eine große Zahl Verletzte, darunter viele Polizisten und Soldaten. Am 7. August rückten erneut Panzereinheiten in Rio ein.

Chile

Chilenische Tagelöhner besetzten im Juli des Jahres "ihre" Farm, um so ihren sozialen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Erst brutaler Einsatz der reaktionären Ordnungstruppen vertrieb sie von dort. Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizeitruppen führten die Studenten der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile eine Demonstration durch. Als die Studenten von Polizeitruppen attackiert wurden, errichteten sie Barrikaden und setzten sich zur Wehr.

Guatemala

Der amerikanische Botschafter im mittelamerikanischen Staat Guatemala wurde Ende August in seinem Auto von Freiheitskämpfern erschossen. Dasselbe Geschick hatte am 17. Januar dieses Jahres bereits den CIA-Beauftragten Oberst Webers und einen seiner Mitarbeiter ereilt.

Uruguay

Nach Streiks der Eisenbahner am 1. und der Bankangestellten am 2. August kam es am 12. und 13. August zu gewaltigen Demonstrationen von Arbeitern und Studenten Montevideos. Die Polizei ging mit blanken Säbeln und Tränengas gegen die Demonstranten vor, die sich hinter Barrikaden verteidigten. 23 Polizisten wurden verletzt. Die Demonstranten hatten einen Toten zu beklagen, den Studenten Liber Arce, der Mitglied der KP Uruguays war. 100 000 Einwohner Montevideos folgten später dem Sarg des Studenten.

Bolivien

Über Bolivien wurde am 23. Juli nach schweren Straßenkämpfen der Ausnahmezustand verhängt. Dennoch kam es am 2. August in Cochabamba (Mittelbolivien) zu neuen Demonstrationen von Arbeitern und Studenten. Diese Demonstrationen richteten sich gegen ein Abkommen mit der US-amerikanischen "Gulf"-Öl-Gesellschaft. Die Polizei ging mit Tränengas, Schußwaffen und Hunden gegen die Demonstranten vor, verletzte 10 und ermordete zwei. Unter der Parole "Nieder mit der Militärherrschaft" hatten am 31. Juli etwa 1000 Studenten der bolivianischen Hauptstadt La Paz demonstriert.

Kolumbien

Die aus armen Bauern, Tagelöhnern, Arbeitern und einigen Studenten bestehenden kolumbianischen Guerilla-Streitkräfte im Gebiet Alto Sinu/San Jorge verzeichneten neue Erfolge. Nachdem sie am 6. Januar eine Polizeistation in Ure (Provinz Cordova) angegriffen hatten, zerstörten sie im Februar ein Büro der lokalen Behörde in El Cerro (San Jorge). Vier Polizisten wurden getötet und eine Anzahl Waffen erbeutet. Am 28. Mai wurde eine Patrouille der Regierungstruppen in der Nähe der Stadt Monte Libano (Provinz Cordova) überfallen. Die Guerillastreitkräfte in diesem Gebiet werden von der Kommunistischen Partei Boliviens (m.l.) unterstützt.

Mexico

Eine Welle von Demonstrationen begann Ende Juli in Mexico-Stadt, nachdem eine Demonstration anläßlich des Jahrestages der kubanischen Revolution von der Polizei angegriffen worden war. Die mexikanische Reaktion, die Friedhofsruhe für die in wenigen Wochen stattfindenden "Olympischen Spiele" braucht, brachte Panzer und Fallschirmjäger zum Einsatz. Im Verlauf heftiger Kämpfe wurden 32 Menschen getötet und über 300 verletzt. Zu weiteren Massendemonstrationen gegen das brutale Vorgehen der Polizei und Armee sowie für die Freilassung der inhaftierten "Rädelsführer' kam es in den folgenden Wochen: 60 000 Menschen demonstrierten am 2. August. 30 000 am 6. August, mehr als 90 000 am 28. August.

"Friedensfreunde"

Der Landesverband Kiel des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VdK) hat der Kampagne für Abrüstung und dem Ostermarsch die Unterstützung aufgekündigt. Den Kieler "Friedensfreunden" ist das übliche pazifistische Gedöns der Ostermarschierer immer noch nicht "unparteiisch" genug. Nach Ansicht des Kieler VdK dürfe man nicht "einseitig" gegen den US-Imperialismus Stellung beziehen, sondern müsse auch den "Vietkong und Nordvietnam" zur Kampfeinstellung auffordern

ROTER MORGEN



deutsche
marxistisch-leninistische
Monatszeitschrift

Okt./Nov. 1968 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

Mao Tse-tung

Arbeiter, Bauern, Studenten

alle, die Ihr sonst nichts besitzt als Eure körperliche oder geistige Arbeitskraft, die Ihr Tag für Tag an die Kapitalisten verkaufen müßt

vereinigt Euch

zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei! Einer Partei, die allein in der Lage ist, Eure Interessen zu vertreten und imstande, die Arbeiterklasse, die werktätigen Massen des Volkes, zum Sieg über seine Unterdrücker zu führen.

Der Feind steht im Land

Es ist der räuberische US-Imperialismus, dieser Hauptfeind aller Völker, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die ihr hörige Bundesregierung, die als treuer Vasall den US-Monopolen Tür und Tor öffnet und sklavisch den Befehlen aus Washington folgt.

Es ist die sowjetrevisionistische Verräterclique, die das Erbe Lenins verriet, die große Sowjetunion auf den Weg des Kapitalismus zurückführte und die ihr willfährige Ulbrichtgruppe, die die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterklasse verriet.

Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes und haben die Wiedervereinigung unserer Heimat dem Streben des US-Imperialismus und des Sozialimperialismus der Sowjetunion nach Aufteilung der Welt in Interessesphären und gemeinsamer Weltherrschaft, zum Opfer gebracht.

Was unterscheidet die Herrschenden in Ost und West denn noch voneinander? Was den sowjetischen Manager mit Sommer- und Winterdatscha von dem westlichen Industriellen mit Traumvilla am Lago Maggiore? Nur noch das Aktienpaket. Was den lamettageschmückten Sowjetgeneral von seinem arroganten westlichen "Kollegen". Nur noch die Uniform. Was den hohen Partei- und Staatsfunktionär im Osten, der in Exclusivclubs nur noch mit seinesgleichen verkehrt, in Sonderläden kauft, von dem Beamten der westlichen Ministerialbürokratie? Nur, daß der eine bei gemeinsamer Bärenhatz in "volksdemokratischen" Jagdrevieren Wisky, der andere Wodka trinkt. Was endlich unterscheidet den in Vietnam blutig mordenden US-Imperialismus von dem die CSSR überfallenden sowjetischen Sozialimperialismus? Nur noch der Grad der Brutalität?

Es unterscheidet sie nichts, nur daß die einen am Ende des "heißen" Drahtes ihrer Geheimabsprachen in Washington, die anderen im Kreml sitzen, daß die neuen Ausbeuter im Osten noch nicht ganz die Gewinne der im Westen erreichen, daß die US-Imperialisten ihre Aggressionen im Namen der "westlichen Freiheit" führen, während die Sowjetrevisionisten vorgeben, im Sinne des Marxismus-Leninismus" zu handeln.

Es unterscheidet sie alles von den von ihnen unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen ihrer Länder.

Während die Ulbrichtclique die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur gegen das Proletariat verwandelte, unternimmt die westdeutsche Monopolbourgeoisie alles, um ihre auf Sand gebaute Herrschaft zu sichern. Sie hat den Reichtum des Volkes in den Händen einiger weniger vereint. Mehr und mehr bedient sie sich faschistischer Herrschaftsmethoden. Militär, Justiz, Bildungswesen, Bürokratie, öffentliche Meinungsbildung durch Presse, Funk, Fernsehen dienen der Aufrechterhaltung ihrer Klasseninteressen. Durch ein System von hoch und höher bezahlten Technokraten, Managern, Partei- und Gewerkschaftsbonzen, Ministerialbürokraten, Militärs und Polizeioffizieren, versucht sie ihre volksfeindliche Diktatur aufrechtzuerhalten. Das Parlament, beherrscht von den Interessengruppen des Monopolkapitals, wurde zu einer Schmiere, die es nach Lenin verdient, auseinandergejagt zu werden. Sein einziger Zweck und auch der Zweck der politischen Parteien von NPD bis DKP, besteht darin, dem Volk vorzutäuschen, daß es im politischen Leben etwas bestimmen könne.

Tiefer denn je zeigt sich in Westdeutschland der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung. Jahrelang hatte - infolge des riesigen Nachholbedarfs durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges - die Monopolbourgeoisie auf einer Welle der Konjunktur geschwommen. Hatte den Werktätigen - teils mit Erfolg - einzureden versucht, der Klassenkampf sei überholt, an seine Stelle

sei die Sozialpartnerschaft zwischen "Arbeitgebern und Arbeitnehmern" getreten. Kaum aber war der Nachholbedarf im grossen und ganzen gedeckt, traten die ersten Erscheinungen der Überproduktion auf (1967), zeigte die herrschende Klasse ihre brutale Fratze: Kurzarbeit für Millionen, Arbeitsplatzverlust für Hunderttausende, verschärfte Ausbeutung in den Betrieben. Ist es nicht heute schon so, daß ein Arbeiter, ein Angestellter, der mit 45 Jahren arbeitslos wird, kaum noch die Chance hat, je wieder Arbeit zu finden? Wie wird es erst in 5, 10 oder 20 Jahren sein? - wenn die Rationalisierung noch weiter fortgeschritten ist? Wird dann das Alter, in dem man jede Hoffnung abschreiben kann, bei 40 oder gar 35 Jahren liegen?

Doch nicht nur der Arbeiter lebt - trotz oftmals eigenem Wagen, Kühlschrank und Fernsehen - von der Hand in den Mund, auch die werktätigen Bauern, die Klein- und Mittelbetriebe sind in ihrer Existenz bedroht. Im Zwang der Rationalisierung hoch verschuldet, durch den räuberischen Großhandel ständig geschröpft, durch die bauernfeindliche Exportpolitik der Industriemonopole benachteiligt, liegt ihr Stundenlohn unter dem eines Facharbeiters. Hunderttausende Bauern werden in den kommenden Jahren zu Gunsten einiger Groß- und der sich in die Landwirtschaft drängenden Monopolbetriebe ihre Höfe verlassen müssen.

Und die Jugend? Welche Zukunft bietet sich ihr? Keine Rede von gleichen Bildungschancen, in der Schule und Uni von nazistischen Autoritäten und Fachidioten auf Vordermann gebracht, soll sie sich in den kapitalistischen Arbeitsprozeß einordnen. Soll sie als Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse dienen. Soll sie nach D-Mark, Dollar oder Rubel jagen. Soll sie im täglichen Arbeitsprozeß nach oben bukkeln, nach unten treten, während man ihr wie Hunden einige Brosamen vom Tisch der Herrschenden zuwirft. Bestenfalls gestattet man ihr in imperialistischen Kriegen für die Interessen der Monopole als "Helden" zu sterben. Oder im Bürgerkrieg in Polizei-, Grenzschutz- oder Bundeswehruniform auf Bruder, Schwester, Vater und Mutter zu schießen.

Ist es nicht höchste Zeit, dieser verfaulenden spätkapitalistischen Gesellschaft den Todesstoß zu versetzen? Die internationale Lage ist ausgezeichnet für das Proletariat und die um ihre Befreiung vom Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfenden Völker der Welt. Der heroische Widerstandskampf des vietnamesischen Volkes offenbart die ganze Holheit des US-Imperialismus und zeigt, daß ein Volk von den Ideen des Marxismus-Leninismus, der Lehre Mao Tse-tungs beseelt, auf die Dauer unbesiegbar ist. Die revolutionäre Situation in allen Teilen der Welt, vor allem in Asien, Südamerika und Afrika verbessert sich ständig. Mit Streiks, Demonstrationen, bis hin zum bewaffneten Aufstand, beginnen sich die Völker ihrer nationalen und internationalen Unterdrücker zu erwehren. In der Höhle der Imperialisten selbst, den USA, sind der Zorn und der Aufruhr der Afro-Amerikaner mit nie gesehener Wucht zum Ausdruck gekommen. Selbst Europa wurde im Frühjahr 1968 in seinen kapitalistischen Hochburgen, vor allem in Frankreich, von den Flammen revolutionärer Kämpfe erfaßt.

Das französische Beispiel zeigt, daß die westeuropäische Arbeiterklasse, wenn sie sich mit den Marxisten-Leninisten, der revolutionären Jugend ihrer Länder verbündet, sehr wohl die kampfstarke, klassenbewußte Garde des Proletariats ist und keinesfalls ein angepaßter Haufen von Spießbürgern, wie Opportunisten behaupten. Darum ist auch das französische Beispiel der westdeutschen Monopolbourgeoisie schwer in die Knochen gefahren. Im Hinblick auf die sich verschärfende Klassenkampfsituation verstärkt sie ihre Anstrengungen durch Notstandsgesetze, konterrevolutionären Terror und Verfolgungen, ihre Herrschaft zu sichern.

In ihrer Not hat sie als letzten Hilfstrupp im Lager der Arbeiterklasse die revisionistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zugelassen. Was sich in Frankreich bewährte, der Verrat der KPF, die sich als Retter der französischen Monopolbourgeoisie anbot, soll sich auch in Westdeutschland bewähren.

Die DKP, obwohl ihr noch viele aufrechte Kommunisten angehören, spielt heute die Rolle, die früher der SPD zufiel. Mit ihrem Geschwätz von "Reformen", "Mitbestimmung", "Friedenspolitik" und "demokratischer Alternative" versucht sie die Massen irrezuführen. Allen Ernstes bietet sie an, auf parlamentarischem Weg den Sozialismus zu erreichen. Wer dieses bereits von Lenin gegeißelte Märchen heute noch glaubt, hat nicht die geringsten Lehren aus der Geschichte gezogen. Als wenn die Bosse "ihre" - von den Arbeitern geschaffenen Werke und Produktionsmittel - freiwillig herausgäben. Schon in dem von Rosa Luxemburg (auf die sich die DKP u.a. beruft) verfaßten Gründungsprogramm der KPD von 1918 heißt es:

"Es ist ein toller Wahn, zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen."

Wer die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wer Faschismus und Krieg beseitigen will, muß das Übel mit der Wurzel ausrotten. Muß die Diktatur der Monopolbourgeoisie, der oberen 10 000, den bürgerlichen Staatsapparat restlos zerschlagen und an ihre Stelle die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft der Mehrheit des Volkes errichten. Muß der konterrevolutionären Gewalt der herrschenden, die revolutionäre Gewalt der unterdrückten Klasse entgegensetzen.

Du selbst, deutscher Arbeiter, Du selbst, deutscher Bauer, Schüler, Student, mußt Dein Geschick in die eigenen Hände nehmen. Es kann die Befreiung der Arbeiter nur ein Werk der Arbeiter sein. Dazu aber brauchen wir eine Partei, die nach den Prinzipien und der Lehre des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist und handelt. Schaffen wir sie!

Zerschlagen wir gemeinsam das Komplott des US-Imperialismus mit den sowjetischen Revisionisten und ihren Handlangern auf deutschem Boden. Ausgehnd von den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, das Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit vorsieht, erkennen wir keine der durch die Politik der Westmächte geschaffenen Realitäten (zwei deutsche Staaten auf deutschem Boden) an. Weder die Bonner Regierung noch die Ostberliner Volkskammer haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Wir verlangen Annullierung aller von Ost- und Westdeutschland seit 1949 getroffenen staatlichen Vereinbarungen, vor allem Austritt Westdeutschlands aus der NATO und Ostdeutschland aus dem Warschauer Pakt. Wir fordern den umgehenden Abzug aller fremden in Deutschland stationierten Truppen und werden unverzüglich den Kampf aufnahmen, um den Abzug dieser Verbände zu erreichen.

Für uns gibt es nur einen Ausweg: Der Sozialismus. Und wenn wir Sozialismus und Kommunismus sagen, meinen wir es in der Worte wahrer Bedeutung. Wir denken nicht daran, die Herrschaft der Monopolbourgeoisie zu zerschlagen, um zuzulassen, daß sich danach eine neue privilegierte Schicht, eine neue Klasse, eine neue Bourgeoisie bildet, so wie es in den revisionistischen Ländern im Osten geschieht. Die Volksrepublik Deutschland wird nach dem Rätesystem aufgebaut und verwaltet werden. Arbeiter-, Jugend- und Soldatenräte, die das gleiche Gehalt wie ein Facharbeiter erhalten und jederzeit abwählbar sind.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten, die wir die Volksrepublik Deutschland anstreben, werden uns eng mit den 700 Millionen Volkschinas, dem tapferen albanischen Volk, den Marxisten-Leninisten und revolutionären Volksmassen aller Länder verbünden zu einer Macht, an der sich Imperialisten, Revisionisten und Reaktionäre aller Schattierungen die Zähne ausbeißen werden, einer Kraft, die das Ende des Weltimperialismus rasant beschleunigen wird.

Gehen wir den ersten Schritt.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, Marxisten-Leninisten, die KPD (ML)!

Vorstehender Aufruf wurde beraten, beschlossen und zur Veröffentlichung freigegeben vom vorläufigen Vorstand der sich neu konstituierenden KPD (ML) auf ihrer Tagung am 26.10.1968 in Köln.

i.A. Ernst Aust
2000 Hamburg 71
Carl-Bremer-Ring 19

Liebe Leser,
Genossinnen und Genossen!

Durch eine Umstellung in der Drucktechnik verzögerte sich die Herausgabe vorliegender Ausgabe des ROTEN MORGEN. Wir bitten um Verständnis, wenn wir aus diesem Grunde die Oktober- und November-Ausgabe unserer Zeitschrift als Doppelnummer (Einzelpreis 40 Pfg.) erscheinen lassen.

Weiterhin ist geplant, den in dieser Ausgabe veröffentlichten Aufruf an alle "Arbeiter, Bauern, Studenten" als Sonderdruck in erhöhter Auflage erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck bitten wir - da unsere Geldmittel äusserst beschränkt sind - um Geldspenden auf unser Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67. Weiter bitten wir alle an einer Verbreitung des Aufrufs Interessierten um Angabe der Anzahl der von ihnen gewünschten Exemplare des Sonderdrucks.

Mit revolutionärem Gruß

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Die Grundprinzipien und die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus verleugnen — das heißt Revisionismus. Der Revisionismus ist eine Art der bürgerlichen Ideologie. Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur. Das, wofür sie eintreten, ist in Wirklichkeit nicht die sozialistische Linie, sondern die kapitalistische. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Revisionismus noch schädlicher als der Dogmatismus. Eine unserer vordringlichen Aufgaben an der ideologischen Front ist die Entfaltung der Kritik am Revisionismus.

Mao Tse-tung

Chinas Chruschtschow restlos entmachtet

Allumfassender Sieg in der Großen Proletarischen Kulturrevolution

Am 1. November wurde der chinesische Chruschtschow, Liu Schao-tschi, auf Beschluß einer erweiterten Sitzung des Zentralkomitees der KP Chinas all seiner Ämter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Abrechnung mit diesem Renegaten und Verräter und all seinen Komplizen unvermindert fortzusetzen.

Bereits vor Wochen, am 5. September 1968, waren in den Autonomen Gebieten Chinas - Tibet und Sinkiang - zur gleichen Zeit Revolutionskomitees errichtet worden. Damit ist in allen 29 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und Autonomen Gebieten Volkschinas mit Ausnahme der Insel Taiwan die historische Weisung des Vorsitzenden Mao Tse-tung zur Schaffung von Revolutionskomitees erfüllt, die sich auf die revolutionäre "Dreier-Verbindung" (Vertreter der jungen revolutionären Massenorganisationen, der alten bewährten Kader und Volksbefreiungsarmee) stützen und konsequente Organe der revolutionären Macht der Diktatur des Proletariats sind.

Mit der Bildung dieser neuen, massenverbundenen und konsequent revolutionären Machtorgane im ganzen Land ist der durchgreifende, entscheidende Sieg der Großen proletarischen Kulturrevolution in China errungen!

Besonders auf die einst rückständigsten, noch von mittelalterlichen und vormittelalterlichen Formen der Ausbeutung gezeichneten Gebiete Chinas, auf Tibet und Sinkiang, hatten die westlichen Imperialisten und Moskauer Revisionisten sowie ihre Agenten in China selbst bezeichnenderweise ihre größten Hoffnungen gesetzt und alles getan, um sie zu Bastionen der Konterrevolution und zu einem Herd revisionistischer Vergiftung ganz Chinas zu machen. Während in Tibet die angloamerikanischen Imperialisten mit Hilfe der indischen Reaktionäre verzweifelte Anstrengungen unternahmen, um ihren Kreaturen den Rücken zu stärken, waren die Moskauer Revisionisten in Sinkiang nicht einmal vor bewaffneten Abenteuern einschließlich von Mordanschlägen gegen revolutionäre örtliche Führer zurückgeschreckt. Es hat ihnen alles nichts genützt. Auf dem ganzen chinesischen Festland einschließlich der vorwiegend von Nomaden bewohnten Steppen Sinkiangs und den unwirtlichen Hochebenen Tibets wehen heute die roten Fahnen der alles besiegenden Lehren Mao Tse-tungs, die Fahnen der revolutionären Diktatur des Proletariats, des unaufhaltsamen Aufbaus des Sozialismus und unwiderruflichen Vormarsches zum Kommunismus.

Selbstverständlich werden die Reaktionäre innerhalb und außerhalb des sozialistischen China auch jetzt den Kampf nicht aufgeben, sind die Wurzeln restaurativer Bestrebungen und die Quellen revisionistischer Tendenzen nicht völlig ausgerottet und versiegt. So ist die proletarische Kulturrevolution auch noch nicht zu Ende und muß im Prinzip noch auf sehr lange Sicht, bis zum Sieg des Kommunismus, fortgeführt werden. Doch es sind neue, bessere Bedingungen denn je, unter denen die proletarische Kulturrevolution, der Kampf gegen die Gefahren der revisionistischen Entartung und der bürgerlichen Degeneration nun geführt werden kann. In diesem Sinne tritt das große chinesische Volk nun in eine neue Etappe seiner Geschichte und beginnt gleichzeitig ein neues Kapitel in der Geschichte der proletarischen Weltrevolution.

Wir Marxisten-Leninisten Deutschlands begrüßen diesen großen Erfolg nicht nur als Sieg der 700 Millionen des chinesischen Volkes, sondern auch als einen Sieg aller fortschrittlichen und revolutionären Volksmassen in der Welt, die noch gegen den vom amerikanischen angeführten Imperialismus, den modernen Sowjetrevisionismus und die ganze Reaktion, und um Erringung und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und für Volksdemokratie und Sozialismus kämpfen.

„Sozial"faschismus - und wer davon profitiert

Die Revisionisten, die das Wort "Einheit" ständig im Munde führen, sind in Wahrheit die übelsten Spalter. Profitieren kann davon nur die Reaktion, die bürgerlichen antikommunistischen Elemente. Bieten ihnen doch die revisionistischen Arbeiterverräter mit ihrer antikommunistischen Agitation einerseits Munition und helfen ihnen andererseits, ein verzerrtes Bild der internationalen Arbeiterbewegung zu zeichnen. Hier das jüngste Beispiel, das wir der bürgerlich-liberalen "Frankfurter Rundschau" entnehmen:

"In einem sechsspaltigen Artikel beschuldigte das sowjetische Zentralorgan PRAWDA die Chinesen des mittelbaren Mordes an Tausenden und Abertausenden indonesischen Kommunisten, die im Juli und August einer 'Säuberungsaktion' in Ostjava zum Opfer fielen ...

Wörtlich: 'Die Gruppe Mao Tse-tungs hat der indonesischen Reaktion wieder einen Dienst erwiesen, indem sie die Reste der KP Indonesiens gegen die Bajonette der Armee jagte.' Die Chinesen, so die PRAWDA, hätten um der 'eigenen hegemonialen und chauvinistischen Ziele' willen den 'Tod von Tausenden indonesischer Revolutionäre zu verantworten', da sie der indonesischen Regierung die Positionen der Widerständler in ihren Presseberichten über einen angeblichen Aufstand preisgegeben hätten." (FR, 16.X.68, S. 7)

Goebbels zur Ehre

Soweit die von der Frankfurter Rundschau zitierte Passage, ein typisches antikommunistisches Machwerk, das auch einem Goebbels zur Ehre gereicht hätte. Daß die bürgerliche Presse derartigen Schmutz mit Kusshand übernimmt, kann nicht überraschen.

Es ist schon ein starkes Stück, in Moskau den indonesischen Bluthund Suharto mit Böllerschüssen als lieben Gast willkommen zu heißen, und dann pharisäerhaft anderen die faschistischen Mordtaten der indonesischen Militärjunta in die Schuhe zu schieben. Und die Bajonette, in die angeblich die indonesischen Kommunisten von der KP Chinas getrieben wurden, können ebensogut aus den USA wie - aus der Sowjetunion kommen! Denn jene Spalter, die über jeden Kommunisten mit wüsten Beschimpfungen herfallen, haben sich nicht gescheut, den indonesischen Kommunistenschlächtern Waffen zu liefern und ihnen auch finanziell unter die Arme zu greifen.

Auf das Konto der KPdSU

Bekanntlich benutzten die indonesischen Reaktionäre im Herbst 1965 einen angeblichen "kommunistischen Putschversuch", um die KP Indonesiens zu liquidieren. 500 000 - 800 000 Kommunisten (und wer dafür galt) wurden bestialisch ermordet, unzählige weitere in KZ's gesperrt. Damals machten die Moskauer Arbeiterverräter sich sogleich die demagogische Argumentation der Militärjunta zu eigen und warfen der KP Chinas vor, die indonesischen Kommunisten zum "Putschismus" ermuntert zu haben. Dazu ist zunächst zu sagen, daß Mao Tse-tung selbstverständlich niemals den Putschismus befürwortet hat, sondern im Gegenteil stets für den VOLKSKRIEG eingetreten ist und dazu auch grundlegende theoretische Arbeiten verfaßt hat. Außerdem ist die Behauptung der Revisionisten auch ein Unsinn in sich. Hätte nämlich die KP Indonesiens wirklich einen bewaffneten Aufstand vorbereitet, so wäre es sicher nicht zu den folgenden Massakern gekommen. Diese Massaker wurden im Gegenteil erst möglich, weil die Führung der KP Indonesiens unter dem Einfluß der KPdSU und bestimmter Teile der KP Chinas (um den chinesischen Chruschtschow) eine rechtsopportunistische Politik betrieb. Weil die Führung der KP Indonesiens in dieser Zeit das Hauptgewicht auf die Zusammenarbeit mit der internationalen Bourgeoisie legte und die Erziehung der Partei und der Massen zur bewaffneten Machtergreifung sträflich vernachlässigte. So konnten die Reaktionäre Hunderttausende Kommunisten ermorden, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Zu derartigen Erscheinungen kommt es notwendig, wenn eine Kommunistische Partei auf den Weg des Opportunismus gerät und auf der Theorie herumreitet, daß die Chancen für den "friedlichen Übergang" günstiger werden. Die Führung der KP Indonesiens hat aus diesen bitteren Erfahrungen die Lehren gezogen, ihre bisherige Politik einer umfassenden Selbstkritik unterzogen und eine Korrekturbewegung eingeleitet.

Kommunistenschlächter

Vor den indonesischen Kommunisten stand die Aufgabe, sich unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur und der blutigen Verfolgung zu reorganisieren. Die sowjetischen Revisionisten, die nach einer kleinen Anstandspause Kontakte zu den Kommunistenschlächtern aufnahmen, konnten den indonesischen Kommunisten dabei nicht helfen. Es hätte doch nahegelegen, die Fortsetzung sowjetischer Hilfe für Indonesien von der Auflösung der KZ's und Freilassung der Inhaftierten abhängig zu machen, aber nicht einmal zu diesem minimalen Schritt war die KPdSU-Führung bereit. Der Militärjunta zuliebe taten die revisionistischen Führer der KPdSU sogar noch ein Übriges: Ende 1967 durften nach Moskau geflohene Renegaten der KP Indonesiens eine reformistische Spalterpartei gründen, die nun vom sicheren Moskauer "Exil" aus gegen den "abenteuerlichen" Kurs der in Indonesien verbliebenen Genossen wettert.

Das neue Schmutzstück, das jetzt die PRAWDA (= Wahrheit !!!) den sowjetischen Werktätigen anbietet, setzt diesen Kurs konsequent fort. Bekanntlich hat die faschistische Militärjunta die Kommunistenjagd zu keinem Zeitpunkt eingestellt. Für die indonesischen Kommunisten ging es daher nicht darum, sich von irgendjemand "in die Bajonette" treiben zu lassen - die Frage war vielmehr, ob man sich wehrlos niedermetzeln lassen oder ob man bewaffneten Widerstand leisten würde. Diese Frage haben die Kommunisten Indonesiens im Sinne des Marxismus-Leninismus entschieden, indem sie zu den Waffen griffen und Selbstverteidigungskorps bildeten. Diese Politik würde den indonesischen Kommunisten nicht von der KP Chinas "diktiert", sondern ergab sich zwingend aus dem konterrevolutionären Ausrottungsfeldzug der Militärjunta. Wer allerdings soweit verkommen ist, daß die sowjetischen Arbeiterverräter ihn als "Exilpolitiker" in Moskau aufnehmen und ihm ein luxuriöses "Exil" spendieren, kann leicht vom "friedlichen Übergang" faseln.

Schließlich noch ein Wort zu der unsinnigen Behauptung, die chinesische Presse hätte die Stützpunktgebiete der indonesischen Guerillas verraten. Man darf sich fragen, woher denn der chinesischen Presse diese Gebiete bekannt waren. Die Lösung liegt auf der Hand: die chinesische Presse verwendete ausschließlich die Informationen, die von der offiziellen Nachrichtenagentur der KP Indonesiens veröffentlicht wurden. Diese Informationen bezogen sich ausschließlich auf stattgefundene Gefechte, deren Schauplätze den Reaktionären nur allzugut bekannt waren. Ebensogut könnte man auch die indonesischen Kommunisten selbst oder gar die Nachrichtenagentur der vietnamesischen FNL des "Verrats" beschuldigen. Die von den Revisionisten verfolgte Logik ist nicht neu, sondern hat bereits den braunen Mief des "Tausendjährigen Reichs" an sich: "Nicht der Mörder, sondern der Ermordete hat schuld".

Rio de Janeiro

Bei Studentendemonstrationen in Rio de Janeiro erschoss die brasilianische Polizei den 21jährigen Studenten Luis Paulo Nunes Cruz. Sieben andere Studenten wurden durch Schüsse verletzt, einer davon schwebt in Lebensgefahr. Durch die Auswirkungen des Tränengases, das die Polizei gegen die Demonstranten einsetzte, starb auch ein 6 Monate alter Säugling.

Sagamihara

Studentinnen einer Hochschule in Sagamihara (Japan) war bei der Wahl ihres Schulleiters kein Mitspracherecht zugestanden worden. Aus Protest hierüber hielten sie den neuernannten Schulpräsidenten 21 Stunden lang in seinem Büro gefangen. Nachdem den Studentinnen zugesichert worden war, daß der Schulleiter an der nächsten Studentinnenversammlung teilnehmen werde, liessen sie ihn wieder frei.

Amsterdam

Schwere Zusammenstöße gab es zwischen berittener Polizei und demonstrierenden Studenten in Amsterdam, nachdem ein Gericht Studenten zu einer Woche Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt hatte. Die Studenten hatten am 4. Oktober aus Solidarität mit den demonstrierenden Studenten Mexikos das mexikanische Konsulat eingenommen.

Sydney

Rund 84.000 australische Eisenbahner traten am 28. Oktober für 24 Stunden in den Streik. Dadurch wurde das Bahnnetz des Landes lahmgelegt. Der Streik führte in Sydney und Melbourne zu einem Verkehrschaos.

Das »Bolivianische Tagebuch« von Ernesto 'Che' Guevara

In dem mit einem Vorwort von Fidel Castro versehenen und in vielen Ländern veröffentlichten "Bolivianischen Tagebuch" schildert Che Guevara das Schicksal einer Partisanengruppe, die unter seiner Führung vom November 1966 bis Oktober 1967 in Bolivien tätig war. Der Bericht gibt ein klares Bild dessen, was unter "Castrismus" oder "Guevarismus" zu verstehen ist.

Es ist ein Fehler, und diesen begeht auch Castro, wenn man den Mut Che's als antiimperialistischer Kämpfer mit seinen theoretischen und praktischen Vorstellungen von der Revolution gleichsetzt.

Die Partei und der bewaffnete Kampf

Nicht, daß er den bewaffneten Kampf geführt hat, kritisieren wir an Che, sondern seine Theorie vom bewaffneten Kampf.

Vorsitzender Mao Tse-tung lehrt: "Unser Prinzip lautet: Die Partei kommandiert die Gewehre und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren."

Che hat unrecht, wenn er den bewaffneten Kampf spontan versteht, denn der bewaffnete Kampf ist ein Bestandteil einer bestimmten politischen Linie. Er ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, der Krieg ist eine politische Aktion. Wir dürfen den bewaffneten Kampf nicht anders verstehen, als daß er Bestandteil einer richtigen politischen Linie ist, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei.

"Eine disziplinierte Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, die Methode der Selbstkritik anwendet und mit den Volksmassen verbunden ist, eine Armee, die unter der Führung einer solchen Partei steht, eine von einer solchen Partei geführte Einheitsfront aller revolutionären Klassen und aller revolutionären Gruppen - das sind die drei Hauptwaffen, mit denen wir die Feinde besiegt haben."

Mao Tse-tung

Keine dieser drei Waffen besaß Che Guevara, als er seinen Plan in Bolivien durchzuführen versuchte.

Daß es keine marxistisch-leninistische Partei in Bolivien gab, bedeutet, daß es auch keine Einheitsfront, keine Verbindung mit den Volksmassen, die Voraussetzung des bewaffneten revolutionären Kampfes, gab. Daran scheiterten die von Che Guevara geleiteten Guerilleros in Bolivien.

Der Volkskriegs

Welche Hilfe konnten die Partisanen von den bolivianischen Bauern erwarten, da sie doch zum größten Teil aus Kuba und anderen lateinamerikanischen Ländern stammten und ihnen deshalb die Probleme der Bauern in Bolivien völlig fremd waren.

Es ist nicht erstaunlich, wenn Che Guevara im August 1967, neun Monate nach Beginn der Operation der Gruppe, schreibt: "Wir machen weiter ohne Kontakte irgendwelcher Art und ohne wirkliche Hoffnung, bald welche herstellen zu können. Wir machen weiter ohne Unterstützung der Landbevölkerung." Und einen Monat vor seinem Tod notiert er: "Die Masse der Bauern helfen uns nicht."

Die Theorie und die Praxis Guevaras reflektieren deutlich die trotzkistische Vorstellung der Revolution, die durch eine gut ausgerüstete und gut ausgebildete Partisanengruppe gemacht werden soll. Durch ihren Mut und ihre revolutionäre Bereitschaft sollen die Partisanen zu Vorbildern der Massen, zu ihren Führern und Helden werden.

Aber in einem Volkskrieg spielen die Volksmassen die Hauptrolle, sie sind die wirklichen Helden. Aus den Volksmassen entstehen die Führer der Revolution. Der bewaffnete Kampf kann nur dann Erfolg haben, wenn er die Basis der breiten Volksmassen hat. Die Befreiungsarmee ist nicht nur eine bewaffnete Armee, sie führt gleichfalls den Kampf an der politischen, an der ideologischen Front. Die breiten Volksmassen müssen auf der Seite der Befreiungsarmee stehen und die Informationen über die Bewegungen der Reaktionäre kommen aus dem Volk.

Aus dem Tagebuch ist aber ersichtlich, daß die Partisanengruppe bei all ihren Aktionen und Bewegungen in Bolivien gezwungen ist, die Bauern zu verhaften, denen sie auf ihrem Weg begegnet, weil die Bauern die Reaktionäre über die Partisanen informieren. Schließlich gelangt die Guerilla-Einheit in eine Falle, die erst durch den Verrat der Bauern ermöglicht wurde.

Dem Volke dienen

Am 23. September 1967 schreibt Che: "Die Leute sind sehr verängstigt und versuchen hier aus unserer Nähe zu verschwinden." Und im April: "Die Basis bei den Bauern ist noch nicht weiter entwickelt. Indessen scheint es, daß wir durch geplanten Terror den Rest neutralisieren können, die Unterstützung wird dann später wohl eintreten. Bis jetzt können wir keinen einzigen Zugang verzeichnen."

Die Vorstellung Che Guevaras, daß durch Drohung gegenüber der Bauernschaft deren Neutralisierung vorgenommen werden kann und daraufhin später durch diese eine Unterstützung erfolgt, ist falsch. Der organisierte Terror gegenüber dem Volk ist eine Waffe der Reaktion und nicht der Revolutionäre. Durch Drohungen kann es zu keiner Unterstützung kommen, sondern nur zum Widerstand.

Zahlreiche Beispiele solcher Terrorakte und Drohungen gegen die armen Bauern werden von Che Guevara in seinem Buch gebracht.

Der Guevarismus als Vorwand

Der Guevarismus oder Castrismus hat heute großen Einfluß auf die Jugend, besonders auf die studentische Jugend und die Intellektuellen. In dieser Bevölkerungsschicht kann sich leicht ein unter den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie stehender Kult vom "Helden" bilden, der durch aristokratische Reinheit sich selbst über den Tod, den Zweifel, die Angst, über das Unrecht, über die Massen usw. erhöht. Die Jungen assoziieren mit diesen romantischen "Helden" ihre eigenen revolutionaren Gefühle und besonders ihr Nichteinverstandensein mit den Gegebenheiten, gleich ob diese Gegebenheiten Teil des gesellschaftlichen Systems sind oder ob es sich um einige Erscheinungen äußerlicher Art dieser bürgerlichen Gesellschaft handelt.

Im allgemeinen enthält der Guevarismus einige revolutionare Elemente, sie stellen jedoch nur einen Teilaspekt der gesellschaftlichen Mißstände dar. Die revolutionäre Kritik ist nicht von Dauer, bleibt auf idealistischer Ebene und wird nicht in eine wahre revolutionäre materielle Gewalt umgeformt. - In diesem Fall ist es die Pflicht der Marxisten-Leninisten, diesen Menschen zu helfen, sich im Sinne des Marxismus-Leninismus zu bilden.

Andererseits unterwandern die Agenten der Reaktionäre und Revisionisten die Reihen der Guevaristen. Ihre Aufgabe ist es, die Gefühle der Jugend in eine falsche Richtung zu lenken. Sie sorgen dafür, daß die Guevaristen gegen die Partei Stellung nehmen und von ihr als einem "bürokratischen Mechanismus" und von der "Diktatur der Führer" sprechen. Aber gerade hinter diesem Parolen stehen wirkliche bürokratische Mechanismen und Führer, die gegen das Proletariat und gegen eine marxistisch-leninistische Partei sind.

Auch andere gefährliche Elemente der revolutionären Bewegung finden im Guevarismus Unterschlupf. Es handelt sich um die Anarchisten und Trotzkisten. Die Anarchisten versuchen die

Bewegung durch Brandstiftungen, persönliche Bedrohungen, Bombenattentaten etc. zu provozieren. Natürlich gibt es keine Revolution ohne revolutionäre Gewalt, aber die revolutionäre Gewalt hat nichts mit den Taten der Anarchisten zu tun. Deren Tätigkeit liegt außerhalb der revolutionären Arbeit und ihre Unorganisiertheit hat nicht die Schaffung einer revolutionären Situation zum Ziel. Letztlich benutzen die Reaktionäre die Taten der Anarchisten als Vorwand, um gegen die wahren Revolutionäre vorzugehen.

Außerdem charakterisieren Provokationen die Reaktionäre. Wenn die Anarchisten gerade einmal nichts tun, organisieren die Reaktionäre eine anarchistische Aktion, um ihre Progrome zu entfesseln. Die Anarchisten treten als Anhänger des sofortigen, blinden Aktivismus auf. Sie ersetzen die revolutionäre Theorie und die revolutionäre Organisation durch Aktivität. Sie versuchen die Massen zur sofortigen Aktion zu bringen, ohne vorher selbst organisiert zu sein, oder organisiert zu haben. Sie sind ohne politisches Ziel, ohne politisches Programm. Die Revolution stellt für die Anarchisten ein Abenteuer dar, sie sind nicht aufzufinden, wenn die wirkliche Revolution ausbricht. Es gibt kein historisches Beispiel, wo die Anarchisten wirkungsvoll an einer Revolution teilgenommen haben. Im Gegenteil, die historische Erfahrung lehrt, daß die anarchistischen Taten der Bewegung stets Verluste gebracht haben und den Reaktionären gedient haben. In vielen Fällen gibt es auch direkte Verbindungen zwischen den Anarchisten und den Reaktionären.

Die Formel des „magischen Weges"

Die Revisionisten fürchten sich ebenso wie die Imperialisten vor derselben Sache.

In Lateinamerika sehen beide ihren Hauptfeind in den marxistisch-leninistischen Parteien. Im Vorwort des Tagebuchs schreibt Castro, "daß wenn irgendeiner eine andere Antwort zur Lösung der "Formel des magischen Weges" bereithält - anders als von Che Guevara entwickelt - dann soll er die Hand erheben."

Tatsächlich gibt es diese "Formel des magischen Weges", es ist der Marxismus-Leninismus, mit dem das Proletariat organisiert wird, es sind die marxistisch-leninistischen Parteien, die die rote Fahne der Revolution hochhalten, nicht nur in Lateinamerika, sondern in der ganzen Welt.

Zur Situation der CSSR nach dem Moskauer Kuhhandel

Rund zwei Monate nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR ist deutlich, daß das Tauziehen der verschiedenen Kräfte um die CSSR noch längst nicht abgeschlossen ist. "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den sowjetrevisionistischen Führern und ihren Verbündeten einerseits sowie der Dubcek-Gruppe und den kapitalistischen Staaten andererseits stellt die Besetzung der CSSR durch ausländische Truppen nur ein besonders abscheuliches Zwischenspiel, nicht aber den Schlusspunkt dar.

Es ist allerdings anzunehmen, daß die sowjetrevisionistischen Führer tatsächlich davon ausgegangen waren, durch eine militärische Intervention "reinen Tisch" machen zu können, die allzu vorwitzige "Liberalisierung" einer "Endlösung" zuzuführen. Dafür spricht das Vorgehen der Invasoren gegen die Führer von Staat und KP der CSSR in den ersten Stunden und Tagen nach der Invasion, die Besetzung der Redaktionsräume des Zentralorgans der KPC, "Rude Pravo" durch sowjetische Truppen und ähnliche Vorgänge.

Erst Feind dann Freund

Diesem sowjetischen Vorgehen lag eine völlige Fehleinschätzung der Situation zu Grunde. Zunächst, weil sich in der CSSR absolut n i e m a n d fand, der bereit gewesen wäre, mit den Besatzern gemeinsame Sache zu machen. Dann aber auch, weil überraschend viele revisionistische Parteien im kapitalistischen Ausland gegen den sowjetischen Gewaltakt aufbegehrten. Es war klar, daß die konsequente Fortführung der ursprünglichen Pläne, gipfelnd in der Ausschaltung der Dubcek-Gruppe, den endgültigen Bruch fast aller revisionistischen Parteien mit den sowjetrevisionistischen Führern zur Folge gehabt hätte. In dieser Situation traten die sowjetrevisionistischen Führer zum Rückzug an. Dubcek, den man noch Stunden zuvor als "Konterrevolutionär" beschimpft und erniedrigenden Mißhandlungen ausgesetzt hatte, wurde nunmehr in aller Form in seiner Stellung bestätigt. Um jene ursprünglich zur Rechtfertigung der Invasion herangezogenen "dem Sozialismus treu ergebene" Elemente, die angeblich um sowjetische "Hilfe" gebeten hatten, wurde es sehr, sehr still ... Seltsam muß es auch anmuten, daß in dem Moskauer Dokument die "Konterrevolution" nicht mit einem Wort erwähnt wird, sondern nur doppelzüngig von einer "Normalisierung" die Rede ist.

Groteske Situation

Durch den Rückzug der sowjetrevisionistischen Führer ist eine geradezu groteske Situation entstanden, die der Argumentation der Invasoren voll ins Gesicht schlägt. Jeder kann nun sehen, daß die sowjetischen Truppen niemandem irgendeine Art von "Hilfe" geleistet haben, weder dem tschechoslowakischen Volk noch der KPC. Es gab in der CSSR keine konterrevolutionären Verschwörer, mit denen die Dubcek-Gruppe nicht hätte allein fertig werden können - wenn sie nur g e w o l l t hätte. Das ist eben der springende Punkt, daß die Dubcek-Gruppe selbst zum Haupt der Konterrevolution geworden war, daß der "demokratische Sozialismus" zum Sammelbecken aller antisozialistischen Kräfte geworden war. Was die sowjetrevisionistischen Führer demnach objektiv taten ist dies: die Dubcek-Gruppe durch militärische Intervention zur Durchführung bzw. Zurücknahme bestimmter Maßnahmen zu zwingen. Es liegt auf der Hand, daß die durch Erpressung geschaffene Lage keineswegs stabil ist. Die Dubcek-Gruppe hat sich der nackten Gewalt gebeugt, aber sie hat deswegen ihre politischen Ziele nicht aufgegeben. Sie trachtet weiterhin danach, diese Ziele zu verwirklichen. Dadurch, daß Mitglieder der Dubcek-Gruppe erniedrigt und gedemütigt wurden, ist ihr Hass gegen die sowjetrevisionistischen Führer noch gewachsen.

Beide Seiten betreiben bereits wieder die Politik, die sie auch vor der Invasion verfolgten: die sowjetischen Führer üben mit verschiedenen Mitteln Druck auf die Dubcek-Gruppe aus; diese lügt das Blaue vom Himmel herunter, hofiert den sowjetrevisionistischen Führern und legt alle nur gewünschten Versprechungen ab, in der Hoffnung, möglichst wenig davon halten zu müssen.

Lüge und Heuchelei

In ihrer erst wenige Monate währenden Auseinandersetzung haben beide Seiten soviel gelogen, verdreht, geheuchelt, wie es sonst nur in den Beziehungen zwischen kapitalistischen Staaten üblich ist. Die sowjetrevisionistische Propaganda zeichnete von der Situation in der CSSR ein völlig lächerliches Bild. Monatelang strich man um den heißen Brei herum und wagte nicht, von der Verantwortlichkeit der Dubcek-Gruppe für die Vorgänge in der CSSR zu sprechen. Stattdessen wurden irgendwelche "Waffenfunde" ungebührlich aufgebauscht, als ob irgendeine geheime Verschwörung im Gange wäre. Die sowjetrevisionistische Propaganda stellte Dubcek und seine Komplizen als einfältige Burschen hin, die der Dinge einfach nicht mehr Herr würden. Das ist absoluter Unsinn. Die aus Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern zahlreich angereisten Emissäre z.B. trafen keineswegs in entlegenen Waldhütten mit konterrevolutionären Freischärlern zusammen; die kapitalistischen Sendboten betraten die Ministerien der CSSR erhobenen Hauptes durch die Vordertür und verliessen sie auch auf

diesem Weg. Alles, was sich zwischen dem kapitalistischen Ausland und der CSSR an "freundschaftlichen Beziehungen" anbahnte, ist von der Dubcek-Gruppe selbst in aller Öffentlichkeit in die Wege geleitet worden.

Kein Wort davon jedoch in der sowjetrevisionistischen Propaganda! - Unter diesen Umständen glaubten Dubcek & Co., den sowjetrevisionistischen Führern nach Belieben auf der Nase herumtanzen zu können, sofern sie nur eifrig Lippenbekenntnisse gegen "Konterrevolutionäre" und "westdeutsche Revanchisten" ablegten. Sie kamen wiederholt mit den sowjetrevisionistischen Führern und deren Vasallen zusammen und gaben tollkühne Zusicherungen ab, die sie jedoch vor dem tschechoslowakischen Volk geheimhielten. Kaum hatten sie aber ihren "Verhandlungspartnern" den Rücken gekehrt, so erklärten sie ganz dreist, sie dächten gar nicht daran, ihre Politik zu revidieren.

Die militärische Intervention der "verbündeten Mächte" führte der Dubcek-Gruppe für Stunden den totalen Zusammenbruch ihrer Politik vor Augen. Aus den genannten Gründen mußten dann jedoch die sowjetrevisionistischen Führer zurückstecken, nachdem es ihnen nicht gelungen war, in der CSSR eine Quisling-Regierung aufzutreiben. Daher entschlossen sie sich zur Weiterverwendung Dubceks und seiner Kumpane, was diese nicht ungern akzeptierten. Wenn man sich aber vor Augen hält, daß z.B. Dubcek als Gefangener unter schimpflichen Umständen nach Moskau transportiert wurde, so kann man sich leicht ausmalen, wie "herzlich und freundschaftlich" die Moskauer Gespräche verlaufen sein dürften. Wie können die Sowjetrevisionisten glauben, daß ihnen irgendein Arbeiter eine derart unverschämte Lüge abkauft?

Ein Kuhhandel

Das Ergebnis der Moskauer Gespräche ist ein ausgesprochener Kuhhandel zwischen den tschechoslowakischen und den sowjetischen Führern. Die durch diesen Handel entstandene Situation ist widersprüchlich: einerseits hat die Dubcek-Gruppe den Erpressern nachgegeben und die von ihr selbst begonnene und für gut befundene Politik der "Demokratisierung" zumindest in Teilen revidiert. Ferner hat sie in den kritischen Stunden nach dem Einmarsch durch ihre Aufrufe zur "Besonnenheit" den Besatzern die Arbeit erleichtert. Andererseits können sich die sowjetrevisionistischen Führer auf die Dubcek-Gruppe so wenig verlassen wie vor der Invasion. Letzten Endes hoffen beide Seiten, daß die Zeit für sie arbeiten wird. Dubcek & Co. spekulieren auf den weiteren Verfall und Niedergang des "orthodoxen" Revisionismus Moskauer Prägung. Die gegenwärtige Besetzung der CSSR ist in ihren Augen nur so etwas wie ein Platzregen, bei dem man gut tut, sich einen Moment lang unterzustellen. Ihr Nahziel ist der Abzug der Besatzungstruppen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden sie letzten Endes den Preis zahlen, den die sowjetrevisionistischen Führer unter der heuchlerischen Parole "Normalisierung" fordern. Sind dann die Truppen erst hinaus, so mag man weitersehen ...

Die sowjetrevisionistischen Führer wiederum wollen Schritt für Schritt ihre wankende Herrschaft im revisionistischen Block restaurieren. Nach ihrer Ansicht wird die Dubcek-Gruppe ein Zugeständnis nach dem anderen machen, wenn man ihr nur gehörig einheizt. Zu einem günstigen Zeitpunkt wollen sie dann die Dubcek-Gruppe nachträglich doch noch durch eine willfährige Marionettenregierung ersetzen.

Auf lange Sicht haben die bürgerlichen tschechoslowakischen Kräfte, die durch die Dubcek-Gruppe repräsentiert werden, einigen Grund für ihre Hoffnungen, da sie immer noch alle Bastionen des öffentlichen Lebens unter Kontrolle halten. Es hat sich im Gegenteil gezeigt, daß die Dubcekistische Fraktion innerhalb der KPC ihre Stellungen ausbauen konnte, während die meisten Mitglieder des altrevisionistischen Flügels diskreditiert sind und teilweise bereits ihre Positionen eingebüßt haben. Auch auf längere Sicht ist es sehr unwahrscheinlich, daß die sowjetrevisionistischen Führer in der CSSR verlässliche und auch nur halbwegs qualifizierte Verbündete finden werden.

Der revisionistische Pilz

Was die Sowjetunion selbst und ihre Vasallen angeht, so haben diese aus den tschechoslowakischen Ereignissen keineswegs den Schluss gezogen, ihre Länder auf den Weg des Sozialismus zurückzuführen. Revisionismus aber ist wie ein Pilz: wird er nicht zurückgedrängt, so frisst er unweigerlich weiter. Es ist unmöglich, die bürgerliche Restauration auf einem beliebigen Punkt einzufrieren. Diese Dinge haben ihre Eigengesetzlichkeit und sind ihren Urhebern längst über den Kopf gewachsen. Daher besteht durchaus die Möglichkeit, daß letzten Endes nicht etwa die CSSR auf den "sowjetischen Weg zum Sozialismus", sondern die Sowjetunion auf den "tschechoslowakischen Weg" einschwenkt. Der weitere Verfall der revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern wird hierbei ein Übriges tun.

Das verächtliche Tauziehen zwischen den verschiedenen revisionistischen Gruppen findet auf dem Rücken des tschechoslowakischen Volkes statt. Sowohl das "Paradies", das die dubcekistischen "Reformkommunisten" dem Volk vorgaukelten wie auch die sowjetische "Hilfe" bedeuten nichts Gutes für die tschechoslowakischen Werktätigen. In der gegenwärtigen Situation steht die Mehrheit der tschechoslowakischen Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung der CSSR loyal zur Dubcek-Gruppe. Unter den Bedingungen der Okkupation ist aber auch die Zunahme prokapitalistischer, antisozialistischer, nationalistischer u.a. Tendenzen nicht ausgeschlossen.

Das tschechoslowakische Volk hat noch nicht begonnen, seine Geschicke wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Die "Demokratisierung" durch die Dubcek-Gruppe schuf keineswegs revolutionäre Machtorgane der Arbeiterklasse, sondern bereitete die Rückkehr des bürgerlichen Parlamentarismus vor, der eine Form der bürgerlichen Diktatur ist. Nunmehr sitzen dem tschechoslowakischen Volk nicht nur Dubcek und sein Klüngel bourgeoisier Intellektueller und "Manager" im Nacken, sondern auch noch die sowjetischen Revisionisten.

Die Jahre der revisionistischen Herrschaft und der ideologischen Versauung haben der tschechoslowakischen Arbeiterklasse ihren Stempel aufgedrückt. Die Politik Novotnys (und in veränderter Form auch die Politik der Dubcek-Gruppe) war darauf gerichtet, die Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen und ihren Rebellengeist durch eine Sklavenmentalität zu ersetzen. Die Folgen dieser Politik machen sich jetzt in sehr tragischer Weise bemerkbar. Wie alle Völker wird letzten Endes auch das tschechoslowakische Volk sich selbst befreien und in Richtung auf die kommunistische Gesellschaft vorangehen. Bis dahin wird es aber sicher noch ein langer und schmerzhafter Weg sein.

RADIO TIRANA

Uhrzeit	Mittel-	Kurzwelle
6.00 - 6.30	215 m	32 m, 41 m
13.00 - 13.30	-	32 m, 41 m
14.30 - 15.00	-	32 m, 41 m
16.00 - 16.30	-	32 m, 41 m
18.00 - 18.30	-	32 m, 41 m
19.00 - 19.30	-	32 m, 41 m
21.30 - 22.00	-	32 m, 41 m
23.00 - 23.30	215 m	32 m, 41 m

RADIO PEKING MEZ 19.00 - 20.00
21.00 - 22.00

Meterband: 43,7 42,8 19,9

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.
